Dienstag, 14. Februar 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 38 - 7.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts

POLITIK

Tschernenko: Das Zentralkomitee der sowjetischen KP wählt den ehemaligen Rivalen Andropows im Machtkampf um die Breschnew-Nachfolge zum neuen Generalsekretär. Der 72jährige galt als Vertrauter von Andropow-Vorgänger Breschnew. Er betonte in seiner ersten Rede vor dem Zentralkomitee, daß er die Ziele des Parteitags von 1981 – ein Jahr vor dem Amtsantritt Andropows – erfüllen wolle.

Libanon: Präsident Gemayel will durch stärkere Machtbeteiligung der Moslems die Krise seiner Regierung überwinden. An der Demarkationslinie in Beirut und im Schuf-Gebirge gehen die Kämpfe weiter. – Ägyptens Außenminister Ali versichert, das Camp-David-Abkommen mit Israel bleibe verbindlich.(S. 5)

Flucht: Ein 22jähriger ist bei Kassel unverletzt über die Sperranlagen aus der „DDR" geflohen. In diesem Bereich gibt es keine Selbstschußanlagen.

Angola: Die Freiheitsbewegung Unita meldet den Abschuß eines Flugzeugs mit etwa 100 angolanischen und kubanischen Soldaten über der Süd-Provinz Huambo.

Kohl trifft Honecker: Der Bundeskanzler hat in Moskau den SED-Chef zu einer einstündigen Aussprache getroffen. Außenminister Genscher nahm an dem Gespräch teil.

Irritationen: Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Windelen, sieht Diskrepanzen zwischen dem Aufruf von SED-Chef Honecker zur Fortsetzung des Ost-West-Dialogs und der Kritik in „Neues Deutschland" an der Bundestagserklärung zur Deutschlandpolitik. (S. 8)

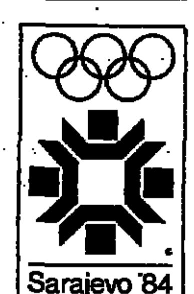
Amtshilfe: Die Bundesregierung plant Verbesserung der Amtshilfe zwischen Geheimdiensten und Grenzkontrollstellen. (S.4)

Sowjet-Flotte: Nach Informationen des US-Geheimdienstes verstärkt die Sowjetunion ihre Pazifik-Flotte mit dem Flugzeugträger „Noworossisk", der auf dem Weg zum vietnamesischen Hafen Cam Ranh ist.

Heute: Trauerfeierlichkeiten für Andropow. – Treffen der EG-Energieminister in Brüssel. – Europäischer Gerichtshof entscheidet über Butterfahrten. – Kommandeurtagung in Lübeck.

Doppelsieg der USA

- Große Überraschung im Riesenslalom: Es siegte Debbie Armstrong (USA) vor ihrer Landsmännin Christin Cooper. S.17
- Im 15-km-Skilanglauf gab Jochen Behle (Willingen) auf. Sieger wurde Gunde Swan aus Schweden.
- Nach der Pflicht der Eiskunstläufer liegt Norbert Schramm (Oberstdorf) chancenlos auf Platz neun. S.17



WIRTSCHAFT

Bauwirtschaft: Vor Experimenten bei der Eigenheim-Besteuerung warnen die Hypothekenbanken. 1985 könnte es wieder zu einem Einbruch in der Baukonjunktur kommen. (S. 9)

Wüstenrot: Neugeschäft 1983 rund 312 000 Verträge (plus fünf Prozent) über 10,2 Milliarden DM Bausparsumme. (S. 11)

Export-Prognose: Eine Steigerung der realen Ausfuhren der Bundesrepublik um fünf Prozent und einen Überschuß in der Leistungsbilanz von zwölf Milliarden DM erwartet das Institut der Deutschen Wirtschaft für 1984.

Getty Oil: Die US-Bundeskartellbehörde hat die Übernahme durch Texaco für 10,1 Milliarden Dollar genehmigt; Texaco muß sich aber von verschiedenen Aktivitäten trennen.

Dresdner Bank: Manfred Meier-Preschany, die Nummer zwei im Vorstand, will ausscheiden. (S. 1)

Börse: Zurückhaltung der Anleger führte an den Aktienmärkten zu uneinheitlicher Kursbildung. Der Rentenmarkt war gut behauptet. WELT-Aktienindex 151,4 (150,9). Dollarmittelkurs 2,7371 (2,7467) Mark. Goldpreis pro Feinunze 376,85 (377,65) Dollar.

ZITAT DES TAGES



„Diktatur der Inkompetenz"

Der aus der Fraktion ausgeschiedene Abgeordnete Gert Bastian über die politische Arbeit bei den Grünen FOTO: W. SCHÜRING

KULTUR

Von Peking an die Spree: China hat sich bereit erklärt, Kunstobjekte von höchster Qualität aus der ehemaligen kaiserlichen Sammlung im Palastmuseum Peking nach Berlin auszuleihen. Sie sollen im Rahmen des Festivals „Horizonte" im Sommer 1985 ausgestellt werden.

Juden und Militär: Die Ausstellung „Deutsche Jüdische Soldaten 1914–1945" wurde im Münchner Schloß Blutenburg von Ministerpräsident Strauß eröffnet.

Tom Keating: Der geniale britische Fälscher alter Meister ist im Alter von 67 Jahren gestorben.

AUS ALLER WELT

Tierversuche: Den Gegnern von Tierversuchen ist die Hamburger Ärztekammer mit einer Grundsatzerklärung entgegengetreten. Darin fordern die Ärzte neue, strengere Maßstäbe, weisen aber darauf hin, daß solche Versuche auch künftig unentbehrlich seien. (S. 20)

Nachwuchs: Prinzessin Diana, Frau des britischen Thronfolgers Prinz Charles, erwartet Ende September ihr zweites Kind. Es wird an dritter Stelle in der Thronfolge stehen.

Wetter: Meist heiter bis wolkig und trocken. 0 bis 4 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Ist Partei-Chef Tschernenko nur ein Mann des Übergangs?

Der neue Generalsekretär verlangt von der KPdSU „Geschlossenheit auf allen Ebenen" / Spekulationen um eine Stärkung der Position Gromykos

DW. Moskau/Bonn

Die Wahl des 72jährigen Konstantin Tschernenko zum neuen Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion bestätigt nach Ansicht politischer Beobachter, daß sich der Westen auf eine weitere Periode des Übergangs im Kreml einstellen muß. Die jüngere Generation in der Führung der KPdSU hat sich nicht durchsetzen können. In dieser Entwicklung sehen die meisten UdSSR-Fachleute ein Zeichen für Starrheit und politische Verkrustung im Kreml.

Noch als Tschernenko zum Leiter der Kommission für die Vorbereitung der Beisetzung Jurij Andropows ernannt worden war, wie seinerzeit Andropow bei der Beisetzung Leonid Breschnews, hatte es Spekulationen über einen möglichen Generationenwechsel in Moskau gegeben. Diese Entscheidung, so hieß es vielfach, könnte vielleicht nur ein Zugeständnis an das Senioritätsprinzip gewesen sein, und diesmal würde vielleicht ein jüngerer Aufsteiger die Zügel übernehmen, die Andropow in der Hand hatte. Unter anderem fiel der Name Michail Gorbatschows (52). Aber die Männer über 70, und das sind im zwölfköpfigen Politbüro genau die Hälfte, geben den Ton an.

Tschernenko, mehr als 30 Jahre lang Breschnews rechte Hand, ohne in der Innen- oder Außenpolitik besonders hervorzutreten, war vom rund 300 Mitglieder zählenden Zentralkomitee der KPdSU einstimmig „gewählt" worden. Beobachter werteten es als bedeutsam, daß Tschernenko dem Zentralkomitee von Ministerpräsident Michail Tichonow im Namen des Politbüros vorgeschlagen wurde. Tichonow ist ein Vertrauter des neuen Generalsekretärs. Andropow war im Herbst 1982 von seinem damaligen Rivalen Tschernenko vorgeschlagen worden.

Daß der neue KPdSU-Generalsekretär bislang fast ausschließlich als Parteifunktionär agierte und in der Außenpolitik kaum Erfahrung sammelte, gilt bei Kreml-Experten im Westen als ein Hinweis auf eine künftig gestärkte Position von Außenminister Andrej Gromyko.

SEITE 2:
Ein neuer alter Mann
SEITEN 3 UND 8:
Weitere Beiträge

Tschernenko gelobte in seiner Antrittsrede, in der Innen- und Außenpolitik den Kurs des 26. Parteitages von 1981 fortzuführen. Auf diesen letzten Parteikongreß unter Breschnews Führung hatte sich auch Andropow stets berufen. Die außenpolitischen Erklärungen des neuen Mannes an der Spitze der KPdSU waren ohne besondere Schärfe, sie stellten die Bereitschaft des Kreml zu Verhandlungen und zur Zusammenarbeit mit allen heraus, „die wirklich zur Festigung des Friedens beitragen wollen". Die Sowjetunion, so Tschernenko, werde aber niemandem erlauben, das militärische Gleichgewicht zu zerstören. „Die heißen Köpfe der Abenteurer müssen abgekühlt werden", lautete eine der polemischen Aussagen des Generalsekretärs.

Das in den vergangenen Tagen besonders häufig verwendete Gelöbnis zugunsten der „wirtschaftlichen und Verteidigungskraft des Landes" erwähnte Tschernenko nur in seiner Würdigung des verstorbenen Partei- und Staatsführers; in seiner eigentlichen Rede kam es nicht vor. Der neue Generalsekretär der KPdSU verzichtete überhaupt auf jedes besondere rhetorische Säbelrasseln. Um diesen – in den Augen vieler Funktionäre – Mangel wenigstens annähernd auszugleichen, hatte Regierungschef Tichonow in seiner Einführungsrede die Bemerkung eingeflochten, den Streitkräften sei ja bekannt, welche Aufmerksamkeit Tschernenko der Verteidigungsfähigkeit und der technischen Modernisierung des Militärs zuwende.

Die innenpolitischen Ausführungen des neuen Generalsekretärs kehrten immer wieder zu dem Punkt zurück, den Tschernenko seit Jahren unterstreicht und den er für den gesicherten Fortbestand der Parteiherrschaft wohl für entscheidend hält – zu ihrer Verbindung „mit den Massen". Die Partei müsse ihre Beschlüsse stets an den Gedanken der Werktätigen messen. Der Gewinn aus höheren Arbeitsleistungen sei durch verbesserte Lebens- und Arbeitsverhältnisse an die Bevölkerung zurückzugeben.

● Fortsetzung Seite 8

DER KOMMENTAR

Der neue Mann

ENNO v. LOEWENSTERN

Im alten Mexiko vor der spanischen Eroberung wählte nach dem Tode des Uei Tlatoani, des Herrschers, ein Rat der mächtigsten Fürsten den Erben – stets einen jüngeren Prinzen. Im Kurienkonklave wiederum hat der weiße Rauch manchmal einen jüngeren, manchmal einen älteren Papst signalisiert. Aber meist galt die Regel: Wer als Papst hineingeht, kommt als Kardinal heraus.

Im Kreml herrschen andere Gesetze. Dort kommt als Papst heraus, wer als Papst hineingeht, auch wenn die westlichen Kreml-Beobachter vorher möglicherweise auf den falschen Papst setzen. Dort wird in der Regel offen abgestimmt. Der Sinn geheimer Abstimmungen ist nämlich, daß niemand durch sein Votum Schaden davontragen soll. Und da Fraktionsbildung ohnehin seit dem X. Parteitag vom März 1921 als verpönt gilt, erhält man meist monolithische Einstimmigkeit. Chruschtschows Abstimmungssieg im Zentralkomitee nach einer Niederlage im Politbüro ist eher die Ausnahme.

Warum aber begnügt sich der jeweilige starke Mann nicht mit der Rolle des mächtigen Ratgebers hinter einem jüngeren Nachfolger? Weil er, anders als die einstigen Aztekenfürsten, keine gesicherte Stellung hat. Das System der Nomenklatura bedeutet, daß der Aufsteiger die Kräfte berücksichtigen muß, die ihn nach oben trugen. Die alten Herren an der Spitze sind stark, solange sie über Politik und Posten zu bestimmen haben. Wer aber garantierte einem Tschernenko, einem Gromyko, daß ein jüngerer Nachfolger sie in ihren Ämtern hält, anstatt seine Freunde an ihre Stelle zu setzen?

Nun kann ein Greis, entgegen der herrschenden Jugendkult-Lehre, sehr wohl ein besserer Herrscher sein als die meisten Flaumbärte. Haben wir nicht das Beispiel im Weißen Haus? Aber auch dazu gilt, daß im Kreml andere Gesetze herrschen. Wer die mühsame, von Angst belastete Karriereleiter der Nomenklatura hinaufgeklettert ist, kommt selten so frisch oben an wie westliche Wahlsieger, auch wenn sie keine Seiteneinsteiger sind. Schon signalisiert der Kreml selber, daß Tschernenko nicht mehr der Gesündeste sei. Und in der Tat, erst jüngst sah man ihn sich recht gebrechlich an einem Geländer entlang hangeln. Die Jüngeren aber werden älter sein, wenn sie endlich drankommen. Es paßt zu einem überalterten System, daß die Kronprinzen immer älter werden.

Andropows Ärzte suchten Rat in USA

SAD/rtr, New York

In den letzten Monaten vor seinem Tod ist der sowjetische Staats- und Parteichef Jurij Andropow an moderne Dialysegeräte angeschlossen worden, die sich sowjetische Mediziner vor allem in der westlichen Welt beschaffen mußten. Das US-Nachrichtenmagazin „Time" berichtet, die Geräte stammten vor allem aus Japan, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und den Vereinigten Staaten. Die Anwendung sei jedoch allein sowjetischen Medizinern vorbehalten geblieben.

Zur Behandlung des zucker- und nierenkranken Andropow sind jedoch nicht allein westliche Geräte genutzt worden. Die amerikanische Chefdelegierte bei den Vereinten Nationen, Botschafterin Jeane Kirkpatrick, hat überdies ärztliche Konsultationen zwischen amerikanischen und sowjetischen Spezialisten vermittelt. „Ich habe persönlich dabei mitgeholfen, eine Konsultation zwischen einem sehr bedeutenden sowjetischen Spezialisten für Nierenkrankheiten und einem amerikanischen Facharzt zu beschleunigen", sagte Frau Kirkpatrick in einem Fernsehinterview. Sie lehnte es ab, zu Berichten Stellung zu nehmen, wonach die Regierung in Washington eingewilligt haben soll, sowjetischen Ärzten medizinische Unterstützung aus den USA zur Behandlung der Krankheit Andropows zukommen zu lassen. Den Bemühungen der USA, den Sowjets bei der Behandlung der Krankheit behilflich zu sein, mißt die Botschafterin keine besondere Bedeutung bei. Sie verwies darauf, daß die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten seit langem auf medizinischem Gebiet zusammenarbeiten. Dies geschehe regelmäßig und werde auch in Zukunft fortgesetzt.

Andropows Ärzte sollen bis in die vergangenen Woche hinein optimistisch gewesen sein, daß ihr 69jähriger Patient wieder gesundet. Wie „Time" berichtete, blieb Andropow bis zum Schluß geistig wach. Er habe seine Amtsgeschäfte vom Bett aus erledigt. Das Blatt, das Mediziner und Rußland-Kenner in aller Welt befragt hatte, schrieb weiter, Andropow habe bereits an Zuckerkrankheit und Nierenproblemen gelitten, als er im November 1982 an die Macht kam. Von Februar vergangenen Jahres an sei seine Nierenfunktion so schwach gewesen, daß er an ein Dialysegerät angeschlossen werden mußte.

Die Krankheit war in Moskau wie ein Staatsgeheimnis verborgen gehalten worden. Trotz zuversichtlicher Prognosen der Ärzte ging die politische Führung schon seit Wochen davon aus, einen Nachfolger bestimmen zu müssen.

Dresdner Bank: Kampf um die Führungsspitze?

DW. Frankfurt

Manfred Meier-Preschany (55), Vorstandsmitglied der Dresdner Bank AG, Frankfurt, wird – wie es heißt – „auf eigenen Wunsch" den Vorstand der Großbank verlassen, um sich „anderen Interessen zu widmen". Diese Nachricht hat gestern Bankkreise überrascht. Sie wird als Teil des Kampfes um die Führungsspitze der zweitgrößten deutschen Großbank empfunden.

Die Bank betont, Meier-Preschany bleibe auch nach seinem Ausscheiden dem Institut „freundschaftlich verbunden". Er werde bis Ende des Jahres seine Aufgaben in neue Hände überleiten. Sein Ressort (Risikomanagement, Nord- und Südamerika) wird auf andere Vorstandsmitglieder aufgeteilt.

Vorstandssprecher der Bank ist der ehemalige Bundeswirtschaftsminister Hans Friderichs. Nachdem er in die Flick-Verfahren verwickelt wurde, rückten die Vorstandsmitglieder Wolfgang Leeb und Wolfgang Röller in den Vordergrund, nicht jedoch Meyer-Preschany.

Der sehr selbstbewußt und eigenwillig auftretende Bankier befremdete Bankierskollegen mit der Bemerkung, bei der eventuellen Friderichs-Nachfolge sei er die Nummer eins. Daraus hätten Aufsichtsrat und Vorstand auf mangelnde Solidarität gegenüber der Führung der Bank schließen müssen, heißt es in Frankfurter Bankkreisen. Sein Rücktrittsangebot sei deshalb eher zwangsläufig. Der Aufsichtsrat wird das Rücktrittsgesuch Meyer-Preschanys am 3. April behandeln.

Regimegegner rufen Westen zu Hilfe auf

AP, Wien

In einem gemeinsamen Aufruf haben gestern 46 Regimekritiker aus Polen und der Tschechoslowakei den Westen darum gebeten, sich für die Freilassung der politischen Gefangenen in den osteuropäischen Staaten einzusetzen. Es war die erste gemeinsame Aktion von Bürgerrechtsgruppen seit der Erklärung von 1978 zum zehnten Jahrestag der Militärintervention in der CSSR.

In dem Aufruf heißt es: „Wir rufen alle Menschen, die Freiheit und Menschenwürde wertschätzen, auf, uns in unserem Kampf für die Befreiung der politischen Gefangenen in der CSSR und Polen zu unterstützen. Unser gewaltfreier Kampf für Menschenrechte wird nicht nur im Interesse unser beider Länder geführt. Solange er unterdrückt wird, wird es keinen wahren Frieden in Europa geben."

Zu den Unterzeichnern des Aufrufs gehören 24 Mitglieder der verbotenen polnischen Gewerkschaft „Solidarität" und des polnischen Komitees für gesellschaftliche Selbstverteidigung (KOR), sowie 22 tschechoslowakische Unterzeichner des Menschenrechtsmanifests „Charta 77". Das Dokument trug unter anderem die Unterschriften des Untergrundführers der „Solidarität", Zbigniew Bujak, und des früheren tschechoslowakischen Außenministers Jiri Hajek.

Adam Michnik, einer der vier inhaftierten Mitglieder des polnischen „Komitees für soziale Selbstverteidigung" (KOR), hat den Präsidenten der Sozialistischen Internationale, Willy Brandt aufgefordert, nach Polen zu kommen.

Kairo will Panzer von Krauss-Maffei

Entwicklung wird geprüft / Noch keine Verträge oder feste Lieferabsprachen

DW. Bonn

Das Münchner Rüstungsunternehmen Krauss-Maffei – Hersteller des Kampfpanzers Leopard – prüft zur Zeit die technischen Möglichkeiten, um auf Wunsch Kairos einen Kampfpanzer für Ägypten zu entwickeln oder zumindest an dessen Entwicklung mitzuarbeiten. Firmensprecher Karl Schmidt bestätigte gestern, die Bundesregierung sei über solche Pläne informiert. Es gebe jedoch noch keine Verträge oder feste Lieferabsprachen.

Ägypten plane schon seit längerem die Entwicklung eines eigenen „auf spezifisch ägyptische Belange ausgerichteten Panzers" und suche dazu einen westlichen Partner. Diese Absichten hat der ägyptische Verteidigungsminister Mohammed Abu Ghasala nach Angaben des Firmensprechers bei seinem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland im November vergangenen Jahres in Gesprächen mit der Bundesregierung vorgetragen. Auch Krauss-Maffei und andere Unternehmen der Zulieferer-Industrie seien angesprochen worden.

Krauss-Maffei ist an diesem Geschäft grundsätzlich interessiert. „Deshalb sind wir dabei, die Möglichkeiten der Realisierung einer solchen Panzerentwicklung zu untersuchen", sagte Schmidt. Falls die Pläne durchsetzbar erschienen, würden die entsprechenden Genehmigungsanträge gestellt, die dann von der Bundesregierung zu entscheiden seien.

Nach Darstellung des Sprechers von Kraus-Maffei hat Ägypten nicht nach dem Kampfpanzer Leopard 1 oder Leopard 2 gefragt. „Sie wollen einen auf spezifisch ägyptische Belange ausgerichteten Panzer entwikkeln", betonte Schmidt. Er bestätigte zugleich, daß Kairo die britische United Trading Group als Koordinator der Entwicklungspläne benannt habe. Dies ist eine Firma, hinter der vorwiegend arabisches Kapital der Arab Bank stehen soll.

Diskussionen um dieses mögliche Waffengeschäft hatte es bereits gegeben, als ein in Bonn zirkulierender anonymer Brief, der Abgeordneten in die Hände gefallen war, von bereits bestehenden Verträgen gesprochen hatte. In diesem anonymen Schreiben – das möglicherweise aus konkurrierenden Unternehmen der Rüstungsindustrie stammt – hieß es außerdem, es seien bereits alle Vorkehrungen für eine Ausfuhr der in Ägypten zu produzierenden Panzer nach Saudi-Arabien und Irak getroffen worden. In der Fragestunde des Bundestages hatte es der Staatssekretär im Bonner Wirtschaftsministerium, Rudolf Sprung, als unwahrscheinlich bezeichnet, daß das Münchner Unternehmen ohne Wissen der Regierung solche Pläne verfolge.

Bastians Abrechnung mit den Grünen

Petra Kelly spricht von der „tiefsten Krise" / Fällt die Fraktion auseinander?

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Tiefe Risse in Partei und Bundestagsfraktion der „Grünen" zeigten sich während einer gemeinsamen Pressekonferenz des vergangene Woche unter Protest aus der Fraktion ausgeschiedenen ehemaligen Generals Gert Bastian und der Fraktionssprecherin Petra Kelly in Bonn. Bastian beschuldigte seine ehemaligen Fraktionskollegen, eine „Diktatur der Inkompetenz" zu betreiben, Petra Kelly sprach von der „tiefsten Krise, die die Partei je hatte". Sie will jedoch nach eigenem Bekunden „dort kämpfen, wo ich stehe und Änderungen bewirken kann" und die Fraktion nicht verlassen.

Dem Vorwurf, mit seinem Austritt einen „Vertrauensbruch" begangen zu haben, begegnete Bastian mit dem Hinweis, es sei von Anfang an seine Aufgabe gewesen, möglichst auch konservative Wähler zu gewinnen. Tatsächlich aber habe er in Bonn die Erfahrung gemacht, „daß ich mich jeden Tag mindestens einmal dafür entschuldigen mußte, daß ich Berufsoffizier gewesen bin". Mit seiner Einstellung, defensive Waffensysteme zu akzeptieren, habe er überhaupt keinen Konsens in der Fraktion finden können. Die Partei sei im übrigen der Ansicht: „Sachkompetenz ist schädlich, der gute Wille der Basis ersetzt die Wissenschaft." Deswegen wurde die Fraktion finanziell schlecht ausgerüstet und könne keine dringend notwendigen Mitarbeiter einstellen. Bastian: „Mit Basis-Diktatur statt Basis-Demokratie versinkt die Partei sowieso in Bedeutungslosigkeit."

Petra Kelly sprach von der „Angst, daß die Fraktion nicht mehr zusammenhält" und kritisierte vor allem, daß die „Grünen" zehn Monate nach ihrem Einzug ins Parlament noch immer ein „ungeklärtes Verhältnis zur SPD" hätten.

Als „Zufall" bezeichnete es Gert Bastian, daß er und Frau Kelly zum gleichen Zeitpunkt, zu dem er aus der Fraktion ausgeschieden sei, auch die „Krefelder Initiative" verlassen hätten. Dies sei notwendig geworden, weil man in das dortige Leitungs-Gremium einen Kommunisten habe holen wollen. Außerdem habe man eine Erklärung, in die Bastian und Frau Kelly auch Friedensappelle an die Sowjetunion und die „DDR" eingebracht hätten „hinter unserem Rücken" für ungültig erklärt und nicht veröffentlicht.

Seite 2: Erfahrungen in Grün

Anzeige

Wir fliegen mit DLT der Lufthansa

Abenteuern Sie mal!
WEEKEND auf SYLT

Abflug jeden SAMSTAG von DÜSSELDORF um 9.50 Uhr mit Anschluß von FRANKFURT, NÜRNBERG, STUTTGART, MÜNCHEN. Rückflug von Sylt Sonntag 16.10 Uhr. Reisezeit bis 31. 3. 84.
Unterbringung im Hotel SYLT PLAZA, Westerland. Komfortabel einger. Zimmer mit Bad/WC, Farb-TV, Video, Radio, Telefon, Minibar. Zimmerservice. Restaurant im Hause. Bar. Kurtaxe. Transfer. Unterbringung im Doppelzimmer.

REISEPREIS ab Düsseldorf pro Person
(1 Übernacht., 1 Frühstück, 1 Abendessen, 1 Mittagessen)
Zuschlag EZ: + 10,– DM
Verlängerung möglich

DM 449,–



REISEBÜRO

2280 Westerland Tel.: 04651 – 880
4300 Essen 1 Tel.: 0201-231086
6000 Frankfurt Tel.: 0611-745007

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Hitzig, nicht eisig

Von Enno v. Loewenstern

Ost-Berlins Nervosität angesichts der gemeinsamen Bundestags-Grundsatzerklärung ist aus verschiedenen Gründen verständlich. Einmal hört die SED das Wort Selbstbestimmung nicht gern, und auch nicht Hinweise darauf, was an Schießbefehlen und sonstigen Einrichtungen dem entgegensteht. Zum anderen ist sie peinlich davon berührt, daß die Bundesrepublik auch in dieser Zeit, da ein gewisser innenpolitischer Druck auf Nachgiebigkeit gegenüber dem nachrüstungsgekränkten Osten gerichtet ist, solche Standpunkte in öffentlichen Erklärungen vertritt. Zum dritten muß sie nachgerade schockiert sein, daß auch der langjährige Entspannungspartner SPD dieser Erklärung zugestimmt hat.

Die sprachlich („revanchistische Sprüche") wie auch inhaltlich recht heftige Antwort aus dem SED-Zentralkomitee warnt, daß Fortschritte in den Beziehungen nur in dem Maß möglich seien, in dem der Grundsatz der Unabhängigkeit beider Seiten eingehalten werde, wie er im Grundlagenvertrag niedergelegt worden sei. Die Aussage des Bundestages stehe damit nicht im Einklang. Mit anderen Worten: Wer an die Selbstbestimmung erinnert, beschwört eine neue Eiszeit herauf.

Aber die östliche Seite hat das Stichwort vom Rückschritt der Fortschritte so oft mißbraucht, zuletzt bei der Nachrüstung, daß es allmählich niemanden mehr hinter dem Ofen hervorlockt. Nicht einmal die SPD ließ sich von dem Gedanken an diesen Vorwurf schrecken. Honecker hat denn auch noch am Sonntag die Fortsetzung des Ost-West-Dialogs beschworen, obwohl er sich genötigt sah, auf die Bundestags-Erklärung einzugehen. Widerspruch? Und wenn schon. Der SED-Staat ist längst nicht mehr in der wirtschaftlichen Lage, auf Anmahnungen des Selbstbestimmungsrechts mit dem Abbruch der Kreditbettelei zu antworten. Und die Menschen in Mitteldeutschland registrieren die neuerwachte Bonner Resolution (zu deutsch: Entschlossenheit) ebenso, wie sie die Ost-Berliner Hilflosigkeit vermerken.

Erfahrungen in Grün

Von Eberhard Nitschke

Vertrauen, Zuneigung und Zärtlichkeit zogen ins Parlament ein, kleines sanftes Glück, nicht leistungsfordernd, sondern schlicht erbaulich, eben grün. Die Partei, die sich 1983 im Deutschen Bundestag etablierte, erklärte sich völlig anders als alles, was sich bisher hier bewegt hatte. Jetzt sollte einmal vorgemacht werden, was Toleranz und Menschlichkeit bedeuten.

Seit der ehemalige General Gert Bastian der Fraktion der Grünen in Bonn den Abschied gegeben hat und nun auch öffentlich darüber spricht, was ihn zu diesem Schritt veranlaßte, beginnen die Sonnenblumen zu welken. Denn hinter Bastians am Montag vor der Presse gemachter Äußerung von der Unvereinbarkeit der Parteitagsbeschlüsse mit effektiver Arbeit im Parlament wird jenes Chaos sozusagen amtlich sichtbar, das die Grünen mit ihrer fundamentalistischen Vorstellung von der Allgewalt der „Basis" als Normalzustand empfinden. Es bleibt die Tragik eines Mannes, der von Strategie und Taktik etwas versteht, der sich zum Entsetzen der Grünen-Fraktion präzise zu äußern verstand und für sechsstündige Diskussionen um einen „Entschließungs"-Satz nichts übrig hat, daß er alle Pfeile auf sich zog, sobald in ihm der Fachmann erkannt war.

Gert Bastian, der am Montag sagte, daß nicht sein Verbündeter sein könne, wer Spielregeln nicht einhält, wer von Gewaltfreiheit spricht und Steine wirft oder prügelt, maßte sich auch noch etwas an, was es unter Basisdemokraten nicht geben darf: Er trat als Experte auf. Wo aber das große Palaver Selbstzweck ist, wo jedermann reden darf solange er will, wo die Mehrheit auch ipso facto Fachkenntnis bedeutet, sind solche Leute Feinde. Der General, der ja auch politisch schon einen weiten Weg zurückgelegt hat, sah es nicht ein, „warum ich mich an jedem Tag neu entschuldigen soll, weil ich mal Berufsoffizier gewesen bin". Die Waffen, die jetzt gegen ihn von den zärtlichen, Vertrauen, Toleranz und Menschlichkeit ausstrahlenden Parteifreunden gezogen wurden, hatte er freilich in seiner bisherigen militärischen Karriere noch nicht kennengelernt. Ende der grünen Fahnenstange. Ein Aushängeschild wird demontiert, der gute Wille der Basis darf sich wieder ausbreiten – bis zum nächsten Mal.

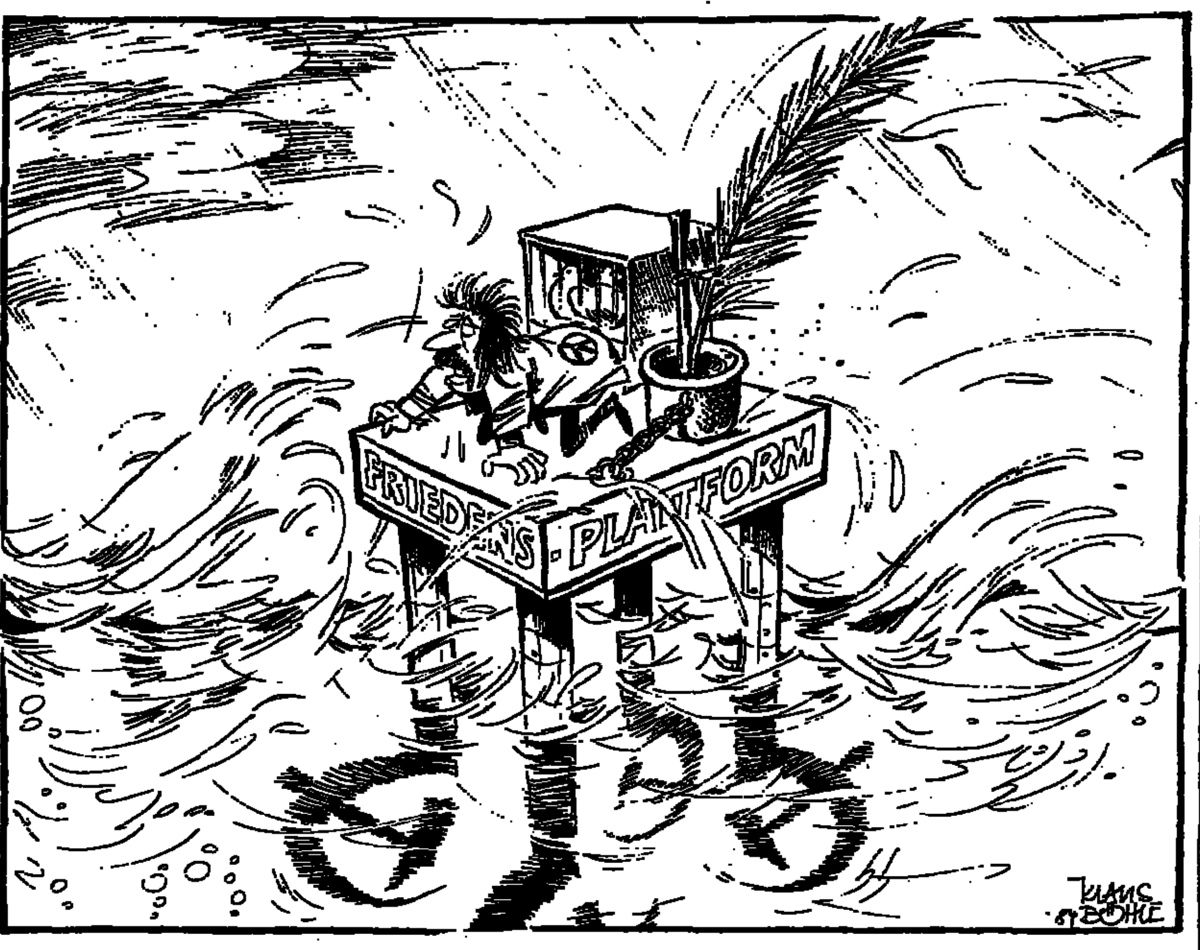
Wiener Warnzeichen

Von Carl Gustaf Ströhm

Mit Betroffenheit reagierten Repräsentanten des Staates ebenso wie die einfachen Zuschauer auf einen Vorfall, der in Wien nicht seinesgleichen hatte: Bei der feierlichen Vereidigung von Rekruten des Bundesheeres im Karl-Marx-Hof der österreichischen Hauptstadt kam es in Anwesenheit des Staatsoberhauptes und der Regierung zu Krawallen linksradikaler Demonstranten, wobei die angetretenen Soldaten als „Arbeitermörder" beschimpft wurden. Explodierende Knallkörper sollten offenbar an jenen Tag erinnern, an dem vor genau fünfzig Jahren eine „schwarze", christlich-soziale Regierung den Widerstand im „roten", sozialdemokratischen Karl-Marx-Hof mit Artillerie zusammenschießen ließ.

Gewiß, es war nur eine kleine Minderheit, welche die Eintracht und Feierlichkeit dieses Versöhnungszeremoniells der einstigen Bürgerkriegsgegner störte. Es waren auch keine Arbeiter und keine Bewohner des „roten" Karl-Marx-Hofes. Aber immerhin muß es zu denken geben, daß sich zum ersten Mal eine Gruppierung, die links von den österreichischen Sozialisten steht, in dieser Weise öffentlich, vor laufenden Kameras und in Anwesenheit der westlichen und östlichen Militärattachés zu Wort (oder besser gesagt: zum Kanonenschlag) melden konnte. Dazu noch in einer Hochburg der österreichischen Sozialdemokratie, die immer noch den Bundeskanzler stellt. Vielleicht sollte man Wien rechtzeitig die Lehren aus diesem Ereignis ziehen, damit weitere Eskalationen, wie in der Bundesrepublik gehabt, gar nicht erst zustande kommen.

Ist es ein Zufall, daß der Krawall knapp ein Jahr nach dem Ende der Ära Kreisky ausbrach? Und muß man nicht damit rechnen, daß die marxistisch-leninistischen Randalierer ihr Erfolgserlebnis vom 12. Februar dazu benutzen, um demnächst wieder etwas Ähnliches zu inszenieren? Die militärischen und diplomatischen Vertreter des Ostblocks machten Poker-Gesichter, als der Krawall in Wien losging. Was werden sie nach Moskau oder Prag über die Stabilität des österreichischen Staates berichten? Welche Folgerungen wird man dort ziehen? Schon deshalb war diese Radauszene kein harmloses Kinderspiel.



Starke Bewegung ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Ein neuer alter Mann

Von Herbert Kremp

Die Herren im Kreml haben sich arrangiert, und das Ergebnis ist ein Beschluß des Politbüros, das aus zwölf stimmberechtigten Mitgliedern besteht. Der Generalsekretär ist ihr mehrheitlich bestimmter Repräsentant und insofern auf eine Linie verpflichtet, die einen Kompromiß von Seilschaften darstellen mag. Diese Eigenart der kommunistischen Herrschaftsstruktur, die auch für andere leninistisch organisierte Länder gilt, wird in der Meinungsbildung des Westens oft verdrängt. Man meint hier, ein neuer Mann sei da, der alles (neu) richten werde. Das stimmt so nicht. Ein neuer Mann im Kreml muß lange regieren, bevor er etwas anders machen kann, wenn er es überhaupt will.

Deshalb wird sich an der sowjetischen Politik nichts ändern. Die Herren im Politbüro haben sich auf einen Mann geeinigt, von dem man behauptete, er sei von Breschnew ausersehen gewesen, die Nachfolge anzutreten. Wenn das zutrifft, bestätigt es nur die These von der überwiegenden Macht des Politbüros. Denn es war der heute promovierte Tschernenko, der damals, am 10. November 1982, dem „Parlament" der Partei, dem ZK, die Wahl Andropows vorschlagen mußte. Er tat es in leninistischer Disziplin, jener Tugend, die des Dankes des Politbüros gewiß sein darf und deshalb das Überleben sichert. In diesem Sinne ist die Wahl Tschernenkos weniger ein Wechsel, hinter dem man im Westen gern „Wandel" vermutet, als ein Ausdruck der Kontinuität.

Worin diese besteht, liegt auf der Hand. Breschnew hatte als bedeutender Machtpolitiker das Gewicht auf den Ausbau des militär-industriellen Komplexes gelegt und durch die Kombination von eigener Hochrüstung und Entspannung der anderen die Sowjetunion zur erstrangigen militärischen Weltmacht befördert. In seinem historischen Realismus und Zieldenken hatten „innere Reformen" (eine westliche Lieblingsvorstellung von der Schwächung des Gegners) nie einen Platz. Anstatt Reformen zu veranstalten, die im Kommunismus alles durcheinanderbringen, nahm er lieber westliche Kredite. Er bekam sie, weil er vom Frieden sprach. Seine klassische Weltmachtpolitik, bestehend aus Rüstung bis zur partiellen strategischen Überlegenheit und kalkulierter Expansion, begründete eine Ära. In ihre lebte die Sowjetunion unter Andropow, in ihr lebt die Sowjetunion unter Tschernenko. Es ist überhaupt nicht zu erkennen, was sich daran ändern könnte und warum. Die Herren im Kreml haben in ihren langen, ereignisreichen und wechselhaften Leben zu viel erreicht, um davon auch nur das Geringste aufgeben zu wollen. Das könnte auch keiner, weil das Politbüro ihn sofort fräße. Wenn Tschernenko heute und morgen von Entspannung, Koexistenz und Dialog redet, erinnert er sich als Statthalter der Ära an die „goldenen Jahre" Breschnews, als der Westen Worten glaubte, während man selbst konsequent Kanonen und Raketen goß. Natürlich hätte man es gern wieder so. Denn eine kommunistische Weltmacht, die ja nur über militärische, subversive und nationalistische Kraft verfügt, braucht eine naive, bequeme und möglichst ängstliche Umwelt, um sich durchsetzen zu können – eine „geistig verschmutzte", wie es die Chinesen unübertrefflich sagen.

Jeder Wechsel im Kreml hat im Westen zunächst einen Schub der Naivität erzeugt. Man ist nur zu gern bereit, zu glauben, daß mit dem neuen Mann alles besser werden könnte, nur weil bei uns „Änderungsfähigkeit" als eine emanzipatorische Tugend gilt. Das Politbüro fördert diesen Glauben, denkt aber selbst das Gegenteil. Der neue Mann ist ein alter Schauspieler. Tschernenko wird bei den Beileidsempfängen seine Rolle glänzend darstellen. Er wird (kurzatmig) so reden, als könne man mit ihm reden. Im übrigen eignen sich Totenfeiern in Diktaturen vorzüglich als Medien. Der Stechschritt gutuniformierter Rotgardisten imponiert auch Grünen. Fernsehreporter sprechen mit belegter Stimme. Man trägt Träne im Knopfloch. Wer will sich da schon erinnern, daß das Leichenbegängnis geschichtslang zu den bevorzugten inszenatorischen Leistungen großer Mächte um ihrer Macht willen zählte?



Garant der Kontinuität: Gromyko FOTO: STECHE / VISUM

Das Politbüro freilich wird seine Sinne im Zaum halten. Tschernenko, der Breschnew nahestand, wird den Kampf gegen die übliche Korruption nicht in Reformen ausarten lassen, unter denen man auch bei ihm so etwas wie die ideologische Verbrämung von Machtwechseln versteht. Da sei Lenin vor. Man wird auch nicht an Konferenztische zurückhasten, es bestünde denn die Aussicht, für ein paar faule Rüstungs-Äpfel den ganzen westlichen Apfelgarten einzutauschen. In Afghanistan kämpft man sowieso. Der Versuch der Destabilisierung Zentralamerikas über Kuba und Nicaragua wird unter den Chorgesängen westlicher Theologen fortgesetzt. Syrien ist ein Turm auf dem Brett des Nahen Ostens. Vietnam und Kambodscha kosten zwar viel Geld – aber was ist schon Geld gegenüber Position?

Die Ära Breschnew wurde nicht auf quittierte Rechnung, sondern auf politische Macht gegründet. Das Politbüro vertritt angesichts dieses Erbes die Meinung, daß die Rückschläge der letzten Jahre nicht auf den Prinzipien dieser Ära, sondern auf den Unvollkommenheiten eines gewissen Andropow beruhten und daher künftig zu vermeiden seien. Breschnews große Enttäuschung war die Wende in den USA – die wirklich eine war. Sie verwischte eine schon voll entfaltete Strategie. Die Amerikaner begnügten sich nicht mehr damit, den Sowjets Weizen zu liefern, damit deren Industrie gutgelaunt rüsten könne – sie nahmen den Grand Design der russischen Weltmachtpolitik ernst, erhöhten die eigenen Militärausgaben, verstärkten ihre Präsenz in der Welt und bestärkten ihre Verbündeten.

Andropow, der Epigone, konnte die westliche Nachrüstung nicht verhindern. Das war seine Niederlage. Von Tschernenko erwartet das Politbüro, daß er zur Gloire der Ära Breschnew zurückfindet.

IM GESPRÄCH Albrecht Martin

Partei und Kirche

Von Henk Ohnesorge



Neuer Chef der Unions-Protestanten: Martin FOTO DPA

„Mit dem heute so oft geforderten Zeichen der Waffenlosigkeit ist keine Bedrohung von Frieden in Freiheit beseitigt, und mit der Verweigerung der Nachrüstung durch die Bundesrepublik ist kein atomarer Sprengkopf verschrottet." Albrecht Martin, der neue Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EKA), verbindet einen sanften Tonfall und eine differenzierte Redeweise mit klaren Bildern.

Diese deutlichen Bilder wird er auch in Zukunft brauchen, denn die Tatsache, daß bei der letzten Bundestagswahl zum erstenmal rund vierzig Prozent der wahlberechtigten protestantischen Bürger den Unionsparteien ihre Stimme gaben, ist keine Garantie für zukünftiges Wahlverhalten. Zudem sieht Albrecht Martin auch, daß zwischen Teilen der evangelischen Christenheit in der Bundesrepublik und dem Staat eine Entfremdung besteht. Er befürchtet, „daß viele evangelische Christen politikunfähig werden". Hart gesagt, wie Albrecht Martin es wohl nicht tun würde: daß sie von der Politik die Nase voll bekommen, sich völlig ins Private zurückziehen und an der Wahlurne Abstinenz üben.

Der 1927 geborene Pädagoge und Theologe, dessen Vater im Dritten Reich als Pfarrer der Bekennenden Kirche angehörte, war immer gleichzeitig Christ und politisch engagierter Bürger – als Presbyter, Mitglied der Synode der Evangelischen Kirche im Rheinland und ordinierter Predigthelfer ebenso wie als Gemeinderat, Landtagsabgeordneter (und seit 1974 Hausherr im rheinland-pfälzischen Landtag), stellvertretender CDU-Landesvorsitzender. Mit seiner Wahl am Wochenende in Wuppertal kommt nun das Amt des Bundesvorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in der Nachfolge von Roman Herzog noch dazu.

Auf Klischees reagiert der Schüler des Theologen Käsemann – dieser ist heute einer der schärfsten Kritiker unseres Staates – allergisch. Er rät dazu, vorsichtiger zu sein mit dem Etikettieren von Personen, die in politischer Verantwortung stehen, und sagt von sich selbst: „Ich passe weder in das Schubfach 'konservativ' noch in das Schubfach 'liberal'." Nach seiner Vorstellung muß es möglich sein, auf der Grundlage fester Überzeugungen die Vielfalt zurückzugewinnen.

Der Evangelische Arbeitskreis, so glaubt Albrecht Martin von der Vereinigung, in der er schon lange Zeit aktiv und an führender Stelle mitarbeitet, wäre tot, würde er sich vor allem als „pressure group" verstehen. Nicht, daß es an Aufgaben fehlen würde. Einige hat er stichwortartig für die Journalisten bei seiner ersten Pressekonferenz als EAK-Vorsitzender zusammengefaßt: „Kirche und moderne Wirtschaft, Kirche in der pluralen Gesellschaft, Kirche in der Demokratie der pluralen Gesellschaft, der Christ als Glied der Gesellschaft". In allen diesen Bereichen, so meint Martin, fehlt die theologische Aufarbeitung, die geistige Auseinandersetzung. „Der Anstoß muß von außen kommen, von Christen in politischer Verantwortung", sagt er.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die zukünftige Politik Moskaus bleibt ein Hauptthema der Zeitungen:



Was hat die Welt vom neuen Herrn im Kreml zu erwarten? Die Sowjets haben in den letzten Jahren schwere Rückschläge erlitten. In Afghanistan und im Nahen Osten blieben sie stekken. In Polen haben sie ein ganzes Volk gegen sich. Die Amerikaner lassen sich nichts mehr gefallen. Die Europäer beugten sich nicht der Raketen-Drohung. Es kann also sein, daß der neue Kreml-Herr dem Westen mit einem Blumenstrauß statt mit dem Knüppel kommt... Aber sie nehmen, was sie bekommen können, deshalb werden sie auch künftig weltweit Unruhe stiften.

TELEGRAAF

Die von Natur aus doch schon starre Sowjetdiktatur wird auf internationaler Ebene erst dann Initiativen entfalten können... wenn der neue Führer seine Macht konsolidiert hat. In einem Land wie der Sowjetunion erfordert so etwas Zeit, viel Zeit. **(Den Haag)**

Süddeutsche Zeitung

Wie immer die Nachfolge aussieht, der neue Führer oder die neue Führung wird voraussichtlich eine sehr vorsichtige und zurückhaltende Außenpolitik betreiben. Moskau könnte eine neue Friedensoffensive einleiten, um den noch nicht abgeschlossenen Machtkampf im Kreml oder die Konsolidierungsphase der neuen Herrschaft nach außen abzuschirmen. Ein solcher Kurs erscheint angesichts der sonstigen Schwierigkeiten der Sowjetunion wahrscheinlicher als eine Konfrontationspolitik. **(München)**

Le Parisien Libéré

Die Sowjets sollten die Unnachgiebigkeit der Politik des unsichtbaren Mannes, der Andropow seit sechs Monaten geworden war, durch die Wiederbelebung der Politik der „Entspannung" ersetzen, die ihnen so sehr genutzt hatte. Das ist zweifellos die Absicht, die in einem kurzen Satz Tschernenkos zum Ausdruck kommt und in dem er unterstreicht, daß „eine Verbesserung der Beziehungen mit den Vereinigten Staaten wichtiger denn je zuvor ist". (Der Satz wurde allerdings vor den Ereignissen der letzten Tage geschrieben). Das ist ein volles Programm für die Ära nach Andropow.

THE TIMES

Vorbei sind die großen Träume, die Menschheit in eine neue Zukunft zu führen. Vergangen sind die frühen Ideale der Brüderlichkeit, der Gerechtigkeit, des Friedens und der Entstehung des neuen sozialistischen Menschen. Vergangen ist der Glaube, daß eine Planwirtschaft all die verschwenderische Konfusion des freien Unternehmertums überholen werde. Vergangen ist die Hoffnung, daß die Arbeiter der kapitalistischen Welt aufstehen und ihre Ketten abwerfen würden, um unter der roten Fahne zu marschieren. Aus der Revolution ist ein schweres, korruptes und unterdrückerisches Regime hervorgegangen. **(London)**

Nicht die Schuld bei den anderen suchen – aber wo dann?

In der „Friedensbewegung" profilieren sich die kommunistischen Regisseure deutlicher / Von Werner Kahl

Es ist das Kleingedruckte in dem neuen Arbeitspapier, das die Geschäftsbedingungen des Unternehmens „Friedensbewegung" für das Jahr 1984 erst verständlich macht. Ein scheinbar hauchdünner Kompromiß auf der überregionalen Kölner Aktionskonferenz vom vergangenen Wochenende reicht den politisch relevanten Kräften für die Fortsetzung des Kampfes. Auf der Basis eines neuen „Mini-Minimalkonsenses" konnte das breite Spektrum von idealistischen Kleinstinitiativen bis zum Block der DKP und ihres Umfeldes den Auftrag, mit dem die Delegierten nach Köln gekommen waren, als erfüllt abhaken: „Die Spaltung verhindern" (Aufruf von GIM, der Gruppe Internationale Marxisten).

Die Redner des Eröffnungstages stellten in dieser Reihenfolge: der Bund autonomer Friedensgruppen („Minimalkonsensus hinfällig und neu formulieren"); das DKP-nahe Komitee für Abrüstung und Zusammenarbeit, genannt Kofaz („Die Sowjetunion versucht die Kriegsführungsstrategie des Westens zu durchkreuzen"); die Aktion Sühnezeichen („Gesamtorientierung auf die Überwindung der Abschreckung notwendig"); die Grünen („Nicht an apokalyptischen Vorstellungen wie die zum Raketenstationierungsbeginn festhalten, sonst säßen wir schließlich nicht mehr hier") und Juso-Sprecher Rudolf Hartung: „Bloß nicht die Schuld für die Niederlage bei dem anderen in der Friedensbewegung suchen."

Bei den Abstimmungen über die Vorschläge aus einem Dutzend Arbeitsgruppen heimste ein Block einen Erfolg nach dem anderen ein: Neben dem Kofaz stimmten die Vertreter der ebenfalls DKP-nahen „Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner" (DFG/VK), der „Deutschen Friedensunion" (DFU), der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes" (VVN), der „Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend" (SDAJ) mit den offen deklarierten DKP-Mitgliedern en bloc. „Wir werden hier untergebuttert!", zürnte der Sprecher des Unabhängigen Spektrums am Samstagabend auf einer Krisensitzung, auf der mit dem Auszug der Autonomen gedroht wurde. „Die stimmen uns hier nieder!"

Das Signal für die DKP und ihrer *Mitläufer war auf der Sitzung des* Weltfriedensrates in West-Berlin gegeben worden. Der Vizepräsident des Weltfriedensrats, Jewgenij Primakow, kündigte in der vorletzten Januarwoche die „größte Frühjahrsoffensive der Friedensbewegung" an. Prompt veröffentlichten die Zeitschriften und Broschüren der DKP und ihres Umfeldes die praktische Umsetzung der Moskauer Direktiven für die westlichen Gruppen: „Die Initiative zurückgewinnen", forderte das DFU/VVN-Blatt „Deutsche Volkszeitung/Die Tat", und die Hamburger DKP stellte „aktuelle Überlegungen zur Perspektive der Friedensbewegung" auf: „Auf dem Weg zu neuen Massenaktionen?"

Den DKP-Vorschlag einer „Volksabstimmung" am 17. Juni über die Nachrüstung lehnte Rebecca Schmidt von den Grünen zwar ab, aber am Ende kam doch eine Mehrheit für „selbstorganisierte Volksbefragungen" zustande.

Da hat der DKP-nahe Flügel seine Techniken. Er stellte auf dieser größten aller bisherigen Aktionskonferenzen etwa vierzig Prozent der Teilnehmer. Mit Stimmen aus anderen Gruppen wurden bei Abstimmungen etwa *über die Frage*, ob die neuen Sowjetraketen in den „Friedenskampf" einbezogen werden sollen, ein „Nein" von neunzig und mehr Prozent erreicht. Als nach einem erneuten Block-Nein die Gefahr einer Konferenzspaltung drohte, gelang es Andreas Zumach vom Bonner Koordinationsausschuß, die „Nein"-Stimmen zu einem „Ja" zu bewegen. Jo Leinen zog zögernde „Friedenskämpfer" auf die „Ja"-Seite, indem er den diplomatischen Kompromiß mehrmals hervorhob: Hört euch doch die Reihenfolge an, an erster Stelle Pershing II und Marschflugkörper, erst danach kommen die SS 21 und 22...

Lediglich als es darum ging, im Namen der „Friedensbewegung" in einem Brief Erich Honecker aufzufordern, die verhafteten Mitglieder von Friedensgruppen freizulassen, gerieten die DKP-Gruppen aus dem Häuschen. Fast geschlossen zogen sie aus dem Audimax der Kölner Pädagogischen Hochschule aus. Nach Tumulten im Saal wurde der Brief von den verbliebenen Teilnehmern angenommen.

Das Problem der Friedensbewegten ist, daß sie auf die DKP nicht verzichten wollen, weil allein deren geschulte Kader „eindrucksvolle" Aufmärsche organisieren können, daß sie aber dafür bittere Konzessionen machen müssen. Denn die DKP wiederum verlangt blinden Gehorsam gegenüber der sowjetischen Politik: Nix Kritik an Afghanistan und Polen, nix Kritik an der SS 20. Wahrscheinlich wären die Kommunisten erfolgreicher, wenn sie flexibler wären. Das Wochenende jedenfalls hat noch einmal eindeutig gezeigt, wer die Regie der Show in Händen hat. Und da nun sogar Leute wie Bastian und Petra Kelly aus dem Krefelder Appell ausgetreten sind und den kommunistischen Einfluß auf die Friedensmärsche offen kritisieren, wird eine Waffe der DKP und ihrer Freunde in den Medien allmählich stumpf. Der wütende Aufschrei, es sei eine „Verleumdung" und „Diffamierung", die Friedensbewegung als kommunistisch gelenkt zu bezeichnen. Die Bewegung ist abgemagert und der Lack ist ab. Genosse Primakow kann gut ankündigen; ob seine Hilfstruppen das quantitative Soll noch erfüllen können, ist sehr fraglich.

Für Tschernenko war Andropow ein Glücksfall

Von Breschnew war er als Kronprinz aufgebaut worden; doch Andropow gewann das Rennen um die Macht. Jetzt steht er an der Spitze der Sowjetunion: Konstantin Tschernenko. Der 72jährige ist der älteste in der Riege des Politbüros.

Von CARL G. STRÖHM

Einen Tag bevor Jurij Andropows letzte Stunde schlug – und zwei Tage bevor der Öffentlichkeit sein Tod bekanntgegeben wurde –, konnten aufmerksame „Prawda"-Leser sich bereits mit den politisch-ideologischen Auffassungen des gestern ernannten Nachfolgers vertraut machen. Da erschien nämlich am Mittwoch, dem 8. Februar, in der Zeitung die Besprechung eines Buches von – Konstantin Tschernenko.

Auffallend an der Besprechung war, daß es sich nicht um eine Neuerscheinung, sondern lediglich um eine zweite Auflage der gesammelten Reden des Politbüro-Mitglieds und ZK-Sekretärs handelte. Wer die Rituale der sowjetischen Medien einigermaßen kennt, wird an alles andere als an einen bloßen Zufall glauben.

Als noch interessanter erwies sich der Inhalt der Rezension des Tschernenko-Buches. Sie liest sich über weite Passagen wie eine programmatische Ankündigung – und zumindest in einigen Absätzen wie eine Abrechnung mit Jurij Andropow und dessen Führungsstil. So schrieb die „Prawda" wörtlich: „Die KPdSU lehnt die Methoden des administrativen Kommandierens über das werktätige Volk entschieden ab. Die Durchführung jeder politischen Aktion beginnt mit dem Prinzip, das von Lenin selber klar formuliert würde: Haben wir ein genügend breites, solides Fundament der Überzeugung geschaffen, um alle diese Produktionsaufgaben zu unterstützen?"

Nun hatte Andropow gemeinsam mit seinen Mitarbeitern aus dem KGB in der kurzen Zeit seines Herrschens vor allem Nachdruck auf die von Tschernenko und der „Prawda" jetzt so deutlich abgelehnten „administrativen Methoden" und auf das „Kommandieren der Werktätigen" gelegt. Hatte der verstorbene Generalsekretär seine Amtszeit nicht mit einer administrativen Kampagne gegen Korruption und Schlendrian begonnen, die zuerst die Parteifunktionäre, dann aber auch das einfache Volk zutiefst schockieren mußte? Noch sind die Polizeirazzien und die Ausweiskontrollen in unguter Erinnerung, mit denen der ungeduldige Andropow die Russen zu mehr Arbeitsdisziplin zwingen wollte – alles Aktionen, von denen man mit Recht sagen kann, sie seien dem Volk nicht verständlich gemacht worden.

Schließlich wird Tschernenko von der „Prawda" auch als Verfechter einer differenzierten, man könnte fast sagen unorthodoxen Auffassung über den Zustand der sowjetischen Gesellschaft und der Gesellschaftswissenschaften zitiert. Es genüge nicht, so heißt es da, wenn man in der Sowjetunion betone, daß es zwar Widersprüche im Sozialismus gebe, daß diese Widersprüche aber „radikal anders" seien als in der bürgerlichen Gesellschaft. Vielmehr fordert Tschernenko – wieder gemäß der Rezension im sowjetischen Parteiorgan – die sowjetischen Wissenschaftler auf, die subjektiven und objektiven Ursachen für die Widersprüche in der Sowjetgesellschaft „genau zu analysieren". Tschernenko vertrete auch die Auffassung, daß es nicht genüge, diese Widersprüche nur als Überbleibsel der Vergangenheit abzutun.

Diese Aufforderung zum differenzierten Nachdenken muß für sowjetische Leser einigermaßen ungewöhnlich sein. Hier zeigt sich, daß Tschernenko offenbar das Ziel verfolgt, sich mit Teilen der sowjetischen Intelligenzschicht zu verbinden oder zumindest diese Schicht bei der Lösung gewisser Aufgaben heranzuziehen. Ebenso bemerkenswert ist es, daß sich in der Rezension keine besonders negativen oder aggressiven Töne gegenüber dem Westen finden.

Da stößt man auf die übliche Formel von der „Stärkung der sozialistischen Staatengemeinschaft", von der „Zusammenarbeit mit den Bruderparteien auf der Grundlage von Marxismus-Leninismus und proletarischem Internationalismus". Zugleich findet sich aber die vielsagende Formulierung, wonach das sogenannte Atomzeitalter eine Situation geschaffen habe, durch welche die internationalen Verhältnisse eine „bestimmende und überragende Bedeutung" für die kommunistische Bewegung gewonnen hätten. Wörtlich: „Die Sorge um die Bewahrung des Friedens war, ist und wird auch in Zukunft der Kern des leninistischen außenpolitischen Kurses unserer Partei sein."

Es besteht kaum ein Zweifel, daß Tschernenko mit dem Abdruck dieses „Prawda"-Artikels über sein Buch noch in den letzten Lebensstunden Andropows seinen Anspruch auf die Nachfolge angemeldet und zugleich die Abkehr vom Stil seines Vorgängers eingeleitet hat.

Schon jetzt läßt sich herauslesen, daß dem neuen Mann eine gewisse Hektik und Ungeduld (wie sie Andropow offensichtlich in Kenntnis seiner begrenzten Zeit und seines Gesundheitszustandes an den Tag legte) fremd sind. Tschernenko ist ein Thronfolger, der mit 72 Jahren noch um drei Jahre älter als sein Vorgänger ist – der Älteste, der jemals die oberste Spitze des Sowjetstaates erklomm. Der in Sibirien geborene, weißhaarige und eher unauffällig wirkende Mann ist als schlechter Redner bekannt – aber das will in einem System, das seine Führer nach ganz anderen Kriterien als jenen eines Volkstribuns auszusuchen pflegt, gar nichts heißen.

Tschernenko, der seinen Aufstieg nach dem Zweiten Weltkrieg begann, der in der Sowjetrepublik Moldau mit dem damals jungen Parteisekretär Leonid Breschnew zusammenkam, dessen treuester Atlatus er bis in dessen letzte Lebenstage werden sollte – ist zu Beginn der Stalin-Zeit 20, zu Beginn des Zweiten Weltkrieges 30 Jahre alt gewesen: zu jung, um an entscheidender Stelle etwas getan zu haben; zu jung auch, um ein Opfer des GULag zu werden. Immerhin aber alt genug, um die Kataklysmen des Systems in jedem Augenblick bewußt erlebt zu haben.

Anders als Andropow und auch im Gegensatz zu manchen sowjetischen Generälen ist Tschernenko kein „unruhiger Geist". Was man bisher von ihm gesehen und gehört hat, läßt viel eher den Schluß zu, er sei ein Konservativer – allerdings im Rahmen der sowjetischen Bedingungen des realen Sozialismus.

Als Breschnew starb, hoffte Tschernenko – der von seinem Duzfreund Leonid ostentativ als „Kronprinz" aufgebaut worden war – auf einen ruhigen und nahtlosen Übergang der Macht. Da kamen ihm die unruhige Geheimpolizei, die unzufriedene Armeeführung und der mit seinen Gedanken und Ideen umherschweifende politische Intellektuelle Andropow in die Quere. Die Breschnew-Ära hatte in einem solchen Marasmus geendet, daß es leicht war, den designierten Kronprinzen zur Seite zu stoßen und unter Andropow eine militärisch-geheimpolizeiliche Koalition zur Modernisierung des Sowjetimperiums ins Leben zu rufen.

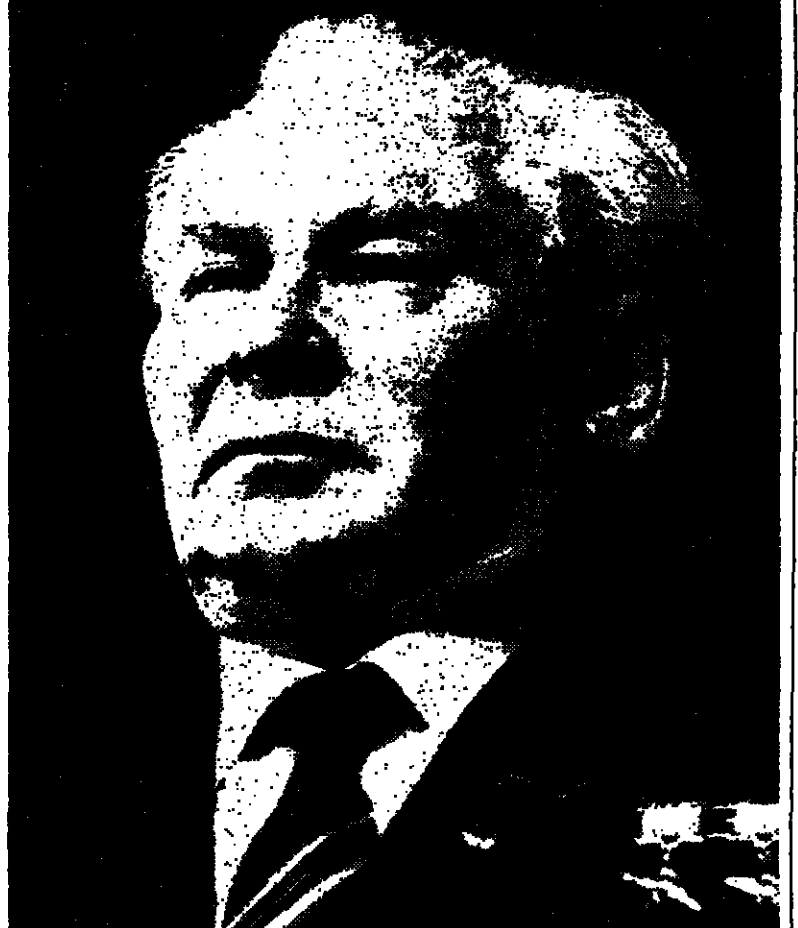
Tschernenko wurde in die Defensive gedrängt – aber immerhin hatte er Freunde und Anhänger im Apparat, die dafür sorgten, daß er stets einen gewissen Einfluß behielt. Als Politbüromitglied und ZK-Sekretär saß er Andropow im Nacken – und erwies sich gewissermaßen als natürlicher Nachfolger, sobald dieser durch Krankheit ausgefallen war.

Für Tschernenko war das Zwischenspiel Andropows auf der Machtszene nachträglich ein unerhörter Glücksfall. Niemand konnte am Grabe Breschnews ahnen, daß der Kräfteverfall des ehemaligen KGB-Chefs so rasch vonstatten gehen würde.

Andropow war nicht lange genug an der Macht, um die Parteifunktionäre aus Breschnews Zeiten allesamt aus dem Amt zu jagen – aber sicher lange genug, um viele von ihnen das Fürchten zu lehren. Auch das Bündnis zwischen Sicherheitsapparat und Armee hat nicht gehalten, was man sich anfänglich versprochen haben mochte. Mit polizeilichen Mitteln war dem sowjetischen Produktionsproblem nicht beizukommen. Die Armeeführung mit ihrem Hunger nach immer mehr Raketen und mit ihrem eklatanten Versagen beim Abschuß des koreanischen Jumbo-Jets – nicht mitgerechnet die anhaltende Blamage in der Sowjetarmee in Afghanistan – hatte im letzten Jahr zumindestens eine Tatsache am eigenen Leibe erfahren müssen: daß es unmöglich war, die sowjetischen Probleme durch militärische Mittel vorwärts zu bringen. Die SS 20, die den Militärs als politische Wunderwaffe zur Etablierung der Hegemonie über Westeuropa erschienen war, erwies sich als Bumerang.

Das alles kommt jetzt dem Nachfolger des Nachfolgers zugute. Die ehrgeizigen Jungtürken – wie Romanow oder Gorbatschow – sind gebremst worden. Sie werden an der langen Leine Laufübungen machen dürfen, nicht mehr und nicht weniger. Erst nach Tschernenko wird der Generationensprung unvermeidlich werden, aber wenn der neue Mann bei guter Gesundheit bleiben sollte, werden die Jungtürken bis dahin bereits auch schon ältere Herren sein.

Wer allerdings erwarten sollte, Tschernenko werde jetzt nichts anderes tun, als zum alten Trott der Breschnew-Ära zurückzukehren, könnte sich gleichfalls täuschen.



Mit 72 auf dem Höhepunkt seiner Karriere: Konstantin Tschernenko
FOTO: ALAIN MINGAM/STUDIO X

In der Biographie fehlen 10 Jahre

Von WERNER KAHL

Das Schweigen über zehn Berufsjahre im Leben des Konstantin Tschernenko ist auch gestern – nach seiner Wahl zum Nachfolger von Jurij Andropow – nicht gebrochen worden. In der offiziellen Biographie des Sowjetführers ist zwar das Jahr 1931 als Eintritt des damals 21jährigen Russen in die Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU) vermerkt, aber als nächste Station taucht erst 1940 das Bezirkskomitee der KPdSU im südsibirischen Krasnojar auf. Tschernenko wurde dort 2. Parteisekretär. Das Komitee kontrollierte damals wichtige Teile der riesigen Sowjet-Strafkolonien des GULag.

Lediglich eine Angabe war sowjetischen Stellen zu dem Loch im Lebenslauf des Andropow-Nachfolgers zu entlocken. Konstantin Tschernenko habe, so heißt es, in den dreißiger Jahren bei den „Grenztruppen" gearbeitet. Das ist eine im Westen unverfängliche Bezeichnung, scheint sie doch lediglich die zur Sicherung der sowjetischen Grenzen eingesetzten Truppen zu umfassen. Weithin unbekannt ist jedoch, daß diese Einheiten der „Hauptverwaltung Grenztruppen des NKWD" – Vorgänger des KGB – unterstanden. Sie stellten während der blutigen Stalinschen Säuberungsaktionen, die sich gegen Mitglieder der Partei, des Militärs und der Geheimdienste im eigenen Land richteten, Verhaftungs- und Erschießungskommandos.

Nach im Westen vorliegenden Berichten kann davon ausgegangen werden, daß Tschernenko Mitte der dreißiger Jahre bis in die Endphase der Liquidationen beim NKWD im Bezrik Dnjepropetrowsk tätig war. Der 1. Sekretär des Partei-Bezirkskomitees von Dnjepropetrowsk hieß damals Sadiontschenko. Tschernenko und Sadiontschenko kennen sich nur aus der Arbeit in Dnjepropetrowsk, heißt es in Berichten aus dieser Zeit. Die Bekanntschaft wurde nach dem Krieg in der Öffentlichkeit am 21. November 1972 in der „Prawda" bekannt.

Aussagen überlebender Sowjetbürger der Stalinschen Verfolgungen, vor allem der Jahre 1936 bis 1938, sprechen sogar von der Beteiligung des damaligen NKWD-Angehörigen Konstantin Tschernenko an Hinrichtungen.

Bei den Säuberungen kamen zwischen 1936 und 1939 etwa 2,8 Millionen ums Leben. Nur wenige haben die NKWD-Haft überlebt.

Die Bekanntschaft und spätere enge Zusammenarbeit Tschernenkos mit Leonid Breschnew rührt aus ihrer gemeinsamen Tätigkeit in dieser Zeit in Dnjepropetrowsk her: Tschernenko als Geheimdienstangehöriger, Breschnew im Parteiapparat der russischen Mittelstadt. Als Breschnew im Kreml Karriere machte, begleitete ihn Tschernenko auf allen Reisen – mit einer Ausnahme: Dnjepropetrowsk.

Das Kartellamt, Aral und die drohende Lawine

Das Bundeskartellamt will die letzte deutsche Bastion am Mineralölmarkt zerschlagen. Es trifft den größten Benzinanbieter der Republik, Aral, der 1967 vom gleichen Kartellamt die Genehmigung erhielt, von seinen Anteilseignern Veba Öl, Mobil Oil und Wintershall anteilig mit Vergaserkraftstoff beliefert zu werden. Das soll nun nicht mehr sein.

Von HANS BAUMANN

Bald ist auch der dritte wieder im Bunde: Mobil Oil. Die deutsche Tochter des amerikanischen Multis hatte erst die Mutter in New York um Rat bitten müssen, ehe sie Mitte letzter Woche ihre Partner bei Aral wissen ließ, daß sie einem Widerspruch gegen den Kartellamtsbeschluß nicht im Weg stehen werde. Mobil tut sich wegen der harten US-Kartellgesetzgebung besonders schwer, aber eine Loyalitätsklausel bindet sie auch an die Aral.

Die Bahn wird damit frei. Veba Öl (56 Prozent), Mobil Oil (28 Prozent) und Wintershall (15 Prozent) werden nun binnen eines Monats Beschwerde einlegen gegen die Verfügung der 8. Beschlußabteilung des Kartellamtes, die von Siegfried Klaue geführt wird.

Der weitere Weg ist offen. Die 8. Beschlußabteilung kann die Beschwerde ablehnen, was die Aral-Besitzer mit einer Klage beim Kammergericht Berlin beantworten würden. Dritte und letzte Stufe: Aral wie Kartellamt könnten danach den Bundesgerichtshof anrufen.

Bis dahin werden Jahre vergehen, Geld für Anwälte und Gutachten in Strömen fließen, die 2000 Mitarbeiter von Aral in hohem Maße verunsichert und die deutsche Mineralölposition am Benzinmarkt bis zum Siechtum geschwächt. Denn wenn es zur Realteilung bei Aral kommt, dann erhält jeder der drei Eigner Tankstellen im Umfang seiner Beteiligung. Doch wer erhält welche Zapfsäule? Immerhin sind in der Bundesrepublik rund 4400 zu verteilen und im Ausland noch einmal gut 2000.

Zudem: Wer will sich erkühnen, den Wert der Marke Aral zu ermessen, in die seit 1967 über zwei Milliarden Mark investiert wurden? Einer wird sie ja übernehmen wollen, mit Sicherheit Veba. Doch was bekommen Mobil und Wintershall für den Verzicht auf die Marke, die gleich nach der Bundespost den höchsten Publikumszulauf in der Bundesrepublik hat?

Die Veba könnte sicherlich mit einem Aral-Netz, das der Größe ihrer Beteiligung entspricht, leben. Auch Mobil Oil behielte einen lebensfähigen Absatzkanal, wenn seine Säulen von Aral auf den Pegasus umgepinselt wären. Doch was geschieht mit Wintershall und seinen 3,5 Prozent Marktanteil am Benzinmarkt, wenn es allein dasteht? Ganz einfach: Als Tankstellennetz wird es von der Autokarte verschwinden. Kein Wunder, wenn die BASF-Tochter am heftigstenauf die Berliner Untersagungsverfügungreagierte.

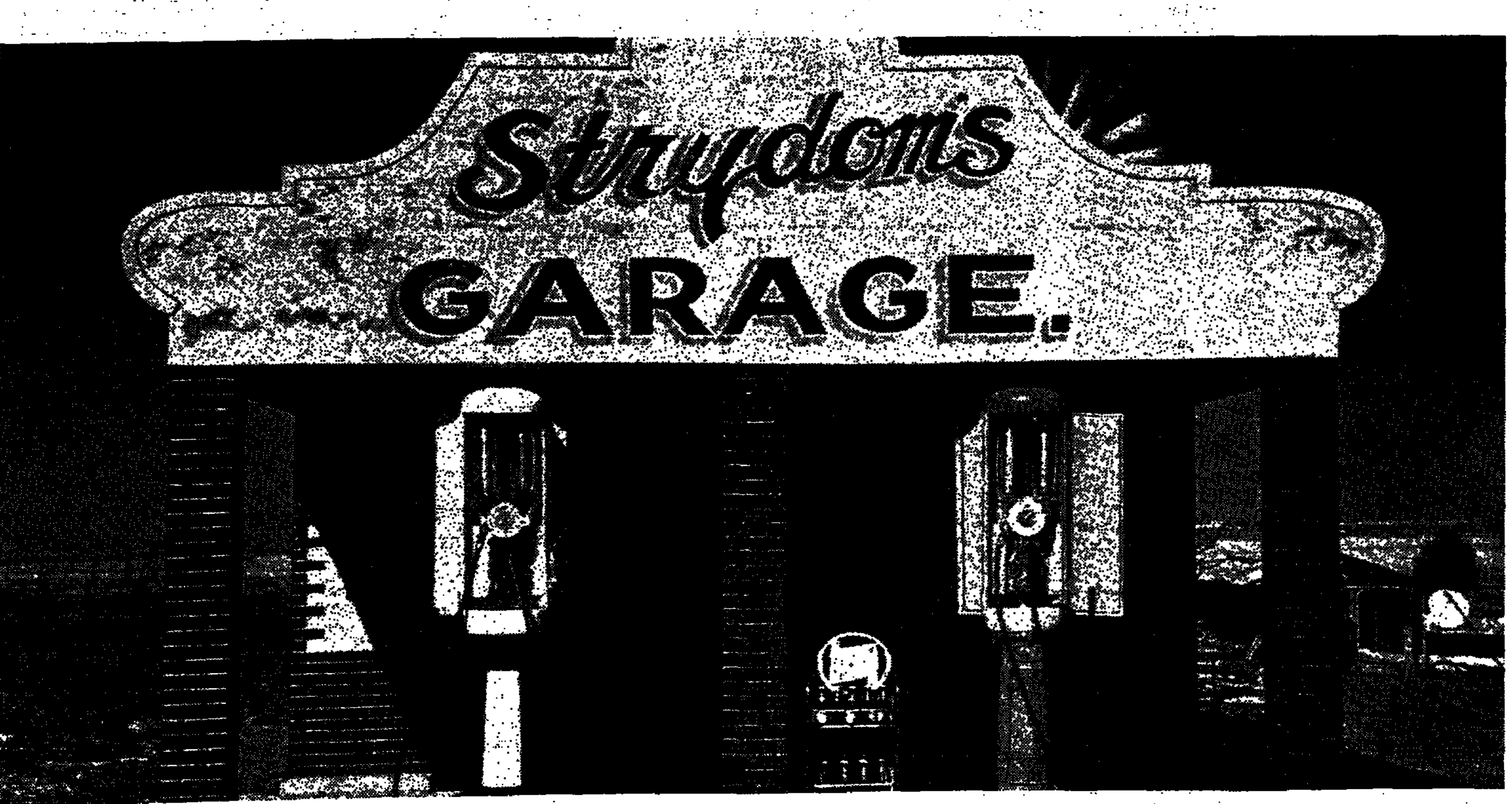
Die Frage drängt sich auf, was der Sinn eines solchen heraufbeschworenen Chaos sein kann. Siegfried Klaue, der große Theoretiker der 8. Beschlußabteilung der Wettbewerbshüter, greift auf ein Urteil gegen ein regionales Monopol der Zementverkaufsstelle Niedersachsen zurück und leitet davon das Recht auf seinen Schritt gegen die Aral AG ab.

Sein Vorwort: Die Zusammenarbeit auf der Handelsstufe hemmt den Wettbewerb (Einen schlechteren Zeitpunkt für ein solches Argument kann sich freilich niemand angesichts des seit Jahren herrschenden „Benzinkrieges" an den deutschen Zapfsäulen ausdenken). Wenn, so soll Klaue in Berlin in kleinerem Kreis gesagt haben, die Raffinerien der Partner mit in die Aral hineingenommen würden, dann sei gegen einen Fortbestand des Benzin-Pools nichts einzuwenden. Wer die Struktur der Raffinerien der Aral-Partner kennt (an den Veba-Raffinerien ist zum Beispiel Venezuela beteiligt), der kann auch hier ablesen, daß Theorie etwas Feines, aber nicht immer etwas Nützliches ist.

So spekulierte das Kartellamt in der Öffentlichkeit, daß sich gerade die freien Tankstellen einen Wettbewerbsbonus versprächen, wenn Aral zerschlagen würde. Doch die „Freien" sehen das anders: „Die dem Bundesverband freier Tankstellen und unabhängiger deutscher Mineralölhändler (BFT) vom Pressesprecher des Bundeskartellamtes unterstellte positive Erwartungshaltung im Zusammenhang mit der Zerschlagung der Aral AG ist eine rein spekulative Darstellung aus der Sicht des Berliner Amtes." Und dann wiesen die „Freien" darauf hin, daß es kein ernsthaftes Interesse an einer Auflösung von Aral geben könne, daß die „Freien" in den letzten Jahren trotz des harten Wettbewerbs recht gute Lieferverbindungen mit Aral entwikkelt hätten, „deren Unterbrechung der BFT ... für nicht erstrebenswert hält".

Wem will Siegfried Klaue nun helfen? Ein Angebot der Aral-Eigner vom 20. Januar, 40 Prozent ihres Umsatzes von 8,25 Milliarden Mark (ohne Steuern) aus Aral herauszunehmen (Spediteure, direkt belieferte Industrie, Bundeswehr, Behörden und Händler), konnte ihn nicht umstimmen. So nimmt die Zerschlagung der letzten deutschen gemeinsamen Mineralölposition denn ihren Lauf – es sei denn, die Gerichte könnten sich der Argumentation von Siegfried Klaue nicht anschließen, was im Kartellamt selbst in nicht geringem Umfang der Fall sein soll.

Oder gibt es doch noch einen Ausweg für Aral wie für das Kartellamt? Denkbar wäre eine Zweiteilung, ein Zusammengehen von Veba mit Wintershall und ein Valet von Mobil Oil, die dann aus dem Fundus von Aral ihr eigenes Netz aufbauen müßte – mit allen geschilderten Komplikationen. Am 16. Februar treffen sich die Aral-Anteilseigner wieder. Vielleicht wird dann der Gordische Knoten zerschlagen.



SELBST WENN SIE DIE GROSSEN HIGHWAYS VERLASSEN: IHRE EUROCARD VERLÄSST SIE NICHT.

Bei weltweit 3,3 Millionen Vertragspartnern, die EUROCARD in Zusammenarbeit mit Amerika's MasterCard und Access, einer der englischen Top-Cards, bietet, ist es ganz natürlich, daß Sie auch an einsamen Land-Tankstellen mit EUROCARD bezahlen können.

Schließlich gehören wir mit 2 Millionen Unternehmen zwischen dem Atlantischen und Pazifischen Ozean zu einem der dichtesten Netze in den USA. Und das macht sich nicht nur in Chicago, Dallas oder Miami bezahlt, sondern auch in Silver Bell (Ariz.) zum Beispiel, in Pikeville (Ky.) oder Wyola (Mont.).

Genauso wie hier zu Hause bei den nahezu 30 000 deutschen EUROCARD-Vertragspartnern zwischen Niebüll (Schl.-Holst.) und Oberthulba (Bay.).

Eine EUROCARD bekommen Sie über Ihre Bank oder Sparkasse, deren Berater in allen Fragen kompetente Gesprächspartner sind. Oder über ein Postscheckamt.



EUROCARD. WORLDWIDE CREDIT – MADE IN GERMANY.

Ein Service der deutschen Banken und Sparkassen.

Kindergeld: Farthmann sucht „große Koalition"

DW. Düsseldorf

Für eine deutliche Anhebung des Kindergeldes hat sich der nordrhein-westfälische Sozialminister Friedrich Fahrtmann (SPD) ausgesprochen. Er schloß sich damit Überlegungen an, die bereits in den unionsregierten Bundesländern Baden-Württemberg und Bayern angestellt werden. Nach den Vorstellungen des Düsseldorfer Ministers sollte es für das erste Kind künftig mindestens 100 Mark (bislang 50 Mark) im Monat, für das zweite Kind mindestens 200 Mark (bisher 100 – bei besserverdienenden Eltern 70 Mark) und vom dritten Kind an mindestens 300 Mark (bisher 220 Mark oder 140 Mark) geben.

Fahrtmann regte am Montag eine „große Koalition" mit unionsgeführten Regierungen an, um diese „familienpolitische Initiative" zusammen mit den SPD-regierten Bundesländern durchzusetzen. Diese Gemeinsamkeit zwischen Sozial- und Christdemokraten sei dringend notwendig, damit eine Entlastung vor allem kinderreicher Familien „nicht erneut am Widerstand der fünf Prozent ‚Unbarmherzigen' um den Grafen Lambsdorff scheitert". Er zeigte sich optimistisch, daß es zu einem gemeinsamen Schritt im Bundesrat kommt, zumal Stuttgarts Ministerpräsident Lothar Späth selbst eine Kindergelderhöhung gefordert und dabei die Möglichkeit einer einkommensabhängigen Sozialstaffelung zur Diskussion gestellt habe.

Er verwies auch auf eine Stellungnahme des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, wonach viele Familien wegen der Sparmaßnahmen in den öffentlichen Haushalten verstärkt unter Druck geraten seien. Auch der Familienbund der deutschen Katholiken habe errechnet, daß viele Familien mit zwei oder mehr Kindern mit ihren Einkünften bereits an die Grenze zur Sozialhilfe gestoßen seien. Dies müsse die Politiker unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit „zu entschiedenem Handeln" zwingen.

Eine Aufstockung des Kindergeldes entsprechend Fahrtmanns Vorschlägen würden den Staat jährlich rund zwölf Milliarden Mark kosten. Eine solche Maßnahme müsse insgesamt eindeutig Vorrang haben vor einer allgemeinen Steuersenkung.

Anzeige

Abonnieren Sie Realismus

Die WELT will aufzeigen, "was Sache ist". Und sie will in ihren Analysen, Hintergrundberichten und Kommentaren deutlich machen, was die weltweiten Fakten und Tendenzen für uns bedeuten. Beziehen Sie die WELT im Abonnement. Dann haben Sie täglich einen sicheren Beurteilungsmaßstab für verantwortliches Handeln.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Hinweis für den neuen Abonnenten
Sie haben das Recht, Ihre Abonnements-Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bestellschein

Bitte liefern Sie mir zum nächstmöglichen Termin bis auf weiteres die WELT. Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 25,60 (Ausland 35,00, Luftpostversand auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Name:
Straße/Nr.:
PLZ/Ort:
Beruf:
Telefon: Datum:
Unterschrift:

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36 01-533

Unterschrift:

Die Richtlinien von Baum sollen aufgehoben oder präzisiert werden

Bundesinnenminister Zimmermann möchte Kontrollkatalog für Grenzschutz erweitern

MANFRED SCHELL, Bonn

Das Bundesinnenministerium strebt eine Überarbeitung der Amtshilferichtlinien für den Grenzschutz, Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst an. Damit sollen vor allem „Informationslücken" im Bereich der Spionagebekämpfung und der Beobachtung im extremistischen Bereich geschlossen werden. In Regierungskreisen in Bonn wird damit gerechnet, daß die FDP dagegen Widerspruch erheben wird, denn die beabsichtigte Neuregelung bedeutet, daß die 1981 vom früheren Innenminister Baum (FDP) erlassenen Richtlinien in wichtigen Bereichen entweder aufgehoben oder aber präzisiert werden. Nach dem Entwurf, der den Bundesländern zur Stellungnahme zugeleitet worden ist, sind im wesentlichen folgende Neuregelungen vorgesehen:

- Künftig sollen auch die Daten von Mitgliedern oder Gästen des „Schriftstellerverbandes der DDR" sowie des „Verbandes bildender Künstler der DDR", wenn sie die Grenze passieren, festgehalten und an den Verfassungsschutz weitergegeben werden. Diese Ausweitung des Kontrollkatalogs hatte der Verfassungsschutz vor allem mit dem Argument verlangt, beide Institutionen seien in die „Westarbeit" der „DDR" fest eingebunden. „Klassenneutrale Bereiche" gebe es dort nicht. Vor allem Kultur und Wissenschaft würden als „Waffen im internationalen Kampf eingesetzt".
- Als „Meldefall" sollen auch Reisegruppen behandelt werden, die auf „gewisse Einladungen" hin die Demarkationslinie in die eine oder andere Richtung übertreten. Nach den Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden betreut jeder „DDR"-Bezirk bestimmte Bundesländer als „Pate". So ist zum Beispiel Dresden für Baden-Württemberg, Magdeburg für Niedersachsen oder Rostock für Hamburg zuständig. In Baums Richtlinien hatten Herkunfts- oder Zielorte entsprechend der SED-Patenbezirke allein noch keine Meldung begründet.

Allerdings hatte der Verfassungsschutz schon 1981 Bedenken angemeldet, Gruppenreisen dieser Art nicht zum Meldefall zu erheben. Inzwischen habe sich die Auffassung des Verfassungsschutzes, daß solche Reisen auf einen linksextremistischen Hintergrund schließen lassen, bestätigt. Im übrigen seien solche Meldungen geeignet, strukturelle und methodische Erkenntnisse über die Westarbeit der SED zu gewinnen.

- Bei der Abfertigung von Reisenden soll der Grenzschutz das Recht erhalten, durch konkrete Fragen Informationen über Personen und deren Zielorte zu recherchieren. Dies ist in den bisherigen Amtshilferegelungen untersagt gewesen. Die Aufhebung dieser Regelung wird mit einem Rückgang der Meldungen durch den Grenzschutz begründet.
- Um die Aufklärungsarbeit im nachrichtendienstlichen Bereich zu erleichtern, sollen künftig auch Reisende gemeldet werden, „bei denen Anhaltspunkte vorliegen, die für die Aufklärung nachrichtendienstlicher Zusammenhänge von Bedeutung sein können".
- Benannt werden sollen auch „Begleitpersonen" zum Beispiel von bekannten SED- oder DKP-Funktionären. Der Verfassungsschutz argumentierte, der bisherige Verzicht auf diese Meldungen habe zu Informationseinbußen geführt. Im Bereich des Rechtsextremismus hätten Meldungen über Begleitpersonen nicht selten mehr Bedeutung erlangt als die benannte Person selbst. Außerdem sei die Mitteilung eines bislang unbekannten Begleiters „unter Umständen geeignet, ein Mitglied des konspirativ arbeitenden Sicherheitsdienstes zu dekuvrieren".
- Aufgehoben werden soll die Weisung Baums, Meldungen über verdächtige Reisende schon nach einem Monat im Computer zu löschen. Diese Frist soll jetzt auf drei Monate festgesetzt werden, weil die bisherige Zeit für die Bewertung der Meldung nicht ausgereicht habe.

Auch in der Neuregelung bleibt es dabei, daß bei „Sachinformationen" für den Bundesnachrichtendienst keine „Personendaten" mitgeliefert werden dürfen. Dahinter verbirgt sich die Fürsorgepflicht für Reisende, die zu Auskünften für den BND bereit sind. Sachinformationen müssen deshalb von den Grenzdienststellen unmittelbar und fernschriftlich an den Bundesnachrichtendienst übermittelt werden. „Die Meldung ist so abzufassen, daß ein Rückschluß auf die Person des Reisenden nicht möglich ist."

Einbezogen werden künftig auch die Zolldienststellen in die Amtshilferegelung, soweit sie grenzpolizeilich tätig sind. Für die Ausklammerung der Zollverwaltung gebe es heute keinen sachlichen Grund mehr, betonte das Bundesinnenministerium. Neu aufgenommen werden soll die Regelung, daß ein Meldefall auch dann vorliegt, wenn Reisende NS-Kennzeichen mitführen oder schwarze Uniformteile tragen. Ereignisse aus der jüngsten Zeit hätten gezeigt, daß Rechtsextremisten in „Uniform" oder mit Propagandamaterial die Grenzen überschreiten oder so „ausgerüstet" den Transitweg nach West-Berlin benutzen. Der Militärische Abschirmdienst (MAD) wird nicht an das Amtshilfe-Netz angeschlossen.

Bayerns FDP über Frau Hamm-Brücher verärgert

Parteichef Brunner wirft ihr Profilierungssucht vor

PETER SCHMALZ, München

In der bayerischen FDP spitzt sich der Konflikt zwischen der Parteiführung und der Bundestagsabgeordneten Hildegard Hamm-Brücher zu. Die streitbare Liberale, die ihre Kritik an der Wende ihrer Partei immer wieder öffentlich äußert, hatte am Wochenende den bayerischen Landesparteitag in Rosenheim unter Protest verlassen. Landesvorsitzender Brunner hatte ihr vorgeworfen, Parteichef Genscher fortgesetzt zu diffamieren. Sie kündigte an, sie werde ihre FDP-Mitgliedschaft in Bayern aufkündigen und sich um Aufnahme im Landesverband von Baden-Württemberg bemühen.

Gestern schränkte sie zwar ein, sie habe diese Drohung im ersten Zorn geäußert und wolle sich den Schritt nochmals überlegen, in der Partei festigt sich jedoch die Meinung, daß ein tragfähiger Kompromiß zwischen Frau Hamm-Brücher und dem neuen FDP-Landesvorsitzenden Manfred Brunner nicht mehr möglich ist.

Der 36jährige Brunner, vor mehr als zehn Jahren Fraktionsassistent der damaligen bayerischen Landtagsabgeordneten Hamm-Brücher, zeigte sich jedenfalls entschlossen, die Kritik der 62jährigen Politikerin vor allem am Bundesvorsitzenden Genscher nicht länger *hinzunehmen*.

Nachdem Frau Hamm-Brücher den Vorschlag Genschers, Elite-Universitäten einzurichten, mehrfach hart kritisiert hatte („bildungspolitischer Ellenbogen-Liberalismus"; „beinahe ständestaatliche Bildungseinrichtung"), war sie von Brunner schriftlich gebeten worden, „persönliche Profilierung nicht zu Lasten der gemeinsamen liberalen Sache" gehen zu lassen.

Die profilierte Bildungspolitikerin wurde für die Liberalen zur Symbolfigur, nachdem es ihr durch einen engagierten Einsatz gelungen war, ihre Partei 1972 in den Münchner Landtag zurückzubringen. Scharfzüngig vermehrte sie aber auch die Zahl ihrer innerparteilichen Feinde. Wo Ertl stehe, wolle sie nicht einmal begraben sein, sagte sie über den früheren bayerischen FDP-Vorsitzenden. Nach der Wende forderte sie auf einem Münchner Sonderparteitag: „Schluß mit dem Genscherismus."

In der FDP beobachtete man diese Aktivitäten mit Besorgnis. Als Hintergrund wird vermutet: Frau Hamm-Brücher, die nach dieser Legislaturperiode aus der aktiven Politik ausscheiden möchte, suche einen eskalierenden Konflikt, um ihre politische Arbeit mit einem Paukenschlag beenden zu können.

Auch enttäuschte Erwartungen spielen nach Meinung führender Liberaler dabei eine Rolle. So soll sich die FDP-Politikerin, die bei Helmut Schmidt stets ein offeneres Ohr als bei ihrem Parteichef fand, Hoffnung gemacht haben, nach einem Scheitern der Wende Genscher im Außenministerium beerben zu können. Doch trotz ihrer heftigen Kritik an Bundeskanzler Kohl spekulierte sie auf ein Regierungsamt unter seiner Führung: Als Fraktionschef Mischnick die FDP-Bundestagsabgeordnete nach dem Regierungswechsel informierte, die Partei habe auch noch das Amt des Parlamentarischen Staatssekretärs im Verteidigungsministerium bekommen und werde es mit Kurt Jung besetzen, da sprang Frau Hamm-Brücher auf und meinte empört: „Da hätte man auch mich fragen können." Diese Äußerung hat sie in der Fraktion viel Sympathie gekostet.

Schweden wieder auf U-Boot-Suche

grm. Stockholm

Die schwedische Marine ist wieder auf U-Boot-Jagd. Im militärischen Sperrgebiet vor der südostschwedischen Flottenbasis Karlskrona waren verschiedene Signale aufgefangen worden, die die Anwesenheit eines fremden U-Boots vermuten ließen. Obwohl seitdem keine neuen wesentlichen Beobachtungen gemacht wurden, die den Verdacht bestätigen, geht die Suche nach Angaben von Marinesprecher Hans-Gustaf Wessberg unvermindert weiter. Vor allem wurden U-Boot-Sperrnetze niedergelassen und Schiffe eingesetzt. Darüber hinaus wurde zusätzliches Personal in die Schären von Karlskrona verlegt. Zu den im Suchgebiet liegenden Inseln wird nur den dort wohnhaften Personen der Zutritt gewährt. Dies ist seit August 1983 das dritte Mal, daß in diesem Gebiet U-Boot-Alarm gegeben wird.

Nach Angaben der Stockholmer Zeitung „Svenska Dagbladet" kommt der Verteidigungsstab in seinem Untersuchungsbericht über drei in unmittelbarer Nähe einer Minenstation im nördlichen Teil der Stockholmer Schären im September 1983 gesichteten unbekannten Tauchern zu der Überzeugung, daß es sich bei ihnen um Ausländer gehandelt hat; ihre Nationalität werde jedoch nicht bekanntgegeben.

Der Chef des Verteidigungsstabes, Vizeadmiral Bror Stefenson, erklärte kürzlich, daß sich an den Küsten Schwedens nunmehr Spezialtruppen in ständigem Anti-U-Boot-Einsatz befänden. Bei ihrer Arbeit stände die Sicherheit des Landes im Vordergrund.

Aussicht auf Rückgang der Neuverschuldung

HH. Bonn

Der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Manfred Carstens (Emstek) rechnet für 1984 mit einer Neuverschuldung „nicht unerheblich unter 30 Milliarden Mark". Nach dem relativ günstigen Abschneiden 1983 mit 31,5 Milliarden Nettokreditaufnahme sei auch in diesem Jahr im Haushaltsvollzug wieder mit Minderausgaben und Mehreinnahmen zu rechnen, so daß insgesamt eine weitere Absenkung der Schuldenaufnahme gegenüber dem Haushaltsansatz möglich sei. Mit Blick auf die jüngste Diskussion über Tarifreform und Familienlastenausgleich warnte Carstens jedoch davor, „diese notwendigen Entlastungen" auf Kosten der Haushaltskonsolidierung zu betreiben. „Deshalb wird eine spürbare Entlastung nicht ohne steuerliche Umschichtungen und den Abbau von Steuersubventionen möglich sein", erklärte er.

Von einer Mehrwertsteuer-Erhöhung rät er zwar ab, wenn auch nicht so dezidiert wie die Steuerexperten der Fraktion in der vergangenen Woche. Der Zeitpunkt der Steuerreform hänge „ganz wesentlich" von weiteren Fortschritten bei der Haushaltssanierung ab.

Nicaragua: Bischof für nationalen Dialog

KNA. Managua

Zu einer Beendigung der „politischen und militärischen Konfrontation der Nicaraguaner untereinander" und zu „nationaler Aussöhnung" hat der Präsident der Nicaraguanischen Bischofskonferenz, Bischof Pablo Antonio Vega, aufgerufen. Vega regte die Aufnahme eines „nationalen Dialogs" zwischen den Parteien der Opposition und dem sandinistischen Regime an, forderte eine Amnestie und Pressefreiheit ohne jede Einschränkungen.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Die Kulturpolitik wird ein zentrales Thema im Kommunalwahlkampf sein

Von WILM HERLYN

Zum Anfang des Jahres, acht Monate vor den Kommunalwahlen, deutet sich an, daß die Kulturpolitik eines der zentralen Themen im bevölkerungsreichsten Bundesland sein wird. Johannes Rau, der Ministerpräsident, äußerte sich besorgt über das „Ausbluten der Kulturetats" in den Gemeinden und Kreisen. Dabei verschwieg er aber, daß die Finanzpolitik der von ihm geführten Landesregierung ein gerüttelt Maß an Schuld daran trägt, wenn vor allem die steuerschwachen Kommunen kaum noch Mittel für diesen Sektor aufbringen können. So bedauerte Rau zwar, daß öffentliche Bibliotheken heute auf periodisch erscheinende Publikationen als Nachschlagewerke verzichten müßten, doch nannte er nicht die Ursache für diesen Mißstand: Von 1980 bis 1983 sind nach Rechnung des Oppositionsführers im Düsseldorfer Landtag, Bernhard Worms, gerade die Landesmittel für die Bibliothekförderung von 8,1 auf 2,6 Millionen Mark abgesenkt worden. Dazu fand Worms heraus, daß kleinere Kommunen und freie Bibliotheken überhaupt keine Landesmittel mehr erhielten. Die geringfügige Aufstockung auf drei Millionen Mark, die im Etat 1984 geplant sei, ändere die Lage kaum.

Vor der SPD-Landeskonferenz führte Johannes Rau weiter aus, wenn Experten sagten, „nichts ist so tot wie die ‚Musica viva'", sei dies ein Beweis, daß nicht genug für moderne Musikformen getan werde. Dagegen setzte nun Worms, man dürfe sich darüber wohl kaum wundern, da sich das Land gerade in den Bereichen Musikschulen und Orchester „aus der Verantwortung weitgehend entlassen" habe.

Und weil der Kommunalwahlkampf vor der Tür steht, geizte der CDU-Politiker auch nicht mit derber Sprache: Nicht die Kommunen seien für ein Ausbluten der Kulturlandschaft verantwortlich, wie der Regierungschef glauben machen wolle, „sondern der Aussteiger Rau als Ministerpräsident dieses Landes".

Immerhin kann der Regierungschef dagegen ins Feld führen, daß das Land Beträge von 100 Millionen Mark für neue Museen und Zuschüsse von 50 Millionen Mark für städtische und private Theater leiste. Sein Land verzichte zwar bewußt auf Glanz von Staatsoper und Staatsphilharmonie, gebe aber mehr für kulturelle Zwecke aus als alle anderen Bundesländer zusammen.



Wer nun ein Fazit der Aussagen der konkurrierenden Politiker zieht, stellt fest, daß sich die Landesregierung in einer schlechten Position befindet: Sie beklagt jetzt Zustände, in die sie sich selbst hineinmanövriert hat. Und es ist nicht einmal abzusehen, wie beispielsweise Finanzminister Diether Posser reagieren wird, wenn es gilt, kulturpolitische Versprechungen seines Regierungschefs in die Tat umzusetzen. Rau sagte erst kürzlich, sein Kabinett werde alle Anstrengungen machen, die Kulturförderungen aufrechtzuerhalten und dabei neue Entwicklungen zu fördern. Posser dagegen sieht zusammen mit seinem Kollegen im Wirtschaftsressort Reimut Jochimsen seine vornehmliche Aufgabe darin, die Probleme von Kohle, Stahl, Maschinenbau und Textil im Lande zu lösen.

Die nicht im Landtag vertretenen Freien Demokraten meldeten sich über ihren Vorsitzenden, Staatsminister Jürgen W. Möllemann, zu Wort. Der wehrte sich gegen den Eindruck, den Rau erweckt habe. Keineswegs dürften vor Ort entwickelte kulturelle Aktivitäten aufgrund von Spitzenfinanzierungen aus dem Landeshaushalt „an die Fahne der SPD-Regierung geheftet werden", meinte er. Ein kulturförderndes Engagement des Landes sei zwar grundsätzlich zu begrüßen, doch gehe es nicht an, sich aus dem bunten Kultur-Kuchen nur die Rosinen herauszupicken und diese in den Landesfarben grün-weiß-rot anzusprühen zur höheren Ehre der Regierung Rau. Damit zielte Möllemann vor allem auf das in diesem Monat angelaufene Programm „Kultur '84", das 31 Veranstaltungen in mehr als 40 Gemeinden vorsieht und vom Land mit etwa vier Millionen Mark in der Spitzenförderung mitfinanziert wird.

Doch scheint selbst für manchen SPD-Politiker das Thema Kultur noch längst nicht den ersten Rang zu besitzen. So meinte der Essener Bundestagsabgeordnete Peter Reuschenbach, der die Nachfolge von Oberbürgermeister Horst Katzor im Falle eines SPD-Sieges am 30. September antreten will, die Kulturpolitik in den 80er Jahren solle zwar das herausragende Thema auf dem SPD-Bundesparteitag im Mai in Essen werden, aber für ihn hätten andere Themen Priorität: Gewerbesteuer, Erhöhung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer sowie die Entlastung der Stadthaushalte von Sozialhilfeausgaben.

Ein Buch über Weichmann für jeden Abiturienten

Konfliktforscher aus Bremen übernehmen die Kosten

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

Jeder deutsche Abiturient des Jahrgangs 1984 soll in den nächsten Wochen einen Abriß deutscher Geschichte erhalten, personifiziert in einem großen Staatsmann aus der Sozialdemokratie: Herbert Weichmann. Die „Vereinigung zur Förderung der Konfliktforschung e. V." in Bremen hat für diese Auktion, mit der sie an die Kultusminister der Länder herantritt, die Kosten für 300 000 Exemplare des Buches „Herbert Weichmann zum Gedächtnis" übernommen. Frau Elsbeth Weichmann und der Vorsitzende der Vereinigung, Hermann Segnitz, werden Bundespräsident Karl Carstens am Donnerstag den Gedächtnisband überreichen.

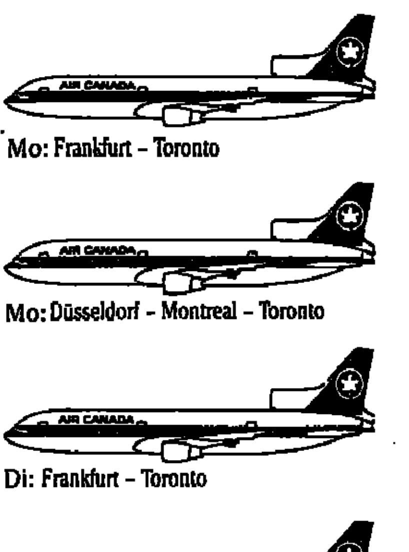
Die erste Seite der Schrift hat folgenden Text: „Dieses Buch, das die Ansprache des großen deutschen Politikers und Staatsmannes Herbert Weichmann vor dem Deutschen Bundestag am 17. Juni 1982 enthält, mag Ihnen nach Ihrem Abitur Anregungen für Ihren weiteren Lebensweg geben. Am 23. Februar 1984 wäre Prof. Dr. Weichmann (Erster Bürgermeister der Freien Hansestadt Hamburg von 1965 bis 1971) 88 Jahre alt geworden. In seinem demokratischen Selbstverständnis war er ständig bemüht, den Ausgleich zwischen Freiheit und Gleichheit zu verwirklichen."

Bundespräsident Carstens hatte bei der Trauerfeier für den am 11. Oktober gestorbenen Weichmann auf die Bedeutung dieser Rede hingewiesen. „Mehr als alles andere" – so sagte der Bundespräsident damals – „wollte er den jungen Menschen in unserem Lande bewußt machen, was sie an diesem freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaat haben, und daß es wert sei „ihn nach außen und innen zu schützen, ihn kämpferisch zu verteidigen".

Der Patriot und Preuße jüdischer Abstammung, Herbert Weichmann, der den Zerfall der Weimarer Republik, der Flucht, Emigration und mühevollen Wiederaufbau erlebt hatte, hat in vielen Reden seine Auffassung über die Mitwirkung des Bürgers in einem demokratischen Staat vertreten. Bei der denkwürdigen Ansprache zur Feier des 17. Juni vor dem Deutschen Bundestag warnte Weichmann: „Weder Bürgerinitiativen noch Beschlüsse der sogenannten Parteibasis dürfen die durch unsere Verfassung legitimierten und legal berufenen Entscheidungsgremien durch eine Art von Rätedemokratie über die Hintertür in ihrer Funktionsfähigkeit erschüttern." Weichmann stellte bei dieser Ansprache einen Mangel an „weiterführender moralischer Kraft" fest. „Wir genießen die Freiheit" – so sagte er – „aber es ist eine Freiheit ohne Sendungsbewußtsein, die es kaum erstrebt und jedenfalls nicht erreicht, ihre Stimme auch über jene Mauer hinwegzuspringen zu lassen, die das deutsche Volk in zwei Hälften teilt."

Gleichzeitig mit der Versendung dieses Gedächtnisbandes veranstaltet die „Vereinigung zur Förderung der Konfliktforschung" einen Aufsatzwettbewerb für alle Jugendlichen zwischen 17 und 22 Jahren. Thema ist die Botschaft Papst Johannes Paul II. zum Weltfriedenstag am 1. Januar 1980: „Um dem Frieden zu dienen, achte die Freiheit." Der erste Preis ist mit 5000 Mark, der zweite mit 3000, der dritte mit 1500 Mark dotiert, es gibt außerdem zahlreiche Buchpreise. Einsendeschluß ist der 15. September (Postfach 10 15 06, Bremen 1).

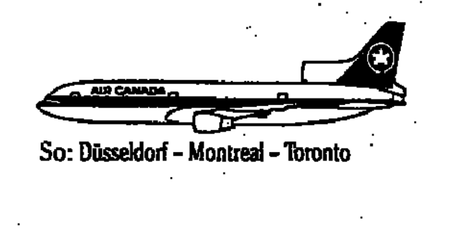
Keine andere Airline fliegt so oft nach Kanada wie wir.



Di: Düsseldorf - Montreal - Toronto







13x die Woche. Das soll uns mal jemand nachmachen. Auch unseren Intercontinental Service werden Sie so schnell nicht wieder finden.

Schließlich fliegen Sie bei uns ausschließlich mit Großraumjets. Gute Anschlüsse in 30 kanadische und 10 US-Städte haben wir ebenfalls. Mehr in Ihrem IATA-Reisebüro oder bei uns in Berlin, Hamburg, Hannover, Düsseldorf, Frankfurt und München.

Und per Telefon: 0611/25 01 31.
Air Canada. *Flüge, die wie im Flug vergehen.*



Wiener Vereidigung ging unter im Pfeifkonzert

Kanonenschläge und Hetz-Parolen im Karl-Marx-Hof

CARL G. STRÖHM, Wien

Erstmals ist es bei einer großen militärischen und staatlichen Zeremonie in Österreich zu ernsthaften linksradikalen Störungsversuchen gekommen. Die feierliche Vereidigung von fast 800 Rekruten des österreichischen Bundesheeres im Karl-Marx-Hof in Wien, zu der Bundespräsident Rudolf Kirchschläger und Bundeskanzler Fred Sinowatz mit zahlreichen Regierungsmitgliedern erschienen waren, ging stellenweise in einem Pfeifkonzert linksradikaler und militant pazifistischer Jugendlicher unter.

Als die jungen Soldaten am Sonntag das Gelöbnis auf die Fahne und die Republik sprachen, ließen linksradikale Demonstranten Kanonenschläge explodieren und schrien „nieder mit dem Faschismus" und „nieder mit den Kapitalistenschweinen". Vor den im Karree angetretenen Soldaten entfalteten Demonstranten ein Spruchband mit der Inschrift „Gehorsam bis zum Bürgerkrieg". Die Organisation der Zivildiener verteilte Flugblätter, in denen davor gewarnt wurde, Soldaten des österreichischen Heeres könnten demnächst gegen streikende Arbeiter eingesetzt werden.

Die Vereidigung fand im Karl-Marx-Hof statt – einem der aus der Zwischenkriegszeit stammenden „roten" Gemeindebauten. Hier war es vor 50 Jahren, am 12. Februar 1934, zu einem Bürgerkrieg zwischen dem Republikanischen Schutzbund – der paramilitärischen Organisation der Sozialdemokratie – und der „Heimwehr", dem Kampfverband des Austro-Faschismus, gekommen. Bundesheer, Heimwehr und Polizei brachen den Widerstand der bewaffneten sozialdemokratischen Arbeiter mit Artillerie und Panzern. Der Karl-Marx-Hof gilt auf sozialistischer Seite als eine Art „roter Alcazar". Die Vereidigung der jungen Soldaten auf diesem historischen Platz sollte die Versöhnung der einstigen Bürgerkriegsgegner und die Stabilität der heutigen österreichischen Demokratie symbolisieren.

Der österreichische Verteidigungsminister Friedhelm Fischenschlager (FPÖ) erklärte in seiner Ansprache, das Heer sei allen Bürgern dieses Staates verpflichtet, nicht aber wechselnden politischen Mehrheiten. Es könne keinen dauerhaften Frieden geben, solange die demokratischen Freiheiten und die Menschenrechte nicht verwirklicht seien. Eine Demokratie, die nicht kampfbereit sei, müsse untergehen, formulierte der Minister. Der Einsatz der Demokratie und Freiheit könne schwierig bis aussichtslos, aber niemals sinnlos sein.

Bereits am Vortage hatte der Präsident des österreichischen Parlaments und Vorsitzende des österreichischen Gewerkschaftsbundes, Anton Benja (SPÖ), während einer Feierstunde im Wiener Parlamentsgebäude erklärt, eine der Lehren des 12. Februar 1934 müsse sein, daß der politische Gegner niemals wieder zum Feind werden und die Gesprächsbrücken zwischen den politischen Lagern niemals abgerissen werden dürfen. Selbst bei einer friedfertigen Bevölkerung habe ein politisches System nur so lange Bestand, als es in der Lage sei, die sozialen Probleme befriedigend zu lösen. Eine weitere Lehre sei, daß eine „Politik radikaler Phrasen" niemals Probleme löse, sondern sie nur verschärfe.

Bundespräsident Kirchschläger bezeichnete die gemeinsame Gedenkstunde der politischen Parteien an den einstigen Bürgerkrieg als einen Versuch, rückblickend in der Geschichte den politischen Gegner zu achten und zu verstehen. Die österreichische Politikergeneration von 1945 habe nicht den Rückfall in die Totalität eines Systems praktiziert, sondern den Weg der Zusammenarbeit – Kirchschläger meinte hier vor allem die Zusammenarbeit zwischen christlich-demokratischen und den sozialistischen Kräften – beschritten. Jede neue Generation müsse aber diesen Weg erneut für sich gehen. Jede Generation trage daher auch ein hohes Maß von Verantwortung. Es sei nicht seine Aufgabe als Bundespräsident, historische Schuldsprüche zu fällen oder sich Richtergewalt über die damaligen Ereignisse anzumaßen. Man müsse sich heute vor den toten Kämpfern auf beiden Seiten verneigen. Sie alle hätten in Treue die Pflicht erfüllt, die sie damals auf sich nahmen. Kirchschläger gedachte besonders der sozialistischen „Schutzbündler", die nach ihrer Flucht aus Österreich in die Sowjetunion emigrierten und dort der blutigen Säuberungswelle unter Stalin zum Opfer fielen.

Seite 2: Wiener Warnzeichen

Besuch im Stabsquartier der NPD, und zu Tode gehetzte Kinder

Das Bild von der Bundesrepublik Deutschland im Spiegel der sowjetischen Medien

Von FRIED H. NEUMANN

Richten sich sowjetische Fernsehkameras auf die Bundesrepublik, finden sie kaum etwas anderes als Demonstrationen. Mit Umzügen gegen die Nachrüstung und Protesten gegen Arbeitslosigkeit ist das Deutschlandbild der Moskauer Tagesschau ausgefüllt.

Ein neuer Spielfilm, vor kurzem erst in einigen Kinos angelaufen, erweitert die Perspektive. Er schildert, wie der westdeutsche Fernsehkorrespondent Rudolf Domann (eine erfundene Figur) allmählich die „Wahrheit über die UdSSR" erkennt, indem er mit lauter prächtigen Sowjetmenschen zusammentrifft. Im heimatlichen Funkhaus wird seine Berichterstattung so übel aufgenommen, daß man zurückruft. Aber zu spät. Ihm sind nun mal die Augen aufgegangen. Schon sein Vater Manfred, der 1944 als zerlumpter Kriegsgefangener über Moskaus Straßen geführt wurde, hatte diese Verwandlung erlebt. Von den Realitäten des sowjetischen Lebens muß eine enorme Überzeugungskraft ausgehen.

Düstere Rolle in primitivem Szenario

Trotzdem sind Filmgeschichten mit politischem Happy-End in Moskau rar. Die Hälfte der sechs neuen Dokumentarstreifen, die von der Zeitung „Sowjetskaja Kultura" besprochen wurden, widmet sich westlichen Neofaschisten – diesen „potentiellen Erbauern neuer Todeslager" mit ihrer „absolut stumpfsinnigen, blindwütigen, tierischen Blutgier". Die andere Hälfte demonstriert den Friedenskampf der sowjetischen Bevölkerung. Beide Themen gehören zusammen wie zwei Seiten einer Medaille.

In dem primitiven Szenario spielt die Bundesrepublik eine düstere Rolle. Diese sieht so aus: In neuer Zusammensetzung zwangsläufig undemokratisch geworden, hat sich die Bundesregierung gegen den Willen der Bevölkerung amerikanischen Aggressionsabsichten ausgeliefert. Sie duldet auch Revanchismus und Neonazis. Leistet sie ihnen nicht sogar Schützenhilfe? Emsig trägt die sowjetische Presse Belege dafür zusammen. Als Tass von der Absicht des innerdeutschen Ministeriums erfuhr, eine Deutschlandkarte mit Markierungen der Grenzen von 1937 herauszugeben, schlug die Nachrichtenagentur umgehend Alarm: „Ein weiteres breites Zugeständnis an die Revanchisten, die ihre Aktivitäten merklich verstärkt haben, seit die Regierung Kohl–Genscher an die Macht kam. Von ihr werden sie unterstützt."

Jedes Ereignis ist den Zeitungen Anlaß genug, vor großer Gefahr zu warnen. Mangelt es an Nachrichten, suchen sich Korrespondenten Belege auf eigene Faust. „Literaturnaja Gaseta", die Wochenzeitung des Schriftstellerverbandes, besann sich der selbst in Moskau etwas in Vergessenheit geratenen NPD und besuchte deren „Stabsquartier" in Stuttgart. Außer der Entdeckung, daß diese Partei gleichfalls gegen amerikanische Raketen sei, weil ihr eine eigene westeuropäische (und folglich westdeutsche) Atomwaffe lieber wäre, brachte sie eine etwas undeutliche Erkenntnis mit: Die „Neofaschisten" der NPD hätten im parlamentarischen System der Bundesrepublik sogar „Gutschriften" erhalten. Das reichte für die Frage, ob man einem Land vertrauen könne, in dem Neonazismus „offen und auf gesetzlicher Grundlage" existiert. Heftiger Antisowjetismus sei hier zu Hause, obwohl die „BRD" offiziell dem Faschismus entsagt habe, und überall werde „prohitlersche Literatur" verbreitet. „In welches Klima werden hier also amerikanische Raketen gepflanzt?", fragt der findige Journalist rhetorisch.

Regelmäßig stehen die politischen Verhältnisse am Pranger, in denen so etwas gedeihe. Dagegen verhindere Bonn eine entschlossene Abrechnung mit dem historischen „Faschismus". Für den „ungesühnten Tod" des KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann im KZ Buchenwald und das „unbehelligte Leben" der zwei Männer, die als seine Mörder vorgestellt werden, verwandte die „Iswestija" kürzlich fast eine halbe ihrer großen Seiten. Im Hintergrund solcher Berichte ist die Drohung zu spüren, daß nicht gleichgültig hingenommen werden könne, was sich die Bundesrepublik an Großzügigkeit und Vergeßlichkeit leiste. Von der Erinnerung an den Sieg über den Faschismus, die kräftig gewahrt wird, führt ein kurzer Weg zu den Vorhaltungen der Gegenwart.

Skandalgeschichten sind immer gefragt

Moskaus Presse kennt freilich noch andere deutsche Themen. Von der Nachrüstungsthematik abgesehen, sind Skandalgeschichten aus der Bundesrepublik mancher Korrespondenten liebstes Kind, vor allem die Flick-Affäre und der Fall Kießling. Die eine ließ sich vorzüglich als Beweismittel für kommunistische Stamokap-Thesen verwerten. Die andere für die Abhängigkeit Bonns vom amerikanischen Militarismus.

Skandalös sind in sowjetischen Augen aber auch die normalen Lebensumstände, die der Kapitalismus seinen Bürgern bereite. Da werden etwa westdeutsche Kinder und Jugendliche von Autofahrern zu Tode gehetzt, von Erwachsenen mißhandelt, zur Geschäftemacherei verleitet oder durch Videospiele und Gruselfilme zu kriegerischer Aggressivität erzogen. „Kosmische Kino- und Fernsehfilme sind schwer mit ideologischem und politischem Ballast beladen", entdeckte die „Komsomolskaja Prawda". „Sie gewöhnen die Menschen an den Atomkrieg." Die Zeitung des Staatsjugendverbandes machte die Leser auch mit ihren Wahrheiten über Erziehung und Ausbildung in der Bundesrepublik bekannt. „Das ganze Bildungssystem ist so angelegt, daß es den Arbeiterkindern die Möglichkeiten für eine höhere Bildung entzieht."

Das Elend der Arbeitslosen und die unsoziale Bonner Politik gehören zum Standardrepertoire. Das Thema hat auch seine Schwierigkeiten: Es fehlt an überzeugenden Beispielen himmelschreiender Not.

Friedenssuche Reagans mit Hussein und Mubarak

Dreiertreffen in Washington / Kairo will Revision von „242"

Kie/RS. Washington/Bonn

Während auch gestern in Beirut die Kämpfe zwischen Regierungstruppen und moslemischen Milizen weitergingen, versuchten in Washington die Staatsoberhäupter der Vereinigten Staaten, Ägyptens und Jordaniens einen Ausweg aus der Krise in Libanon zu finden. Auch die Suche nach einer Beilegung des arabisch-israelischen Konfliktes dürfte dabei auf der Tagesordnung der Gespräche gestanden haben.

Gestern traf Präsident Reagan mit König Hussein zusammen. Der Umstand, daß der jordanische König vor und nach seinem Gespräch mit Reagan auf eigenen Wunsch mit dem ägyptischen Staatschef Mubarak zusammentraf, macht deutlich: Der jordanische Monarch ist entschlossen, seine Politik eng mit Kairo abzustimmen. Die enge politische Zusammenarbeit zwischen Kairo und Amman zeichnete sich bereits Ende vergangenen Jahres ab, als PLO-Chef Arafat nach seiner militärischen Niederlage gegen den von Syrien unterstützten Flügel seiner Organisation Bereitschaft erkennen ließ, auf den gemäßigten Kurs Ägyptens und Jordaniens einzuschwenken.

Nach seinen Gesprächen mit König Hussein wollte Präsident Reagan heute mit Staatspräsident Mubarak zusammentreffen. Im Anschluß daran wollte Reagan seine beiden arabischen Gäste zu einem Arbeitsessen empfangen, auf dem die Libanon-Krise und Möglichkeiten zur Lösung des arabisch-israelischen Konfliktes erörtert werden sollten. Im Weißen Haus hat man die Hoffnung noch nicht aufgegeben, Mubarak und Hussein könnten einen mäßigenden Einfluß auf den syrischen Präsidenten Assad ausüben.

Die Vorstellungen Kairos über eine Befriedung des Nahen Ostens machte der ägyptische Außenminister Ali in einem Interview mit der israelischen Tageszeitung „Maariv" deutlich. Ägypten hält nach seinen Worten an den im Friedensvertrag von Camp David gegenüber Israel eingegangenen Verpflichtungen fest. Gleichzeitig stehe Kairo zur französisch-ägyptischen Nahost-Initiative, in der eine gegenseitige Anerkennung zwischen Israel und der PLO gefordert wird. Darüber hinaus dringt Kairo nach Alis Worten auf eine Änderung der UNO-Sicherheitsrat-Resolution 242, in der von den Palästinensern als „Flüchtlingen" die Rede ist. Kairo möchte eine Ergänzung, in der auch die „legitimen Rechte der Palästinenser" berücksichtigt werden.

Jerusalem hat bislang alle Änderungswünsche dieser Resolution entschieden abgelehnt, da „242" unter anderem Grundlage des ägyptisch-israelischen Friedensvertrages war. Sollte Washington sich den Ergänzungswünschen Kairos anschließen, ist mit einem Konflikt zwischen Israel und den USA zu rechnen.

Unterdessen wird im amerikanischen Verteidigungsministerium ein detaillierter Zeitplan über den Abzug der US-Truppen vom Beiruter Flughafen ausgearbeitet. Präsident Reagan will in den nächsten Tagen Einzelheiten bekanntgeben. Nach dem Urteil von Verteidigungsminister Weinberger kann die Verlegung der Luftlandetruppen auf US-Kriegsschiffe vor der libanesischen Küste „binnen 30 Tagen" abgeschlossen werden. Lediglich ein Kontingent von etwa 200 Mann sollte zurückbleiben. Nach den Worten Weinbergers gehen die USA dabei in enger Konsultation mit Paris und Rom vor, die ebenfalls Kontingente in Beirut stationiert haben. Darüber hinaus wird in Washington überlegt, ob anstelle der westlichen Friedenstruppe ein UNO-Friedenskontingent in Libanon stationiert werden soll.

Libanons Präsident Gemayel ist nach einem Bericht der „Washington Post" zu einem „historischen Kompromiß" mit den von Syrien unterstützten Drusen und Schiiten in seinem Land bereit. Er sei zuversichtlich, daß eine derartige Einigung in „naher Zukunft" erzielt werden könne, sagte Gemayel. Der libanesische Präsident scheint dabei auch eine Revision des israelisch-libanesischen Abkommens vom Mai vergangenen Jahres zu erwägen. Für die Ende des Monats von ihm gewünschte Wiederaufnahme der Genfer Versöhnungsverhandlungen hat Gemayel ein Reformprogramm in 28 Punkten vorgelegt. Es sieht die Schaffung eines Senats, in dem die verschiedenen ethnischen und religiösen Gemeinschaften vertreten sein sollen, die paritätische Vertretung von Christen und Moslems im Parlament sowie die Abschaffung des Religionsvermerks in Ausweispapieren vor.

Kopierer gegen Kopierer.

Der schnellste Weg, Ihr altes Gerät zum optimalen Gegenwert gegen einen modernen Xerox 1075 Marathon-Kopierer zu tauschen.

Nur kurze Zeit: Wir bieten moderne Xerox 1075 Marathon-Kopierer in begrenzter Stückzahl zum Tausch. Ihr Altgerät wird zum optimalen Gegenwert in Zahlung genommen.

Der Xerox 1075 ist das Spitzenmodell der leistungsstarken Marathon-Serie. Nach dem Modular-Konzept aufgebaut, läßt es sich nach Ihren Wünschen zusammenstellen. Das ist Ihre Chance. Rufen Sie an.

Aachen (0241) 48271 · Augsburg (0821) 30031 · Berlin (030) 269001 · Bielefeld (0521) 54081 · Bonn (0228) 232081 · Bochum (02327) 3250 · Braunschweig (0531) 70150 · Bremen (0421) 83574 · Darmstadt (06151) 86323 · Dortmund (0231) 52030 · Düsseldorf (0211) 57731 · Frankfurt (0611) 60570 · Freiburg (0761) 31841 · Göttingen (0551) 65067 · Hamburg (040) 291841 · Hannover (0511) 3524141 · Karlsruhe (0721) 845091 · Kassel (0561) 770051 · Kiel (0431) 54321 · Köln (0221) 20410 · Konstanz (07531) 63007 · Lübeck (0451) 40371 · Mannheim (0621) 18080 · München (089) 149951 · Münster (0251) 20047 · Nürnberg (0911) 533241 · Regensburg (0941) 560058 · Saarbrücken-Brebach (0681) 87757 · Stuttgart (0711) 20660 · Ulm (0731) 20510 · Wiesbaden (06121) 7670 · Würzburg (0931) 50860 · Wuppertal (0202) 459041

Bitte geben Sie mir unverbindlich ausführliche Informationen über den Xerox 1075 Marathon-Kopierer. Rank Xerox GmbH, Abt. MKO, Postfach 110 950, 4000 Düsseldorf 11.

Name: ______
Firma: ______
Straße: ______
PLZ/Ort ______ Tel.: ______

RANK XEROX®

*Xerox und Rank Xerox sind eingetragene Warenzeichen

Drei von vier Einwohnern Grenadas wollen Anschluß an USA

Keine Sehnsucht nach Wahlen auf Karibik-Insel / Eric Gairy mischt wieder mit

WERNER THOMAS, Miami

Als Grenada letzte Woche den zehnten Jahrestag seiner Unabhängigkeit im alten Cricket-Stadion von St. George's feierte, war ein prominenter Mann nicht auf der Ehrentribüne zu sehen: Eric Gairy, der Ex-Premier, der diesem Staat 1974 nach 324 Jahren Kolonialherrschaft den Souveränitäts-Status sichern konnte. Sir Eric hatte keine Einladung erhalten.

Der kontroverse Politiker ist am 21. Januar nach fast fünf Exiljahren im kalifornischen San Diego in seine Heimat zurückgekehrt. Seither liegt ein Schatten über der Sonneninsel. „Mir wäre es lieber gewesen, wenn er nicht gekommen wäre", sagte Braithwaite, der Vorsitzende des sogenannten Berater-Komitees, das Grenada seit dem Sturz der marxistischen Revolutionäre Ende Oktober regiert.

Gairy, 61, ein ehemaliger Gewerkschaftsfunktionär, hat mehr als 30 Jahre die Politik Grenadas dominiert. Viele seiner Gegner machen seine exzentrische Art – das Phänomen fliegender Untertassen fasziniert ihn – und seine repressive Amtsführung für den Putsch der Marxisten im März 1979 verantwortlich. Kaum jemand wünscht ihn wieder an der Macht. Der Ex-Premier möchte zwar nicht kandidieren, wenn Grenada vor Ende dieses Jahres eine neue Regierung und ein neues Parlament wählt. Er gelobte auch „einen größeren Respekt für moralische Werte" als in der Vergangenheit. Er beabsichtigt jedoch, seine „Grenadian United Labour Party" zu reorganisieren und den Premier-Kandidaten zu ernennen. Er prophezeit einen „Erdrutsch-Sieg".

Wahrscheinlich hat Gairy nicht zuviel versprochen. Denn zur Zeit gibt es keine andere politische Bewegung, die der Labour Party trotz ihrer geringen Popularität gefährlich werden könnte. Die „National Democratic Party" stützt sich auf die Popularität des Jura-Professors Robert Grant, der unter dem Namen „Soca Boca" einer der heißesten Diskjockeys ist. Herbert Blaize, der Chef der „Grenada National Party", warnte bereits: „Zu früh durchgeführte Wahlen können nicht den Willen des Volkes zum Ausdruck bringen." Die marxistische „New Jewel Movement" wird sich lange nicht von den selbstzerstörerischen Ereignissen im Oktober vergangenen Jahres erholen, die zur Ermordung des Premiers Maurice Bishop und schließlich zur Invasion amerikanischer und karibischer Truppen führte. Die Bishop-Anhänger versuchen, den Toten zum Märtyrer zu machen. Sie richteten ein „Gedächtniszentrum" ein, in dem T-Shirts mit dem Bild Bishops verkauft werden, 15 Dollar das Stück.

Meinungsumfragen zufolge plädieren 50 Prozent der Bevölkerung dafür, der „New Jewel Movement" und der Labour-Partei die Teilnahme an den Wahlen zu untersagen, wenn diese planmäßig durchgeführt werden. Drei von vier Einwohnern Grenadas möchten jedoch nach den Erfahrungen mit dem Rechten Gairy und dem Linken Bishop überhaupt keinen Urnengang mehr erleben: Sie fordern den Anschluß an die Vereinigten Staaten.

Nirgendwo in der Karibik stehen die USA so hoch im Kurs wie auf Grenada. Der Calypso-Star Wilfred Baptiste, der einst Maurice Bishop und die „New Jewel Movement" besang, verkündet heute in seinem letzten Hit: „Nun sind wir befreit und haben eine echte Demokratie. Nieder mit dem Kommunismus, er war nie gut für euch und mich." (SAD)

Warschau verschiebt Wahl zum Sejm

AP, Warschau

Das polnische „Parlament" (Sejm) hat die für den 23. März geplanten Neuwahlen ausgesetzt und seine Amtszeit bis zum Ende des Jahres verlängert. Der Beschluß zur Verschiebung der Wahl fiel ohne Gegenstimmen bei 382 Ja-Stimmen und vier Enthaltungen. Anschließend billigte die Versammlung einen Antrag, die im vergangenen Jahr wegen der Verhängung des Kriegsrechts ausgesetzten Kommunalwahlen in diesem Frühjahr nachzuholen.

Beobachter werteten den Verzicht auf Parlamentswahlen in diesem Jahr als Zeichen für die Furcht der polnischen Führung vor Protestdemonstrationen der Bevölkerung. Die Wähler könnten mit ihrer Stimmabgabe zwar nicht die politischen Mehrheiten des Parlaments beeinflussen, doch sei es möglich, mit leeren Stimmzetteln den Unwillen über das Verbot der Gewerkschaft „Solidarität" auszudrücken, hieß es. Die Untergrundführung dieser Gewerkschaft hat ihre Anhänger zum Boykott aller Wahlen aufgerufen.

Das amtierende „Parlament" war im März 1980 vier Monate vor der Gründung der „Solidarität" gewählt worden. Seine Amtszeit wäre am 23. März dieses Jahres abgelaufen.

Baustopp für Isar II bestätigt

lz. München

Das Kernkraftwerk Isar II bei Landshut kann vorerst nicht weitergebaut werden. Das Verwaltungsgericht Regensburg bestätigte gestern den am 16. Januar verhängten Baustopp und wies damit die Beschwerden des bayerischen Umweltministeriums und der am Bau beteiligten Energieversorgungsunternehmen ab. Abgelehnt wurde auch der Antrag, die Bauarbeiten zumindest in beschränktem Umfang fortführen zu können, bis der Bayerische Verwaltungsgerichtshof in zweiter Instanz entschieden hat.

Die Klage einer Bäuerin aus der Umgebung des Werkes hatte zur Einstellung der auf 5,4 Milliarden Mark geschätzten Bauarbeiten geführt. Von den 1200 Bauarbeitern werden nun rund 1000 nicht mehr benötigt und entlassen.

Das Gericht begründete sein Urteil mit formalen Fehlern im Planungs- und Genehmigungsverfahren: Es sei nicht zu erkennen, aufgrund welcher Unterlagen die Genehmigungen erteilt wurden, zudem wäre wegen einer nachträglichen Änderung am Reaktor eine weitere öffentliche Erörterung notwendig gewesen. Das Ministerium beteuert dagegen, die Genehmigung im Einklang mit der bisherigen Rechtsprechung getroffen zu haben.

Moskau droht mit Boykott des Umweltamtes

ms, Bonn

Die Sowjetunion hat auf informellem Wege dem deutschen Botschafter bei der UN-Vertretung in Genf, Arnold, zu verstehen gegeben, daß sie die Teilnahme des Umweltbundesamtes in Berlin an der internationalen Umweltschutzkonferenz vom 24. bis 27. Juni in München nicht wünscht. Sollte die Behörde dennoch bei dieser Tagung präsent sein, wäre die Teilnahme der Sowjetunion in Frage gestellt.

Das Bundeskabinett wird sich in einer seiner nächsten Sitzungen mit dieser Problematik befassen. Die Bundesregierung rechnet fest mit der Teilnahme der Sowjetunion und unterstellt, daß die sowjetischen Behörden offenkundig von falschen Erwartungen über die Form der Umweltschutztagung ausgehen. Nach Bonner Vorstellungen soll es sich um eine Ministerkonferenz und nicht um eine Tagung von Fachexperten handeln.

Die offizielle Einladung an Moskau ist bereits Ende Januar ergangen. Über die Teilnahme der Sowjetunion hatte Bundeskanzler Helmut Kohl bei seiner Begegnung mit dem inzwischen verstorbenen sowjetischen Generalsekretär Andropow bereits im vergangenen Jahr in Moskau gesprochen. Außerdem war sie Gegenstand von Briefwechseln zwischen beiden.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Nicht verkraftet

„Leserbrief: Zur Rettung der Bundesbahn"; WELT vom 30. Januar

Es vergeht kaum eine Woche, daß nicht jemand verkündet, wie die Bundesbahn saniert werden kann und wie sie auf keinen Fall saniert werden darf, nämlich durch Streckenabbau (Rückzug aus der Fläche).

Dabei melden sich entweder Eisenbahngewerkschafter (verständlich, denn sie fürchten um ihre eigenen Arbeitsplätze oder die ihrer Mitglieder) oder Eisenbahnliebhaber, von denen ich vielfach, auch aus persönlicher Bekanntschaft, den Eindruck habe, daß sie den Vormarsch des Automobils aus irgendwelchen Gründen nicht verkraftet haben.

Ich habe auch keine Patentrezepte, aber doch ein paar Punkte, auf die ich hinweisen möchte und die mir anhand des Leserbriefes von Dr. Ackermann wieder einmal deutlich geworden sind:

● Die Prognosen über die Bevölkerungsentwicklung der nächsten 50 Jahre machen alle großen Infrastrukturinvestitionen (Eisenbahn, Nahverkehr, Kraftwerke) zumindest fragwürdig. Wir belasten unsere Kinder und Enkel mit Zinsen und Renten für Anlagen, die sie womöglich in dieser Größenordnung gar nicht mehr benötigen.

● Ein „attraktives Schienennetz im ländlichen Raum" ist unmöglich. Wer daran glaubt, sollte einmal die Lüneburger Heide oder den Raum *Lüchow-Dannenberg* bereisen. Selbst in der Hoch-Zeit der Eisenbahn waren die Verbindungen zu größeren Orten oder Städten abseits der großen Bevölkerungszentren nach heutigen Begriffen kläglich. Es gibt in der Bundesrepublik eben nicht nur Ballungsgebiete – die großen ländlichen Regionen würden ohne Pkw in das vorige Jahrhundert zurückgeworfen.

● Die „Autowelle" läßt sich nicht mehr „stoppen". Es kommt schon jetzt mehr oder weniger auf jeden Haushalt ein Pkw, und es wachsen Generationen nach, die keinerlei emotionale Bindungen an die Eisenbahn haben. Für diese zählen allein die Vorteile des Kraftfahrzeuges (individuelle Fahrplangestaltung, Bequemlichkeit, Urlaub etc.).

● Was im übrigen Ölkrise oder Krieg betrifft: das Öl kommt mittlerweile nicht nur aus Nahost; und nichts ist im Kriegsfalle leichter und totaler lahmzulegen als eine vollelektrifizierte Eisenbahn.

Mit freundlichen Grüßen
G. Müller,
Winsen

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Beispiel Japan

Sehr geehrte Damen und Herren,

In der Ausgabe der WELT vom 8. Februar 1984 las ich auf der gleichen Seite einmal, daß die Japaner in einer großen, machtvollen Feierstunde anläßlich des Gedenktages der Nordterritorien für die Rückgabe der von den Russen besetzten Inseln eingetreten sind, zum andern, daß der Bundesminister Windelen in Washington um die Frage der deutschen Wiedervereinigung lichtvoll herumgeredet hat.

Der Bundeskanzler Dr. Kohl soll bei *seinem ersten Besuch in Moskau* eine gute Figur gemacht haben. Ob er wohl auch über Nordostpreußen mit den Russen gesprochen hat?

Während das Bundesverfassungsgericht die Grenzen Deutschlands klar definiert hat, hört der Staatsbürger weder im Deutschen Bundestag noch in den Erklärungen der Bundesregierung etwas über das deutsche „Nordterritorium". Selbst die Deutschlandkarte beim Bundestagspräsidenten berücksichtigt den Beschluß des Bundesverfassungsgerichts nicht.

Die Japaner scheinen uns nicht nur in der Mikro- und Schwachstromtechnik überlegen zu sein, oder sind sie uns überlegen, gerade weil sie sich als Japaner fühlen und danach handeln?

Mit freundlichen Grüßen
S. Eike,
Wuppertal

Ohne Parteibuch

Sehr geehrte Herren,

zum Fall Kießling/Wörner gestatten Sie einem alten Offizier eine Bemerkung: Das Hineinspielen der Parteipolitik in der Bundeswehr ist nur am Rand erörtert worden. Es ist aber wohl eine Tatsache, daß die Parteien und sogar das Parteibuch in unserer Bundeswehr eine gewisse Rolle spielen.

Mir scheint die Parteigebundenheit einzelner Offiziere aller Dienstgrade eine ungesunde Erscheinung zu sein. Die Bundeswehr dient unserem Staat, unserem Land und sollte doch keiner Partei irgendwie zugeneigt sein. Sie muß über den Parteien stehen!

Wie segensreich war es, daß in der Weimarer Republik in der Reichswehr das aktive und passive Wahlrecht der Berufssoldaten ruhte. Mir scheint es dringend geboten, daß auch in der Bundeswehr dieselbe Regelung eingeführt wird. Das schließt nicht aus, daß ein reges politisches Interesse erhalten bleibt, wie übrigens auch in der Reichswehr, aber keine Bindung an Parteien, gerade auch im höheren Offizierskorps.

Mit freundlichem Gruß
W. Pickert, General a. D.,
Weinheim

Diskriminierung

„Großer Zapfenstreich"; WELT vom 26. Januar

Sehr geehrter Herr Kremp,

wenn das Ihre persönliche Meinung ist, so muß sie sich Kritik gefallen lassen. Sie grenzen – endlich einmal – sehr lobenswert ab: hier das in jüngster Zeit so sehr angefeindete Milieu der männlichen Prostitution – dort die anerkannte, feste Freundschaft zwischen zwei Homosexuellen.

Dann schlußfolgern Sie, ein Träger politischer und militärischer Geheimnisse und Führer von Menschen in einer Institution, also auch der Lehrer in der Schule, „hat sich zu enthalten. Oder er tritt ab."

Mit dieser Art von Disqualifizierung und Diskriminierung kommen wir der Lösung des Problems Homosexualität in unserer Gesellschaft (und vor allem auch in der Bundeswehr) kein Stück näher. Die Homosexuellen werden heute nur geduldet und sollen sich schön brav und zurückhaltend verhalten. Und warum? Weil man immer noch nicht begriffen hat, welche biologische Funktion Homo- und Bisexualität in unserer Gesellschaft, in der Kultur- und Menschheitsgeschichte haben (vgl. die Ergebnisse der Verhaltensforschung!). Und deshalb hält man sie für Kranke und Aussätzige, die man von der Gesellschaft und vor denen man die Jugend vor allem fernhalten muß.

Lange genug wird jetzt schon über den Fall Kießling/Wörner diskutiert, und jedesmal stehen die Homosexuellen da, als müsse man sich ihrer schämen, aber erstens können sie nicht dafür, daß sie so sind (es gibt auch homosexuelle Journalisten!), zweitens ist gar nichts dabei.

Und jetzt warte ich nur auf das sattsam bekannte Argument der biologischen „Zwecklosigkeit". Die paar Prozent ausschließlichen Homosexuellen sind jedenfalls nicht schuld daran, wenn die Deutschen aussterben. Immerhin gibt es viel mehr Bisexuelle.

Mit freundlichen Grüßen
J. Werres,
Kronberg/Taunus

Wort des Tages

„Mensch sein heißt verantwortlich sein: sich schämen beim Anblick einer Not, auch wenn man offenbar keine Mitschuld an ihr hat; stolz zu sein über den Erfolg der Kameraden; seinen Stein beitragen im Bewußtsein, mitzuwirken am Bau der Welt."

Antoine de Saint-Exupéry, franz. Autor (1900–1944)

Personalien

GEBURTSTAGE

Fritz Figur, der letzte gemeinsame Synodalpräses der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg, feiert am 14. Februar seinen 80. Geburtstag. Der frühere Vorsitzende der Ostberliner Kirchenleitung war unter anderem Pfarrer an der Stadtkirche in Köpenick und bis zu seiner Pensionierung 1969 Superintendent des Kirchenkreises Oberspree. 1970 siedelte er nach West-Berlin über. Fritz Figur ist auch stellvertretender Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, EKD, gewesen. 1968 hatte ihm die Theologische Fakultät in Bonn den Ehrendoktor verliehen.

*

Professor Dr. **Leonhard Froese**, Marburger Erziehungswissenschaftler und langjähriger Präsident der Deutschen Pestalozzi-Gesellschaft, wurde am 9. Februar 60 Jahre alt. Professor Froese ist Direktor der Forschungsstelle für Vergleichende Erziehungswissenschaft in Marburg.

EHRUNGEN

Professor Dr. **Paul Heinz List**, geschäftsführender Direktor des Instituts für pharmazeutische Technologie an der Universität Marburg, wurde Ehrendoktor der Fakultät für Chemie und Pharmazie der Universität Tübingen. Professor List gilt als ideenreicher Erfinder zahlreicher pharmazeutischer Meßverfahren. Seit 1963 ist er an der Universität Marburg tätig. Der 60jährige Wissenschaftler wurde vor allem als Herausgeber von „Hagers Handbuch der Pharmazeutischen Praxis" und als Verfasser des Lehrbuchs über Arzneiformenlehre sowie als Erforscher von Naturstoffen im Tier- und Pflanzenreich weit über sein Fachgebiet hinaus bekannt.

*

Professor Dr. **Karl Heinz Büchel**, Mitglied des Vorstandes der Bayer AG und Leiter des Vorstandsausschusses „Forschung und Entwicklung", wurde der „Burdick and Jackson International Award for Research in Pesticide Chemistry 1983" verliehen. Diese international begehrte Auszeichnung der „American Chemical Society", der Standesorganisation amerikanischer Chemiker, ging seit 1969 vor allem an amerikanische und britische Wissenschaftler. Professor Büchel erhält als erster Deutscher diesen Preis. Mit der Preisverleihung ist ein Fachsymposium verbunden, das zu Ehren des Preisträgers im August 1984 in Philadelphia, USA, veranstaltet wird. Büchel verfaßte eine Vielzahl von Arbeiten, die sich mit der Frage umweltschonender Chemikalien befassen. 1975 wurde er Honorarprofessor an der Technischen Hochschule Aachen. Büchel ist unter anderem Mitglied im Vorstand der Gesellschaft Deutscher Chemiker und Vorsitzender des Kuratoriums der Internationalen Dokumentationsgesellschaft für Chemie.

COMMERZBANK



Aktien sind für viele ein Buch mit sieben Siegeln. Deshalb können sich viele, die ihr Geld anlegen wollen, nicht so recht zum Kauf von Aktien entschließen. Für die Fachleute der Commerzbank ist der Aktienmarkt Tagesgeschäft. Sie analysieren Kursentwicklung und Börse ständig. Unsere Fachleute sind Experten im Wertpapiergeschäft und an allen Börsenplätzen der Welt zu Hause. Die richtige Beratung kann über Ihren Erfolg im Aktiengeschäft entscheiden.

Kommen Sie doch mal bei uns vorbei, und sprechen Sie mit einem unserer Kundenberater.



Commerzbank.
Die Bank an Ihrer Seite.

Sündenbock fürs Land: Joseph Süss Oppenheimer

Ein Strick ist nicht genug

„Hier hat ein Jud für Christenschelme die Zeche bezahlt!" Dieses Wort eines keineswegs philosemitischen, nur rechtlich denkenden Zeitgenossen hätte der Epithaph von Joseph Süss Oppenheimer sein können, der am 4. Februar 1738 außerhalb von Stuttgart „am oberen Galgen bei hellem Sonnenschein" gehenkt wurde. Der Strick allein genügte nicht: Man hatte den Mann, den Monate zuvor noch alle umschmeichelt hatten, in einen extra gefertigten, kunstvoll geschmiedeten Käfig gesteckt und ihm seinen schönsten Rock angezogen.

Die Älteren entsinnen sich noch dieses Bildes: aus dem Film „Jud Süss", den Veit Harlan in Verballhornung und Verfälschung des gleichnamigen Buches von Lion Feuchtwanger drehte und das zum „künstlerischen" Auftakt des Holocaust wurde. Im Vorspann des Streifens, für den die jüdische Statisterie aus dem Warschauer Getto geholt wurde, hieß es

Joseph Süss Oppenheimer – ZDF, 19.30 Uhr

„Die im Film geschilderten Ereignisse beruhen auf geschichtlichen Tatsachen."

Jetzt versucht das ZDF, die sagenumwobene Gestalt des einstigen herzoglich-württembergischen Hoffaktors möglichst wahrheitsgetreu darzustellen, nachdem die im Hauptstaatsarchiv Stuttgart liegenden Prozeßakten (die vollständig erhalten blieben) zugänglich sind. Wer war *dieser Mann?*

Süss ist 1698 oder 1699 (er selbst hat sich immer zehn Jahre jünger dargestellt) in Heidelberg geboren. Ein hochintelligenter, blendend aussehender junger Mann, dem schon Zeitgenossen unterstellten, er sei ein unehelicher Sohn des österreichischen Generals von Heydersdorff, wuchs er zunächst bei einem Verwandten in Prag, einem Rabbiner, auf. Nach der Atmosphäre der Mystik und der Kaballa lernte er anschließend in Wien die Welt der Hofjuden, der Geldbeschaffer und Finanziers kennen. In einer Zeit, in der Juden diskriminiert wurden, nur wenigen und nur unter erschwerenden Bedingungen die Niederlassung an größeren Orten gestattet wurden, waren die Hoffaktoren eine winzige bevorzugte Schicht (was jedoch keineswegs hieß, daß sie den Christen gleichgestellt waren). Süss, *Besitzer eines Handelshauses in* Frankfurt, schaffte es, zuerst Hoffaktor kleinerer Duodezherren, dann Resident des württembergischen Herzogs zu werden.

Karl Alexander, Abkömmling einer Seitenlinie, war in kaiserliche Dienste getreten, hatte sich als Kampfgefährte des Prinzen Eugen bewährt und war Generalgouverneur des heutigen Serbien geworden. Als er 1733 unerwartet auf den Thron kam, war die Unruhe groß: Der neue Herr des stockprotestantischen Landes war als Prinz zum Katholizismus konvertiert. An ein großzügiges Leben gewöhnt, mußte ihm Süss – wie damals jeder Faktor fast jedem Fürsten – mit allen Mitteln, legalen und auch ungesetzlichen, Geld verschaffen.

Vom Münzmonopol bis zur Verpachtung zahlreicher Steuern brachte Süss, immer offiziell gedeckt durch den Monarchen, der sich wenig um das verbriefte Steuerbewilligungsrecht des württembergischen Ständeparlaments kümmerte, das Geld herbei. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, halfen ihm die Vertreter der „Ehrbarkeit", der führenden Familien des Landes, noch dabei – zumindest machten auch sie ihren geheimen Gewinn, während sie offiziell protestierten.

Süss, vom Herzog oft an den Hof gezogen und ausgezeichnet, war unklug genug, nicht die erwartete Demutshaltung einzunehmen, sondern sich selbstbewußt zu zeigen. Zudem hatte er zahlreiche Frauengeschichten, wobei nach damaligem Recht auf „fleischlichen Umgang" eines Juden *mit einer Christin die Todesstrafe* stand.

Als am 12. März 1737 der Herzog starb, wurde Süss sofort verhaftet. Die Bevölkerung, voller Furcht wegen einer möglichen Zwangskatholisierung, war ohnehin erregt (heute weiß man, daß es diese Pläne nicht gab). Für einen Neuanfang des völlig ausgebluteten und ausgebeuteten Landes war es notwendig, daß sich ein Sündenbock fand.

Er wurde für alle Mißstände verantwortlich gemacht und für schuldig befunden. *Räte des Herzogs aus der* miteinander versippten „Ehrbarkeit", gegen die ebenfalls Prozesse liefen, kamen mit geradezu lächerlichen Strafen davon. Der Jude aber, der es gewagt hatte, wie ein Christenmensch seiner Zeit leben zu wollen, bezahlte am Galgen, umjohlt von der Menge, die Zeche.

HENK OHNESORGE

KRITIK

Die Sowjets vom Zugerberg

Die Ankündigungen klangen vielversprechend: War es nach 20 *Monaten* tatsächlich einem Fernsehteam gelungen, die in der Schweiz internierten Sowjet-Armisten zu filmen und zu interviewen? Die knapp achtminütige Reportage im **Weltspiegel** (ARD) aber war enttäuschend. Im Inhalt ging sie nicht über das hinaus, was man nicht längst gelesen hatte, und die Fernsehaufnahmen von vier Sowjet-Russen beim Ausgang in der kleinen Schweizer Stadt Zug können kaum als nennenswerte Dokumente bezeichnet werden.

Was den Beitrag fast zu einem Flop machte, war die Laschheit, mit welcher Statements von Eidgenossen auf der Straße und in offiziellen Stellen – bis hin zum Außenministerium und zum Internationalen Komitee des Roten Kreuzes – hingenommen wurden. Wie sich die Reporter von der ARD in Bern und Genf abspeisen ließen, war geradezu ärgerlich.

Dabei dreht sich nach teilweise zwanzigmonatiger Anwesenheit der in Afghanistan in Gefangenschaft geratenen jungen Rotarmisten doch alles um die Frage, ob sie in der Schweiz sicher vor sowjetischem Zugriff sind, ob man bereit ist, ihnen Asyl zu gewähren, ob bereits entsprechende Anträge gestellt wurden oder ob die Sehnsüchte der Sowjets vom Zugerberg in andere Richtungen, beispielsweise in die USA oder in die Bundesrepublik, gehen.

Fazit: Das war eine Reportage ohne News, ohne Format, die Gerd Ruges Sendung nicht gut anstand.

WALTER H. RUEB

Kinder gegen den Bürgermeister

Vor einigen Wochen hat das ZDF schon einen Film des spanischen Regisseurs Jaime de Arminan gezeigt: „Eine unmögliche Liebe". Die umgekehrte Reihenfolge wäre wohl besser gewesen, denn **Die Liebe des Capitan Brando** entstand vorher, noch in der Franco-Zeit. Arminans Botschaft wäre so wohl besser herausgekommen: Daß sich in Spanien niemals wirklich etwas ändert, ob Diktatur, ob Demokratie.

Beide Filme, wiewohl vordergründig die Geschichte einer zum Scheitern verurteilten Liebe erzählend, sind verschlüsselte politische Filme. Die Protagonisten stehen für verschiedene Traditionen der spanischen Geschichte. Und daß sie nicht zueinander finden können, heißt, daß die spanische Gesellschaft nicht eins mit sich ist.

Hier war es die junge Lehrerin, die die traditionelle Frauenrolle abgelegt hatte und so das Dorf, die spanische Gegenwart, gegen sich aufbrachte. Versöhnung gibt es da nicht, höchstens Anpassung, und auch die Verbindung mit dem alternden Republikaner, *der spanischen Vergangenheit*, ist nicht möglich. Arminan ist bei seiner Methode, politische und soziale Verhältnisse zu personifizieren, stets in der Gefahr, in Symbolismus und die Verflachung seiner Charaktere zu verfallen. So kam der Aufstand der Kinder gegen den Bürgermeister – eine Franco-Karikatur – ausgesprochen unmotiviert. Ansonsten aber halfen die vorzüglichen Schauspieler dem Regisseur, die Klippen des Thesen-Films zu umschiffen.

SVEN HANSEN

STUDIO

Die Medienkommission der SPD in Bayern hat der SPD-Landtagsfraktion und der Partei einen Vorschlag unterbreitet, die **Entwicklung und Erprobung der neuen Medien** im Rahmen der bestehenden öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt (Bayerischer Rundfunk) durchzuführen. Der Entwurf sieht vor, auf die Errichtung einer zweiten öffentlich-rechtlichen Anstalt zu verzichten und die Kompetenzen des Bayerischen Rundfunks auszubauen.

Die elf Artikel umfassende Vorlage sieht ebenfalls die Beteiligung privater Programmanbieter vor und weitere Kabelprojekte außerhalb Münchens in Bayern, jedoch unter dem Dach des Bayerischen Rundfunks. Die SPD-Landtagsfraktion und die Partei in Bayern werden sich zunächst mit der Vorlage der Medienkommission befassen und in den kommenden Wochen zu einer Entscheidung kommen, um diese dem Regierungsentwurf der CSU entgegenzustellen. (FK)





ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

Nur über das ZDF
9.30 heute
9.35 Aus Moskau:
Staatsbegräbnis für J. Andropow
11.30 Das Mädchen vom Moorhof
Dt. Spielfilm von 1958
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

8.50 Olympische Winterspiele
Sarajevo heute
8.55 Biathlon
10 km in Igman/Veliko
9.25 Eisschnellauf
1000 m Herren in Sarajevo
9.50 Ski Alpin
Riesenslalom der Herren
1. Lauf in Bjelasnica
13.30 Ski Alpin
Riesenslalom der Herren
2. Lauf in Bjelasnica
16.00 Tagesschau
16.10 Ich war Playmate des Monats
16.55 Olympische Winterspiele
Eiskunstlauf
Kurzprogramm der Herren
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Panorama
Flick-Untersuchungsausschuß / *Pattex-Schnüffler / Sozial* Schwache in der Wirtschaft
Moderator: Peter Gatter
21.00 Olympische Winterspiele
Eiskunstlauf: Kür-Eistanz
22.30 Dallas
23.15 Tagesthemen
23.45 Kulturwelt
Die Errettung Fatmes
Fernsehfilm nach dem gleichnamigen Märchen von Wilhelm Hauff
Regie: Karl-Heinz Kramberg
Der schwäbische Dichter Wilhelm Hauff war gerade 23 Jahre geworden, als er 1825 seinen orientalischen Märchenzyklus „Die Karawane" in Druck gab. Die verschiedenen Erzählungen einer Gruppe von Kaufleuten, die sich zu einer Karawane zusammengeschlossen haben und mit ihren Geschichten die langen Wüstenabende verkürzen, bilden die Rahmenhandlung.
1.00 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Mosaik
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Peppino
7. Das Unglück
18.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Roger B.
17.50 Waldheimat
7. Als ich Bettelbub gewesen
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Mein Name ist Hase!
Trickreiches mit Bugs Bunny
19.00 heute
19.30 Joseph Süss Oppenheimer
Fernsehspiel von Gerd Angermann
Mit Jörg Pleva, Manfred Krug u. a.
Regie: Rainer Wolffhardt
21.05 Das singende Schiff
Kurzfilm von Ivan Renc
21.15 WISO
Weitere Steuermilliarden für den Airbus? / 35-Stunden-Woche, wo die Schwierigkeiten wirklich liegen – Reportagen aus deutschen Unternehmen / Kein Geld verschenken – Tips zum Lohnsteuerjahresausgleich
Moderator: Friedhelm Ost
21.45 heute-journal
22.05 Michael Kramer
Drama in 4 Akten von Gerhard Hauptmann
Mit Will Quadflieg
Inszenierung: Rudolf Noelte
Aufzeichnung einer Aufführung des Thalia-Theaters Hamburg
Michael Kramer ist Professor an einer Kunstschule. Er ist rechtschaffen, pflichtbewußt, streng gegen Familie und Schüler. Selbstzweifel über das Erreichte quälen ihn dennoch.
0.20 heute



Der Künstler im Konflikt mit der Gesellschaft: Will Quadflieg als Michael Kramer (ZDF, 22.05 Uhr). *FOTO: TELEBUNK*

III.

WEST

18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Jürgen Reitz aus Honduras
20.45 Rückblende
Vor 150 Jahren geboren: Gustav Nachtigal – Afrikaforscher in Kaisers Dienst
21.00 Formel Eins
21.45 Fremd in der Heimat?
Die Flüchtlingsstadt Espelkamp
22.15 Drei vor Mitternacht
Schöne neue Computerwelt
Anschl. letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Die Sprechstunde
Wurzelbehandlung
Neue Chancen für zerstörte Zähne
19.15 Beat-Club
20.00 Tagesschau
20.15 Berliner Platz
Anschl. Kurznachrichten
21.15 Der Prinzregent (7)
22.05 Frauen unter einem Himmel
23.05 Letzte Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Marco
18.55 Paddington
19.00 Formel Eins
19.45 Praktische Tips
20.00 Ein Frauenleben
Franz. Spielfilm, 1958
21.30 Drei aktuell
21.45 Kulturkalender
22.45 Mut zur Wirklichkeit
Neue Filme in Ungarn
23.00 Vor vierzig Jahren

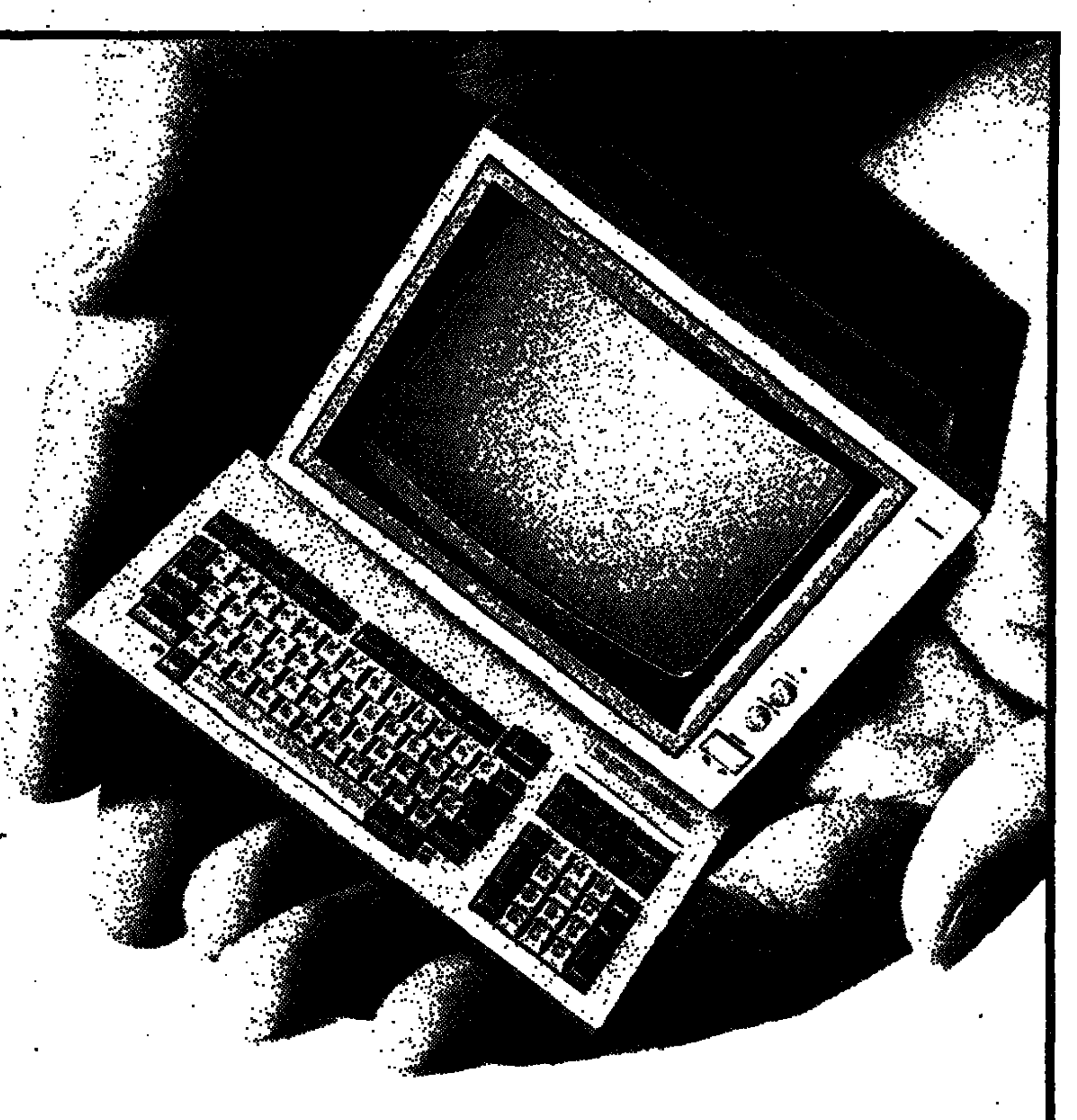
SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg
Algebra (35)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 *Saar 3 regional*
Gemeinschaftsprogramm
19.25 Nachrichten
19.30 *Die Sprechstunde*
Wurzelbehandlung
Nur für Baden-Württemberg
20.15 *Heute in Herrenberg*
Nur für Rheinland-Pfalz
20.15 Mark(t) und Pfennig
21.00 Landesspiegel
Nur für das Saarland
20.15 Magazin Saar 3
Gemeinschaftsprogramm
21.15 Der Don ist tot
Amerik. Spielfilm, 1973
23.05 Avanti! (18)

BAYERN

18.15 Rivalitätsgefühle
18.45 Rundschau
19.00 Buck Rogers
19.20 Eine Diva für alle
Italien. Spielfilm, 1934
Regie: Max Ophüls
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Sperrfrist
22.30 Z. E. N.
22.35 Im Gespräch
23.35 Rundschau

Die Zukunft von Computern ist in Ihren Händen.



Heute können Sie über 65.000 Informationen auf einem Chip unterbringen, der nur so groß wie Ihre Fingerspitze ist. Aber für Hitachi bleibt selbst da noch Raum für Verbesserung.

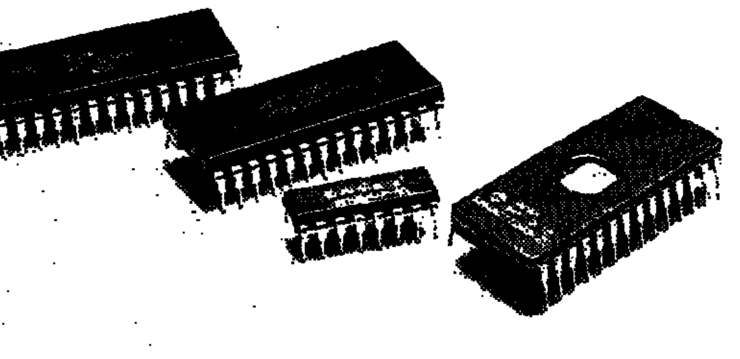
Deshalb entwickeln wir einen 256-KByte-Speicher, der die vierfache Informationsmenge speichern kann wie unser derzeit leistungsfähigster 64-KByte-Chip, und der in seinen Abmessungen kaum größer ist.

Dies ist keine geringe Leistung. Zuerst mußten wir ein Mikrowellen-Plasmaätzgerät entwerfen. Dieses hochmoderne Gerät zieht Linien – 1/2.000.000stel Meter breit. Diese Linien, für den Fachmann Kanäle, sind so winzig, daß jedes Wort einer großen Enzyklopädie auf einem Raum in der Größe einer Postkarte untergebracht werden kann.

Somit liegt es im Bereich des Möglichen, daß Sie eines Tages nicht mehr in die Bibliothek gehen, um sich zu informieren, sondern einfach in Ihre Tasche greifen.

Hitachi verfügt über eine Tradition, Computer den Menschen näher zu bringen. Der erste Schritt war die Integrierung der Speicherkapazität von Büro-Hauptcomputern in Tischmodelle. Und nun wird die gleiche Kapazität in Computer komprimiert, die in Ihren Händen Platz haben.

Das Resultat: Wir versehen Computer mit größeren Speichern und bringen sie damit endlich auf ein handliches Format.





Technologie von Weltrang

Anfrage an:
HITACHI ELECTRONIC COMPONENTS EUROPE GMBH
Hans-Pinsel-Str. 3, 8013 Haar, München Tel: 089-46140 Telex: 05-22593 (HITEC D)

Genscher warnt die Koalition vor Reibereien

STEFAN HEYDECK, Bonn

Der FDP-Vorsitzende, Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, hat indirekt vor Kontroversen innerhalb der Bonner Regierungskoalition gewarnt. Ohne die CSU und deren Vorsitzenden, den bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß beim Namen zu nennen, erklärte Genscher gestern, „je weniger durch öffentliche Reibereien von den gemeinsamen Leistungen abgelenkt" werde, desto erfolgreicher werde das Bündnis sein.

Das gelte auch für das Ansehen der Regierungskoalition beim Wähler, sagte er vor dem Präsidium seiner Partei. Er jedenfalls werde Bundeskanzler Helmut Kohl als dessen Stellvertreter und als FDP-Chef „mit aller Kraft" unterstützen.

Ausdrücklich bekräftigte Genscher den Willen seiner Partei, die Zusammenarbeit mit Kohl sowie mit der CDU/CSU in Regierung und im Parlament zum Erfolg zu führen. Er forderte eine stärkere Konzentrierung auf die Sacharbeit.

Dies machte Genscher unter anderem mit dem Hinweis auf die Gewerkschaftsforderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich deutlich. Diese Forderungen seien „wirklichkeitsfremd". Er nannte es „Gift für die wirtschaftliche Entwicklung", wenn die 35-Stunden-Woche eingeführt würde oder es deswegen zu einem Streik käme. Der Bundeskanzler wisse, daß er sich „auch in seiner Ablehnung der 35-Stunden-Woche voll auf die FDP stützen könne". Denn es sei „das letzte, was wir gebrauchen können, wenn wir durch Erringung unserer Spitzenstellung am Weltmarkt die Arbeitslosigkeit nachhaltig überwinden wollen".

Ehmke: Mit Strauß über Kohl geredet

PETER PHILIPPS, Stuttgart

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Horst Ehmke, hat am vergangenen Wochenende in München mehr als eine Stunde lang mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß unter vier Augen gesprochen. Wie Ehmke gestern am Rande der Sitzung des SPD-Bundesvorstands im kleinen Kreis berichtete, habe man „über alles" miteinander geredet, auch über die Arbeit der Bundesregierung und des Bundeskanzlers. Eine Rolle gespielt haben dabei auch die Ereignisse um die Affäre Kießling/Wörner und um den Israel-Besuch des Bundeskanzlers. Ehmke zog das Fazit seines Gesprächs mit Strauß so: „Es wird schwer werden für Kohl."

Der SPD-Bundesvorstand tagte gestern wegen des beginnenden baden-württembergischen Landtagswahlkampfs im Stuttgarter Landtag. Wie Parteichef Willy Brandt anschließend berichtete, habe man sich in erster Linie um die Vorbereitung des Essener Parteitags im Mai gekümmert, mit dem Schwerpunkt Wirtschaftspolitik. Außerdem habe Brandt zum Wechsel an der Spitze der sowjetischen KP Stellung genommen und dem Parteivorstand gesagt, daß die „Führer der Welt die Völker enttäuschen, wenn sie sich nur bei Staatsbegräbnissen reisewillig zeigen". Beerdigungen und Reisen dorthin „können den Alltag der Verhandlungen nicht ersetzen".

Auf der Parteivorstandssitzung hat erwartungsgemäß auch Bundesgeschäftsführer Halstenberg mitgeteilt, daß er aus gesundheitlichen Gründen nicht wieder für den Parteivorstand kandidieren wolle. Brandt berichtete außerdem, daß auf seinen Wunsch hin der noch stellvertretende Vorsitzende Helmut Schmidt den Parteitag eröffnen wird.

Aus der ZK-Erklärung über die Wahl Tschernenkos

dpa, Moskau

In der offiziellen Erklärung des ZK über die Wahl Tschernenkos zum Generalsekretär der KPdSU wird zunächst ausführlich des verstorbenen Kreml-Chefs Andropow gedacht:

„Jurij Wladimirowitsch Andropow, der auf Beschluß der Partei in sehr wichtigen Partei- und Staatsfunktionen tätig war, gab alle seine Kräfte und Kenntnisse, seine reiche Lebenserfahrung für die Verwirklichung der Politik der Partei, für die Festigung der Verbundenheit mit den Massen und für die Stärkung des Wirtschafts- und Verteidigungspotentials der Sowjetunion.

Große Aufmerksamkeit widmete Jurij Andropow der Verwirklichung des vom 26. Parteitag der KPdSU und den nachfolgenden Plenartagungen des ZK der KPdSU ausgearbeiteten Kurses auf die allseitige Intensivierung der Produktion, auf die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, auf die Vervollkommnung der Leitung der Volkswirtschaft, auf die Stärkung der Verantwortlichkeit der Kader, der Organisiertheit und Disziplin sowie auf das stetige Wachstum des materiellen und geistigen Lebensniveaus des Volkes.

Einen großen Beitrag leistete Jurij Andropow zur Entwicklung der allseitigen Zusammenarbeit der Länder der sozialistischen Gemeinschaft, zur Festigung der Einheit und Geschlossenheit der internationalen kommunistischen und Arbeiter-Bewegung, sowie zur Unterstützung des gerechten Kampfes der Völker für ihre Freiheit und Unabhängigkeit. Unter seiner Führung wurde der leninsche außenpolitische Kurs unserer Partei und des Staates, der Kurs auf die Beseitigung der Gefahr eines Kernwaffenkrieges und auf die entschlossene Abwehr der aggressiven Machenschaften des Imperialismus sowie auf die Festigung des Friedens und der Sicherheit der Völker, auf dem internationalen Schauplatz konsequent und beharrlich verwirklicht.

Das Plenum unterstrich, daß in diesen schmerzerfüllten Tagen die Kommunisten und das ganze sowjetische Volk ihre Reihen um das leninsche Zentralkomitee der Partei und das Politbüro des ZK der KPdSU noch enger zusammenschließen und fest entschlossen sind, selbstlos für die Verwirklichung der leninschen Innen- und Außenpolitik der Partei zu kämpfen . . ."

Dann erst heißt es: „Das Plenum des ZK erörterte die Frage der Wahl des Generalsekretärs des ZK der KPdSU. Im Auftrage des Politbüros des ZK hielt zu dieser Frage das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, Nikolai Tichonow, eine Rede. Er unterbreitete den Vorschlag, Konstantin Tschernenko zum Generalsekretär des ZK der KPdSU zu wählen. Das Plenum wählte einstimmig Konstantin Tschernenko zum Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU . . ."

Konstantin Tschernenko versicherte dem Zentralkomitee der KPdSU und der Kommunistischen Partei, er werde alle seine Kräfte, Kenntnisse und seine Lebenserfahrung für die erfolgreiche Erfüllung der Aufgabe des kommunistischen Aufbaus in unserem Land, für die Gewährleistung der Kontinuität bei der Lösung der vom 26. Parteitag der KPdSU zur weiteren Festigung der Wirtschafts- und Verteidigungskraft der UdSSR gestellten Aufgaben, für die Hebung des Lebensniveaus des sowjetischen Volkes, für die Festigung des Friedens und für die Verwirklichung der leninschen Innen- und Außenpolitik, für die Kommunistische Partei und den sowjetischen Staat einsetzen.

Ist Partei-Chef Tschernenko nur ein Mann des Übergangs?

● Fortsetzung von Seite 1

In etwas abgeschwächter Form stimmte Tschernenko in die Kampagne seines Vorgängers für Disziplin und für „Organisiertheit" ein, machte aber deutlich, daß er in einem entsprechenden Bewußtsein der Bevölkerung die wichtigste Voraussetzung des Erfolges sieht. Nachdrücklicher als Andropow setzte er sich für den „Umbau im System des Plan- und Wirtschaftsmechanismus" ein, der bereits eingeleitet worden sei. Er forderte die am gegenwärtigen Wirtschaftsexperiment nicht beteiligten Zweige auf, die Ergebnisse des Versuchs nicht tatenlos abzuwarten, sondern sich bereits darauf einzustellen.

Von der Partei verlangte Tschernenko Geschlossenheit auf allen Ebenen. „Wie ein Mann" müsse sie handeln. Das gelte auch für Zentralkomitee und Politbüro, also die Führungsebenen der Sowjetunion. Wie das Angebot einer Gegenleistung wirkte in diesem Zusammenhang die Kritik des neuen Generalsekretärs am häufigen „Kaderwechsel", womit nicht die Fluktuation der Arbeitskräfte, sondern die unter Andropow zuletzt recht kräftig betriebene Auswechslung von führenden Funktionären gemeint war. Davon hat Tschernenko noch nie viel gehalten.

Die Spekulationen, daß es diesmal doch zu einem Generationenwechsel kommen könnte, waren unter anderem durch diesen Tatbestand genährt worden: Tschernenko galt 1982 als Rivale Andropows um die Breschnew-Nachfolge. Außerdem war das Politbüro im Dezember 1983 durch die Wahl von zwei Männern, die der Andropow-Fraktion zugerechnet wurden, aufgefüllt worden.

Gezielte oder auch ungezielte Indiskretionen besagten, Andropow habe in dem die Richtlinien der Politik bestimmenden Gremium auf Dimitrij Ustinow, Grigori Romanow, Michail Gorbatschow, Geidar Alijew sowie auf die Neulinge Michail Solomenzew und Witali Worotnikow zählen können, Tschernenko hingegen nur auf Nikolaj Tichonow, Andrej Gromyko, Viktor Grischin und Dinmuchamend Kunajew, während die Haltung von Wladimir Schtscherbizki unbekannt sei. Jedenfalls sei nun das Politbüro „umgepolt" worden.

Ob es im Politbüro zu einer Kampfabstimmung kam, bevor Tschernenko dem ZK zur Wahl vorgeschlagen wurde, liegt im Spekulativen. Zeit zum Überlegen hatten die führenden Männer der KPdSU bereits vorher genug gehabt. Schließlich wußten sie, daß mit dem Tod Andropows zu rechnen war.

Sicherlich ist auch die Tatsache, daß vom Tod Andropows bis zur Berufung Tschernenkos vier Tage ins Land gingen (beim Ableben Breschnews bis zur Wahl Andropows waren es nur zwei), für sich allein kein Hinweis auf einen Machtkampf. Breschnew war an einem Mittwoch gestorben, Andropow am Nachmittag eines Donnerstags. Ein Wochenende lag also zwischen Bekanntgabe der Todesnachricht am Freitag und dem Zusammentritt des Zentralkomitees.

Die Wahl des Zentralkomitees fiel auf den viertältesten Mann im Politbüro. Älter als Tschernenko sind nur Ministerpräsident Tichonow (78), Verteidigungsminister Ustinow (76) und Außenminister Gromyko (74). Schon gestern wurde die Frage gestellt, wie es um die Gesundheit des neuen Generalsekretärs bestellt sei.

Kondolenzen: Chinas Präsident Li rangiert vor Mitterrand und Reagan

afp/ap/dpa, Moskau/Peking

Nach Auffassung von Kreml-Experten ist ein Foto retuschiert worden, das die sowjetische Führung bei der letzten Ehrenerweisung für den verstorbenen Staats- und Parteichef Jurij Andropow zeigt: Dem neuen Partei-Generalsekretär Konstantin Tschernenko wurde Dinmuchamed Kunajew, Politbüro-Mitglied und Parteichef von Kasachstan, zur Seite gestellt. Ein westlicher Diplomat meinte, man habe „etwas mehr Ordnung" in das Bild bringen wollen, das nicht den protokollarischen Regeln entspreche.

Fragen warf in westlichen Kreisen auch die Abwesenheit des ukrainischen Parteichefs Wladimir Schtscherbizkij auf, der noch einen Tag vor Andropows Tod in der Öffentlichkeit gesehen worden war. Schtscherbizkij ist Vollmitglied des Politbüros, wurde aber nicht als Mitglied der Beisetzungskommission erwähnt und ist auch nicht auf den Fotos zu sehen.

Das sowjetische Parteiorgan „Prawda", das auch gestern wieder seitenlang alle möglichen Kondolenzbotschaften veröffentlichte, plazierte auffälligerweise das Beileidstelegramm des französischen Staatspräsidenten François Mitterrand in der Reihenfolge vor dem des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan. Ganz obenan stand aber das von Staatspräsident Li Xiannian unterzeichnete Telegramm der chinesischen Führung.

In Peking sprach sich gestern auch der stellvertretende Staatspräsident der Volksrepublik China, Ulanhu, für ein entspanntes Verhältnis seines Landes zur Sowjetunion aus. Ulanhu trug sich in Begleitung von Außenminister Wu Xueqian in der sowjetischen Botschaft in Peking in das Kondolenzbuch ein. Nach Angaben der amtlichen Nachrichtenagentur Xinhua bekundeten Ulanhu und Wu dem sowjetischen Botschafter Ilja Schtscherbakow ihr Beileid und verwiesen darauf, daß Andropow Interesse an besseren Beziehungen zu China geäußert habe und daß auch die chinesische Regierung diesen Wunsch hege.

An der Spitze einer chinesischen Regierungsdelegation ist der stellvertretende Ministerpräsident Wan Li gestern zur Beisetzung Andropows nach Moskau geflogen. Vor seiner Abreise bekräftigte Wan Li den Wunsch der Volksrepublik China, zu einem besseren Verhältnis mit der Sowjetunion zu gelangen. Er sagte, die seit Oktober 1982 andauernden Gespräche zwischen beiden Regierungen sollten fortgesetzt werden, um die Hindernisse auszuräumen, die jetzt noch der Normalisierung der Beziehungen im Wege stünden. Wan Li betonte, es gebe eine „traditionelle Freundschaft" zwischen dem chinesischen und dem sowjetischen Volk.

In Damaskus teilte ein Regierungssprecher mit, der syrische Präsident Assad werde nicht zur Beisetzung Andropows nach Moskau reisen. Da Syrien zur Sowjetunion enge Beziehungen unterhält, nimmt man als Grund für die Entscheidung an, daß Assad noch unter den Folgen einer im vergangenen Jahr akut gewordenen Herzerkrankung leidet. Nach Moskau flogen Ministerpräsident Kasem und Verteidigungsminister Tlass.

„Wechsel im Kreml für Bonn kein Grund zur Sorge"

AP, Osnabrück

Die Bedeutung des Führungswechsels in Moskau solle man nicht überschätzen oder dramatisieren, meinte der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes, gegenüber der „Neuen Osnabrücker Zeitung". Für die Bundesrepublik Deutschland bestehe keinerlei Grund zur Sorge. Im Politbüro der KPdSU säßen „keine Abenteurer oder Selbstmörder".

Mertes verwies darauf, daß der erste Mann der UdSSR zwar „eine sehr wichtige und in Krisensituationen wohl auch ausschlaggebende Funktion" habe, die kollektive Führung aber bewirke, daß die Politik berechenbar bleibe. Die Gefahr eines Krieges sei fast gleich Null. Auch eine Belastung der Beziehungen zwischen Bonn und Moskau sei nicht zu erwarten. Die Bundesrepublik Deutschland müsse auf der Basis ihrer Sicherheitspartnerschaft mit den USA „wachsam und fest" bleiben, aber zugleich mehr denn je den Willen zum Dialog und der Kooperation mit der Sowjetunion beweisen.

Olszowski: Westen soll Sanktionen aufheben

dpa, Warschau

Der polnische Außenminister Stefan Olszowski hat in einer außenpolitischen Grundsatzerklärung vor dem Sejm („Parlament") in Warschau an den Westen appelliert, die Sanktionen aufzuheben, die Polen einen Schaden von 12,5 Milliarden Dollar zugefügt hätten. Olszowski sagte, Polen sei bereit, den Normalisierungsprozeß mit der Bundesrepublik Deutschland auf der Grundlage des Vertrages von 1970 fortzusetzen. Sein Land erwarte, daß die Absichtserklärungen der Bundesregierung zur Verbesserung der Beziehungen bald durch die Einberufung der gemischten Kommission und eine „konstruktive Haltung in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Polen" konkretisiert würden.

Zugleich erhob Polens Außenminister den Vorwurf, die Beziehungen zur Bundesrepublik würden durch „Anzeichen des Revisionismus" wie die „Schaffung des gefährlichen Mythos über eine sogenannte deutsche Minderheit in Polen" und durch die Stationierung neuer US-Raketen erschwert.

Spitzengremien der KPdSU unverändert

AFP, Moskau

Die Zusammensetzung der Spitzengremien der KPdSU ist nach der Wahl Tschernenkos zum Generalsekretär unverändert geblieben.

Das Politbüro hat zwölf Vollmitglieder: Konstantin Tschernenko (72), Generalsekretär; Gejdar Alijew (60), 1. stellv. Ministerpräsident; Michail Gorbatschow (52); Viktor Grischin (69); Andrej Gromyko (74), Außenminister; Dinmuchamed Kunajew (72); Grigorij Romanow (61); Wladimir Schtscherbizkij (65); Nikolaj Tichonow (78), Ministerpräsident; Dmitrij Ustinow (75), Verteidigungsminister ; Michail Solomenzew (70); Witalij Worotnikow (58).

Dem Politbüro gehören ferner sechs Kandidaten an: Pjotr Demitschow (66), Kulturminister; Wladimir Dolgich (59); Wassilij Kusnezow (83); Boris Ponomarow (79); Eduard Tschewarnads (56); Viktor Tschebrikow (60), KGB-Chef.

Das ZK-Sekretariat hat zehn Mitglieder, von denen drei zugleich dem Politbüro angehören.

Sind SED-Attacken gegen Windelen für Hausgebrauch der „DDR" gedacht?

fac. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl trifft den „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker in Moskau zu einem Zeitpunkt, an dem die SED-Propaganda verbale Attacken gegen Mitglieder der Bundesregierung gerichtet hat. Allerdings ist der jüngste Angriff der Ostberliner Parteizeitung „Neues Deutschland" gegen den Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen (CDU), nach Bonner Einschätzung eher für den „Hausgebrauch" in der „DDR" gedacht.

Windelen scheint diese Auffassung zu teilen. Er weigerte sich, in dem gegen ihn gerichteten Vorwurf des SED-Blattes („Minister zur Störung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR") ein Anzeichen für eine Verschlechterung der deutsch-deutschen Beziehungen zu sehen. „Offenbar gibt es Irritationen in Ost-Berlin über die offizielle Linie dort drüben", sagte der CDU-Politiker gestern im Deutschlandfunk. „Während Herr Honecker von der Notwendigkeit der Fortsetzung des Ost-West-Dialogs spricht, während er plädiert für Vernunft und Realismus, schlägt das Zentralorgan derartige Töne an."

Das „Neue Deutschland" hatte die gemeinsame Erklärung des Bundestages, an der, wie Windelen sich ausdrückte, alle „verfassungstragenden Parteien mit Ausnahme der Grünen" beteiligt waren und in der das Offenhalten der deutschen Frage verlangt wurde, als Ansammlung „revanchistischer Sprüche" bezeichnet. Dieses Papier, so der offensichtlich von höchster „DDR"-Stelle autorisierte Kommentar, stehe nicht nur mit der Wirklichkeit, „sondern auch mit dem Grundlagenvertrag zwischen beiden deutschen Staaten auf Kriegsfuß". Das SED-Blatt weiter: „Jeder weiß, daß das ‚Deutsche Reich' im Feuer des Zweiten Weltkrieges untergegangen ist. Dennoch wird hier erneut davon geredet, ‚unser Land' sei geteilt. Wessen Land? Es fehlt nicht der Begriff ‚innerdeutsch', und zum Überdruß wird wieder behauptet, es gäbe eine ‚deutsche Frage', die offen sei." Kritik wird auch an der Haltung der SPD geäußert. „Daß die Fraktion der SPD nach ihrem Nein zur Raketenstationierung nunmehr dem CDU/CSU-Papier ihre einmütige Zustimmung gab, zeigt, daß sie noch immer nicht ganz aus den Halbheiten ihrer vergangenen Regierungszeit mit der FDP herausgekommen ist."

Der Entwurf der Erklärung, schrieb das „Neue Deutschland", stamme offenbar aus dem Ministerium Windelens. „Nach seinen Auftritten in der jüngsten Zeit hat er offenkundig den Ehrgeiz, sich als Minister zur Störung der Beziehungen zwischen der BRD und der DDR hervorzutun. Die DDR glaubte bisher, die Äußerungen von Windelen nicht so ganz ernst nehmen zu müssen. Sollten seine Ambitionen zur offiziellen und praktischen Politik erhoben werden, würde es jedoch schlecht aussehen um die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten, die bisher trotz des Aufrüstungsbeschlusses der NATO im wesentlichen allen Belastungen standhielten."

Zur gleichen Zeit sprach sich Honecker für eine Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen Bonn und Ost-Berlin aus.

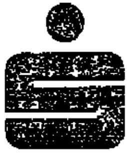


„Unternehmen, die wachsen, brauchen maßgeschneiderte Kredite."

Ihr Berater empfiehlt:

Wer durch gezielte Investitionen den Boden für gesundes Unternehmenswachstum schaffen will, braucht einen leistungsfähigen Finanzierungspartner. Die Sparkasse gibt maßgeschneiderte Kredite. Sprechen Sie mit uns.





China-Perspektive

HH – Die Möglichkeiten zur Endlagerung atomaren Mülls im Reich der Mitte – von Peking jetzt offiziell bestätigt – eröffnen der deutschen Kraftwerksindustrie neue Exportchancen. Denn wer beim Verkauf von Kernkraftwerken auf dem durch zahllose Behinderungen stark eingeschränkten „Weltmarkt" antritt, muß im allgemeinen die Entsorgung gleich mitanbieten.

Die französischen und amerikanischen Konkurrenzunternehmen sind hier in einer ungleich besseren Ausgangslage: Nicht nur deshalb, weil beide Länder nach dem Atomsperrvertrag Kernwaffenstaaten sind (ein politischer Status, der ihren Regierungen wesentlich mehr Bewegungsfreiheit gibt), sondern auch, weil einschlägige Einrichtungen zur Wiederaufarbeitung und weiteren Entsorgung im Lande vorhanden sind.

Hinzu kommt, daß die Konkurrenten der deutschen Industrie in den meist harten Verhandlungen werbewirksam darauf hinweisen können, daß selbst deutsche Kernkraftwerke ihren Müll im Ausland – Frankreich und Großbritannien – loswerden müssen. Wie sollten sie dann die Entsorgungsprobleme zum Beispiel für Ägypten oder die Türkei lösen? – Zwei Länder, die derzeit heftig über den Bau von Kernkraftwerken nachdenken.

So gesehen, kommt es der deutschen Industrie sehr gelegen, daß China – ebenfalls Mitglied im Exklusivklub der Kernwaffenstaaten – sich auch in dieser sensiblen Frage dem Westen öffnet. Gespräche in Washington sind dem Vernehmen nach schon vorausgegangen. Deutsche Verträge mit Peking machten zwar den Ausbau der deutschen Entsorgung nicht überflüssig; aber sie rundeten das deutsche Lieferprogramm vorteilhaft ab.

Opa-Modell

nl – Bei der Suche nach Möglichkeiten, die relativ niedrige Wohnungseigentumsquote (40 Prozent) in der Bundesrepublik auszubauen und insbesondere jungen Familien zu eigenen vier Wänden zu verhelfen, geistern viele Vorschläge herum. Aber nur wenige sind geeignet, in die Tat umgesetzt zu werden. Eine der Anregungen geht beispielsweise dahin, den bisher üblichen Entschuldungsspielraum von 20 auf 30 Jahre zu strecken. Doch selbst eine Verdoppelung der Tilgungszeit auf 50 Jahre führt nach Berechnungen der Bausparkasse Wüstenrot nur zu einer sehr geringen Senkung der monatlichen Belastung. Der Preis für diesen relativ geringen Entlastungseffekt wäre aber eine Verlängerung der Tilgungsdauer um 275 Monate. Dies hieße jedoch, daß noch im Rentenalter getilgt werden müßte. Im Zeichen verschlechterter Rentenaspekte wäre dieses „Opa-Modell" geradezu ein gefährlicher Vorschlag.

BAUWIRTSCHAFT / Kreditzusagen sind wieder drastisch zurückgegangen

Hypobanken: Keine Experimente bei der Eigenheim-Besteuerung

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Der Verband deutscher Hypothekenbanken warnt angesichts des drohenden Einbruchs der Baukonjunktur vor Experimenten bei der künftigen Eigenheim-Besteuerung. Die Kreditzusagen der Hypothekenbanken sind nach Angaben des Verbandes im vierten Quartal 1983 um 28,2 Prozent unter das Niveau des Vorjahres gerutscht. Daher sei die Sorge der Bauwirtschaft berechtigt, daß nach einem ergiebigen Jahr 1984 bereits wieder mit einem deutlichen Rückgang im Wohnungsbau gerechnet werden kann.

Die objektiven Marktfaktoren deuten nach Ansicht des Verbandes auf einen allmählichen Abbau des gegenwärtigen Zinsniveaus und auf eine Beruhigung der Zinsentwicklung hin. Es bestünden auch Chancen für mehr Stetigkeit hinsichtlich längerer Laufzeiten am deutschen Kapitalmarkt. Nach den Erfahrungen der zurückliegenden Monate werde vieles davon abhängen wie sich der amerikanische Markt und der Dollarkurs entwickelt. Immerhin sei im vergangenen Jahr ein Zinsniveau registriert worden, das am Jahresende um fast ein Prozent höher war als zu Jahresbeginn.

Der Verband hat jetzt in Bonn darauf hingewiesen, daß bei den Hypothekenbanken die Kreditzusagen für den Wohnungsneubau bereits im zweiten Halbjahr 1983 zurückgegangen seien. Dies könnte ein Frühindikator für die Bauindustrie sein. Zwar dürften 1984 rund 400 000 Wohnungen neu gebaut werden. Dieses Ergebnis dürfte aber in den folgenden Jahren nicht wieder erreicht werden.

Ein Systemwechsel bei der Eigenheimbesteuerung sei mit wohnungs-, konjunktur- und haushaltspolitischen Risiken verbunden. Überdies hat sich nach Ansicht der Hypothekenbanken das geltende Recht bewährt. Es sollte mit einzelnen Verbesserungen – zum Beispiel Verlängerung des begrenzten Schuldzinsenabzugs oder Abpassung der Einheitswerte – im Grundsatz beibehalten werden. Das geltende Recht erfülle mit den erhöhten Abschreibungen, dem Abzug des Damnums, dem begrenzten Schuldzinsenabzug und der Absetzung energiesparender Maßnahmen viele Anforderungen, die an die Eigenheimbesteuerung zu stellen seien.

Pluspunkt des geltenden Rechts sei vor allem die Entlastung in der Anfangsphase. Wie notwendig dieses sei, leitet der Verband aus einer Erhebung über die Praxis der Eigenheimfinanzierung ab. Danach beträgt der durchschnittliche Preis für einen Neubau in Ballungsgebieten 410 000 Mark, in mittleren Städten 355 000 und in kleineren Städten und ländlichen Gebieten 335 000 Mark. Das Eigenkapital der Bauherren liege bei rund 30 Prozent. Die Belastungsquote des Familieneinkommens ist in allen Gebieten ungefähr gleich hoch und liegt zwischen 40 und 45 Prozent. Erfahrungsgemäß werden die Wohnungsbaukredite nach 15 bis 20 Jahren, also in der Regel vorzeitig, getilgt. Daher könne von einer langfristigen Überschuldung des Wohnungsbaus nicht geredet werden. Als Votum für die geltende Eigenheimbesteuerung wertet der Verband auch den Umstand, daß die Bauherren im vergangenen Jahr 27 Prozent mehr Genehmigungen für den Bau von Einfamilienhäusern beantragt haben.

Die diskutierte Konsumgutlösung, also keine Versteuerung des Nutzwertes des Eigenheims und kein Abzug von Werbungskosten, ergänzt durch einen Eigenheim-Abzugsbetrag im Rahmen der Sonderausgaben, biete keine zusätzlichen Vorteile. Denn es müsse eine Vielzahl von Gesichtspunkten berücksichtigt werden. Wenn aber zwischen Neu- und Altbau differenziert, die regionale Marktsituation berücksichtigt, eine Familienkomponente eingebaut und ein Anreiz zur Energieeinsparung gegeben und eine Grenze für Gesamtkosten und Wohnungsgröße festgelegt werden solle, könne eine Rechtsvereinfachung kaum erwartet werden. Die Zahl der Zwangsversteigerungen, die 1982 von 2100 auf 4100 gestiegen war, habe weiter zugenommen, aber nicht mehr in diesem Tempo. Ein Grund dafür sei die Schwäche des Immobilienmarktes.

OECD-MINISTERRAT

Budgetdefizite wichtiger Tagesordnungs-Punkt

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Wie kann die mittelfristige Wirtschaftspolitik mit dem gemeinsamen Ziel der westlichen Industriestaaten, ein sozial akzeptables Beschäftigungsniveau wiederherzustellen, in bessere Übereinstimmung gebracht werden? Diese Frage steht im Mittelpunkt einer gestern in Paris eröffneten informellen Ministertagung der OECD. Ihr war eine dreitägige Konferenz der Arbeitsminister vorangegangen, die hauptsächlich dem gegenseitigen Erfahrungsaustausch diente.

Auf dem Treffen der Wirtschaftsminister werden ebenfalls keine konkreten Beschlüsse gefaßt oder gemeinsame Empfehlungen erteilt. Im Unterschied zu den ordentlichen Ministerratssitzungen der OECD ist noch nicht einmal ein Abschlußkommuniqué vorgesehen. Es wird jedoch eine größere Annäherung der verschiedenen Standpunkte erwartet, als sie bei der Arbeitsministerkonferenz in Erscheinung trat.

Wie das OECD-Sekretariat mitteilt, werden die Minister ihre Aufmerksamkeit folgenden Punkten widmen:

1. Den stabilen und nicht inflatorischen Bedingungen zur Durchsetzung der Wirtschaftspolitik (öffentlicher Sektor)
2. Anpassungsmöglichkeiten, die sowohl effizient sind als auch ein hohes Beschäftigungsniveau erlauben (privater Sektor)
3. Einem weltweiten System der kommerziellen und finanziellen Beziehungen, die die Vorteile der neuen Technologien verstärken (Internationales)
4. Dem sozialen Konsensus

Nachdem gestern die beiden ersten Tagesordnungspunkte auf zwei vom australischen und schwedischen Wirtschaftsminister geleiteten Sitzungen behandelt worden waren, präsidiert heute Graf Lambsdorff der der internationalen Verflechtung gewidmeten Sitzung, bei der auch die Frage des Protektionismus zur Sprache kommen wird. Der französische Wirtschafts- und Finanzminister Delors schließlich hat die Diskussion der delikaten Sozialfrage zu bewältigen und sie mit den ökonomischen Gegebenheiten in Übereinstimmung zu bringen.

Große Aufmerksamkeit werden die Minister den bedeutenden Budgetdefiziten und der zunehmenden Staatsverschuldung der Mitgliedstaaten zollen. Besondere Sorge bereitet dabei der zunehmende Anteil der Transferausgaben, besonders von Sozialaufwendungen, der sich, am Bruttosozialprodukt gemessen, im OECD-Durchschnitt von 30 Prozent 1960 auf jetzt knapp 50 Prozent erhöht hat.

Der Wert der Konferenz zum Thema Budgetdefizite ist allerdings dadurch gemindert worden, daß US-Finanzminister Donald Regan kurzfristig absagte und sich durch seinen Unterstaatssekretär Beryl Sprinkel vertreten ließ. Das Problem des amerikanischen Haushaltsdefizits dürfte danach nicht in wünschenswerter Weise diskutiert werden können.

Stabilisierung mit Mühen

Von GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die Dämpfung der Lohn- und Lohnkostendynamik stößt in Italien auf größere Schwierigkeiten, als Regierung und Sozialpartner bei Beginn ihrer Verhandlungen am Anfang dieses Jahres angenommen hatten. Während die christlich-demokratische Gewerkschaft CISL und die sozialistische UIL inzwischen ihr Einverständnis mit einer realen Stagnation von Löhnen und Lohnkosten gegeben haben und dazu bereit sind, in diesem Jahr eine Abkühlung des automatischen Indexmechanismus der gleitenden Lohnskala in Kauf zu nehmen, sperrt sich die größte italienische Arbeitnehmerorganisation, die kommunistische CGIL, gegen jeden Versuch, die Löhne einzufrieren.

Den eigenen Rücken in dem Kampf mit der Regierung stärkt ihr dabei die Kommunistische Partei Italiens. Anders als die beiden Schwestergewerkschaften, die die geplanten einkommenspolitischen Maßnahmen als notwendige Flankenunterstützung für die Stabilisierung des Haushalts akzeptieren und Opfer im Lohnbereich inzwischen als Voraussetzung anerkennen, um die Investitionsbereitschaft der Unternehmen und damit die Beschäftigung zu erhöhen, lehnen die CGIL und mit ihr die KPI diesen „marktwirtschaftlichen" Ansatz ab.

Zwar sind die Kommunisten nicht grundsätzlich gegen ein zunächst auf das laufende Jahr beschränktes Einfrieren der Lohndynamik. Als Preis für dieses Zugeständnis fordern sie von der Regierung aber eine Reihe von etat- und beschäftigungspolitischen Interventionen, die weit über das hinausgehen, was der italienische Haushalt in diesem Jahr verkraften kann.

Das betrifft nicht zuletzt den Vorschlag des verhandlungsführenden sozialistischen Arbeitsministers Gianni de Michelis, der den Gewerkschaften angeboten hat, Preise und Gebühren für private und öffentliche Waren und Dienstleistungen nach französischem Vorbild für einige Monate einzufrieren. Unterstützt wird er hierbei von einem Teil der Koalitionsparteien, die einen Preisstopp im privaten Bereich wegen des Mangels an Kontrollmöglichkeiten der italienischen Verwaltung für undurchführbar halten.

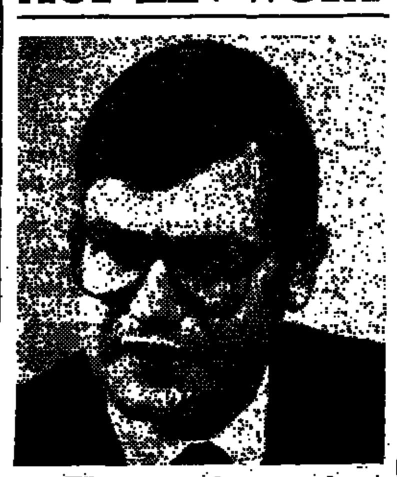
Schatten werfen auch die zur Besänftigung der Gewerkschaften gefaßten Regierungspläne, das wegen Unstimmigkeiten mit EG-Richtlinien bereits ad acta gelegte Projekt der „Krisenbecken" wieder hervorzuholen und jetzt nicht nur sieben, wie ursprünglich geplant, sondern neun von der Strukturkrise besonders heimgesuchte Industriezentren zu Fördergebieten zu erklären. Auch dieses Projekt findet keine Gegenliebe bei jenen, die es direkt angeht: den Unternehmern, die davon neue bürokratische Überbauten befürchten und damit gerade das Gegenteil jener Deregulierung, die bei den Investoren als eine der Hauptbedingungen für die Schaffung neuer Arbeitsplätze gilt.

Wie so oft in den vergangenen Jahren, stehen sich auch jetzt wieder zwei Konzeptionen der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik gegenüber. Auf der einen, die der Linksparteien, die den Leitzins losgelöst von Inflations- und Währungszwängen festsetzen würden und die dem christlich-demokratischen Schatzminister Giovanni Goria deswegen „fehlenden Mut" vorwerfen; sie würden am liebsten die Arbeitsplätze per Regierungserlaß schaffen, nach dem Muster jener sozialistischen Pläne, jugendlichen Arbeitslosen in der Verwaltung Arbeitsstellen zuzuweisen; sie möchten über das französische Beispiel noch hinausgehend die geplanten zusätzlichen Investitionen mit der Einführung einer allgemeinen Vermögenssteuer finanzieren.

Auf der anderen Seite ist die marktwirtschaftliche Linie, die von den Christdemokraten und den Republikanern vertreten wird, eine ganz wesentliche Voraussetzung für die Schaffung neuer Arbeitsplätze trotz der haushaltspolitischen Stabilisierung.

So schwierig es erscheinen mag, einen Kompromiß zwischen den Auffassungen der Koalition und des von der Opposition gesteuerten größten Teils der Gewerkschaften zu finden: Wahrscheinlich ist es doch, daß sich die seit Wochen entzweiten Verhandlungspartner zusammenraufen. Allzu viele Möglichkeiten, die von allen als Ziel Nr. eins angesehene Reduzierung der Inflation und die Förderung neuer technologischer Bereiche zu erreichen, gibt es schließlich nicht.

AUF EIN WORT



„Für Unternehmer und Arbeitnehmer gilt gemeinsam, daß vor dem Hintergrund des Sozialstaates die wirtschaftliche Initiative zurückgeht. Der bürokratisierte Mensch sieht immer weniger Sinn in einer Mehrleistung und einer eigenständigen Initiative, den fundamentalen Grundlagen für wirtschaftlichen Wohlstand."

Dr. Heinz Schimmelbusch, Vorstandsmitglied der Metallgesellschaft AG, Frankfurt. FOTO: KARLHEINZ M. DIETRICH

IW: Export wird Konjunkturstütze

AP, Köln

Eine Steigerung der realen Ausfuhren der Bundesrepublik um fünf Prozent und einen Überschuß in der Leistungsbilanz von zwölf Milliarden Mark erwartet das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) in diesem Jahr. Das IW betonte, der Außenhandel dürfte damit im Unterschied zum Vorjahr per Saldo zu einer Stütze der Inlandskonjunktur werden. 1983 hatten die Exporte nur um 0,5 Prozent zugenommen, das Plus in der Leistungsbilanz hatte 8,5 Milliarden Mark ausgemacht. Der Überschuß in der Handelsbilanz werde um 5,5 auf 50 Milliarden Mark klettern. Ausfuhren würden dadurch begünstigt, daß sie zu rund 80 Prozent in westliche Industrieländer gingen.

ARBED SAARSTAHL

Bonn hat Bedenken, Hilfe noch einmal aufzustocken

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Das Schicksal der erneut in Liquiditätsschwierigkeiten geratenen Arbed Saarstahl GmbH hängt noch in der Luft. Wie gestern in Bonn nach einem Gespräch der Minister Stoltenberg und Lambsdorff mit dem Bundeskanzler verlautete, seien innerhalb der Bundesregierung die Bedenken erheblich gewachsen, die Hilfe noch einmal aufzustocken. Dabei werden haushaltsrechtliche Gründe ins Feld geführt. Es komme jetzt auf die saarländische Regierung an, ob sie die notwendigen Beträge zur Verfügung stellen wolle.

Offiziell hieß es gestern im Wirtschaftsministerium, über die Bewilligung des Arbed-Antrags, aus den am 8. November von der Bundesregierung für 1984 zugesagten 100 Millionen Betriebsbeihilfen eine zweite Tranche – es geht dabei um 45 Millionen Mark – auszuzahlen, sei noch keine Entscheidung getroffen. Die Gespräche zwischen der Bundesregierung und der saarländischen Landesregierung seien noch nicht abgeschlossen. Sie würden fortgesetzt.

Da Arbed um die Jahreswende bereits eine erste Zahlung von 40 Millionen Mark erhalten hatte, wären, wenn jetzt die zweite Tranche gezahlt würde, bereits 85 Prozent der für das gesamte Jahr zugesagten Hilfen in den ersten beiden Monaten abgeflossen. Die Chance, daß Arbed mit dem Rest in 1984 auskommen könnte, werden in Bonn gering veranschlagt. Bei ihrer letzten Hilfezusage hatten Bund und Land unmißverständlich erklärt, daß das Unternehmen keine weiteren Beträge erhalten werde. In Saarbrükken hieß es, eine Entscheidung über die Hilfe müsse sehr rasch fallen.

EUROCOM 84

Düsseldorf veranstaltet eine Messe für die Werbung

HARALD POSNY, Düsseldorf

Als letztes „Kind" des agilen, zum Monatsende in den Teilruhestand tretenden Düsseldorfer Messe-Chefs Kurt Schoop wird in Düsseldorf eine ebenso komplizierte wie risikoreiche Idee der Werbung und ihres Kommunikationsumfelds in die Tat umgesetzt: die vom 18. bis 22. Februar 1984 laufende „EuroCom 84", eine Veranstaltung, die mehr internationales Forum als Fachausstellung ist.

Dieses bereits im Vorfeld als „zentrales Ereignis der gesamten Kommunikationsbranche" gefeierte Unternehmen soll zu einer Art „Multivision der Werbung" (Messe-Geschäftsführer Björn Sandt) werden. Werbeagenturen, Verlage, Verkaufsförderer, Designer, PR-Fachleute, Messeconsulter und Marktforscher präsentieren und demonstrieren daneben Nutzungsmöglichkeiten „neuer Medien", von Laser-Projektionen bis zu mobilen Messeständen.

Gezeigt werden mögliche Wachstumsimpulse der Absatzförderung, neue Wege des Direkt-Marketing, in der Print-Medien-Werbung und in der Produktionstechnik bis hin zur Herstellung von Messekleidung, Planung von Messeauftritten für Unternehmen und zur Selbstvermarktung von Amateursportlern. Als für die Werbebranche einzigartig gelten nach Sachbereichen oder regionalen Gesichtspunkten ausgerichtete „Präsentationsgemeinschaften".

Die EuroCom wird von 180 Ausstellern beschickt und ist damit die größte Erstveranstaltung in der Bundesrepublik seit 1979. Sie stammen aus 55 Dienstleistungsbereichen mit 20 000 bis 25 000 Unternehmen und einem Marketingvolumen („Produktionswert") von 20 bis 25 Mrd. DM.

WIRTSCHAFTS-JOURNAL

Messe-Neuheiten belebten das Geschäft

Düsseldorf (Py.) – Die zeitgleich in Köln stattfindenden Internationalen Messen für Haushaltsgeräte (Domotechnica) und Hausrat sind mit einem sehr zufriedenstellenden Geschäftsverlauf zu Ende gegangen. Beide Veranstaltungen verzeichneten eine eindeutige Wiederbelebung der Nachfrage. Die Hausratmesse meldete überdies ein außerordentlich gutes Exportgeschäft. Vor allem Neuheiten haben das Geschäft belebt. Die Hausgeräte-Industrie kündigte Preiserhöhungen zwischen 2 und 4 Prozent an. Auf der Hausratmesse hieß es, Preiserhöhungen seien kein Thema gewesen. Die Domotechnica ist von 42 000 Fachleuten aus 69 Ländern, die Hausratmesse von 14 000 aus 48 Ländern besucht worden.

Neue Postanleihe

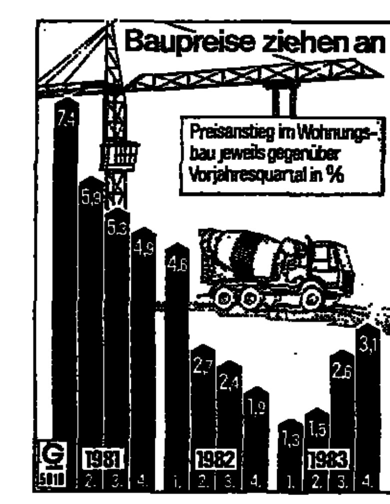
Frankfurt (rtr) – Die neue Anleihe der Deutschen Bundespost über eine Milliarde Mark wird den Anlegern bei einer Laufzeit von zehn Jahren eine Rendite von 8,17 Prozent bringen. Ein Sprecher der Bundesbank teilte mit, der Kupon betrage 8 1/4 Prozent und der Ausgabekurs 100½ Prozent. Von dem Gesamtvolumen werden 800 Millionen Mark Die Verkaufsperiode läuft vom 15. bis zum 17. Februar zum Verkauf angeboten.

Ungewollte Nebenwirkung

Bonn (HH) – Die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen des Bundes machen Facharbeiter arbeitslos. Auf diese Konsequenz hat jetzt der Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau (BGL) hingewiesen. Denn nach seinen Beobachtungen werden etwa 30 bis 40 Prozent der Arbeitslosen von den Gemeinden in der Grünflächenpflege und im Parkanlagenbau beschäftigt. Dadurch würden Betrieben des Garten-, Landschafts- und Sportplatzbaus Aufträge entzogen mit der Folge, daß Facharbeiter entlassen werden müßten.

Geringe Auslastung

Bonn (dpa/VWD) – Die Bauproduktion ist im vergangenen Monat nicht zuletzt aus saisonalen Gründen weiter zurückgegangen. Wie der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes mitteilt, war die Nachfrage in allen Bausparten stagnierend bis rückläufig. Die Zahl der Beschäftigten ging weiter zurück. Die durchschnittlichen Reichweiten der Aufträge (von 2,3 Monaten im Hochbau bis 1,3 Monaten im Straßenbau) wurden den Angaben zufolge von den Bauunternehmen allgemein als zu gering bezeichnet. Im Tiefbau betrug der Auslastungsgrad der Kapazitäten im Berichtsmonat nur noch 33 Prozent gegenüber 49 Prozent im Hochbau.

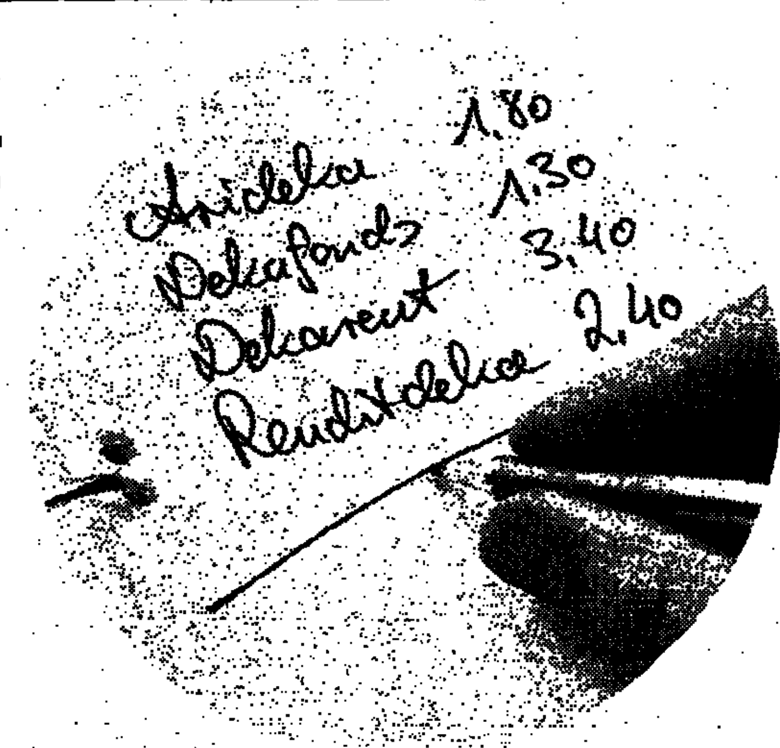


Am Bau beginnen die Preise wieder anzuziehen. Im ersten Quartal 1983 meldete das Statistische Bundesamt, Wiesbaden, einen Preisanstieg im Wohnungsbau um 1,3 Prozent. Im vierten Quartal des letzten Jahres betrug die Teuerungsrate 3,1 Prozent. QUELLE: GLOBUS

Wochenausweis

	7.2.	31.1.	7.1.
Netto-Währungsreserve (Mrd.DM)	67,6	67,3	67,7
Kredite an Banken	79,7	78,3	81,3
Wertpapiere	7,9	7,0	7,9
Bargeldumlauf	102,1	101,9	104,8
Einl. v. Banken	49,8	47,4	50,2
Einlagen v. öffentl. Haushalten	1,8	2,1	0,6

„15. Februar 1984: Ertragsausschüttung der Sparkassen-Wertpapierfonds."



Durch Wiederanlage mehr Substanz. Jahr für Jahr!
Bis zum 13. April 1984 können Sie Ihre Ertragsausschüttung rabatt-begünstigt in neuen Sparkassenfonds-Anteilen wiederanlegen. Der Zinseszins-Effekt bei stetiger Wiederanlage der Erträge verbessert Ihr langfristiges Anlageergebnis zusätzlich, wie das Beispiel zeigt:
Wertentwicklung einer DEKARENT-Anlage von DM 10.000,– in den letzten 10 Jahren (31. 12. 1973 bis 31. 12. 1983) auf der Basis der Rücknahmepreise:
- Anlageerfolg ohne Wiederanlage = + 83,3 Prozent
- Anlageerfolg mit Wiederanlage = + 130,7 Prozent

Über Ausschüttungshöhe und Rabattsätze der einzelnen Sparkassen-Wertpapierfonds informiert Sie die folgende Übersicht:

Sparkassen-Wertpapierfonds	Ertragschein	Bar-Ausschüttung +	KSt *) =	Gesamt-Ausschüttung	Wiederanlage-Rabatt
ARIDEKA	Nr. 22	DM 1,60	DM 0,20	DM 1,80	2,5 %
DEKAFONDS	Nr. 29	DM 0,95	DM 0,35	DM 1,30	3,0 %
DEKARENT	Nr. 15	DM 3,40	–	DM 3,40	2,0 %
RENDITDEKA	Nr. 16	DM 2,40	–	DM 2,40	2,0 %

*) anrechenbare Körperschaftsteuer bei Fonds mit deutschen Aktien

Übrigens: Der Zeitpunkt für Wiederanlage und Neuanlagen ist jetzt günstig. Sprechen Sie mit Ihrem Geldberater bei der Sparkasse darüber.

Sparkassenfonds
Die hohe Schule der Geldanlage



AIRBUS

London will Hilfe gewähren

fu, **London**

Die Regierung Thatcher wird dem Raum- und Luftfahrtkonzern British Aerospace Starthilfe-Kapital für dessen Beteiligung am neuen Airbus-Programm zur Verfügung stellen. Daran kann jüngsten Äußerungen von Regierungsmitgliedern zufolge kein Zweifel mehr bestehen. Damit ist das europäische Gemeinschaftsprojekt zum Bau des Kurz- und Mittelstreckenjets Airbus A 320 nach langem Zögern endgültig gesichert.

Am späten Sonntagabend hatte ein Sprecher des Ministeriums für Handel und Industrie in London erklärt: „Die Regierung ist sich der Bedeutung des A 320 für die britische und europäische Luftfahrtindustrie voll bewußt. Eine Entscheidung wird in Kürze getroffen." In London heißt es, daß Regierungschefin Margaret Thatcher nach anfänglichem Zögern das Projekt ihren Kabinettskollegen gegenüber persönlich unterstützt. Vor allem Bundeskanzler Kohl und Frankreichs Präsident Mitterrand hätten sie davon überzeugt, daß der Markt für Kurz- und Mittelstreckenjets nicht einfach den US-Herstellern überlassen werden dürfe.

Allerdings ist fraglich, ob British Aerospace, das die Tragflächen für den kleinen Airbus (150 Sitzplätze) herstellen wird, die beantragte Starthilfe in voller Höhe erhalten wird. Für seine 26-prozentige Beteiligung neben Deutschland, Frankreich und Spanien hat der britische Konzern um ein rückzahlbares Regierungs-Darlehen mit aufgeschobener Tilgung über 437 Millionen Pfund (1,7 Milliarden Mark) nachgesucht.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Berlin Amtsgericht Charlottenburg: H.-J. Ribbe Verwaltungs- u. Handels-KG; **Buxtehude:** Hausmann Straßen- u. Tiefbau GmbH; **Fritzlar:** Heinrich Klein; **Gummersbach:** Beck-Wärme-Technik GmbH u. Co. KG; **Hamburg:** L + V Gartenpflege u. Dachrinnenreinigung GmbH; „Spezial" Beteiligungs- u. Verwaltungsges. mbH; **Regensburg:** Georg Wöhl, Lichttechnische Spezialfabrik, Apparate- u. Gerätebau GmbH & Co. KG; **Rheine:** Cruse Geschäftsführungsges. mbH, Wettringen; **Rottweil:** Sport Engeser GmbH.

Anschlußkonkurs eröffnet: Hamburg: Hans-Ulrich Meyer-Wölky, Alleininh. d. Fa. Andreas W. Müller; **Oldenburg:** Maschinenfabrik Klaus-Gerd Hoes GmbH & Co. KG, Wardenburg-Westerholt.

Vergleich beantragt: Köln: Dr. Otto Hammeke, Zahnarzt.

BESTEUERUNG / Nach widersprüchlichen Äußerungen der Unionsfraktion steht jetzt fest:

Am Ehegattensplitting soll nicht gerührt werden

HEINZ HECK, **Bonn**

Das Ehegattensplitting stellt keine Sozialleistung des Staates dar, sondern ist eine Besteuerungsform, die den familienrechtlichen Grunderwartungen unserer Verfassung und dem Grundsatz der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit entspricht. Das erklärte Ludolf von Wartenberg, Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Finanzausschuß des Deutschen Bundestages, gegenüber der WELT.

Um die Haltung der Bonner Unionsfraktion zum Ehegattensplitting hatte es in der vergangenen Woche Spekulationen gegeben, die vor allem durch Äußerungen des Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger entstanden waren. Seine Äußerungen hatten in der Öffentlichkeit den Eindruck erweckt, daß er bereit sei, eine „Kappung" des Ehegattensplittings hinzunehmen.

Anfang letzter Woche hatte sich die Arbeitsgruppe Finanzen der Fraktion in einer Klausurtagung in Mayschoß in dieser Frage eindeutig festgelegt und sich dafür zusätzlich Dreggers Kritik zugezogen. Die entsprechende Passage aus dem Papier der Experten lautet: „Eine Einschränkung des Ehegattensplittings lehnt die Arbeitsgruppe entschieden ab. Von einer Einschränkung würden in erster Linie Familien mit Kindern getroffen." (Das Wort „entschieden" wurde nachträglich zurückgezogen):

Inzwischen scheinen die Meinungsverschiedenheiten ausgeräumt, und man hat sich auf folgenden Kompromiß geeinigt: Am Ehegattensplitting soll nicht gerührt werden. Dies dient im übrigen dem Koalitionsfrieden, denn auch die FDP hält daran fest. Nur für den unwahrscheinlichen Fall, daß der Familienlastenausgleich durch Familiensplitting neu geregelt werden sollte, wäre die Unionsfraktion zu Abstrichen am Ehegattensplitting bereit.

„Eine – verfassungsrechtlich vielleicht noch eben zulässige – geringfügige Absenkung des sogenannten Splittingdevisors würde großen Ärger und Aufwand verursachen", gibt von Wartenberg jedoch zu bedenken. Nach geltender Regelung werden die Gesamteinkünfte der Eheleute – unabhängig davon, welcher Partner sie erzielt – durch zwei geteilt und der Besteuerung unterworfen. Damit wird die Progression entsprechend gemildert. „Die Steuer auf das halbe gemeinsame Einkommen entspricht der Steuer auf das entsprechende Einkommen eines Alleinstehenden", betont von Wartenberg. Eine Absenkung des Devisors zum Beispiel um zwei zehntel Punkte würde dazu führen, daß schätzungsweise vier Millionen Ehepaare die getrennte Veranlagung wählen, um günstiger besteuert zu werden. Darüber hinaus vermutet er, daß sehr viele Ehepaare Vereinbarungen über Einkommensverlagerungen treffen, zum Beispiel Arbeitsverträge abschließen. Das Finanzamt hätte dann die Ernsthaftigkeit dieser Verträge zu prüfen, um Steuerumgehungen zu verhindern. Dem Mißbrauch wären damit Tür und Tor geöffnet.

Arbeitnehmer würden zudem durch eine solche Regelung benachteiligt. Daher sei das Splitting geltender Regelung auch arbeitnehmerfreundlich. Gewerbetreibende und Freiberufler könnten nämlich durch vertragliche Aufteilung ihres Gesamteinkommens die Steuerprogression mit der gleichen Wirkung wie beim Ehegattensplitting mildern. Arbeitseinkommen der Arbeitnehmer könnten dagegen nicht verlagert werden.

Das Splitting ermögliche den Ehepartnern in Übereinstimmung mit verfassungsrechtlichen Grundsätzen eine freie Entscheidung,

– ob nur einer allein ein möglichst hohes Familieneinkommen erwirtschaften und sich deshalb in seinem Beruf vollständig engagieren soll, während der andere Partner den Haushalt führt, oder

– ob beide Partner sowohl im Haushalt als auch im Beruf tätig sein wollen, so daß beide ihre Berufstätigkeit entsprechend beschränken.

Im Splittingverfahren sieht von Wartenberg „einen wesentlichen Beitrag zur Steuervereinfachung". Die gemeinsame Steuererklärung, die Ermittlung des gemeinschaftlichen Einkommens und der gemeinschaftlichen Steuerschuld sowie die Erteilung eines zusammengefaßten Steuerbescheids verursachten beim Bürger wie beim Finanzamt „einen erheblich geringeren Aufwand als eine getrennte steuerliche Behandlung".

EG / Entwurf der Kommission

Preisauszeichnungs-Pflicht

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Ähnlich wie für Lebensmittel, soll es in der EG künftig auch für andere Waren des täglichen Bedarfs die Verpflichtung zur Preisauszeichnung geben. Einen entsprechenden Richtlinienentwurf hat die Brüsseler Kommission kürzlich dem Ministerrat zugeleitet.

Sie verspricht sich davon eine bessere Transparenz der Märkte und einen erhöhten Wettbewerb zugunsten der Verbraucher. Außerdem hält sie die Preisauszeichnung für ein Mittel gegen irreführende Werbetechniken und aufwendige Verpackungsarten.

Der Vorschlag, der auf einen ausdrücklichen Wunsch der Regierungen zurückgeht, soll für alle für den Endverbraucher bestimmten und zum Kauf angebotenen Erzeugnisse des täglichen Bedarfs gelten, die keine Lebensmittel sind. Ausgeschlossen werden damit Geschäfte zwischen Händlern, Verkäufe an Großhändler, private Verkäufe zwischen einzelnen sowie Versteigerungen.

Die Mitgliedsländer sollen außerdem solche Waren vom Geltungsbereich ausschließen können, die „von bestimmten kleinen Einzelhändlern zum Kauf angeboten werden, bei denen die Angabe der Preise eine übermäßige Belastung darstellt oder sehr schwer praktizierbar sein wird".

Die Richtlinie enthält die Verpflichtung zur Angabe des Verkaufspreises und – in geeigneten Fällen – des Preises je Maßeinheit an der Verkaufsstelle. Sie sieht außerdem die Angabe des Preises je Maßeinheit bei geschriebenen oder gedruckten Werbeanzeigen sowie in Warenkatalogen vor, falls diese Preisangaben enthalten.

Ausgenommen werden sollen von der Verpflichtung zur Angabe des Preises je Maßeinheit unter anderem Waren in Fertigverpackungen mit auf EG-Ebene standardisierten Füllmengen, stückweise in Verkehr gebrachte Warenerzeugnisse, die von der Angabe des Volumens oder Gewichts freigestellt sind, bestimmte kosmetische Artikel sowie Arzneimittelspezialitäten.

Der Vorschlag sieht im übrigen flexible Formen der Preisauszeichnung vor, insbesondere durch Schrifttafeln und Plakate. Auf diese Weise soll eine Verteuerung der Waren ausgeschlossen werden.

ISRAEL / Die galoppierende Inflation führt zu neuen Usancen im Kreditwesen

Banken verlangen 534 Prozent Strafzinsen

EPHRAIM LAHAV, **Jerusalem**

Die enorme Inflation in Israel, die im vorigen Jahr beinahe die 200-Prozent-Marke erreichte, hat zu Usancen im Bankwesen geführt, die früher unbekannt waren. So kann man jetzt schon mit einem Guthaben von 50 000 Shekel (1080 Mark) ein Kontokorrent mit einem Zinssatz von 0,31 Prozent im Tag eröffnen. Die Zinsen werden täglich zum Kapital geschlagen, so daß die effektiven Zinsen 2,19 Prozent in der Woche und 197 Prozent im Jahr betragen. Bei höheren Einlagen steigt der Zinssatz bis auf 0,38 Prozent im Tag.

Die Banken verteilen an ihre Kunden Informationsblätter mit Ratschlägen, wie sie ihre Gehälter, die sie am 1. des Monats bekommen, am besten anlegen können, um bis Monatsende so wenig wie möglich Kaufkraft zu verlieren. Zum Beispiel: ein Viertel in bar abheben, die Hälfte auf zwei Wochen gebunden deponieren und das letzte Viertel auf drei Wochen.

Wenn eine Bank nach Schalterschluß Kasse macht und bei einem ihrer Kunden eine Bilanz von mehr als 200 Mark ohne verzinsliche Bindung erspäht, ruft sie ihn an und macht ihn darauf aufmerksam. Das ist heute der kulante Kundendienst.

Doch das System wirkt auch in umgekehrter Richtung. Wer sein Konto überzieht zahlt 10,5 Prozent Zinsen im Monat. Von 346 DM an 15 Prozent im Monat. Das sind Effektivzinsen von 534 Prozent im Jahr. Die hohe Verzinsung für säumige Schuldner ist gesetzlich geregelt. Bei der Einkommensteuer, der Mehrwertsteuer, der Stromrechnung und dem Schulgeld beginnt das Zinsenuhrwerk zwei Tage nach dem Fälligkeitsdatum zu ticken. Auch bei geschäftlichen oder privaten Schulden darf der Gläubiger gängige Zinsen anrechnen.

Diese hohen Zinsen sehen wie Wucher aus, sind es aber nicht. Sie sind eine logische Folge der Finanzpolitik der Regierung, die zur Bekämpfung der Inflation den Bankkredit unter strenger Kontrolle hält. Von den Geldern aus Kontokorrentguthaben z. B. müssen die Banken 45 Prozent flüssig halten, d. h. sie dürfen mit diesem Teil ihrer Aktiva nicht arbeiten. Tun sie es doch, so müssen sie zwischen 48 und 75 Prozent Strafe zahlen – je nach dem Grad, zu dem sie die Liquiditätsgrenze überschritten haben. Und da dies als Strafe und nicht als Zinsen definiert ist, dürfen sie sie nicht von der Steuer absetzen. Dies wieder zwingt die Banken, sich am Kunden schadlos zu halten und ihm derart horrende Zinsen aufzubrummen.

Dem geplagten Israeli bleibt nur noch ein Weg, um die Kreditbeschränkungen – ein bißchen – zu umgehen: die Kreditkarte, denn diese wird nur einmal im Monat verrechnet. Der Karteninhaber kann daher 30 Tage lang einen zinslosen Kredit genießen. Das ist natürlich den Banken nicht entgangen, sie ermutigen sogar ihre Kunden, sich der Kreditkarten zu bedienen und weisen darauf hin, daß der Kunde dadurch auch die jetzt erhöhten Bearbeitungsgebühren von 12 Pfennig je Eintragung erspart.

Zwei Kreditkartenfirmen – Visa und die lokale Isracard – haben inzwischen unter dem Druck der Inflation ihre Verrechnungsfrist auf 15 Tage reduziert.

Fleißige Sparer bei Volksbanken

dos, **Hannover**

Die 321 Volks- und Raiffeisenbanken in Niedersachsen und Bremen haben 1983 ihre Bilanzsumme um 4,8 Prozent auf knapp 26 (24,8) Mrd. DM ausweiten können. Nach Angaben des Genossenschaftsverbandes Niedersachsen nahmen die Einlagen um 5 Prozent oder 988 Mill. DM auf 20,6 Mrd. DM zu, während die ausgelegten Kredite um 4,2 Prozent oder 689 Mill. DM auf 17,1 Mrd. DM stiegen. Die Kreditnachfrage konnte so weitgehend mit Eigenmitteln finanziert werden.

Bei Spareinlagen, die bereits 1982 kräftig gestiegen waren, verzeichneten die Institute ein Plus von 7,9 Prozent oder 903 Mill. DM auf 12,4 Mrd. DM. Damit erreicht diese Anlageform einen Anteil von gut 60 Prozent an den Gesamteinlagen. Auch die Sichteinlagen erhöhten sich um 220 Mill. DM auf 3,2 Mrd. DM (plus 7,4 Prozent), während die Termineinlagen um 2,6 Prozent oder 135 Mill. DM auf rund 5 Mrd. DM abnahmen. Relativ ruhig entwickelte sich das Kreditgeschäft, wobei Umfinanzierungen zugunsten der langfristigen Bindungen im Mittelpunkt standen.

FRANKREICH / Steuererleichterungen

Hilfe für Umstrukturierung

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

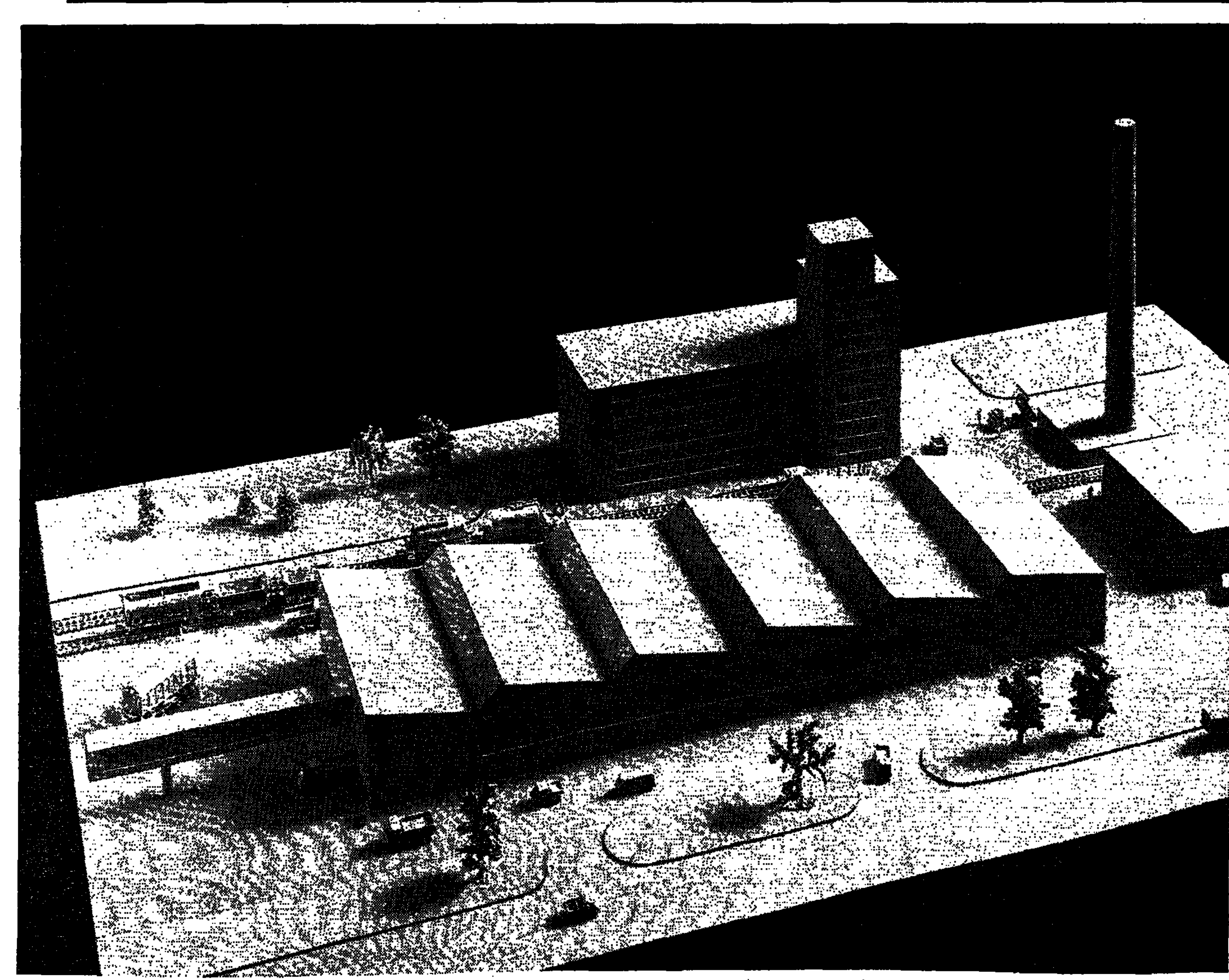
In- wie ausländische Unternehmen, die in den neuen französischen Umstrukturierungszonen investieren, sollen eine Reihe von Steuererleichterungen so wie bedeutende Staatskredite zum Vorzugszins erhalten. Die Regierung will auf diese Weise die zur Arbeitsplatzbeschaffung der aus der Stahlindustrie, dem Schiffbau und dem Bergbau zu beurlaubenden 10 000 bis 15 000 Arbeiter vorgesehenen Hilfen ergänzen und abrunden.

Danach ist insbesondere vorgesehen, daß Unternehmen, die in diesen Regionen allgemein Neueinstellungen durchführen, frühere Verluste von späteren Gewinnen steuerfrei absetzen können. Außerdem werden neu gegründete Unternehmen in stärkerem Umfang als bisher teilweise von der Körperschafts- wie Gewerbesteuer befreit. Die Geltungsdauer dieser noch der parlamentarischen Zustimmung bedürfenden Maßnahmen wird aber begrenzt.

Speziell zur Förderung der Gründung von kleinen und mittleren Unternehmen vorgesehen ist die steuerliche Absetzbarkeit der Zinsen für die von den Unternehmensgründern aufgenommenen Kredite. Arbeitnehmer, die eigene Unternehmen gründen wollen, können das Kapital dafür zu sehr günstigen Bedingungen ansparen. Besonders vorteilhaft werden fiskalisch alle Ausgaben für Forschung und Informatik behandelt. Auch der Eigentumswechsel von Unternehmen wird weitgehend von Kosten freigestellt.

Staatliche Unternehmen, die sich an den Umstrukturierungsinvestitionen beteiligen, erhalten zusätzliche Kapitaldotationen von zusammen einer Milliarde Franc. Weitere zwei Milliarden Franc wird der staatliche Modernisierungsfond der Privatwirtschaft für solche Zwecke bereitstellen. Dazu kommen die von der Staatskasse noch nicht bezifferten Kosten aus dem „Umschulungsurlaub" so wie die Dotationen und Kredite an die Unternehmen der drei von der Umstrukturierung direkt betroffenen Industriezweige.

Ihr Vorteil: Wenn die Konkurrenz noch überlegt, finanzieren wir bereits Ihre Ideen. mietfinanz.®



Wer heute in heißumkämpften Märkten seiner Konkurrenz um die berühmte Nasenlänge voraus sein will, braucht unternehmerischen Weitblick und nicht zuletzt neue Ideen. Mietfinanzieren Sie. Denn nur an den Produkten verdienen Sie. Nicht an den Produktionsmitteln.

Die **mietfinanz** hat das Knowhow in Investitionsfinanzierung. Wir finanzieren Ihre Maschinen, Anlagen, Einrichtungen usw. Sie zahlen nicht für die Produktionsmittel, sondern nur für deren Nutzung. Ihr Eigenkapital kann inzwischen anderweitig von Ihnen eingesetzt werden.

mietfinanz. Unserer Erfahrung, unserem Wissen, unserer Finanzkraft und unserer Flexibilität können Sie vertrauen. Wir finanzieren Investitionen in Deutschland und in der ganzen Welt. Unsere Erfahrung ist die Summe unserer Beratung. In allen wichtigen Branchen. Seit 1962.

Vertrauen in einen starken Partner. mietfinanz.

mietfinanz GmbH, Wilhelmstraße 20, 4330 Mülheim/Ruhr, Postfach 101338, Telefon (0208) 31031, Telex 856755

ELECTRONIC PARTNER / Einkaufskooperation

Wachstumskurve flacht ab

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Dieter Schabacker, Geschäftsführer der Einkaufskooperation Electronic Partner GmbH & Co. KG (EP), Düsseldorf, sieht düstere Wolken am Horizont seiner Klientel: „Das Ende der steilen Wachstumskurven am Unterhaltungselektronik-Markt ist abzusehen. Bei geringerer Expansion wird den kleineren Fachhändlern schnell das Wasser abgegraben werden, weil die Großvertriebsformen dann noch aggressiver an den Markt gehen."

Schon die bisherigen hohen Zuwachsraten seien überwiegend von den großen Fachvertriebsformen abgeschöpft worden. Der kleine und mittlere Fachhändler dagegen sei unterproportional beteiligt gewesen. Einen Konzentrationsprozeß habe es in diesem Bereich dennoch kaum gegeben. Das könne sich aber um so schneller ändern, weil auch „fachfremde" Handelsbereiche (Foto, Büro, Spielwaren, Versand) in den bisher „relativ geschlossenen Markt" drängten.

Diesem Markt aber prophezeit Schabacker bereits für 1984 nur noch ein geringes Wachstum um 3 Prozent auf 12,6 (12,2) Mrd. Mark. Dabei werden es nur noch die Videorecorder mit einem Plus von knapp 14 Prozent auf 3,3 (2,9) Mrd. DM Marktvolumen sein, die die Händlerkassen flotter klingeln lassen. Die unproblematische „Henkelware" (Kassettenrekorder, Kofferradios usw.) dagegen soll bei 1,5 Mrd. DM ebenso stagnieren wie das HiFi-Geschäft bei 2,9 Mrd. DM. Auf ein geringfügiges Wachstum auf 4,9 (4,8) Mrd. DM hofft man lediglich im Farbfernsehbereich.

Natürlich sollen die 1270 Electronic-Partner (allesamt Kommanditisten ihrer Einkaufskooperation) insgesamt besser abschneiden. Nachdem sie 1983 ihren Endverbraucherumsatz (einschließlich Mehrwertsteuer) um 18 Prozent auf 1,65 (1,4) Mrd. DM gesteigert haben, nimmt sich das Umsatzziel *1984* mit *1,8* Mrd. DM oder plus 9 Prozent fast schon bescheiden aus.

BAUSPARKASSE WÜSTENROT / Mehr Zwischenkredite ausgezahlt – Großes Interesse bei jungen Sparern

Das Neugeschäft hat sich wieder leicht belebt

WERNER NEITZEL, Ludwigsburg

„Das Bausparklima hat sich gewandelt, es gilt als positiv gefestigt." So charakterisiert Walter Englert, Sprecher der Geschäftsführung der Bausparkasse Wüstenrot, Ludwigsburg, die gegenwärtige Lage am Bausparmarkt. Das beantragte Neugeschäft stieg bei Wüstenrot im Geschäftsjahr 1983 um 5 Prozent bei der Stückzahl und um 2,5 Prozent bei den Summen. Die Zahlen für das eingelöste Neugeschäft (nach Bezahlung der Abschlußgebühr): 287 000 Neuverträge (plus 1 Prozent) über 9,05 Mrd. DM Vertragssummen (minus 2 Prozent). Englert: „Das Bausparen hat sich aus dem Zangengriff widriger Umstände gelöst und wieder Tritt gefaßt." Im Januar dieses Jahres kam das Institut im beantragten oder eingelösten Neugeschäft auf 5,7 oder 32 Prozent Steigerung.

In diesem Zusammenhang verweist Englert auf die arbeitsplatzschaffende und -erhaltende Funktion des Wohnungsbaus und auf die hohen *Multiplikatorwirkungen* in den vorgelagerten Bereichen. Bei der Vermögensbildung in den unteren Einkommensschichten und bei jüngeren Haushalten bestehe ein Nachholbedarf. Diese Kreise seien voll von den wiederholten Kürzungen bei der Bausparförderung betroffen worden.

Daß allein 58 Prozent der neuabgeschlossenen Bausparverträge auf eine Bausparsumme bis zu 20 000 DM lauteten, liegt nach Englerts Worten an dem großen Anteil junger Bausparer (bis 24 Jahre 20 Prozent des Neugeschäfts) und an der gestiegenen Bedeutung der Altbaumodernisierung, die mit kleineren Summen auskommt. Insgesamt verwaltet die Bausparkasse 3,3 Mill. Verträge über eine Summe von 118,3 Mrd. DM. Beim Geldeingang wurde das Vorjahresniveau von 6,9 Mrd. DM erreicht. Dabei stiegen die *Tilgungen um 9,8* Prozent auf 2,8 Mrd. DM, während die Sparleistungen um 7,5 Prozent auf 4,1 Mrd. DM zurückgingen, eine *Folge des schwachen Neugeschäfts* früherer Jahre. Englert beklagt die geringer gewordene induzierende Wirkung von seiten der Wohnungsbauprämie. Ihr Eingang lag im vergangenen Jahr um 70 Prozent unter dem Stand von 1975.

Die Zuteilungen blieben mit 8,5 Mrd. DM ziemlich konstant. Eine Stabilisierung der Zuteilungsfristen auf dem erreichten Niveau nach einer deutlichen Verlängerung in der zurückliegenden Zeit sagt Englert für den Fall voraus, daß sich das Neugeschäft – was erwartet werde – in normalen Bahnen bewege. Beim Standardtarif beträgt die Wartezeit augenblicklich bei 40prozentiger Soforteinzahlung 51 (Vorjahr: 47) Monate, bei 50prozentiger Soforteinzahlung 43 (41) Monate. Kräftig ausgeweitet (um *33 Prozent auf 2,7* Mrd. DM) haben sich die Zwischenkredit-Auszahlungen. Insgesamt wurden 6,6 Mrd. DM Baugelder (plus 8,2 Prozent) ausgezahlt.

Trotz der angespannten Arbeitsmarktlage habe sich die Zahl der Ausfälle (sie stiegen von 370 auf 500 Fälle) in bescheidenen Grenzen bewegt. Vom Ertrag her lag die Bausparkasse aufgrund der Zinsentwicklung etwas unter dem Vorjahr. Ausgeglichen wurde dies in der Wüstenrot-Gruppe durch die positiven Ergebnisse bei den Schwestergesellschaften. Nahezu 30 Prozent der insgesamt 8,2 Mrd. DM Baugeldauszahlungen der Wüstenrot-Gruppe sagte die Wüstenrot-Bank AG zu. Bei der Wüstenrot-Leben sind über 1 Mill. Risiken mit einer Versicherungssumme von 16,4 Mrd. DM versichert. Der Bauträger Hausbau Wüstenrot verkaufte im Berichtsjahr rund 300 (253) Wohneinheiten im Volumen von etwa 80 (71) Mill. DM. Die *zusammengefaßte Bilanzsumme* der Wüstenrot-Gruppe belief sich am Jahresende auf gut 28 Mrd. DM.

HAFAG

Häfen hoffen auf Belebung

HARALD POSNY, Düsseldorf

Nach geschrumpften Umschlagmengen im vergangenen Jahr sehen die Diusburg-Ruhrorter Häfen für 1984 begründete Hoffnung, daß die positiven Anstöße aus dem Bereich der Stahlindustrie und Export auch für den Güterverkehr zu einer Steige*rung des Verkaufsaufkommens* führen. Belebende Entwicklungen sollten darüber hinaus auch aufgrund der in den letzten Jahren verbesserten Leistungsfähigkeit der Duisburger Häfen in Umschlag und Lagerung sowie in der sich verstärkenden Kooperation der Verkehrsunternehmen zu erwarten sein.

Die Duisburg-Ruhrorter Häfen AG, (Hafag) erwartet für 1983 – hochgerechnet – ein Verkehrsaufkommen von 127 (1982: 123,7) Mill. t für die gesamte Rheinschiffahrt und von 47 (49,3) Mill. t für die Duisburger Häfen, öffentliche und private insgesamt. Der Geschäftsbericht der Hafag weist im Zusammenhang mit dem Rückgang des Umschlagaufkommens auf die starke Abhängigkeit von Stahlindustrie und Energiewirtschaft hin.

Neben der Nachfrageschwäche hat auch die Unterbeschäftigung der 14 werkseigenen privaten Häfen sowie der drei öffentlichen Hafengruppen zu einer Konzentration des Verkehrsaufkommens der hier ansässigen Industrie auf werkseigene Häfen geführt. Während der Niedrig- und Hochwasserzeiten des Rheins wurden außerdem Erzbezüge vom Schiff auf die Bahn verlegt. Trotz dieser ungünstigen Voraussetzungen im Hafenbereich hat sich die Beschäftigungslage in Umschlag und Lagerei seit Herbst 1983 wieder stabilisiert. Dabei ging der Schiffsgüterumschlag um 5 Prozent auf 19,5 Mill. t zurück, während der Eisenbahnverkehr um 4,2 Prozent auf 9,7 Mill. t wuchs.

Der Anteil der Rheinmündungshäfen Rotterdam, Amsterdam und Antwerpen am öffentlichen esamtverkehr Duisburgs liegt bei 66 Prozent. Der direkte Rhein-See-Verkehr mit seegängigen Schiffen hat mit 1,2 (1,8) Mill. t das Vorjahres-Rekordergebnis nicht wieder erreicht. Die Hafag wendet jährlich etwa 10 Mill. DM für Modernisierung und den Bau neuer Hafen- und Umschlaganlagen auf.

KOLBE / Gute Auftragslage sichert Expansion

Belegschaft kräftig erhöht

D. SCHMIDT, Bad Salzdetfurth

Für die auf dem Gebiet der Nachrichten-Übertragungstechnik tätige Hans Kolbe & Co., Bad Salzdetfurth, zeichnen sich im Geschäftsjahr 1983/84 (30. 4.) Rekordergebnisse ab. Nach Angaben der Unternehmensleitung dürften die ohnehin hohen Erwartungen noch übertroffen werden. Der Umsatz, der bereits 1982/83 um 6,5 Prozent auf 175 Mill. DM gestiegen war, wird im laufenden Jahr nach vorläufigen Schätzungen um über 25 Prozent auf rund 220 Mill. DM zunehmen. Die günstige Auftragsentwicklung habe in den Werken Salzdetfurth, Gittelde/Harz und Hildesheim zur Aufstockung der Belegschaft um 300 auf 2200 Mitarbeiter geführt.

Zahlen zur Ertragsentwicklung nennt Kolbe nicht. Auch auf diesem Gebiet sei aber eine „spürbare" Verbesserung zu verzeichnen. Die Bankverbindlichkeiten seien deutlich verringert worden. Die Investitionen, so heißt es, erreichen gut 13 Mill. DM und würden erheblich über den Normalabschreibungen liegen.

Wichtigster Umsatzträger ist mit über 120 Mill. DM der Unterneh*mensbereich Nachrichten-Übertra*gungstechnik (Fuba). Neben dem traditionellen Antennengeschäft und dem Bau von Satellitenempfangseinrichtungen gewinnen die neuen Kommunikationssysteme (Bigfon und Kabelpilotprojekte) immer stärkere Bedeutung.

Die starke Nachfrage nach gedruckten Schaltungen (Umsatz gut 80 Mill. DM) mache die Erweiterung der Produktionsanlagen in Gittelde unumgänglich. Zu den Kunden zähle die Computer- und Elektroindustrie sowie Unternehmen der Luft- und Raumfahrt. Marktanteile hinzugewinnen konnte mit ihren CB-Funkgeräten die in Hildesheim angesiedelte Sparte stabo-Funktechnik, deren Umsatz bei über 10 Mill. DM liegt. Neue Produkte sollen für einen weiteren Aufschwung sorgen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Mit neuer Struktur

Sarstedt (hdt) – Nur um 0,3 Prozent auf 641 (639) Mill. DM konnte die co op AG Niederlassung Niedersachsen, Sarstedt, ihren Umsatz 1983 steigern. Das neue Jahr begann zudem gleich mit einem erheblichen Aderlaß. Die 6 großflächigen SB-Warenhäuser und die 4 Baumärkte werden ausgegliedert und direkt der Frankfurter Zentrale unterstellt. Insgesamt verbleibt nur ein reduzierter Umsatz von 401 Mill. DM. Arnt Klöser, neuer Vorsitzender der Geschäftsleitung in Sarstedt, ist trotzdem optimistisch. Mit Hilfe von Neueröffnungen in der Discount-Linie wird ein Umsatzziel von 430 Mill. DM für 1984 für erreichbar gehalten.

Auto-Marktanteile

Düsseldorf (Py.) – Mit insgesamt 1 317 000 verkauften Fahrzeugen hat der französische Autokonzern Renault 1983 zum vierten Mal hintereinander den ersten Platz auf dem westeuropäischen Fahrzeugmarkt eingenommen. Der Marktanteil lag mit 12,6 Prozent leicht über dem von Ford mit 12,5 Prozent (1 300 000 Fahrzeuge). Die Fiat-Gruppe liegt nach Angaben von Renault auf Platz drei mit einem Marktanteil von 12,1 Prozent (1 264 034 Fahrzeuge) und VW/Audi *mit 11,8 Prozent (1 228 741). Der euro*päische Markt wuchs 1983 um 5 Prozent. In der Bundesrepublik setzte Renault 93 080 Pkw und Transporter ab, das waren 6,1 Prozent mehr als 1982. Darunter waren 89 316 Pkw/Kombi (plus 6,7 Prozent).

E & L stark gewachsen

Düsseldorf (Py.) – Der deutschen Niederlassung der britischen Lebensversicherer Equity & Law ist es 1983 gelungen, das Neugeschäft mit einer Versicherungssumme von 1,26 Mrd. DM gegenüber dem Vorjahr fast zu verdoppeln. Der Bestand wuchs um 107 Prozent auf 2,3 Mrd. DM. Diese Entwicklung wird vor allem auf das Sofort-Überschußsystem für alle Risiko- und Berufsunfähigkeitsversicherungen zurückgeführt. Die E & L bietet ganz überwiegend Risiko-Lebensversicherungen an.

Rolinck im Plus

Essen (Bm.) – Die Privatbrauerei A. Rolinck GmbH & Co., Steinfurt i. W., erhöhte im Geschäftsjahr 1983 ihren Bierausstoß um 1,7 Prozent auf 315 000 hl. Der Umsatz stieg um 4,2 Prozent auf 49,1 *Mill. DM*. Entgegen dem Branchentrend gelang es Rolinck, den Faßbierausstoß um 3 auf 54 Prozent zu erhöhen.

Bauknecht mit Gewinn

Stuttgart (nl) – Die vor Jahresfrist *unter der Regie von Philips* neu formierte Bauknecht Hausgeräte GmbH, Stuttgart, hat 1983 einen Gruppenumsatz von 800 Mill. DM erzielt, davon über 50 Prozent im Ausland. Nach Angaben der Verwaltung weise das Unternehmen, das rund 4000 Mitarbei*ter beschäftigt, auch einen Gewinn* aus.

China-Vertrag für Bison

Springe (dos) – Einen Kooperationsvertrag über die Errichtung kompletter Spanplattenwerke in der VR China hat die Bison-Werke Bähre & Greten GmbH & Co. KG, Springe, mit dem Ministerium für Schwermaschinenbau in Peking unterzeichnet. Der Vertrag hat eine Laufzeit von zunächst acht Jahren. Er sieht die Lieferung von Maschinenanlagen und Leistungen im Wert von über 40 Mill. DM vor.

KHD-Traktoren vorne

Düsseldorf (J. G.) – Mit einem 1983 weiter auf 19,1 (18,9) Prozent gestiegenen Marktanteil hat die Kölner Klöckner-Humboldt-Deutz AG (KHD) ihre im Vorjahr errungene Spitzenposition bei den deutschen Traktorenzulassungen vor den hier größten Konkurrenten Fendt und International Harvester verbessert. Die Zahl aller Traktoren-Neuzulassungen auf deutschem Markt erhöhte sich 1983 um 10 Prozent auf 45 567 Stück.

Biffar optimistisch

München (Stw.) – Nach einem leichten Umsatzrückgang um 1,6 Prozent auf 54,5 Mill. DM im vergangenen Jahr rechnet die Oskar D. Biffar GmbH & Co. KG, Edenkoben/Pfalz, 1984 mit einer 15prozentigen Steigerung.

Größeres Angebot für Heimwerker

Hdt, Bielefeld

Mit einem 1983 um 8,2 (4,6) Prozent auf 543 (502) Mill. DM gestiegenen Umsatz konnte die EK Großeinkauf eG, Bielefeld, ihre Zuwachsrate des Vorjahres beträchtlich erhöhen. Gleichzeitig stieg die Mitgliederzahl dieser Einkaufsgenossenschaft der Hausrat- und Eisenwaren-Branche um 55 auf 1177, neben Facheinzelhändlern aus dem Bundesgebiet auch solche aus Österreich und den Niederlanden. In der Umsatzsteigerung ist bei nur geringer Preiserhöhung ein ansprechendes reales *Plus* enthalten.

Das überdurchschnittliche hohe Interesse der Mitglieder an der jetzt veranstalteten Frühjahrsbörse läßt auch für 1984 eine weitere Umsatzsteigerung erwarten. Mögliche, ebenfalls nur geringfügige Preiserhöhungen werden *sich* frühestens in der zweiten Jahreshälfte auswirken. Besonders verstärkt wurde das Angebot für Heimwerker, für das eine steigende Nachfrage registriert wird. Während bei Porzellan, Glas und Keramik Exklusiv-Serien im Mittelpunkt stehen, sind bei Geschenkartikeln besonders hochaktuelle Trendartikel gefragt.

Gute Ertragslage bei Lampebank

Py, Düsseldorf

Die bereits 1982 zufriedenstellende Ertragslage des Bankhauses Hermann Lampe KG, Bielefeld/Düsseldorf, hat einem Kurzbericht des Instituts zufolge auch im vergangenen Jahr angehalten. Dabei hätten wieder alle Geschäftssparten zu einem Ergebnis beigetragen, „das eine an konservativen Maßstäben ausgerichtete Risikovorsorge erlaubt". Die Bilanzsumme des Bankhauses ist 1983 um 7,2 (10,0) Prozent auf 2,63 Mrd. DM gewachsen, während das Geschäftsvolumen mit einer Steigerung um 7,1 (7,4) Prozent 3,13 Mrd. DM erreichte.

Das Wachstum ist vor allem auf den Anstieg der Kundeneinlagen von 1,11 auf 1,23 DM zurückzuführen, Bankengelder nahmen dagegen nur um 1,5 Prozent auf 1,1 (1,09) Mrd. DM zu. Forderungen an Kunden (Vorjahr: plus 9,7 Prozent) stiegen nur auf knapp 1,09 (1,07) Mrd. DM. Dagegen erhöhten sich die Forderungen an Banken um 20,6 (5,5) Prozent auf 925 Mill. DM. Das Kreditvolumen blieb mit 1,66 Mrd. DM praktisch unverändert. Die Eigenmittel wurden um *10 auf 100 Mill. DM* erhöht.

Mehr Gewinn bei Gummiwerke Fulda

dpa/VWD, Fulda

Umsatz und Gewinn der Gummiwerke Fulda sind 1984 im Vergleich zum Vorjahr um 12 Prozent gestiegen: Der Gewinn erhöhte sich auf 10,2 Mill. DM und der Umsatz auf voraussichtlich 400 Mill. DM. Der Generaldirektor dieser 100prozentigen Tochtergesellschaft des US-Reifenherstellers Goodyear, Walter Koenig, begründete das gute Ergebnis unter anderem mit der Steigerung des Absatzvolumens von Auto-Breitreifen um 163 Prozent. Damit halte das Fuldaer Unternehmen in diesem Bereich einen Marktanteil von 15 Prozent. Im Ersatzgeschäft in der Bundesrepublik haben die Gummiwerke insgesamt einen Anteil von 8 Prozent. In Fulda rollen gegenwärtig täglich 12 000 Reifen vom Band. Das Unternehmen verkaufte 1983 insgesamt 3 Mill. Reifen. Trotz weiter ansteigender Kosten bei Rohmaterial und Löhnen ist Koenig für 1984 optimistisch. Mit den geplanten Investitionen in Höhe von 60 Mill. DM 1984 und 1985 soll die Produktion von Breitreifen von täglich 7000 auf rund 12 000 gesteigert werden. Die Zahl der Mitarbeiter hat sich um 80 auf 1860 erhöht.

DEKA / Zweitbestes Neugeschäft für die Sparkassenfonds – Höhere Ausschüttung?

Ein Jahrgang besonderer Qualität

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Bis in die Dividendensaison hinein optimistisch für den deutschen Aktienmarkt ist Ernst Brüggemann, Geschäftsführer der Sparkasseninvestmentgesellschaft Deka, sofern es im Zusammenhang mit den Gewerkschaftsforderungen nach der 35-Stunden-Woche nicht zu Demonstrationen kommt, die im Ausland verunsichern. Brüggemann begründet das mit der günstigen Entwicklung der deutschen Konjunktur, die gegenüber der amerikanischen noch Nachholbedarf habe.

An der Zinsfront sieht die Deka, wie Geschäftsführer Horst Zirener sagte, im Laufe des Jahres Chancen für *eine leichte Zinssenkung* in der Bundesrepublik und in den USA. Von den jüngsten Kurseinbrüchen an der deutschen Börse hätten sich die Investmentsparer übrigens nicht nervös machen lassen, betonte Brüggemann unter Hinweis auf die recht *lebhafte* Nachfrage nach Anteilen des in deutschen Aktien investierenden Dekafonds während der letzten Tage.

Für die Sparkassenfonds war 1983 nach Einschätzung von Geschäftsführer Manfred Mathes ein „Jahrgang besonderer Qualität"; es brachte mit einem Spargeldzugang von 746 Mill. DM (plus 10 Prozent) das zweitbeste *Neugeschäft in der Geschichte* der Deka, und mit einem Nettomittelaufkommen von 155 Mill. DM stand die Deka auf Platz drei unter den fünf großen Gesellschaften. Mathes wertet das Verkaufsergebnis um so höher, als die Deka darauf verzichtet *hat, zusätzliche* Spargelder mit „spekulativen Neukreationen" anzulokken. Auch künftig sind keine Spezialfonds geplant.

Spekulativ interessierte Kunden, so Mathes, würden von den Sparkassen zur Direktanlage in Aktien beraten, und im übrigen sei der Dekaspezial als Fonds mit wechselnden Anlageschwerpunkten eine Alternative zu Spezialfonds, wie sie von anderen Gesellschaften angeboten werden. Der Dekaspezial soll im Vertrieb der Sparkassenorganisation stärker herausgestellt werden.

Als Novität hat die Deka inzwischen den in deutschen Rentenwerten mit Laufzeiten bis zu drei Jahren investierenden und die Erträge thesaurierenden Fonds Dekatresor vorgestellt, der für auf „Sicherheit und Bequemlichkeit" bedachte Sparer *konzipiert* wurde und der in wenigen Wochen 21 Mill. DM einsammelte.

In den hohen Rückflüssen von 591 Mill. DM, den bisher höchsten, sieht die Deka nicht unbedingt Negatives. Sie tröstet sich damit, daß die Anteile meist von zufriedenen Sparern ka*men, die Gewinne realisiert haben.* Damit, so Mathes, werde das Urteil korrekturbedürftig, daß Investmentsparer immer prozyklisch handelten.

Mit der Performance der Fonds ist Brüggemann nicht so ganz hundertprozentig zufrieden. Sie war zwar gut und bestätigte die von Optimismus getragene Anlagestrategie. Aber die Wertentwicklung bei den Aktienfonds hätte noch etwas besser sein können, wenn man zwischendurch aus Vorsichtsgründen nicht immer wieder einmal eine Konsolidierung für notwendig gehalten hätte. Für dieses Jahr ist übrigens eine Wiedererhöhung der Ausschüttung für den Dekafonds wahrscheinlich.

DEKA-Fonds	Arideka 1983	Arideka 1982	Dekafonds 1983	Dekafonds 1982	Dekarent 1983	Dekarent 1982	Dekaspezial 1983	Dekaspezial 1982	Renditdeka 1983	Renditdeka 1982
Fondsvermögen (Mill. DM)	110,0	107,2	651,1	614,9	616,9	422,0	35,8	19,5	1378,1	1400,0
Mittelzu-/-abfluß (Mill. DM)	– 7,1	+ 2,0	– 97,1	+ 7,5	+ 215,5	+ 237,7	+ 11,7	+ 0,2	+ 11,1	+ 45,8
Ausgabepreis (31. 12./DM)	36,66	33,40	38,47	24,86	36,10	38,16	174,45	144,11	33,86	34,76
Ausschüttung (DM je Anteil) inkl. Steuerguthaben	1,80	2,00	1,30	1,40	3,40	3,30	–	–	2,40	2,50
Wertveränderung in % bei Wiederanlage d. Erträge Basis Anteilwerte	+ 17,0	+ 15,2	+ 30,2	14,0	73,9	+26,7	+ 21,5	+ 17,3	+ 5,2	+ 17,6

Wie Sie in Ihrem Auslandsgeschäft das Währungsrisiko vermeiden.

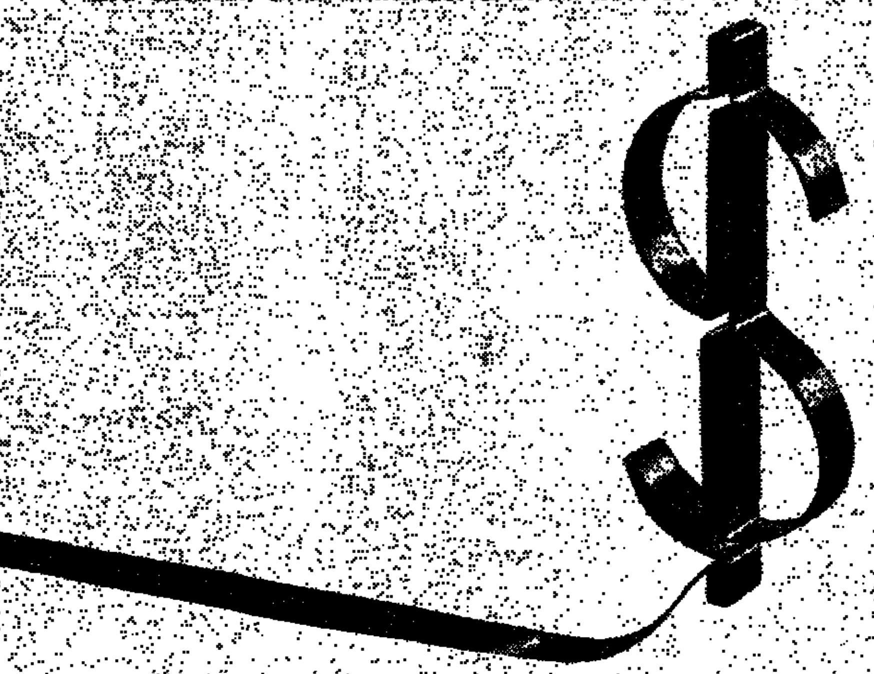
Eine entscheidende Voraussetzung für Ihren Erfolg im Auslandsgeschäft ist eine schnelle und zuverlässige Kursstellung, wenn in Fremdwährung fakturiert werden soll.

Das Währungsrisiko für Sie und die Beratung von uns beginnen schon in der Angebotsphase Ihres Auslandsgeschäftes. Sie müssen wissen, mit welchen Kursen Sie bei Angebotsabgabe kalkulieren können. Und Sie müssen wissen, mit welchen Veränderungen Sie dann in dem kritischen Zeitraum bis zur Vertragsunterzeichnung zu rechnen haben. Ist der Kontrakt geschlossen, brauchen Sie wahrscheinlich eine Wechselkurssicherung. Das heißt: Sie geben Ihr Kursrisiko an die Bank weiter und stellen damit Ihre Kalkulation in DM auf eine feste Basis.

Also brauchen Sie einen Bankpartner, der Sie schnell und umfassend informiert und Ihnen eine Prognose geben kann. Eigene Devisenhandelsbüros der Dresdner Bank an den bedeutendsten Finanzplätzen der Welt stehen mit der Frankfurter Zentrale durch Telefon, Telex und Bildschirm in ständigem Kontakt.

Frankfurt gibt dann wiederum per Bildschirm alle Kurse und Informationen unmittelbar an unsere Devisenhandelsexperten in den wichtigsten Orten der Bundesrepublik weiter.

Es gibt keine Nachricht im Devisenhandel, die es bei uns nicht gibt. Und wir haben die Spezialisten, um diese Nachrichten auszuwerten. Nutzen Sie die Vorteile der Dresdner Bank zum Vorteil Ihres Unternehmens. Sprechen Sie mit unserem Firmenkundenbetreuer – er nimmt Ihnen Ihre Kurs-Probleme ab.



Dresdner Bank

In Berlin: BHI

Mülheim

KHS. – Es gibt viele Gründe, in Mülheim zu wohnen und zu arbeiten. Die Stadt hat eine gesunde Wirtschafts- und Sozialstruktur, die niedrigste Arbeitslosenquote im Ruhrgebiet, einen hohen Freizeitwert.

Die Zeichen der Zeit sind rechtzeitig verstanden worden. Seit Mitte der 60er Jahre wurden drohende Überkapazitäten in den traditonellen Produktionsbereichen Kohle und Stahl zugunsten der Ansiedlung vieler neuer Wirtschaftszweige abgebaut. Die Stadtverwaltung stellte für die Ansiedlung geeigneter Industriebetriebe Grund und Boden zur Verfügung, wobei sie umweltschonende Produktionsbetriebe begünstigte. So wuchs die Vielfalt. Sie hat die Arbeitsplätze in Mülheim sicherer gemacht.

Kraftwerkbau und Röhrenproduktion sind dort schon seit längerem zu Hause. Maschinenbau, die Verarbeitung von Kunststoffen, die Elektronik sowie Stahlbau und Steinhandel und andere ergänzen die Palette; Ernährungsindustrie und chemische Industrie sind Wachstumsbranchen. Mülheim ist ein Schwerpunkt der Ledererzeugung in der Bundesrepublik.

Der tertiäre Sektor der Wirtschaft gewinnt zunehmende Bedeutung. Handel und Dienstleistungen expandieren stärker als andere Bereiche. Führende Handels- und Dienstleistungsunternehmen haben ihren Geschäftssitz in dieser Stadt oder sie unterhalten hier Zentrallager.

Interview mit dem Vizepräsidenten der Industrie- und Handelskammer

Ungebrochener Leistungswille

Die Wirtschaft Mülheims stützte sich *jahrhundertelang* auf Kohle und Stahl. Frühzeitig gelang jedoch die Anpassung an eine veränderte Wirklichkeit. Seit Mitte der 60er Jahre wurde die Wirtschaftsstruktur auf breite und angemessene Grundlagen gestellt. Heute ist Mülheim die Stadt mit der niedrigsten Arbeitslosenquote im Ruhrgebiet. Mit *Alfred Weber (56)*, seit 1982 Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer für Essen, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen zu Essen, sprach Karl-Heinz Stefan.

WELT: Auch Mülheim hat heute Arbeitsmarktprobleme. Wie hoch ist der Grad der Arbeitslosigkeit?

Weber: *Mülheims Arbeitslosenquote* beträgt zehn Prozent und liegt damit leicht über dem Bundesdurchschnitt.

WELT: Und im Vergleich zum Ruhrgebiet?

Weber: Mülheim verfügt seit Jahren über die niedrigste Arbeitslosenquote im gesamten Ruhrgebiet, wo die Vergleichszahl für 1983 bei über 13 Prozent lag.

WELT: Wie erklären Sie diesen bemerkenswerten Tatbestand?

Weber: Durch die rechtzeitige Umstrukturierung des bis dahin traditionsreichen Wirtschaftsgefüges. Mülheim, dessen städtebauliche und wirtschaftliche Entwicklung wie in kaum einer anderen Stadt mit Kohle und Stahl verbunden war, löste sich nach *mehr als 400 Jahren* Mitte der 60er Jahre als erste Stadt des Ruhrgebiets von diesen Hauptsäulen der einheimischen Wirtschaft. Damit bestand sehr frühzeitig die Möglichkeit, die Produktionsstruktur neuen Entwicklungen anzupassen. Flächen und damit auch Standorte wurden frei. Zudem konnte Mülheim an seine Tradition als alte Handels- und Verkehrsstadt anknüpfen. Namhafte Häuser aus dem Handels- und Dienstleistungsbereich haben ihren Sitz in Mülheim, zum Beispiel Stinnes, Tengelmann, wie aber auch ALDI, Coop, Schätzlein und andere. Der einstmals bedeutendste Kohle-Umschlagplatz, der Rhein-Ruhr-Hafen Mülheim, ist heute Standort für die Kraftwerk-Union und weitere Unternehmen.

WELT: Sieht die Kammer die vergleichsweise guten Beschäftigungszahlen möglicherweise auch als Früchte einer schon seit vielen Jahren beobachteten ausgewogenen Wirtschaftsförderung?

Weber: In der Tat, Mülheims Wirtschaftsförderung, die übrigens in einer erfreulichen Harmonie mit der IHK zusammenarbeitet, hat es sehr früh verstanden, neue Betriebe in die Stadt zu holen. Mit dem Erwerb weiterer Flächen im Hafenbereich von mehr als 800 000 Quadratmeter war der Grundstein gelegt. Heute sind in diesem verkehrsmäßig bestens gelegenen *Gewerbegebiet zahlreiche* Betriebe der unterschiedlichsten Branchen, Wirtschaftsstufen und Betriebsgrößen angesiedelt.

WELT: Welches sind die wesentlichen Elemente der bisherigen Strukturpolitik?

Weber: Eine Stadt muß die Wirtschaft als ihren Partner sehen und ihr Handeln als Stadt daran *orientieren*. Das ist hier geschehen. Das wesentliche Element ist eine kluge Boden-Vorratspolitik. Dies gilt sowohl für



Alfred Weber

die gewerbliche Nutzung als auch für die Bereitstellung von Wohngrundstücken. Natürlich bleibt elementare Voraussetzung die Infrastruktur. Hier ist Mülheim durch seine geographische Lage sicherlich begünstigt: Direktanschluß an Europas größten Binnenhafen, mitten im Netz von Autobahnen, unmittelbar in der Nähe des Rhein-Ruhr-Flughafens Düsseldorf und zugleich an der Hauptschienenader des Ruhrgebietes. Dazu ist sicherlich auch eine faire Partnerschaft zwischen Rat, Verwaltung und der Wirtschaft festzustellen. Natürlich ist kommunale Wirtschaftsförderung nichts, wenn nicht die Wirtschaft selbst Mut zum Risiko, Anpassungsbereitschaft und Engagement zeigt.

WELT: Was brachte die Wirtschaftsförderungspolitik?

Weber: Durch die breitgefächerte Wirtschaftsstruktur *wurde* der Verlust an Arbeitsplätzen aus dem Kohle-Stahl-Bereich wieder wettgemacht, verbunden mit einer relativ hohen Sicherheit der Arbeitsplätze. Ich will nur einmal beispielhaft namhafte Herstellungsbetriebe aufzählen: ND Dietz Computersysteme, Océ van der Grinten, Clark Gabelstapler. Natürlich darf man nicht vergessen, daß Betriebe wie Thyssen und Mannesmann traditionelle wirtschaftliche Akzente setzen.

WELT: Bei soviel Licht – gibt es da überhaupt noch Schattenseiten?

Weber: Wo Licht ist, gibt es immer Schatten. Deutlich im Bereich der Bauindustrie, hier besonders im Straßen- und öffentlichen Baubereich. Mülheim hat im Rahmen der kommunalen Neugliederung des Landes Nordrhein-Westfalen nur wenig an Fläche hinzugewonnen. Die Intensität bei der Rekultivierung der brachliegenden ehemaligen Zechengelände, die nunmehr ihren Abschluß gefunden hat, führt heute zu einem Flächenengpaß.

WELT: Mülheim ist eine Handelsstadt. Kann sich der Mülheimer Einzelhandel zwischen solchen Städten wie Essen, Duisburg, Oberhausen behaupten?

Weber: Ja. Durch den Ausbau von Fußgängerzonen, die Schaffung ausreichender Parkflächen und durch die Erweiterung der City in Form eines nahtlos angebundenen Einkaufszentrums ist es Mülheim gelungen, die Abwanderung in die Nachbarstädte zu vermeiden, nicht zuletzt durch das Rhein-Ruhr-Einkaufszentrum mit 40 000 Quadratmeter Verkaufsfläche. Ohne die nachweisbare Leistungskraft wäre Mülheim wohl bei der Gebietsreform nicht eine selbständige Stadt geblieben.

WELT: Wie beurteilen Sie die weitere Entwicklung im Mülheimer Wirtschaftsraum?

Weber: Die vergleichsweise gesunde Struktur, das Vorhandensein bedeutender Forschungsinstitute, der Leistungswille der Mülheimer Bevölkerung, das ungebrochene Engagement von Mülheimer Unternehmern läßt mich optimistisch in die Zukunft sehen. Schaffen und Wohnen in Mülheim ist auch weiterhin ganz sicher keine Fehlinvestition. Mülheim wird seinen Beinamen als „sympathische Stadt an der Ruhr" behalten.

Die Chance wurde genutzt

Der Rhein-Ruhr-Hafen dämpfte die Strukturkrise

In der alten Schifferstadt Mülheim an der Ruhr hatte der Hafen (damals waren es nur Anlegestellen) historisch gesehen immer schon eine besondere Bedeutung. Um 1750 gehörten mit Kohle beladene Ruhraaks zum gewohnten Bild auf der Ruhr. In der Blütezeit zwischen 1830 und 1860 wurden von und über Mülheim auf dem Wasserweg gewaltige Kohlenmengen befördert. 900 000 Tonnen im *Jahr erreichte 1860 der* Gütertransport auf der Ruhrseite.

Dann zerschlug die Eisenbahn der Schiffahrt das Transportgeschäft. Trotzdem hatte der Gedanke, die Ruhr zwischen Mülheim und dem Rhein als Großschiffahrtsweg auszubauen, die Mülheimer nicht ruhen lassen. 1886 gründete sich der Verein zur Kanalisierung des Flusses. 1910 dann beschloß eine geheime Stadtverordnetensitzung den Bau des Hafens. 17 Jahre später war das Werk vollendet.

Es galt damals als bedeutendste Wirtschaftsförderungsmaßnahme in der Geschichte der Stadt. Nach etwa 37 Jahren legten die Industriezweige, deren Wirtschaftlichkeit durch den Hafen gesichert waren, ihre Betriebe still. Mit der Einstellung des Hochofenbetriebes und der Zementfabrikation durch die Friedrich-Wilhelms-Hütte wurde 1965 dem Hafen die Massenfracht endgültig entzogen.

1966 kaufte die Stadt etwa 80 Hektar Gelände am Mülheimer Hafen von der Firma Rheinstahl. Dieses Areal – so die damalige Rechnung – sollte zur Strukturverbesserung der Mülheimer Wirtschaft eingesetzt werden. Aus heutiger Sicht ging diese Rechnung auf: Derzeit sind im Hafengebiet 132 Industrie- und Handelsunternehmen mit 6063 Arbeitsplätzen angesiedelt. Mit dieser umfangreichen Wirt*schaftsförderungsmaßnahme* wurden Mitte der 60er Jahre bereits die Weichen gestellt, um in Mülheim einen großen Teil des Arbeitsplatzverlustes durch die schon sehr frühzeitig eingetretene Strukturkrise wieder wett zu machen. Der Mülheimer Rhein-Ruhr-Hafen war dabei immer der wichtigste Pluspunkt. **PAM**

Liebe auf den ersten Blick für Firma Océ

Warum eine niederländische Firmentochter zur Ruhr zog

Mülheim ist nicht gerade reich an *ausländischen* Unternehmen. Dazu liegt die Stadt zu nahe bei Düsseldorf. Doch ein wesentlicher Grund für die Wahl Mülheims als Sitz der deutschen Hauptverwaltung der Océ-van der Grinten GmbH, der deutschen Vertriebstochter der gleichnamigen niederländischen Gruppe, war die hervorragende Anbindung an das *überregionale und regionale* Verkehrsnetz. Als am 14. Februar 1959, also vor genau 25 Jahren, die Firma ins Handelsregister eingetragen wurde, war es für den damals schon bedeutenden Hersteller von Produkten in den Bereichen Kopieren, Pausen, Drucken und Mikrofilm, „Sympathie auf den ersten Blick", wie der *geschäftsführende Direktor Adolf* Schröter bestätigt.

Die nahen Autobahnen gewährleisten optimale Verbindungen zum Stammsitz im grenznahen Venlo. Sie machen die Gründung einer eigenen Produktionsstätte und den Nachschub für das deutsche Zentrallager überflüssig. Vom Mülheimer Zentrallager aus werden vier Regionallager in der Bundesrepublik beliefert. Überdies bietet die zentrale Lage im Ruhrgebiet ein komprimiertes Marktpotential, wie es für viele Produkte gar nicht besser sein kann. Von Mülheim aus werden 700 Mitarbeiter in 16 *Niederlassungen gesteuert.*

Mit einem Umsatz von 150 Millionen Mark nimmt die Bundesrepublik einen prominenten Platz unter den Océ-Auslandstöchtern ein. Der Weltumsatz des Konzerns, der 1877 vom Apotheker Lodewijk van der Grinten gegründet wurde, liegt derzeit bei 1,5 Milliarden Mark. Die Entstehung verdankt die Gruppe der Apothekererfindung „Butterfarbe", die jahrzehntelang die ertragreiche Basis zur Finanzierung von Forschung und Entwicklung im Bereich der Reprografie bildete. **(Py.)**

AUF EINEN BLICK

Fläche	91,3 km^2
Einwohner	176 029
davon Männer	81 764
Alter bis unter 18 Jahre	30 629
Alter bis 45 Jahre	67 771
Gewerbesteuerhebesatz	420
Grundsteuerhebesatz	A 175, B 350

Kommunalwahl 1979 (in %)

SPD	51,84	32 Sitze
CDU	35,87	23 Sitze
FDP	6,81	4 Sitze

Oberbürgermeister: *Eleonore Güllenstern* (SPD)
Bürgermeister: Günter Weber (SPD)
Bürgermeister: Paul Gerhard Bethge (FDP)
Oberstadtdirektor: Heinz Hager
Stadtdirektor: Heinrich Jochum
Partnerstädte: Darlington, Tours, Kuusankoski, Berlin-Tiergarten
Arbeitslosenquote (Jahresdurchschnitt: 1983) 10 Prozent.

Anbindung an das überregionale und regionale Verkehrsnetz: Die Bundesautobahn 430 und die Bundesstraßen 1 und 223 führen nach und durch Mülheim an der Ruhr, die Bundesautobahnen 2, 3 und 52 tan*gieren das Stadtgebiet*. Die Autobahnkreuze Duisburg-Kaiserberg und Breitscheid liegen in unmittelbarer Nähe der Stadtgrenze.

Industrie (1982)

Betriebe	83
Beschäftigte	23 667
Gesamtumsatz	3,87 Mrd DM
dav. Exportums.	2,22 Mrd DM

Einzelhandel (1979)

Betriebe	1186
Beschäftigte	8771
Geschäftsfläche	400 000 m^2
Umsatz (1978)	1,33 Mrd DM

Großhandel (1979)

Betriebe	397
Beschäftigte	4648
Umsatz (1978)	4,23 Mrd DM

Energieversorgung (1982)

Stromabgabe	1,17 Mrd DM
Gasabgabe	831 Mio KWh
Wasserabgabe	25 Mio m^3

Verkehrsbetriebe (1982)

Streckennetz (Straßenbahn, Bus, Stadtbahn)	195,7 km
Beförd. Personen	23,0 Mio
Schiffsgüterumschl.	406 000 t

Fremdenverkehr (1982)

Fremdenbetten	615
Übernachtungen	71 867
dav. Ausländer	18 011
Gastsstättengewerbe (1979)	
Arbeitsstätten	405

Seit über 115 Jahren in Mülheim an der Ruhr

Plus

DIE UNTERNEHMENSGRUPPE TENGELMANN

Attraktive Flächen für die Industrieansiedlung anbieten

WELT-Gespräch mit der Mülheimer Oberbürgermeisterin Eleonore Güllenstern

Einigkeit macht stark – und einstimmige Beschlüsse aller Ratsfraktionen jenseits allen Parteihaders zeugen auch von einem gemeinsamen Willen. So wie im Rat der Stadt Mülheim. Gegenüber der WELT stellt die Oberbürgermeisterin Eleonore Güllenstern die von SPD, CDU und FDP getragene Wirtschaftsinitiative vor.

Das größte Problem der Stadt liegt in der Ausweisung von Gewerbeflächen, die Mülheim seinen angestammten Betrieben zur Ausweitung und neuen Industrien zur Ansiedlung anbieten könnte. Darum folgte der Rat einem Initiativantrag der SPD mit dreifacher Staffelung:

1. Eine verstärkte Gewerbestandspflege, bei der ein möglichst umfassender Überblick über die Entwicklung der heimischen Wirtschaft erarbeitet werden soll. Allen Betrieben ist dabei die Möglichkeit eingeräumt, über den gegenwärtigen Stand die voraussichtliche Entwicklung unter Einschluß der betriebsspezifischen Probleme sowie über das vorhandene und künftig verfügbare Arbeitsplatzangebot zu berichten.

„Kontaktstelle Wirtschaft"

2. Ein „Stadtforum für Arbeit und Wirtschaft" soll im Austausch von Sorgen und Nöten der Wirtschaft, der Beratung und Abstimmung in städtischen sowie entwicklungspolitischen Fragen ebenso dienen wie der Information über bedeutsame Gesetzesänderungen und Möglichkeiten öffentlicher Förderprogramme für Ausbildung, Arbeit und Wirtschaft.

3. Das Amt für Wirtschaftsförderung soll zukünftig die Aufgaben einer „Kontaktstelle Wirtschaft" übernehmen. Dazu gehört

- offensive Information und Kommunikation für sämtliche Betriebe und Interessenten zu betreiben;
- den Umgang mit staatlichen und städtischen Stellen zu koordinieren, zu helfen, zu beraten und zu begleiten.

Schwerpunkte dieser Arbeit sind gesetzt bei

- Hilfe bei angestrebter Änderung der Bauleitplanung, bei Bauvoranfragen, bei Bauanträgen;
- Vermittlung privater Gewerbegrundstücke;
- Gewährung von Hilfen bei der Beantragung öffentlicher Förderungsmittel;
- betriebsindividuelle Beratung über Inanspruchnahme von Städtebauförderungsmitteln, Startbeihilfeprogramm des NRW-Ministeriums für Wirtschaft, zusätzliche Ausbildungsplätze aus dem Programm des Arbeitsministeriums, wie Zuschüsse an Ausbildungsfirmen und
- betriebsbezogene Beratung in Umweltfragen.

Eleonore Güllenstern verweist mit Stolz darauf, daß sich das „Stadtforum für Arbeit und Wirtschaft", kaum daß es sich im Januar konstituierte, mit großem Ernst an die wichtigste Arbeit heranwagt: die Ausweisung neuer Gewerbeflächen. Dabei wollen die Mitglieder – Arbeitsamt, DGB, Einzelhandelsverband, IHK, Kreishandwerkerschaft wie der Stab für Stadtentwicklung und das Amt für Wirtschaftsförderung – „besonderes Gewicht auf die Bestandspflege legen. Die Oberbürgermeisterin erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß die Kohlekrise Mülheim früher als andere Städte im Revier traf. Als die Zeche „Rosenblumendelle" 1966 stillgelegt wurde, war Mülheim die erste Großstadt im Ruhrgebiet ohne Zechenanlage. Später folgten die Stillegungen der Hochöfen und Zementfabrikation auf der Friedrich-Wilhelms-Hütte und das Bundesbahnausbesserungswerk wurde geschlossen. 10 000 Menschen insgesamt verloren ihre Arbeitsplätze. Zwei große leistungsstarke Betriebe blieben bis heute: Mannesmann mit seinen Röhrenwerken und die Kraftwerk-Union. Schon damals aber in der Krise bewiesen die Mülheimer Stadtväter Weitsicht. Sie rüsteten ihr Wirtschaftsgefüge in einer Zeit um, in der kaum ein Unternehmer bereit war, im Revier zu investieren. Mit Unterstützung des Landes kaufte die Stadt ehemaliges Zechengelände auf und siedelte dort 24 neue Klein- und Mittelbetriebe an. So wurden in schwierigster Zeit 1400 Arbeitsplätze neu geschaffen – vor allem in den Branchen Maschinenbau, Elektro- und Textilindustrie. Und es entstand hart an der Stadtgrenze zu Essen das Rhein-Ruhr-Center, ein Einkaufszentrum, das noch heute als Musterbeispiel kommunaler Wirtschaftsförderung gerühmt wird.

Vorsorge ist getroffen

Dabei fiel den Mülheimern auch auf, daß von ihrer Stadt aus in einem Umkreis von 150 Kilometern rund ein Viertel der Kaufkraft der Bundesrepublik erfaßt wird. Eine Erklärung auch dafür, daß inzwischen viele große Handels-, Dienstleistungs- udn Konsumunternehmen ihren Firmensitz in Mülheim wählten – nicht weniger als 670 Großhandelsfirmen sind im Handelsregister eingetragen. Also scheint vorgesorgt zu sein, und selbst die Arbeitslosenquote von etwas mehr als zehn Prozent ist im Vergleich zu anderen Ruhrgebietsstädten noch als „günstig" zu bezeichnen. Doch weiß Eleonore Güllenstern, daß Mülheim weder eine Idylle im Revier ist noch eine Insel. Strukturprobleme des gesamten Ruhrgebiets treffen auch Mülheim. Für Eleonore Gülllenstern heißt das, mehr Vertrauen für die Stadt schaffen und mehr Vertrauen in die Stadt zu schaffen, die Schutzraum sein soll für die Bürger und gleichzeitig Offenheit garantieren. Die neue Kontaktstelle ist dabei eines der Vehikel. Diese Stelle muß aber vor allem helfen, neue stabile Arbeitsplätze zu sichern. Der Vorteil Mülheims: Die grüne Lage verpflichtet. Bemerkenswert dabei ist, daß ohne den Umweltschutz abträgliche Kompromisse die Stadt doch Wege aufzeigt, attraktive Flächen für Industrieansiedlung zu finden. Zu Recht nennt Mülheim seine neuen Industrieflächen „Gewerbeparks", weil sie mit Grün durchzogen sind – ein „Mülheimer Modell".

LISELOTTE BERGEL

Betrieb nach Ladenschluß

Der Wohnwert wird durch attraktive Umwelt erhöht

In der Mitte des Stadtkerns hat sich ein Bereich herausgebildet, der sich durch besonders starke urbane Verdichtung auszeichnet. Die Mülheimer bezeichnen ihn gerne als „City". Hier konzentrieren sich Wohn-, Einkaufs- und Verkehrsstraßen, Kaufhäuser und Einzelhandelsgeschäfte. Viele Straßen werden in diesem Gebiet vom Autoverkehr freigehalten, damit Fußgänger ungestört die langen Schaufensterfronten besichtigen und sich beim Einkauf Wünsche erfüllen können.

Mülheim bemüht sich, solche Bereiche der „Verstädterung" menschlich zu gestalten: durch künstlerische Architektur, Brunnen, Sitzmöbel, schöne Leuchten, Grünschmuck und Blumenbeete. Man findet alles, was zu einer modernen Stadt gehört. Man kann in Mülheim wohnen oder einfach nur verweilen. Deshalb ist die Stadt auch nach Geschäftschluß nicht menschenleer.

Am stärksten erhöht wird der „Wohnwert" durch die für eine Ruhrgebietsstadt attraktive Umwelt. Hierbei spielt die Ruhr die Hauptrolle. Schon für den Stadtkern ist sie der schönste Schmuck – ein Fluß mitten in der Stadt. Flußaufwärts: eine Landschaft mit Wäldern und Weiden, Gehöften und Parks; gut ausgebaute Leinpfade liegen auf beiden Ufern. Am meisten geschätzt wird die „Weiße Flotte", sechs schnittige Fahrgast-Schiffe, für die der „Wasserbahnhof", fast in der City, den Heimathafen darstellt.

ROLF KRAPP

Platz der Handelsriesen

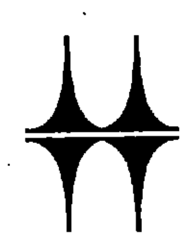
Selbstbedienungs-Ketten für Lebensmittelfilialen

Vier Handelsriesen haben in Mülheim ihren Hauptsitz. Sie handeln in großem Stil und im Selbstbedienungs-Stil mit Lebensmitteln. Die kleinste Gruppe, die gemeinwirtschaftlich-genossenschaftliche Coop West AG, bringt es mit ihren fast 500 Coop- und Prix-Läden auf einen Umsatz von mehr als 1,6 Milliarden Mark.

Auf 2,1 Milliarden Mark bringt es der SB-Bereich der zur Veba gehörenden 175 Jahre alten Stinnes-AG, die zusätzlich im Brennstoff-, Baumaterial-, Chemie- und Grundstoffhandel weitere 12,2 Milliarden Mark und mit Transport, Lagerei und Dienstleistungsbereich einen Konzernumsatz von fast 17 Milliarden aufbietet. Wesentlich jünger (30 Jahre), dafür in der Preispolitik um so aggressiver, ist die Albrecht KG der Brüder Karl und Theo Albrecht, die zusammen mit der Schwestergesellschaft in Herten einen Umsatz von 14,5 Milliarden aus mehr als 1800 Aldi-Discount-Filialen hat. Mit den Auslandsaktivitäten sind es sogar 16 bis 17 Milliarden Mark.

Die mit Sicherheit vielseitigste Gruppe ist die im Ursprung auf das Jahr 1867 zurückgehende Unternehmensgruppe Tengelmann – einer der größten Lebensmittel-Einzelhandelsfilialisten in Europa.

Schon 1914 zählte Tengelmann 560 Filialen. Heute leitet Erivan Haub, Neffe des Karl Schmitz-Scholl jr. aus der zweiten Generation, das Imperium mit einem Gruppenumsatz von mehr als 20 Milliarden Mark. (Py.)



Mülheim – eine Großstadt im westlichen Ruhrgebiet

Für City-Bummler und Shopping-Fans, für Liebhaber historischer Bauten und Freunde der Nostalgie, für Pferdesportbegeisterte und Wanderer, für Paddler, Kanuten, Segler und Schiffsausflügler – in Mülheim kann man sich jeden Wunsch erfüllen.

Die ausgedehnten Fußgängerzonen in der Innenstadt und auch in einigen Stadtteilen laden zum Verweilen ein. Straßencafés, gemütliche Sitzgruppen und Wasserspiele sind ebenso für Mülheim typisch wie eine Fahrt mit den Schiffen der „Weißen Flotte" ab Wasserbahnhof durch das malerische Ruhrtal.

Mülheim bietet, was andere Städte auch bieten – aber etwas mehr.

Stadtprospekte, Hotelverzeichnisse und Informationen über Sehenswürdigkeiten durch die Werbeabteilung der Stadt und durch den Verkehrsverein im Rathaus, Telefon (02 08) 4 55 90 16.

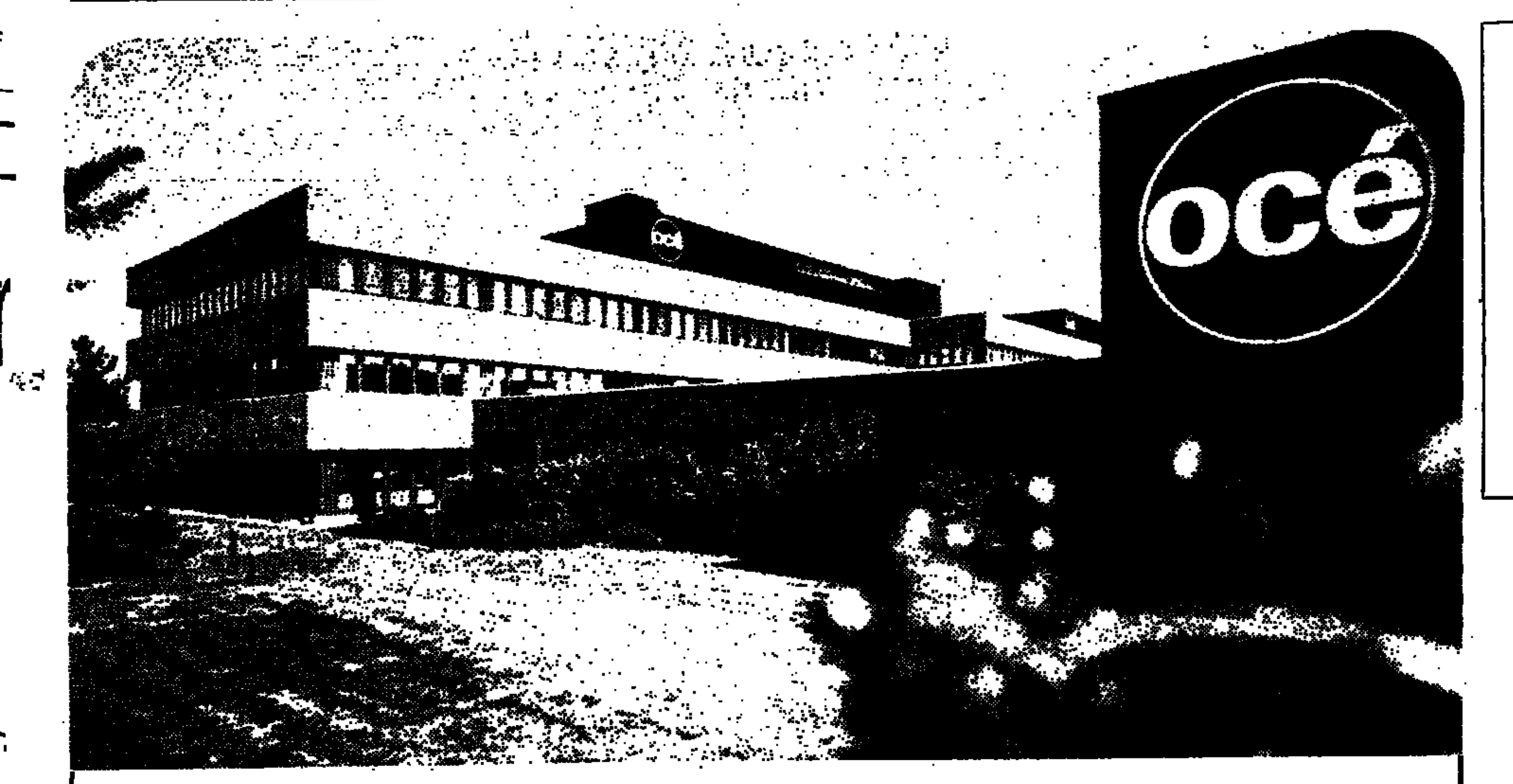


Beratung · Gasverkauf · Kundendienst

rhenag

RHEINISCHE ENERGIE AKTIENGESELLSCHAFT
WERKGRUPPE RUHR

Schloßstraße 22 - 4330 Mülheim a. d. Ruhr – ☎ 02 08 / 4 46 31



Wenn Sie über die B1 nach Mülheim kommen, sehen Sie auf der rechten Seite ein Stückchen Weltkonzern

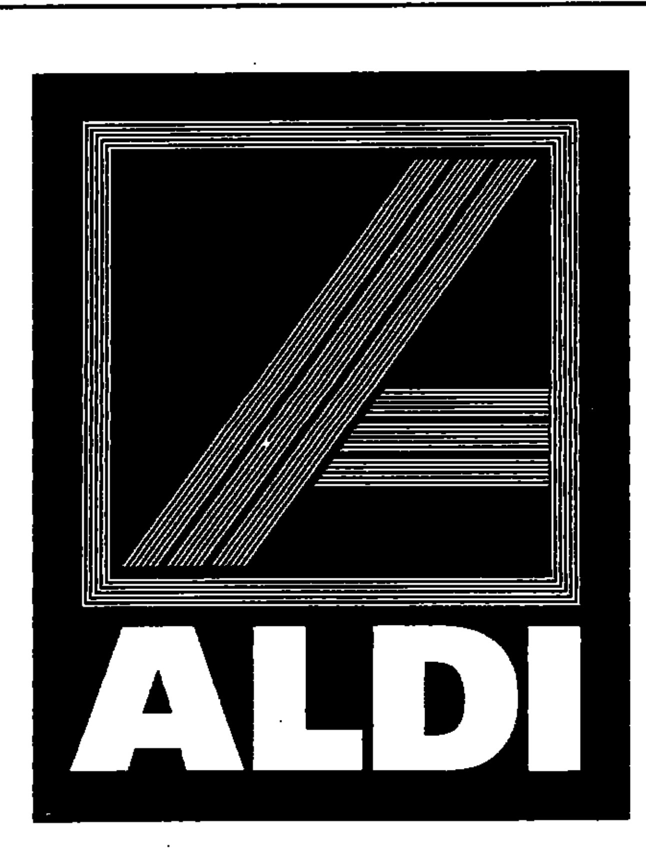
Océ-van der Grinten ist die erfolgreiche deutsche Tochtergesellschaft der internationalen Océ-Gruppe, die in den Bereichen **Kopieren, Pausen, Drucken, Mikrofilm** zu Hause ist – und zwar ebenso engagiert wie erfolgreich.

Océ-Niederlassungen und Verkaufsbüros gibt es heute bereits in 16 deutschen Städten.

Erfolg kommt nicht von ungefähr. Es war und ist unser vorrangiges Ziel, Gutes zu optimieren, es fortlaufend neu zu überdenken und zu verbessern . . . immer der Zeit einen kleinen Schritt voraus.



Océ-van der Grinten GmbH
Solinger Straße 5-7
4330 Mülheim a. d. Ruhr 13
Telefon (02 08) 48 45-0



Unser Prinzip: Qualitätswaren zu niedrigen Preisen

519

Aktienkurse ohne klare Linie

Anleger und Verkäufer hielten sich gleichermaßen zurück

DW. – Die Aktienbörse litt am Montag unter akutem Auftragsmangel. In der zweiten Stunde kam das Geschäft fast zum Erliegen. Die Berufung Tschernenkos zum sowjetischen Staats- und Parteichef blieb ohne jede Auswirkung auf das Börsengeschehen.

Vereinzelt kam es zu Kurssprüngen. So gaben zum Beispiel PKI nach anfänglich 307 DM auf 293 DM (minus 15 DM) nach. Linde dagegen kamen auf 392 DM (plus 13 DM). Die Farbennachfolger konnten sich gut halten. Nach den Rückgängen *in der letzten Woche blieben Auto*aktien außer VW (bis minus 3 DM) stabilisiert. Versorgungswerte tendierten uneinheitlich. Am Bankenmarkt waren die Kursausschläge unterschiedlich. Stahlpapiere änderten sich kaum. Am Elektromarkt AEG etwas leichter und Siemens gehalten. Maschinenbauer lagen – vom Linde-Sprung abgesehen – behauptet. Warenhäuser mit Plus- und Minuskorrekturen.

Düsseldorf: Audi NSU erhöhten um 4 DM auf 279 DM und DAT um 19,50 DM auf 429,50 DM. Didier Str. stockten um 4,50 DM und Dyckerhoff St. um 8,50 DM auf. Leffers verbesserten sich um 5 DM. Nachgegeben haben Banning um 20 DM, Heinrich um 4 DM und Stolberger Zink um 10 DM. Bei den Versicherungen verloren Aachener Rück 40 DM und Allianz Vers. 4,50 DM.

Frankfurt: Braubank stiegen auf 448 DM (plus 10 DM). Versicherungen waren etwas leichter. Bayerische Brauerei Schuck-Jaenisch fielen um 10 DM auf 250 DM, PKI 295 DM (minus 13 DM), Kr.-Maffai 2000 DM (minus 50 DM). Fest waren *Herlitz mit 231 DM (plus 11 DM)*. Kochs Adler stiegen bei Plusankündigung um 20 DM auf 367 DM.

Hamburg: Reichelt verkehrten schwächer zu 140 DM und Beiersdorf zu 365 DM (minus 4 DM). HEW konnten sich bei 103 DM und NWK-Vorz. bei 176,50 DM gut behaupten. Phoenix Gummi begannen mit 155 DM und lagen später bei 156 DM. *Triton blieben bei 142 DM unver*ändert. Vereins- und Westbank wurden mit 318 DM gehandelt.

München: Agrob Vorz. stockten um 2 DM und Audi NSU um 9 DM auf. Bayer. Lloyd erhöhten um 12 DM und Brau AG Nürnberg um 9 DM. Nachgegeben haben Etienne Aigner um 1 DM und Süd Chemie um 3 DM. Wanderer verloren 0,50 DM und Zahnräder Renk 6 DM. Dywidag stockten um 1 DM und Flachglas um 9 DM auf.

Berlin: Herlitz Stämme zogen um 12,20 und die Vorzüge um 12 DM an. Concordia Chemie wurden um 10 DM höher taxiert. Rheinmetall erholten sich um 6 DM, Berthold um 3,50 DM, Berliner Kindl und Orenstein um je 2 DM, DUB-Schultheiss und Engelhardt um je 1 DM. Kempinski büßten 7 DM und Schering 2,50 DM ein.

Nachbörse: abwartend

WELT-Aktienindex vom 13. 2.: 151,4 (150,9); WELT-Umsatzindex vom 13. 2.: 4169 (4087)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Ungeregelter Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausländische DM-Anleihen

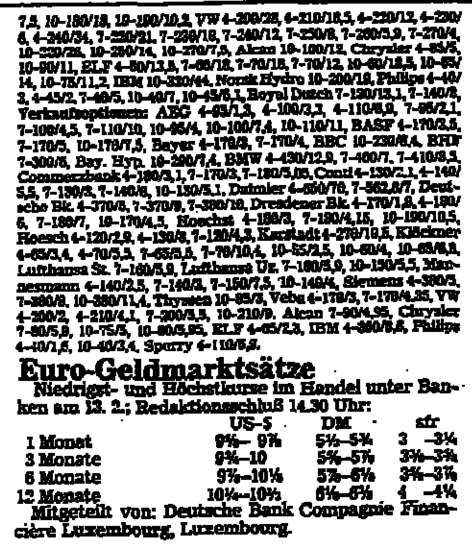
Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York · Toronto · Amsterdam · Mailand · London · Tokio · Wien · Kopenhagen · Zürich · Brüssel · Madrid · Hongkong · Singapur · Paris · Sydney

Optionshandel



Lufthansa St. 7-160/5,9, Lufthansa Vz. 7-160/5,9, 10-150/5,5, Mannesmann 4-140/2,5, 7-140/3, 7-150/7,5, 10-140/4, Siemens 4-380/3, 7-380/8, 10-380/11,4, Thyssen 10-85/3, Veba 4-170/3, 7-170/4,35, VW 4-200/2, 4-210/4,1, 7-200/3,5, 10-210/9. Alcan 7-90/4,95, Chrysler 7-80/5,9, 10-75/5, 10-80/5,95, ELF 4-65/2,3, IBM 4-360/8,6, Philips 4-40/1,6, 10-40/3,4, Sperry 4-110/6,5.

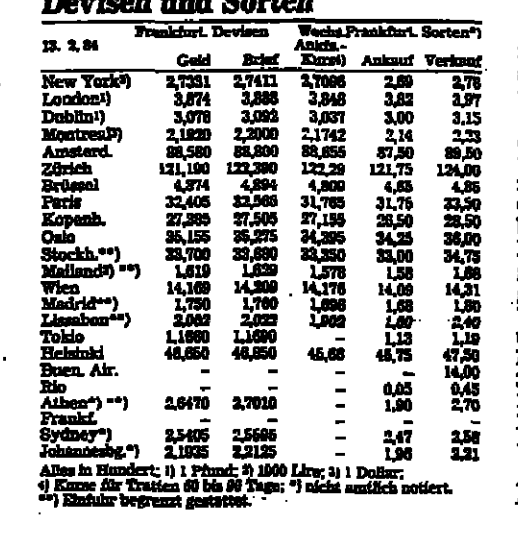
Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 13. 2.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅝– 9⅞	5½–5¾	3 –3¼
3 Monate	9¾–10	5⅝–5⅞	3⅛–3⅜
6 Monate	9⅞–10⅛	5⅞–6⅛	3⅜–3⅝
12 Monate	10¼–10½	6⅛–6⅜	4 –4¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen



In Frankfurt wurden am 13. Februar folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1570,00	1903,80
10 US-Dollar (Indian) **)	1183,00	1404,91
5 US-Dollar (Liberty)	500,00	661,20
1 £ Sovereign alt	241,00	297,54
1 £ Sovereign Elizabeth II	235,00	290,70
20 belgische Franken	183,00	138,28
10 Rubel Tscherwonez	254,00	316,92
2 südafrikanische Rand	235,00	289,56
Krüger Rand, neu	1052,00	1239,18
Maple Leaf	1052,00	1239,18
Platin Noble Man	1080,00	1271,10
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	261,00	324,90
20 schweiz. Franken „Vreneli"	200,00	251,94
20 franz. Franken „Napoléon"	197,00	248,52
100 österr. Kronen (Neuprägung)	972,00	1171,92
20 österr. Kronen (Neuprägung)	195,00	245,10
10 österr. Kronen (Neuprägung)	104,00	135,66
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	455,00	558,60
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	109,00	147,06

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

13. 2. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankds.-Kurs4)	Ankauf	Verkauf
New York3)	2,7331	2,7411	2,7086	2,69	2,78
London1)	3,874	3,888	3,848	3,82	3,97
Dublin1)	3,078	3,092	3,037	3,00	3,15
Montreal3)	2,1920	2,2000	2,1742	2,14	2,23
Amsterd.	88,580	88,800	88,655	87,50	89,50
Zürich	121,190	122,390	122,29	121,75	124,00
Brüssel	4,874	4,894	4,809	4,65	4,85
Paris	32,405	32,565	31,765	31,75	33,50
Kopenh.	27,385	27,505	27,155	26,50	28,50
Oslo	35,155	35,275	34,895	34,25	36,00
Stockh.**)	33,700	33,890	33,350	33,00	34,75
Mailand2) **)	1,619	1,629	1,578	1,58	1,68
Wien	14,169	14,209	14,178	14,09	14,31
Madrid**)	1,750	1,760	1,698	1,68	1,80
Lissabon**)	2,002	2,022	1,902	1,60	2,40
Tokio	1,1660	1,1690	–	1,13	1,19
Helsinki	46,650	46,850	45,66	45,75	47,50
Buen. Air.	–	–	–	–	14,00
Rio	–	–	–	0,05	0,45
Athen*) **)	2,6470	2,7010	–	1,90	2,70
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,5405	2,5685	–	2,47	2,58
Johannesbg.*)	2,1935	2,2125	–	1,96	2,21

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar. 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Nur geringe Bereitschaft zum Eingehen von neuen Positionen kennzeichnete den Markt am 13. 2., dem New York wegen eines Feiertags nicht beiwohnte. Der Anstieg der Geldmenge um 3 Mrd. Dollar fiel geringer aus als erwartet. Der Kurs gab am Freitag daraufhin *von 2,75 auf 2,74 nach und* bewegte sich heute zwischen 2,7320 und 2,7390. Amtlich wurde der Dollar mit 2,7371 notiert. Die Bundesbank blieb dem Handel fern. Der Trend zur D-Mark hielt auch bei den anderen Währungen an. Starke Gewinne waren vor allem gegenüber dem Schweizer Franken und dem Yen vorhanden. Der Schweizer Franken fiel um 6,2 Promille auf 122,29 und der Yen um 3,4 Promille auf 1,1675. US-Dollar in: Amsterdam 3,086; Brüssel 56,0450; Paris 8,4225; Mailand 1685,00; Wien 19,2940; Zürich 2,2392; Ir. Pfund/DM 3,085; Pfund/Dollar 1,4179.

Ostmarkkurs am 13. 2. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; *Verkauf 22,00 DM West;* Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Dollar-Swapsätze am 13. Februar etwas erweitert, da die Zinssätze für US-Dollar 1/16 Prozentpunkt höher lagen.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,94/0,84	2,78/2,68	5,47/5,27
Pfund/Dollar	0,06/0,08	0,21/0,24	0,42/0,46
Pfund/DM	1,80/0,40	4,00/2,60	7,10/5,70
FF/DM	29/13	82/66	150/134

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 13. 2.: Tagesgeld 5,5–5,55 Prozent; Monatsgeld 5,5–5,6 Prozent; Dreimonatsgeld 5,85–5,95 Prozent.

Privatdiskontsätze am 13. 2.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 13. 2.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/1 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,47) – 8,00 (6,94) – 8,25 (7,24) – 8,25 (7,41) – 9,50 (7,60). Ausgabe 1984/2 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 8,00 (6,99) – 8,25 (7,21) – 8,25 (7,40) – 9,50 (7,83) – 9,50 (8,06) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,82, 2 Jahre 7,03. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,80, Rendite 7,80.

Renten meist gut behauptet

Am Rentenmarkt wurden die Konditionen der neuen Postanleihe mit 8,17 Prozent Rendite fast kommentarlos hingenommen. Bundesobligationen änderten sich bis um einen Zehntelpunkt, öffentliche Anleihen bis um 0,15 Prozentpunkte nach oben und unten. Bei kleinem Geschäft konnten sich DM-Auslandsanleihen recht gut behaupten. Der Pfandbriefmarkt lag vernachlässigt. Käufer und Verkäufer warteten ab.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

Bundesbahn

Optionsscheine

Sonderinstitute

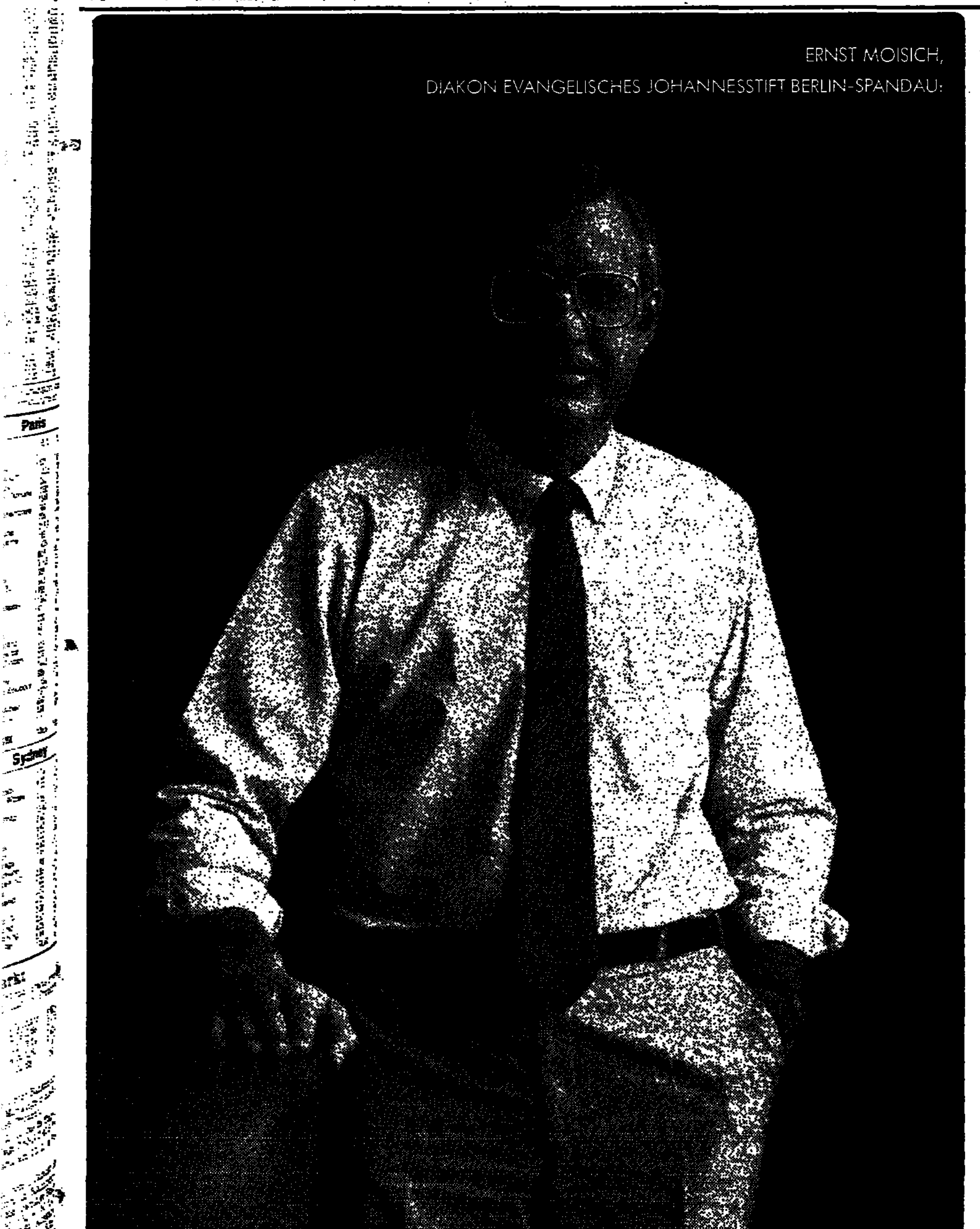
Optionsanleihen

Währungsanleihen

Industrieanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien



„Für die Bitte um Hilfe ist die persönliche Ansprache durch Direktwerbung besonders erfolgreich!“

Deshalb, sagt Diakon E. Moisich, nutzen wir auch – neben dem unersetzlichen, direkten Gespräch – die moderne Direktwerbung. Und zwar sehr erfolgreich. Das hat sicherlich nicht nur für die Diakonie Gültigkeit. Kaum ein anderes Werbeinstrument hat so persönliche Töne, ist so genau und aktuell zu dirigieren. Und der Erfolg (oder manchmal auch Mißerfolg) ist schnell und ziemlich genau meßbar. Also auch oder gerade für kleinere Unternehmen ist Direktwerbung ein gutes und vor allem effektives Instrument.

Das Vorurteil übrigens, daß Direktwerbung doch nur im Papierkorb landet, hat eine umfassende Untersuchung der Deutschen Bundespost klar widerlegt. Denn sowohl bei privaten als auch gewerblichen Empfängern hat die eingehende Werbepost eine hohe Akzeptanz. Post – Partner für Direktwerbung.

Post

Warenpreise – Termine

Etwas schwächer schlossen am Montag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Im Vergleich dazu relativ große Einbußen mußte Kupfer hinnehmen. Uneinheitlich ging Kaffee aus dem Markt. Unverändert bis schwächer notierte Kakao bis kurz vor Sitzungsschluß.

Getreide und Getreideprodukte

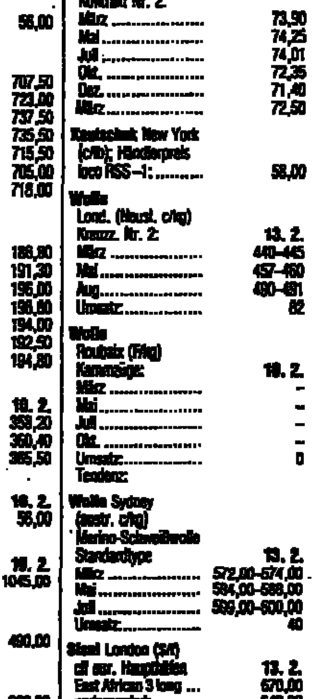
	13. 2.	10. 2.
Weizen Chicago (c/bush)		
März	321,75	325,50
Mai	327,00	328,50
Juli	326,50	327,50
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	249,90	246,50
Amber Durum	235,30	236,30
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
März	128,50	129,00
Mai	132,10	132,00
Juli	133,00	133,00
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
März	124,00	124,40
Mai	121,20	121,50
Juli	121,20	121,50
Hafer Chicago (c/bush)		
März	165,00	164,00
Mai	165,00	166,00
Juli	167,00	167,75
Mais Chicago (c/bush)		
März	320,50	325,00
Mai	324,75	328,75
Juli	325,25	329,50
Gerste Winnipeg (can. $/t)		
März	125,00	125,10
Mai	126,50	126,70
Juli	128,00	128,10

Genußmittel

	13. 2.	10. 2.
Kaffee New York (c/lb)		
März	143,35	142,70
Mai	138,50	138,40
Juli	133,90	133,75
Kakao New York ($/t)		
Terminkontr. März	2585	2590
Mai	2515	2535
Juli	2490	2500
Umsatz	6719	7029
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 März	6,77	7,06
Mai	7,05	7,29
Juli	7,42	7,69
Sept.	7,68	7,85
Okt	7,85	8,04
Umsatz	10 545	7 968
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	5,65	6,73
Kaffee London (£/t) Robusta-		
Kontrakt März	2123–2125	2097–2099
Mai	1962–1963	1957–1958
Juli	1887–1890	1885–1887
Umsatz	2952	3841
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt März	1898–1900	1880–1882
Mai	1897–1898	1872–1873
Juli	1884–1885	1852–1854
Umsatz	3964	4692
Zucker London (£/t)		
März	127,50–127,60	129,50–129,75
Mai	131,30–131,50	133,25–133,75
Umsatz	1577	1692
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)		
schw. Sarawak spez.	415,00	415,00
weißer Sarawak	682,50	682,50
weißer Muntok	690,00	690,00

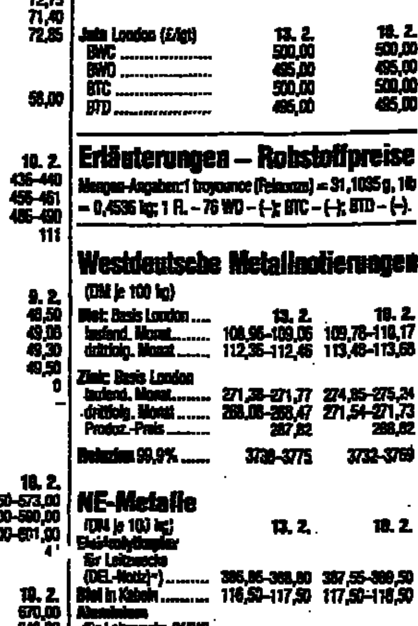
	13. 2.	10. 2.
Orangensaft New York (c/lb)		
März	157,25	158,10
Mai	157,25	158,55
Juli	157,15	158,55
Sept.	156,80	158,60
Nov.	1560,00	156,75
Umsatz	1200	750

Öle, Fette, Tierprodukte



	13. 2.	10. 2.
Erdnußöl New York (c/lb)		
Südstaaten fob Werk.	46,75	46,75
Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	26,25	26,25
Sojaöl		
Chicago (c/lb) März	25,10	25,92
Mai	25,55	26,42
Juli	25,70	26,65
Aug.	25,60	26,80
Sept.	25,15	26,05
Okt.	24,80	25,40
Dez.	24,65	25,40
Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	28,75	29,25
Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	26,00	26,00
Choise white hog 4% fr. F.	19,00	19,00
Talg New York (c/lb)		
top white	18,50	18,50
fancy	18,00	18,00
bleichfähig	17,75	17,75
yellow max. 10% fr. F.	16,50	16,50
Schweine Chicago (c/lb)		
Febr.	46,80	47,00
Apr.	45,05	45,30
Juni	51,20	51,45
Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	81,35	82,47
März	81,90	83,02
Mai	83,80	84,55
Rinder Chicago (c/lb)		
Ochsen einh. schwere River Northern	52,50	52,50
Kühe einh. schwere River Northern	56,00	56,00
Sojabohnen Chicago (c/bush)		
März	695,00	707,50
Mai	711,00	723,00
Juli	726,50	737,50
Aug.	725,00	735,50
Sept.	708,00	715,50
Nov.	701,50	705,00
Jan.	714,00	718,00
Sojaschrot Chicago ($/sht)		
März	185,50	188,80
Mai	191,00	191,30
Juli	195,50	196,00
Aug.	197,00	198,80
Sept.	194,50	194,00
Okt.	193,00	192,50
Dez.	195,00	194,80
Leinsaat Winnip. (can. $/t)		
März	355,50	359,20
Mai	358,90	360,40
Juli	363,80	365,50
Kokosöl New York (c/lb)		
Westküste fob Werk	56,00	56,00
Erdnußöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. cif	1045,00	1045,00
Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	492,50	490,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	920,00	920,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	201,00	201,00
Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	1230,00	1230,00
Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	305,00	303,70

Wolle, Fasern, Kautschuk



	13. 2.	10. 2.
Baumwolle New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 2:		
März	73,90	74,60
Mai	74,25	74,70
Juli	74,01	74,60
Okt.	72,35	72,75
Dez.	71,40	71,40
März	72,50	72,85
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1:	58,00	58,00
Wolle Lond. (Neusl. c/kg)		
Kreuzz. Nr. 2:		
März	440–445	436–440
Mai	457–460	456–461
Aug.	490–491	486–490
Umsatz	82	111
Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge: (10. 2. / 9. 2.)		
März	–	48,50
Mai	–	49,08
Juli	–	49,30
Okt.	–	49,50
Umsatz:	0	0
Tendenz:		–
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle		
Standardtype		
März	572,00–574,00	572,50–573,00
Mai	584,00–588,00	587,00–590,00
Juli	599,00–600,00	600,00–601,00
Umsatz	40	4
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen		
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager		
Febr.	13 936	13 949
März	13 911	13 949
Kautschuk London (p/kg)		
Nr. 1 RSS loco	86,50–88,50	87,50–90,50
März	86,00–88,00	87,50–89,50
April	87,80–89,00	88,00–90,00
April/Juni	88,20–88,40	89,30–89,40
Tendenz: schwächer		
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)		
März	268,75–269,00	270,25–270,75
April	274,75–275,75	276,00–277,00
Nr. 2 RSS März	260,00–261,00	260,50–261,50
Nr. 3 RSS März	256,00–257,00	257,00–258,00
Nr. 4 RSS März	250,00–251,00	250,50–251,50
Tendenz: ruhiger, leichter		
Jute London (£/lgt)		
BWC	500,00	500,00
BWD	495,00	495,00
BTC	500,00	500,00
BTD	495,00	495,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	13. 2.	10. 2.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	108,96–109,06	109,78–110,17
drittfolg. Monat	112,36–112,46	113,48–113,68
Zink: Basis London		
laufend. Monat	271,38–271,77	274,85–275,24
drittfolg. Monat	268,08–268,47	271,54–271,73
Produz.-Preis	287,82	288,82
Reinzinn 99,9%	3738–3775	3732–3769

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	13. 2.	10. 2.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke		
(DEL-Notiz)*	386,86–388,80	387,55–389,50
Blei in Kabeln	116,50–117,50	117,50–118,50
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	430,50–452,80	430,50–452,00
Vorziehdraht	438,50–464,00	439,50–464,00

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreis durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhändler.

Messingnotierungen

	13. 2.	10. 2.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	373–389	373–391
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	424–427	426–427
MS 63	419–424	419–425

Zinn-Preis Penang



	13. 2.	10. 2.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	10. 2.	9. 2.
Leg. 225	470–473	470–473
Leg. 226	472–475	472–475
Leg. 231	502–505	502–505
Leg. 233	512–515	512–515

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	13. 2.	10. 2.
Platin (DM je g)	36,10	36,25
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	33 850	34 200
Rücknahmepr.	32 900	33 450
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	33 600	34 030
Rücknahmepr.	33 080	33 500
verarbeitet	35 260	35 710
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 375	33 785
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	778,40	783,80
Rücknahmepr.	762,70	768,10
verarbeitet	812,90	818,60

Internationale Edelmetalle

	13. 2.	10. 2.
Gold (US-$/Feinunze) London		
10.30	377,50	380,90
15.00	376,85	377,65
Zürich mittags	376,75–377,50	378,75–379,50
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	102 350	103 000
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	613,45	616,65
3 Monate	62?,15	630,15
6 Monate	641,95	645,05
12 Monate	673,05	676,05
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	269,85	271,35
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	109,60	110,15
New Yorker Preise	375,85	377,35
Gold H & H Ankauf	870,00	872,50
Silber H & H Ankauf	388,00–392,00	388,00–392,00
Platin fr. Händlerpr.	475,00	475,00
Produz.-Preis		
Palladium fr. Händlerpr.	155,00–157,00	158,00–160,00
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
Feb.	870,00	875,50
März	873,00	876,00
April	881,00	886,10
Mai	887,00	91,00
Juli	903,00	906,00
Sept.	919,00	924,00
Dez.	942,30	947,30
Umsatz	21 000	19 000

New Yorker Metallbörse

	13. 2.	10. 2.
Kupfer (c/lb)	63,20	62,65
Feb.	63,35	62,90
März	64,65	64,15
Mai	65,90	65,45
Juli	67,30	66,95
Sept.	69,30	68,85
Dez.	70,00	69,55
Jan.	7 500	75 000
Umsatz		

Londoner Metallbörse

	13. 2.	10. 2.
Aluminium (£/t) Kasse	1047,5–1048,5	1049,5–1050,0
3 Monate	1074,5–1075,0	1076,5–1077,5
Blei (£/t) Kasse	283,00–284,00	285,00–286,00
3 Monate	290,50–291,00	293,50–294,00
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	982,50–983,00	983,00–983,50
3 Monate	1003,0–1003,5	1003,0–1003,5
abends Kasse	984,50–985,00	982,00–982,50
3 Monate	1005,0–1006,0	1002,0–1002,5
(Kupfer-Standard) Kasse	973,00–973,50	969,00–971,00
3 Monate	993,00–994,00	990,00–991,00
Zink (£/t) Kasse	700,50–701,00	701,00–702,00
3 Monate	692,00–692,50	695,00–695,50
Zinn (£/t) Kasse	8505–8510	8535–8545
3 Monate	8570–8571	8600–8601
Quecksilber ($/fl.)	300–315	300–315
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	75,00–78,00	75,00–78,00

FINANZANZEIGEN

Hypothekenbank in Hamburg
AKTIENGESELLSCHAFT

Restantenliste
Stand vom 1. Januar 1984

Von folgenden Emissionen unserer **Hypothekenpfandbriefe und Kommunalschuldverschreibungen** sind noch nicht alle Stücke zur Einlösung eingereicht worden:

Nr.	Zins	Art	Em.	Termin	Stücke	Status
– 270 006 –	4 %	Hyp.-Pfandbriefe	Em. 5	J/J	Stücke zu DM 50,-	gek. z. 1. 7. 64
– 270 007 –	4 %	Hyp.-Pfandbriefe	Em. 4	J/J	alle restl. Stücke	verl./gek. z. 1. 3. 57; z. 1. 7. 61 – 1. 7. 69; 1. 7. 71 – 30. 6. 76
– 270 024 –	6 %	Hyp.-Pfandbriefe	Em. 30	J/J	Stücke zu DM 10 000,- mit den Endziffern: 33, 50, 59, 78, 86, 131, 148, 149, 170, 237, 271, 282, 283, 314, 324, 329, 337, 431, 455, 456	verl. z. 31. 12. 83
– 270 029 –	5½ %	Hyp.-Pfandbriefe	Em. 40	A/O	Stücke zu DM 500,-	gek. z. 1. 10. 74
					Stücke zu DM 1000,-	gek. z. 1. 10. 80
					Stücke zu DM 2000,- mit den Endziffern 1, 2, 7, 9	gek. z. 31. 12. 82
					Stücke zu DM 2000,- mit den Endziffern 3, 4, 5, 6, 8, 0	gek. z. 31. 12. 83
– 270 034 –	5½ %	Hyp.-Pfandbriefe	Em. 48	J/J	Stücke zu DM 1000,-	gek. z. 1. 7. 79
					Stücke zu DM 5000,- mit den Endziffern 3, 5	gek. z. 31. 12. 83
– 270 036 –	5½ %	Hyp.-Pfandbriefe	Em. 51	A/O	Stücke zu DM 1000,-	gek. z. 1. 4. 81
– 270 038 –	5½ %	Hyp.-Pfandbriefe	Em. 54	J/J	Stücke zu DM 100,-	gek. z. 1. 7. 73
– 270 047 –	7 %	Hyp.-Pfandbriefe	Em. 70	M/S	alle restl. Stücke	endf. z. 1. 3. 79
– 270 048 –	7 %	Hyp.-Pfandbriefe	Em. 71	A/O	alle restl. Stücke	endf. z. 1. 10. 78
– 270 049 –	7 %	Hyp.-Pfandbriefe	Em. 72	J/J	alle restl. Stücke	endf. z. 1. 7. 79
– 270 050 –	7 %	Hyp.-Pfandbriefe	Em. 75	M/S	alle restl. Stücke	endf. z. 1. 3. 80
– 270 054 –	6½ %	Hyp.-Pfandbriefe	Em. 83	M/S	Stücke mit der Endziffer 7	verl. z. 1. 3. 82
					Stücke mit der Endziffer 3	verl. z. 1. 3. 83
– 270 058 –	8 %	Hyp.-Pfandbriefe	Em. 92	A/O	alle restl. Stücke	gek. z. 1. 5. 78
– 270 060 –	7 %	Hyp.-Pfandbriefe	Em. 99	F/A	Stücke mit der Endziffer 4	verl. z. 1. 8. 83
– 270 062 –	7½ %	Hyp.-Pfandbriefe	Em. 101	M/S	alle restl. Stücke	gek. z. 1. 9. 79
– 270 064 –	7½ %	Hyp.-Pfandbriefe	Em. 103	M/N	alle restl. Stücke	endf. z. 1. 11. 81
– 270 066 –	7 %	Hyp.-Pfandbriefe	Em. 105	F/A	alle restl. Stücke	endf. z. 1. 2. 82
– 270 067 –	7½ %	Hyp.-Pfandbriefe	Em. 106	J/J	alle restl. Stücke	endf. z. 2. 1. 82
– 270 068 –	7 %	Hyp.-Pfandbriefe	Em. 111	M/S	alle restl. Stücke	endf. z. 1. 3. 83
– 270 071 –	8 %	Hyp.-Pfandbriefe	Em. 116	J/J	alle restl. Stücke	endf. z. 1. 7. 83
– 270 072 –	9 %	Hyp.-Pfandbriefe	Em. 117	1. 6. gzj.	alle restl. Stücke	endf. z. 1. 6. 83
– 270 073 –	8½ %	Hyp.-Pfandbriefe	Em. 120	J/D	alle restl. Stücke	endf. z. 1. 12. 83
– 270 075 –	9 %	Hyp.-Pfandbriefe	Em. 124	F/A	alle restl. Stücke	endf. z. 1. 2. 79
– 270 081 –	8 %	Hyp.-Pfandbriefe	Em. 167	M/N	alle restl. Stücke	endf. z. 1. 11. 82
– 270 083 –	8 %	Hyp.-Pfandbriefe	Em. 180	1. 6. gzj.	alle restl. Stücke	endf. z. 1. 6. 81
– 270 084 –	6½ %	Hyp.-Pfandbriefe	Em. 187	1. 2. gzj.	alle restl. Stücke	endf. z. 1. 2. 82
– 270 302 –	5½ %	Komm.-Schuldv.	Em. 6	J/J	alle restl. Stücke	endf. z. 31. 12. 83
– 270 318 –	5½ %	Komm.-Schuldv.	Em. 45	A/O	Stücke zu DM 1000,-	gek. z. 1. 10. 80
– 270 339 –	6½ %	Komm.-Schuldv.	Em. 91	J/J	alle restl. Stücke	endf. z. 1. 7. 76
– 270 343 –	8½ %	Komm.-Schuldv.	Em. 97	M/N	alle restl. Stücke	verl. z. 1. 11. 76 – 1. 11. 79
– 270 345 –	7½ %	Komm.-Schuldv.	Em. 107	J/J	alle restl. Stücke	endf. z. 2. 1. 82
– 270 347 –	8 %	Komm.-Schuldv.	Em. 109	F/A	alle restl. Stücke	gek. z. 1. 8. 79
– 270 350 –	8 %	Komm.-Schuldv.	Em. 115	J/J	alle restl. Stücke	endf. z. 1. 7. 83
– 270 357 –	9½ %	Komm.-Schuldv.	Em. 127	F/A	alle restl. Stücke	endf. z. 1. 2. 82
– 270 364 –	10 %	Komm.-Schuldv.	Em. 135	M/S	alle restl. Stücke	endf. z. 1. 9. 80
– 270 369 –	10 %	Komm.-Schuldv.	Em. 140	1. 12. gzj.	alle restl. Stücke	endf. z. 1. 12. 79
– 270 372 –	8¾ %	Komm.-Schuldv.	Em. 147	1. 3. gzj.	alle restl. Stücke	endf. z. 1. 3. 82
– 270 376 –	8½ %	Komm.-Schuldv.	Em. 150	M/N	alle restl. Stücke	endf. z. 2. 5. 83
– 270 377 –	8 %	Komm.-Schuldv.	Em. 152	A/O	alle restl. Stücke	endf. z. 1. 4. 81
– 270 378 –	8 %	Komm.-Schuldv.	Em. 153	J/D	alle restl. Stücke	endf. z. 1. 6. 83
– 270 382 –	8 %	Komm.-Schuldv.	Em. 157	F/A	alle restl. Stücke	endf. z. 1. 8. 80
– 270 384 –	8½ %	Komm.-Schuldv.	Em. 159	M/S	alle restl. Stücke	endf. z. 1. 9. 83
– 270 387 –	8 %	Komm.-Schuldv.	Em. 162	M/N	alle restl. Stücke	endf. z. 1. 11. 80
– 270 401 –	6 %	Komm.-Schuldv.	Em. 178	2. 5. gzj.	alle restl. Stücke	endf. z. 2. 5. 81
– 270 437 –	6 %	Komm.-Schuldv.	Em. 231	1. 10. gzj.	alle restl. Stücke	endf. z. 1. 10. 83

Hamburg, im Februar 1984



Hypothekenbank in Hamburg

Hohe Bleichen 17
2000 Hamburg 36
Telefon (040) 35910-0



Hypothekenbank in Hamburg
AKTIENGESELLSCHAFT

– Bogenerneuerung –

Die neuen Zinsscheinbogen zu unseren
6 % Kommunalschuldverschreibungen Em. 62 März/September – 270 325 –
6 % Hypothekenpfandbriefen Em. 63 Februar/August – 270 043 –
6 % Kommunalschuldverschreibungen Em. 64 Februar/August – 270 326 –
6 % Hypothekenpfandbriefen Em. 66 Februar/August – 270 044 –

stehen nach Fälligkeit des letzten Zinsscheines am alten Bogen für die Emission 62 und für die Emissionen 63, 64 und 66 ab sofort gegen Einlieferung der Erneuerungsscheine zur Verfügung.

Hamburg, im Februar 1984 — **Hypothekenbank in Hamburg** AKTIENGESELLSCHAFT

☎ 0711 627091

Erfüllen Sie sich Ihren Wunschtraum vom 2. Wohnsitz an der

Cote d'Azur

Traumhafte freistehende Bungalows in absoluter Toplage schon ab DM 232.000,– mit ca. 500 m² Grundstück. Sehr günstige Finanzierung über deutsche oder ausländische Banken möglich. Wählen Sie Ihr Grundstück mit Ihrem individuellen Haustyp jetzt im Winter an Ort und Stelle aus. Genießen Sie Ihr Feriendomizil bereits im Sommer!

Hildenbrandt
Immobilien · Gutenbergstr. 4 · 7000 Stuttgart 1



Das deutsche Seenotrettungswerk wird ausschließlich durch freiwillige Zuwendungen finanziert. Zum Beispiel auch durch Ihre Spende.
Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger
Werderstr. 2, 2800 Bremen 1 · Postscheck Hamburg
(BLZ 20010020) 7046-200 Wir danken für die gespendete Anzeige



für behinderte Menschen

170 Hilfsmittel für den täglichen Gebrauch. Eine Marktübersicht – zusammengestellt vom **Hilfsmitteldienst des Deutschen Roten Kreuzes**

Alphabetische Übersicht kostenlos mit anhängendem Coupon. Persönliche Auskunft, Hersteller- und ungefähre Preisangaben durch **Ihren DRK-Kreisverband**

Coupon

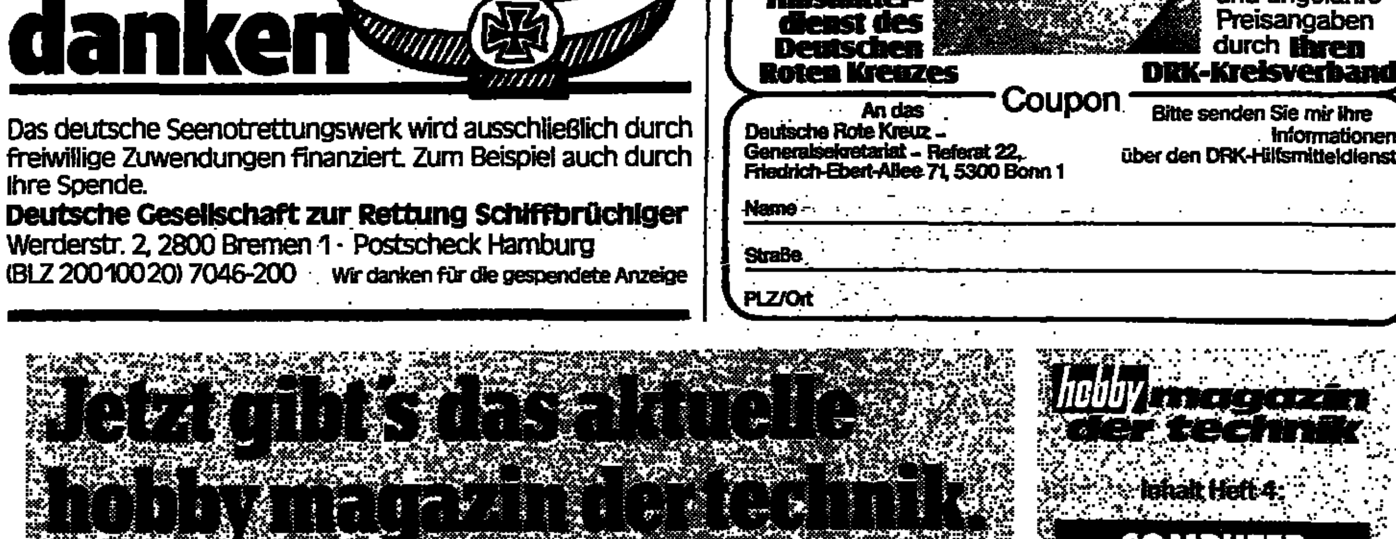
An das Deutsche Rote Kreuz – Generalsekretariat – Referat 22, Friedrich-Ebert-Allee 71, 5300 Bonn 1

Bitte senden Sie mir Ihre Informationen über den DRK-Hilfsmitteldienst

Name

Straße

PLZ/Ort





hobby magazin der technik

Inhalt Heft 4:

COMPUTER EXTRA

Musik, die aus dem Computer kommt.

Tips für die Erstausrüstung: 24 Heimcomputer auf einen Blick.

Computerexperte mit 13 Jahren.

Neue Computer von IBM und Coleco.

AKTUELL

So sieht die Bahn der Zukunft aus.

TV/VIDEO

Der 3D-Trick der US-Forscher.

Mit dem Video-Endoskop durch die Modell-Landschaft.

FOTO

Ausgesuchte Teleobjektive mit super Lichtstärken.

ELEKTRONIK

Radar-Augen suchen nach alten Schätzen.

Bauanleitung: elektronische Türsicherung mit Geheim-Code.

AUTO

Sparsame Automatik-Getriebe von BMW und Toyota.

ENTWICKLUNGEN

Das kleinste Hörgerät.

Die größte Anti-Eis-Maschine.

Der erste Abschuß mit einer Laserkanone.



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 736

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11-13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Precheit

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

XIV. OLYMPISCHE WINTERSPIELE · XIV. OLYMPISCHE WINTERSPIELE

Programm heute

9.00 Uhr: Biathlon: 10 km (Entscheidung)
9.30 Uhr: Eisschnellauf: 1000 m, Herren (Entscheidung)
10.00 Uhr: Ski alpin: Riesenslalom, Herren (1. Lauf)
13.30 Uhr: Ski alpin: Riesenslalom, Herren (2. Lauf/Entscheidung)
15.30 Uhr: Eiskunstlauf: Kurzprogramm, Herren
19.30 Uhr: Eiskunstlauf: Eistanz, Kür (Entscheidung)

Fernsehen

8.50 – 12.00 Uhr (ARD)
Biathlon, 10 km
9.25 – 11.30 Uhr ARD)
Eisschnellauf, 1000 m, Herren
10.00 – 11.30 und 13.30 –14.30 Uhr (ARD)
Ski alpin, Riesenslalom, Herren 1. und 2. Lauf
17.00 – 18.30 Uhr (ARD)
Eiskunstlauf, Kurzprogramm Herren
19.00 – 19.50 Uhr (ARD)
Olympia-Studio, Zusammenfassung vom Tage mit Reportagen und Interviews
21.00 – 22.30 Uhr (ARD)
Eiskunstlauf, Kür Eistanz

WELT-Tip

Riesenslalom, Herren (10 und 13.30 Uhr) – Unser Tip: 1. Pirmin Zurbriggen (Schweiz), 2. Hans Enn (Österreich), 3. Jure Franko (Jugoslawien) – Einziger deutscher Teilnehmer: Egon Hirt (Neustadt)
Biathlon, 10-km-Lauf (9 Uhr) – Unser Tip: 1. Peter Angerer (Deutschland), 2. Eirik Kvalfoss (Norwegen), 3. Fritz Fischer (Deutschland) – Dritter deutscher Teilnehmer ist Walter Pichler (Ruhpolding)
Eisschnellauf, 1000 m, Herren (9.30 Uhr) – Unser Tip: 1. Gaeten Boucher (Kanada), 2. Akira Kuriowa (Japan), 3. Dan Henriksen (USA) – Die deutschen Teilnehmer sind: Uwe Streb (München) und Hans-Peter Oberhuber (Inzell)
Eiskunstlauf, Eistanz (19.30 Uhr) – Unser Tip: 1. Jayne Torvill/Christopher Dean (Großbritannien), 2. Judy Blumberg/Michael Seibert (USA), 3. Natalia Bestemianowa/Andrej Bukin (UdSSR) – Einziges deutsches Paar Petra Born/Rainer Schönborn (Würzburg).

Olympia in Zahlen

EISKUNSTLAUF
Paarlaufen

Gold: Walowa/Wasiljew (UdSSR) 1,4 Punkte.
Silber: Carruthers/Carruthers (USA) 2,8
Bronze: Seleznewa/Makarow (UdSSR) 3,8.
4. Baeß/Thierbach („DDR") 5,6, 5. Lorenz/Schubert („DDR") 7,9, 6. Watson/Lancon (USA) 9,2, ... 13. Massari/Azzola (Deutschland) 17,4.

EISSCHNELLAUF
1000 m der Damen

Gold: Enke („DDR") 1:21,61 Minuten
Silber: Schöne („DDR") 1:22,83
Bronze: Petrussewa (UdSSR) 1:23,21
4. Lalenkowa (UdSSR) 1:23,68, 5. Rothenburger („DDR") 1:23,98, 6. van Gennip (Holland) 1:25,36, ... 8. Holzner 1:25,87, ... 15. Smuda (beide Deutschland) 1:27,05.

SKI NORDISCH
Skilanglauf, 15 km, Herren

Gold: Swan (Schweden) 41:25,6 Minuten
Silber: Karvonen (Finnland) 41:34,9
Bronze: Kiervesniemi (Finnland) 41:45,6
4. Mieto (Finnland) 42:05,8, 5. Nikitin 42:31,6, 6. Simjatow (beide UdSSR) 42:33 6 ... 30. Dotzler 44:02,6, ... 33. Schöbel 44:11,1, ... 37. Schneider (alle Deutschland) 44:51. Behle (Deutschland) hatte aufgegeben.

SKI ALPIN
Riesenslalom der Damen

Gold: *Armstrong* (USA) 2:20,98 Minuten
Silber: Cooper (USA) 2:21,38
Bronze: Pelen (Frankreich) 2:21,40
4. McKinney (USA) 2:21,83, 5. Kiehl (Deutschland) 2:22,03, 6. Fernandez-Ochoa (Spanien) 2:22,14, ... 13. Maria Epple 2:23,65, ... 21. Irene Epple 2:25,52, ... 24. Gerg (alle Deutschland) 2:26,28.

MEDAILLENSPIEGEL
nach 13 Wettbewerben

	Gold	Silber	Bronze
„DDR"	6	6	2
UdSSR	3	4	6
Finnland	2	3	3
Schweden	2	–	1
USA	1	2	–
Norwegen	1	1	2
Deutschland	1	–	–
Italien	1	–	–
Japan	–	1	–
CSSR	–	–	1
Frankreich	–	–	1
Kanada	–	–	1

SKI ALPIN / Marina Kiehl überraschend Fünfte, Irene Epple zu verkrampft

Debbie Armstrong hatte niemand auf der Rechnung

Von MARTIN HÄGELE

Daß eine der Amerikanerinnen Olympiasiegerin im Riesentorlauf werden könnte – das lag auf der Hand. Tamara McKinney, die Weltcup-Siegerin des vergangenen Winters, oder Christin Cooper, die es schon auf 21 Siege bei wichtigen Weltcup-Rennen gebracht hatte, waren fraglos dafür prädestiniert. Doch nun gewann völlig überraschend die 21 Jahre alte Debbie Armstrong.

Wer ist Debbie Armstrong? Selbst die Ski-Experten am Berg Jahorina taten sich schwer, etwas über dieses Mädchen herauszufinden. Sie ist 1,62 m groß und 62 Kilogramm schwer, wurde 1982 durch einen Beinbruch aus der Bahn geworfen. Als die Olympiasaison begann, stand sie in der Weltrang-Liste des Internationalen Ski-Verbandes (FIS) im Riesentorlauf nur auf Platz 28 und verschlechterte sich durch miserable Placierungen in den Dezemberrennen sogar noch um zwei Plätze. Auch in der Abfahrt, ihrer Paradedisziplin, kam sie bisher in diesem Winter nicht voran. Als Nummer 22 der Weltrangliste in dieser Disziplin wurde sie vor Beginn der olympischen Saison geführt, jetzt nimmt sie Rang 29 ein. Bei den Weltcup-Rennen der letzten Saison verblüffte sie zwar bei der Abfahrt in Les Diablerets mit dem fünften Platz, doch im Riesentorlauf riß sie keine Bäume aus. Stolz war die neue Olympiasiegerin bislang immer auf ihren 12. Rang in Vail (USA) und auf ihren Sieg in diesem Winter in Pay St. Vincent (Frankreich). Von der Siegerin in Vail, Tamara McKinney, trennten sie Welten – in Sarajevo gehörte die Weltcup-Siegerin des Winters 1982/83 zu den von ihr Geschlagenen.

Schwere Niederlage für die Schweizerinnen

Die drei Amerikanerinnen Debbie Armstrong, Christin Cooper und Tamara McKinney jubelten. Sie hatten beim olympischen Riesentorlauf fast alles gewonnen, was es zu gewinnen gab: Die Goldmedaille, die Silbermedaille, den vierten Platz und freilich auch beide Läufe: den ersten durch Christin Cooper, den zweiten durch Tamara McKinney, die zum Schluß wie entfesselt fuhr, doch ihre beiden Teamkameradinnen ebensowenig einholen konnte, wie die in Grenoble lebende Pariserin Perrine Pelen, die als Slalomspezialistin recht überraschend die Bronzemedaille im Riesentorlauf gewann.

Zu den Geschlagenen gehörten vor allem die Schweizerinnen. Denn sowohl die dreimalige Weltmeisterin Erika Hess als auch deren Cousine Monika Hess sowie die 17jährige Abfahrerin Michaela Figini, das größte Talent dieses Winters, gingen leer aus. Erika Hess bewies im zweiten Durchgang Kampfgeist, als sie sich vom 13. auf den 7. Rang verbesserte. Michaela Figini kämpfte im zweiten Durchgang mit nur einem Skistock, sie hatte den zweiten unterwegs verloren, verbissen. Doch sie wurde nur Zwölfte.

Normal kann Irene Epple immer ganz genau beschreiben, warum sie ein Rennen verloren hat, welches Tor sie falsch angefahren hat, wo sie die Ideallinie nicht erwischt hat, an welcher Stelle sie sich noch mehr hätte reinhängen müssen oder ob ihr der Servicemann den falschen Ski angeschnallt hat.

Gestern hat die Vorzeigedame des Deutschen Skiverbandes weder eine Erklärung noch eine Entschuldigung über den 21. Platz im Riesenslalom geliefert. Irene Epple: „Am Ski lag es nicht, an der Verletzung auch nicht." Es war wohl wieder ihr Ehrgeiz, der ihr auf dem Weg durch die Stangen im Wege gestanden hat. Wieder einmal war Irene Epple im entscheidenden Moment nicht locker genug. Sie war aus dem Starthaus gestürzt, wie eine, die sich in die Piste verbeißen wollte.

Doch ein solch wichtiges Rennen kann man nicht mit Zähneknirschen und Drauflos gewinnen. Zu aller Motivation und Konzentration gehört beim Skifahren eine Portion Lockerheit. Viel zu viel auf den Kanten sei Irene gestanden, kommentierte Rosi Mittermaier den Lauf des Mädchens, das hier ihre Nachfolgerin als Olympiasiegerin hatte werden wollen. Eine andere Olympiasiegerin vergangener Tage, die Österreicherin Annemarie Moser-Pröll, stellte schon nach den ersten Sekunden von Irene Epples erstem Lauf fest: „So wie die auf dem Ski steht, so wird das nichts." Annemarie Moser-Pröll wertete Epples Versagen im Rahmen der außerordentlichen Situation von olympischen Rennen: „Bei Olympia herrschen eigene Gesetze und da brauchst du eben Nerven."

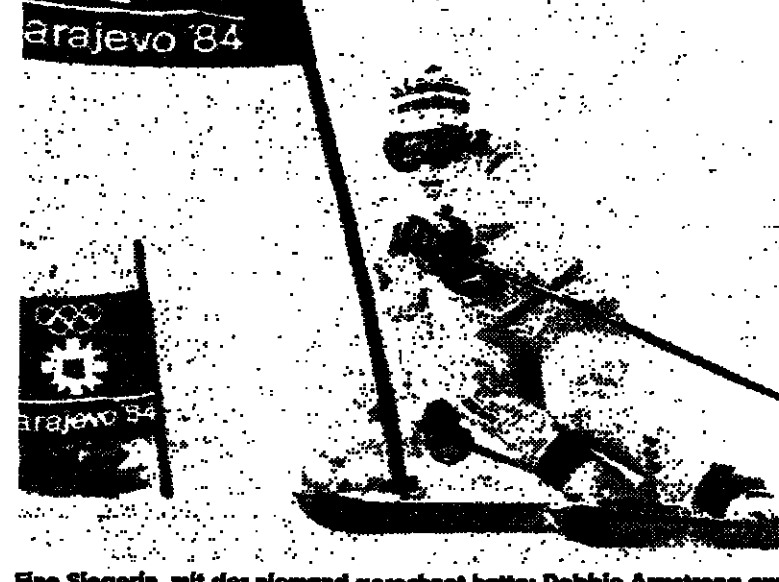
Ja, wenn Irene Epple einen Schuß von der Unbekümmertheit Marina Kiehls besäße. Die junge Münchnerin erreichte mit dem fünften Platz einen wesentlich besseren Rang als sonst bei Weltcuprennen. Marina Kiehl hat sich nie so wie Irene Epple selbst unter Druck gesetzt. Sie fährt Ski, weil es ihr Spaß macht, nicht, weil das Elternhaus von ihr Erfolge erwartet. Ihre Familie habe es nicht nötig, sich im Ruhme der skifahrenden Tochter zu sonnen, hat das Millionärstöchterchen auf die Frage, was ihr Ansporn sei, geantwortet.

Marina Kiehl hat nach ihrem bisher größten Erfolg im Zielraum gestanden, als gehe sie im nächsten Moment einen Hamburger kaufen oder Kaffee trinken. Ja, meinte sie, glücklich sei sie schon. Und dieses Resultat helfe ihr auch, bei der Abfahrt, an der sie auch teilnehmen wird, voll anzugreifen.

Maria Epple zeigte sich nicht enttäuscht

Maria Epple (13.) hatte versucht, sich so natürlich wie möglich zu geben. Nun hatte von ihr nach langer Verletzungspause kaum jemand viel mehr erwarten dürfen. Man hatte lediglich gehofft. Sie habe in ihrer langen Karriere schon so viele Rückschläge erlebt, meinte die Riesenslalom-Weltmeisterin von 1978, da werde sie auch mit dem zehnten Platz bei den Olympischen Spielen von Sarajevo fertig. Maria Epple: „Aber früher hätte mich das bestimmt härter mitgenommen."

Von Michaela Gerg (26.) war in diesem Winter eigentlich die Entwicklung erwartet worden, die Marina Kiehl gemacht hat. Sportwart Kuno Meßmann über die Münchnerin, die die Lücke zwischen den Epple-Schwestern und dem Nachwuchs nun fast geschlossen hat: „Den Charakter von Marina zeigt am besten die letzte Woche. Da stürzte sie im Abfahrtstraining, fiel auf den Hinterkopf und zog sich außerdem eine Schulterprellung zu. Einen Tag später fuhr sie schon wieder die fünftbeste Trainingszeit. Aus diesem Holz sind einfach Spitzenläuferinnen geschnitzt." Leider hat es für sie noch nicht ganz zu einer Medaille gereicht.



Eine Siegerin, mit der niemand gerechnet hatte: Debbie Armstrong aus Seattle gewann für die USA die erste Goldmedaille in Sarajevo. FOTO: AP



Betretene Gesichter im deutschen Lager: Irene und Maria Epple (rechts) sind mit ihrem Abschneiden überhaupt nicht zufrieden. FOTO: AP

EISSCHNELLAUF

Holzner nur Achte

DW./sid, Sarajevo

Das Musterkind des „DDR"-Sports der achtziger Jahre ist die Eisschnellläuferin Karin Enke. Tochter eines Ingenieurs und einer Pädagogin, Studentin der Kunstwissenschaft, dreimal Sprint-Weltmeisterin und zweimal Vierkampf-Weltmeisterin, Olympiasiegerin 1980 und 1984, der Welt erfolgreichste Eisschnelläuferin – Eric Heidens Pendant bei den Damen. Gestern gewann sie ihre dritte Medaille in Sarajevo: Nach Gold über 1500 m und Silber im Sprint war sie auch über 1000 m nicht zu schlagen.

Weder von ihrer Mannschaftskameradin Andrea Schöne noch von der sowjetischen Ex-Weltrekordlerin Natalja Petrussewa, die Dritte wurde. Monika Holzner, die 1000-m-Olympiasiegerin von 1972 in Sapporo, wurde in Sarajevo auf ihrer Spezialstrecke Achte, Sigrid Smuda (Ottabrunn) Fünfzehnte.

Monika Holzner hatte die Chance, sich noch um zwei Platze zu verbessern, wäre sie im Schlepptau der favorisierten Sowjetrussin Natalja Schiwe-Glebowa gelaufen. Doch die Moskauerin stürzte, und so mußte Monika Holzner ihre Rennen allein gegen die Uhr laufen.

Nur die Bronzemedaille blieb über 1000 m für die sowjetische Mannschaft und das verärgerte Boris Baryschew, den Cheftrainer der UdSSR-Eisschnelläufer. Nachdem Karin Enke zum zweiten Mal Gold gewonnen hatte, verließ Baryschew kopfschüttelnd die Arena. Seinen ganzen Ärger drückte er in Zentimetern aus: „Nur 23 Zentimeter war Malkow nach 5000 Metern hinter Gustafsson." Der einzige Trost der UdSSR-Eisschnelläufer ist die überraschende Goldmedaille des Moskauers Sergej Fokitschew über 500 Meter, doch die Sowjetrussen reden vom Zufallstreffer.

SKI-LANGLAUF

Jochen Behle gab auf

sid, Sarajevo

Am Berg Igman erklomm der 22 Jahre alte Schwede Gunde Swan den Gipfel. Beim 15-km-Skilanglauf gewann er die Goldmedaille vor den drei Finnen Aki Karvonen, Harri Kirvesniemi und Juha Mieto. Für Jochen Behle aus Willingen aber war es ein schwarzer Montag. Bei Kilometer neun stieg der Olympia-Zwölfte von 1980 in Lake Placid mit Rückenschmerzen aus.

„Spur gut, Ski gut, Behle schlecht", sagte der Feldwebel, der mit großen Erwartungen in seine Spezialdisziplin gestartet war. Behle: „Immer, wenn es bei mir nicht läuft und ich verkrampfe, meldet sich mein Kreuz. Die Schmerzen wurden immer stärker. Ich konnte bei den Abfahrten kaum mehr in die Hocke gehen. Es hatte einfach keinen Sinn mehr, ich hätte mir mein Gestell nur noch mehr verbogen. Inzwischen ärgere ich mich schon über meinen Entschluß, denn jetzt werden die Leute sagen, der Behle will nicht hinterherlaufen."

„Es gibt nichts zu beschönigen. Wir haben eine vernichtende Niederlage kassiert", sagte Bundestrainer Detlef Nirschl und bot sogar seinen Rücktritt an: „Ich bin der letzte, der an seinem Amt klebt. Wenn man glaubt, in Deutschland einen besseren Trainer zu haben, dann kann man sich Zeit lassen. Mit einem Ausländer als Nachfolger müßte man aber schon hier in Sarajevo verhandeln."

Es war in der Tat ein Debakel für die deutsche Ski-Mannschaft: Behle ausgestiegen, Dotzler 30., Schöbel 33., Schneider 37. „Ein blamables, niederschmetterndes Ergebnis", sagte Nirschl und versuchte zu analysieren: „Wir haben versucht, die Russen zu kopieren. Das ist in die Hose gegangen." Die Russen gewannen auch keine Medaille ...

STANDPUNKT / *Sarajevo – bald ein olympisches Museum?*

Männer mit orangefarbenen Anoraks schaufeln den Schnee auf orangefarbene *Laster. Diese karren* den Schnee fort und kippen ihn in einen Bach. Oder sie bekämpfen den Schnee mit Salz. Orange und Männer mit Schaufeln bestimmen das Stadtbild. In Sarajevo ist Schnee lästig. Die Leute wissen damit nichts anzufangen.

Kaum Schneemänner, keine Kinder mit Schlitten, die in der weißen Pracht Jugoslawiens spielen, die man auf den olympischen Pisten mit Skiern unter den Stiefeln trifft – höchstens eine Handvoll.

Ein Schweizer Ski-Journalist wollte letztes Jahr bei den Arbeitern, die die Strecke präparierten, seine gebrauchten Bretter loswerden. Er hätte sie gerne verschenkt. Doch von zehn Jugoslawen, denen er sie angeboten hatte, bekam er immer nur ein schüchternes „Nein, danke", zu hören.

Die Leute hätten zu den Skiern auch noch Stiefel, Stöcke und Ausrü*stung gebraucht. Auch Freizeit und* Geld für den Liftpaß.

Was sollen sie nur mit diesen sonderbaren Gästen anfangen, die offensichtlich viel Geld besitzen, den Schnee lieben und sich an Sportarten erfreuen, die ihnen fremd sind und für die sie keine Zeit haben.

Da bleibt nur das Staunen über diese Olympia-Menschen. Die Begeisterung der jugoslawischen Bevölkerung für das Fest der Welt-Jugend kann man in Sarajevo in ein Butterbrot packen. Die meisten Jugoslawen verhalten sich wie höfliche Zaungäste. Reservierte Anteilnahme hält, mehr nicht.

In den Lokalen und Restaurants, die sie auch für uns gebaut haben, in denen sie Tag für Tag zusammen Cevapcici und ihre anderen Nationalspeisen essen und mit Slibovitz nachspülen, da sorgen allenfalls die bosnischen Folklorebands einmal für laute Töne.

Der besondere Geist Olympias, den man in früheren Olympiaorten getroffen hat – die dollar-interessierten Hinterwäldler von Lake Placid einmal ausgenommen –, der ist uns noch nicht begegnet.

Was hätte man in dem Langlaufstadion für Feste feiern können, wenn nur genügend fachkundiges Publikum dagewesen wäre. Oder gestern im Ziel des Riesenslaloms. Hätten nicht ein paar Schweizer mit ihren Kuhglocken gebimmelt und Amerikaner ein bißchen Remmidemmi gemacht, man hätte meinen können, Gefühlsäußerungen, Anfeuerungen und Jubel würden hier mit Gefängnis bestraft. Was wird aus Sarajevo, wenn der Schalter, der die olympische Flamme mit Gas speist, einmal umgelegt ist? Was werden die Jugoslawen mit den Sportstätten machen, die Olympia hinterlassen hat?

Sarajevo, schon in in paar Wochen ein olympisches Museum? Sie werden Busse mit Kindern an die Bobbahn fahren, sie werden ihren Freunden, die sie besuchen, die anderen Sehenswürdigkeiten wie die Sprungschanze zeigen, und dabei wird es wahrscheinlich ausgelassener zugehen, als gestern, heute und morgen. Aber es wird noch lange dauern, bis den Menschen aus und in Sarajevo der Schnee auch Freude bereitet.

Auch die Sportler empfinden Sarajevo nicht als angenehmen Wintersportort, wie sie es in St. Moritz oder Kitzbühel gewohnt sind. „Meine Leute müssen mal andere Luft schnuppern", sagt am Montag Österreichs Cheftrainer Karl Kahr und ließ seine Abfahrer Franz Klammer, Erwin Resch und Ernst Höflehner mit einem Privatjet nach Hause fliegen. *Heute nachmittag werden sie wieder* in der Olympiastadt erwartet.

MARTIN HÄGELE

Den Traum von einer Medaille hat Schramm bereits ausgeträumt

Von FRANK QUEDNAU

Morgens um sieben scheint die Welt für ihn schon nicht mehr in Ordnung. Um 7.12 Uhr, der weite Platz vor Pressezentrum und Eishalle ist noch leer, geht er auf und ab, alleine. 42 Schritte zur Straße hin, rechter Hand das Podest, auf dem abends die Medaillengewinner stehen und das er nicht mehr besteigen wird. Wende auf dem rechten Fuß, 42 Schritte in die Gegenrichtung. Jetzt stehen links vor ihm die drei Masten, an denen bei der Siegerehrung die Fahnen aufgezogen werden. Ihm zu Ehren wird da kein Schwarz-Rot-Gold wehen, vielleicht für Rudi Cerne.

Norbert Schramm hat den roten Schal bis über die Nase gezogen. Der Gruß des Berichterstatters, so munter hervorgebracht wie zu dieser Tageszeit möglich, erschreckt ihn. Seine Hände deuten Abwehr an, so als wollte er sich vor Schneebällen schützen, die auf ihn geworfen werden. „Jetzt nicht", sagt er, „wir können später reden." Nein, diesem Mann kann niemand mit lockeren Philosophensprüchen mehr kommen. Mit Immanuel Kant zum Beispiel, weil ja Pflicht die Forderung des Tages ist: „Pflicht, du erhaben großer Name". Er hätte nicht lachen können, schon jetzt nicht mehr, morgens gegen sieben.

Später mit ihm reden? Um 8.24 Uhr schlägt er die Tür zu den Umkleidekabinen hinter sich ins Schloß, will nicht mehr sehen, was die Punktrichter für seine Leistung aus ihrem Kästchen ziehen. Der Russe, Schramm schon immer wohlgesonnen, hält die Täfelchen mit drei und null in der Hand. 3,0 für die sogenannte Vorwärtswende, die ausschaut, als lägen drei Kreise übereinander. Deren Mittelpunkte müssen bei dieser Figur auf einer Linie liegen, die Achse. Carlo Fassi, Amerikaner aus Italien im offiziellen deutschen Mannschaftsdreß, sagt: „Er hat die Achse verlegt." Da ist also etwas schief, aber es klingt, als suchten Schramms neuer Trainer und seine Frau Christa, die den Deutschen bei den Europameisterschaften in Budapest betreute, irgendein Ersatzteil, das noch helfen könnte.

Nichts hilft. Nach der zweiten Figur – schrecklicher Name: Doppeldreierparagraph – verweigert Schramm einem kleinen jugoslawischen Mädchen ein Autogramm. Das Poster mit dem strahlenden, augenblitzenden, zahnpastalächelnden Kür-Norbert aus der deutschen Jugendzeitschrift „Bravo" wird wieder eingerollt. Schramm schlägt noch einmal die Tür zu.

Christian Fass sagt: „Enttäuscht? Schrecklich, schockierend ist das." Vater Gerhard Schramm, zitternd nervös wie sein Sohn, dessen Nase an diesem Tag noch spitzer, die hochgezogenen Wangenknochen noch kräftiger wirken, stößt erregt Gerüchte hervor: „Norbert hätte es sich sparen können, nach Sarajevo zu fahren. Die Bianchetti hat noch gestern bei der Kampfrichterbesprechung die Parole ausgegeben: Cerne muß vor Schramm liegen. Ein Skandal." Woher er das weiß? Achselzucken: „Das weiß doch jeder." Sonja Bianchetti aus Italien ist die Vorsitzende der Technischen Kommission Eiskunstlauf im Internationalen Verband, eine attraktive Dame Mitte 40, von der es heißt, Rudi Cernes Art zu laufen entspräche genau ihrem Geschmack. Aber Schramms Figuren waren schlecht, nichts weiter.

Vor der dritten Figur – noch einmal schrecklicher Name: Schlangenbogenschlinge – wispert es durch die Halle, Schramm habe aufgegeben. Er war ins olympische Dorf gefahren, hatte gegessen und sich in der Zeit verrechnet. Atemlos stand er fünf Minuten, bevor er aufgerufen wurde, doch noch auf dem Eis. Toller Cranston, Eiskünstler vergangener Tage, sagt: „Ich fühle mit ihm. Er war oben, jetzt stürzt er."

Scott Hamilton, der Weltmeister, geht vorbei, freut sich: „Bei der zweiten Figur habe ich die höchste Wertung meiner Laufbahn erhalten. Von Gold rede ich nicht." Hamilton wird aber Gold gewinnen. Doch dann, kommt dann etwa schon Rudi Cerne, der Schramm auf den letzten Metern beider Karrieren so nachdrücklich verdrängt hat, als habe er von Anfang an nur das eine Ziel gehabt, in diesem Jahr noch ein Ausrufezeichen hinter seinen Namen zu setzen? Cerne sagt: „Eine schöne Situation, genau wie bei der Europameisterschaft". Da gab es für ihn Silber. Heiko Fischer ist auch zufrieden: „200 Prozent besser als in Budapest."

So sieht die Reihenfolge nach dem Pflichtprogramm der Herren aus: 1. Hamilton (USA) 0,6 Punkte, 2. Simond (Frankreich) 1,2, 3. Cerne (Deutschland) 1,8, 4. Sabovcik (CSSR) 2,4, 5. Fadejew (UdSSR) 3,0, 6. Fischer (Deutschland) 3,6, 7. Orser (Kanada) 4,2, 8. Boitano (USA) 4,8, 9. Schramm (Deutschland) 5,4 ... 15. Kirsten („DDR") 9,0.

Die Pflicht war die Forderung des Tages, Norbert Schramm hat sie nicht erfüllt. Kreidebleich steht er am Ende *da: „Aus, vorbei, nichts mehr* drin." Dann versucht er einen Witz, doch jeder spürt, daß ihm die Worte gallebitter schmecken: „Jetzt kann ich mir endlich einmal in Ruhe die anderen anschauen, mit denen ich sonst immer um die Medaillen gekämpft habe."

Pflicht wirkt nicht durch Überredung oder Schmeicheleien, nicht durch Koketterie mit Publikum und Punktrichter. Das alles wird Schramm noch einmal in seiner Kür tun. Die Zuschauer werden sich freuen, sie werden jubeln und vielleicht gar nicht begreifen, warum er keine Medaille gewinnt. Sie waren ja bei der Pflicht nicht dabei. Der Philosoph sagt: „Der Weg der Pflicht ist auch der Pfad zum Ruhm." Schramm, sagte man ihm dies jetzt, würde nur müde abwinken. Er haßt die Pflicht, er hat den Pfad verpaßt, weil er die Achsen verlegt hat von Vorwärtswende, Doppeldreierparagraph und Schlangenbogenschlinge. Schreckliche Vokabeln, aber eben die Pflicht.

EISHOCKEY / Norwegen droht der Ausschluß

Deutsches Team wie immer gegen die UdSSR chancenlos

DW. Sarajevo

Das war schon eine undankbare Aufgabe für die deutsche Eishockey-Nationalmannschaft: Bevor es gegen den Weltmeister UdSSR ging, mußte die Mannschaft von Bundestrainer Xaver Unsinn schon 18 Tore gegenüber Schweden aufholen, um noch eine Chance auf den Einzug in die Endrunde zu besitzen. Denn die hohe Tordifferenz hatten die Schweden vorgelegt, nachdem sie nachmittags die Polen leicht mit 10:1 besiegten. In der Gruppe B hat der 19malige Weltmeister Kanada durch ein 8:1 über Norwegen gute Chancen, die Endrunde zu erreichen.

Am Ende gab es für die deutsche Mannschaft wieder einmal eine klare 1:6-Niederlage gegen den Weltmeister. Gerade fünf Minuten schafften es die Deutschen, sich dem Angriffs- und Kombinationswirbel der Spieler aus der UdSSR zu widersetzen. Dann erzielte Makarow bereits die 1:0-Führung. Wenn es ihn überhaupt gegeben hat, dann war in diesem Moment der Widerstandswillen der Deutschen gebrochen. Ohne jegliche Mühe erhöhte der Weltmeister seinen Vorsprung im ersten Drittel auf 4:0. Dabei war der Eindruck nicht einmal falsch: Hätten die Sowjets gewollt, sie hätten bestimmt noch mehr Tore geschossen.

Bei dem Rosenheimer Karl Friesen konnten sich die Deutschen bedanken, daß das Debakel nicht schon früher seinen Lauf nahm. Bundestrainer Xaver Unsinn hatte es seinen Spielern immer wieder eingebleut, daß auf der Strafbank keine Spiele zu gewinnen sind. Nur, seine Spieler hielten sich wieder mal nicht daran. Mannschaftsführer Erich Kühnhackl machte da auch keine Ausnahme. Er ließ sich zu einer Schlägerei provozieren und mußte auf die Bank, auf der bereits der Mannheimer Niederberger saß. Die Sowjets ließen sich nicht zweimal bitten: Sie zogen auf 6:1 davon. Das deutsche Tor erzielte der Kölner Gerd Truntschka, nicht zuletzt deshalb, weil Tretjak mit seinem Schläger im Netz hängengeblieben war.

Am Mittwoch bestreitet das deutsche Team das letzte Vorrundenspiel gegen Italien. Bei einem Sieg winkt das Spiel um den fünften Platz, mehr ist nicht möglich.

*

Der Streit um die Teilnahme von ehemaligen Profis beim Eishockey-Turnier ist neu entbrannt. Nach dem 3:3 gegen Norwegen behaupteten die Amerikaner, mit Björn Skaare habe beim Gegner ein Spieler mitgewirkt, der einen Dreijahresvertrag in der nordamerikanischen Profiliga NHL besessen hätte. Sollte sich diese Anschuldigung bewahrheiten, droht den Norwegern der Ausschluß vom Turnier.

Skaare selbst gab zu, ein Spiel für die Detroit Red Wings in der NHL bestritten zu haben. Zu dem angeblichen Vertrag sagte er aber: „Das ist eine Sache, die ich nicht diskutieren will." Bill Jaieson, der PR-Direktor der Detroit Red Wings, bestätigte in einem Zeitungsinterview, daß Skaare einen Profivertrag unterschrieben habe.

XIV. OLYMPISCHE WINTERSPIELE

Olympia-Splitter

Rücktritt: Der Deutsche Bob- und Schlittensportverband (DBSV) gehört zu den großen Verlierern dieser Winterspiele. Obwohl einige seiner Athleten zu den geheimen Medaillenhoffnungen gezählt wurden, blieben unterm Strich nur mittelklassige Ergebnisse. Die Aktiven zogen jetzt die Konsequenz aus der Diskrepanz zwischen Aufwand und Ergebnis. Nach den Bobfahrern Anton Fischer und Andreas Weikenstorfer, die angesichts der russischen Materialüberlegenheit das Handtuch warfen, erklärte jetzt auch die 20jährige Constanze Zeitz (Königssee) ihren Rücktritt vom aktiven Sport. Sie beendete ihre achtjährige Laufbahn als Rodlerin mit dem neunten Platz in Sarajevo, um sich künftig ausschließlich auf ihren Beruf zu konzentrieren. Berufsziel: Textilingenieur.

Wetterlage: Nach viertägigen Schneefällen schien gestern in Sarajevo erstmals wieder die Sonne. Allerdings ist es erheblich kälter geworden: Am Start des 15-km-Langlaufs wurden minus elf Grad gemessen, in Sarajevo zeigte das Thermometer um 8 Uhr minus sieben Grad.

Verlängerung: Dem Diktat des Wetters ist seit Tagen der Terminkalender unterworfen. Betroffen sind besonders die alpinen Skiwettbewerbe. Wenn sie nicht bis zum Sonntag durchgeführt werden können, sollen die Olympischen Spiele um einen Tag verlängert werden. Darauf einigten sich das IOC mit dem jugoslawischen Organisationskomitee und dem Internationalen Ski-Verband (FIS).

Empfang: Repräsentanten aus Sport, Politik und Kultur folgten der Einladung des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland, Horst Grabert. Er hatte zu einem Empfang für die deutsche Olympia-Mannschaft geladen, doch die eigentlichen Adressaten, die aktiven Sportler, machten sich rar. Trotzdem wurden rund 200 Gäste gezählt, darunter IOC-Präsident Juan-Antonio Samaranch.

Aufstockung: Bei den Winterspielen 1988 in Calgary sollen die Eishockeymannschaften aus 22 Spielern bestehen. Den entsprechenden Antrag auf Aufstockung des Aufgebots von 20 auf 22 Spieler stellte der Eishockey-Weltverband (IIHF). Zur Begründung führte IIHF-Präsident Dr. Günther Sabetzki an, daß diese Regelung bei Weltmeisterschaften seit langem üblich ist: „Außerdem müssen bei jedem IIHF-Turnier dieselben Bedingungen herrschen."

Gold-Probe: Ob die Medaille auch aus Gold ist? Tom Sandberg (Foto), der Olympiasieger in der Nordischen Kombination, hatte da so seine Zweifel. Weil der Norweger der Sache aber auf den Grund gehen wollte, biß er kurz entschlossen in das wertvolle Stück. Er konnte beruhigt sein, die Medaille überstand die Gold-Probe.



Unterschiede: Auf unterschiedliche Art und Weise werden zwei Olympiasieger aus der „DDR" bei ihrer Rückkehr geehrt. Während Jens Weißflog, der Sieger des Skispringens auf der Normalschanze, zum Ehrenbürger seiner Heimatgemeinde Pöhla ernannt wird, bekommt Rennrodel-Olympiasiegerin Steffi Martin eine überdimensionale Schwarzwälder Kirschtorte überreicht.

Junioren-Lager: Sieben junge deutsche Rodler und zwei Betreuer informieren sich an Ort und Stelle über die Wettkämpfe der Rodler. Sie wurden auf Initiative des Deutschen Bob- und Schlittensportverbandes (DBSV) nach Sarajevo geschickt, um dort Erfahrung für zukünftige eigene internationale Aufgaben zu sammeln.

GALOPP / Dringende Fragen müssen möglichst bald beantwortet werden

Was passiert mit Walter Scheel? Was wird aus dem Rennquintett?

KLAUS GÖNTZSCHE, Bonn

Der Galopprennsport und die Vollblutzucht in Deutschland stehen in der nächsten Zeit vor der Frage der *Lösung erheblicher Probleme*, die für die Zukunft des Turfs und der „Krone der Tierzucht" von weitreichender Bedeutung sein werden. Es muß nicht unbedingt Schwarzmalerei betrieben werden, aber eine Zahl verdeutlicht, wie finster es hinter der Glitzerfassade des deutschen Turfs tatsächlich aussieht. Die sieben Rennvereine in Nordrhein-Westfalen haben 1982 einen Durchschnittsverlust von 253 000 Mark zu verdauen gehabt. Die Ergebnisse von 1983 liegen noch nicht vor, aber sie werden auf keinen Fall günstiger ausfallen.

Die 253 000 Mark Durchschnittsverlust sind ein Indiz, daß selbst den größten Optimisten und oberflächlichsten Betrachtern der Szene wachrütteln muß. Erschreckende Zahlen, die bislang nur hinter vorgehaltener Hand geflüstert wurden.

Die Finanzierungsbasis des Galopprennsports hierzulande ist einfach nicht solide genug. Das Fundament der *Finanzierung ist die Rück*vergütung aus der Steuer, die der Sport mit den schnellen Pferden durch die Umsätze an den Wettschaltern (1983: 186,6 Millionen Mark) *selbst aufbringt*. Die Prozentsätze der Rückvergütung sind im Zuge allgemeiner Finanzknappheit von Land zu Land unterschiedlich gekürzt worden. Nordrhein-Westfalen war mit dem Sturz von 96 auf 88 Prozent besonders hart betroffen. Aber auch der noble Internationale Club von Baden-Baden, Ausrichter der Internationalen Rennwoche in Iffezheim, hat jetzt Rennpreise radikal gekürzt, weil die Politiker im Musterländle die Steuerschraube nicht lockerten.

Der ehemalige Bundespräsident Walter Scheel ist im Februar 1981 zum Präsidenten des Direktoriums für Vollblutzucht und Rennen gewählt worden. Man hat vor allem auf die vielen Kontakte Scheels gesetzt. Am Jahresende 1984 läuft Scheels Amtszeit bei der Galopper-Dachorganisation in Köln ab. Die Ansichten, was er tatsächlich geleistet hat, sind in der Branche unterschiedlich, auch wenn man das nicht gern offen ausspricht. Da gab es einen unbestritten werbewirksamen Auftritt in der ARD-Sportschau, aber zuletzt ist es um den Galopper-Präsidenten Walter Scheel doch arg ruhig geworden. Schleierhaft blieb immer, welchen Stellenwert er dem Galopperamt überhaupt einräumte. Scheel ist als selbsternannter „freier Mitarbeiter der Bundesrepublik Deutschland" auch ein Musterbeispiel für Vielämterei.

Scheels Aktivposten bei den Galoppern: Er hat das Problem der Gemeinnützigkeit der Rennvereine wohl gelöst. Auch einige entscheidende atmosphärische Störungen auf politischer Ebene wurden beseitigt, und er versuchte auch, fast verfeindete Interessengruppen des Turfs wieder näherzubringen. Aber das Kernproblem, die Steuerrückvergütung, hat er zumindest bis dato nicht lösen können. Im Ernstfall wird das Thema weitgehend tabuisiert, aber man macht sich durchaus Gedanken über einen Nachfolger für Scheel. Er selbst hat sich auch noch nicht klar geäußert, ob er nun zur Wiederwahl steht oder nicht.

Ferdinand Leisten hätte das Amt vor Jahren wohl liebend gern übernommen. *Aber der ehemalige Kölner* Karnevalsprinz ist nicht mehr der Jüngste und innerhalb des Direktoriums, vor allem von seiten der Rennvereine, kaum noch mehrheitsfähig. Einer der wenigen *ernsthaften* Kandidaten für das höchst undankbare Amt ist der Kölner Richter Heinz Faßbender.

Der 48jährige Jurist ist im Rennsport allseits geachtet. Allerdings: Der jetzt am Oberlandesgericht in Köln tätige Hobbyreiter, der einen Großteil der spektakulären Kölner Strafprozesse der letzten Jahre (Domräuber Ernst, NS-Verfahren Hagen–Lischka–Heinrichson, Nervenarzt Stockhausen) souverän führte, ist über die Grenzen der Domstadt nur wenig bekannt. Für ihn werden sich die Türen zwischen Flensburg und Ruhpolding schwerer öffnen als für Scheel. Ist er aber vorgedrungen, dürfte er fachlich unzweifelhaft bessere Argumente zur Verfügung haben als Scheel, der in Galoppermission doch letztlich nur mit Assistenz glaubwürdig wirken konnte.

Innerhalb der Organisation der Rennvereine kommt man langfristig nicht ohne eine Totaloperation aus. Zukunft, soll sie für den Rennsport nicht ausfallen, hat nur das Modell einer Rennbetriebsgesellschaft. Die bislang häufig bewiesene kleinkarierte Arbeit einzelner Vereine muß beendet werden. Die Zeichen stehen *jetzt günstig, denn in Dortmund* und Neuss verfügt man derzeit über keinen bezahlten Geschäftsführer. Ein Pool mit Köln–Düsseldorf–Krefeld und Neuss als „Rheinschiene" auf der einen und Mülheim–Gelsenkirchen–Dortmund als „Westfalenschiene" auf der anderen Seite kann erheblich kostengünstiger und effektiver wirtschaften. Das jüngste Beispiel aus Düsseldorf (1983: 300 000 Mark Verlust) zeigt, wie dringend der alte Zopf abgeschnitten werden muß. Dem Rennsport ist nicht gedient, wenn man schwache Mitarbeiter auf allen Ebenen mit einer Art Vollkaskoversicherung versieht und sie immer wieder in soziale Hängematten bettet.

Ein ewiges Sorgenkind ist auch die sogenannte Volkswette Rennquintett. Die Zahl der Änderungen in der Spielformel ist kaum noch zu zählen. Ein Patentrezept hat trotz aller Versuche keiner gefunden. Es wird wohl *auch keines geben. Aber: Die Vereine* haben trotz ständig schwindender Umsätze immer noch vom Rennquintett profitiert.

In aller Kürze wird über Leben und Sterben des Rennquintetts entschieden. Es entstünde ein irreparabler Schaden, wenn der Galopp- und Trabrennsport diese Wette kampflos aufgeben würde. Sie wurde doch vor Jahren eingeführt, weil bislang gewährte Steuerzuwendungen aus dem NRW-Kulturetat ersatzlos gestrichen wurden. Ein sonst kaum bezahlbarer PR-Effekt geht zusätzlich verloren. Die als Ersatz ins Auge gefaßte Wette „Turf 5" ist in ihrer derzeitigen Konzeption (mit zwei Gewinnrängen und einem erhöhten Abzug) schon ein Flop, bevor es losgeht. Das Netz der dafür verwendbaren Annahmestellen der Rennvereine und der Buchmacher reicht nicht aus, um bundesweit flächendeckend kassieren zu können, wie es in den Annahmestellen des Lottos (außer im Saarland und Berlin) der Fall war.

Die Verantwortlichen an der Spitze des Turfs (und Walter Scheel) müssen entscheiden, ob sie mit dem Aushängeschild Walter Scheel oder mit einem Fachmann an der Spitze weitermachen wollen.

SPORT-NACHRICHTEN

Smolej: Kein Titel

Frankfurt (dpa) – Walter Smolej aus Ditzingen wurde von der Obersten Nationalen Sportkommission (ONS) für den Automobilsport in Deutschland der Titel des deutschen Rallye-Meisters aberkannt und bis Ende 1988 auf nationaler Ebene gesperrt. Smolej hatte an vier Meisterschaftsveranstaltungen der letzten Saison ohne gültigen Führerschein teilgenommen. Neuer Rallye-Meister ist Erwin Weber (Neufahrn) auf Opel Manta.

Connors besiegt Leconte

Memphis/Chicago (sid) – Jimmy Connors (USA) kam beim Tennis-Grand-Prix-Turnier in Memphis (250 000 Dollar) zu seinem siebten Sieg. Er schlug im Finale Henri Leconte (Frankreich) mit 6:3, 4:6, 7:5 und erhielt 45 000 Dollar Prämie. Das mit 150 000 Dollar dotierte Damen-Turnier in Chicago gewann Pam Shriver mit einem 7:6, 2:6, 6:3 über Barbara Potter (beide USA).

Platz zwei für Weidner

Como (dpa) – Beim Junioren-Weltcupturnier im Fechten belegte Torsten Weidner (Tauberbischofsheim) am Sonntag den zweiten Platz. Er unterlag erst im letzten Kampf mit 8:10 gegen den amtierenden Weltmeister *Lucas Vitalesta (Italien) nach zwei* umstrittenen Kampfrichterentscheidungen.

Thompson besiegt

Toronto (sid) – Dave Steen (Kanada) stellte bei einem Hallen-Leichtathletik-Meeting in Toronto mit 4108 Punkten eine Weltbestleistung im Fünfkampf auf. Er holte sich im 1000-Meter-Lauf in 2:32,23 Min. den entscheidenden Punktevorsprung vor dem Zehnkampf-Weltmeister Daley Thompson aus Großbritannien (4097 Punkte), der mehr als 10 Sekunden langsamer lief.

Pause für Strack

Frankfurt (sid) – Gerd Strack (29) vom Fußball-Bundesligaklub 1. FC Köln muß voraussichtlich vier Wochen pausieren. Der Libero erlitt am vergangenen Samstag im Spiel gegen Werder Bremen (1:4) einen Muskelfaserriß.

Rüping blieb fehlerfrei

Bremen (sid) – Michael Rüping (Itzehoe) gewann auf dem elfjährigen Hengst Silbersee den mit 26 000 DM dotierten Großen Preis von Bremen. Im Stechen gelang ihm ein fehlerfreier Ritt. Erfolgreichste Dressurreiterin war Gabriela Grillo (Mülheim), die den Großen Bremer Dressurpreis auf Losander gewann.

Langer auf Platz fünf

Honolulu (dpa/UPI) – Bernhard Langer (Anhausen) kam zum Saisonstart bei den Offenen Golf-Meisterschaften von Hawaii auf den fünften Platz. Für seine 275 Schläge (69+66+72+68) erhielt er 18 250 Dollar Prämie.

Termin für Nachholspiel

Bonn (sid) – Das am Wochenende ausgefallene Spiel der Fußball-Bundesliga zwischen Bayern München und Kickers Offenbach wird am 13. März (19.30 Uhr) nachgeholt.

ZAHLEN

SCHWIMMEN

„Arena-Meeting" in Bonn, Männer: 800 m Freistil: 1. Dassler („DDR") 7:50,45, 2. Pfeiffer (Deutschland) 7:55,03, 3. Petric (Jugoslawien) 7:56,62. – 4 x 50 m Lagen: 1. „DDR" 1:42,54, 2. USA 1:43,40, 3. Kanada 1:43,46, ... 5. Deutschland 1:43,78. – Frauen: 4 x 50 m Lagen: 1. „DDR" 1:55,82, 2. Kanada 1:57,64, 3. USA 1:58,54, 4. Deutschland 1:58,70.

HANDBALL

Bundesliga, Herren: Schwabing – Bergkamen 28:8, Gummersbach – Lemgo 24:6, Dankersen – Hüttenberg 30:24, Hofweier – Reinickendorf 21:20, Kiel – Großwallstadt 21:16, Essen – Nürnberg 17:12.

1.	Großwallst.	17	13	1	3	348:295	27:7
2.	Schwabing	18	12	2	4	381:347	26:10
3.	Essen	16	10	2	4	288:237	22:10
4.	Gummersb.	17	10	2	5	328:281	22:12
5.	Göppingen	16	10	1	5	363:345	21:11
6.	Rein. Füchse	17	9	2	6	345:341	20:14
7.	Kiel	17	8	2	7	327:323	18:16
8.	Hofweier	17	8	1	8	358:343	17:17
9.	Dankersen	17	7	1	9	314:312	15:19
10.	Hüttenberg	17	6	2	9	367:388	14:20
11.	Lemgo	16	4	1	11	294:342	9:23
12.	Bergkamen	17	4	1	12	314:355	9:25
13.	Günzburg	17	3	2	12	351:410	8:26
14.	Nürnberg	17	4	0	13	299:358	8:26

TISCHTENNIS

Internationale Meisterschaften in Duisburg. Finale: Herren-Einzel: Grubba (Polen) – Waldner (Schweden) 21:11, 21:18, 18:21, 8:21, 21:19.

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Memphis (250 000 Dollar), Finale: Connors (USA) – Leconte (Frankreich) 6:3, 4:6, 7:5. – Herren-Doppel: Fleming/Buehning (USA) – Günthardt/Smid (Schweiz/CSSR) 6:3, 6:0.

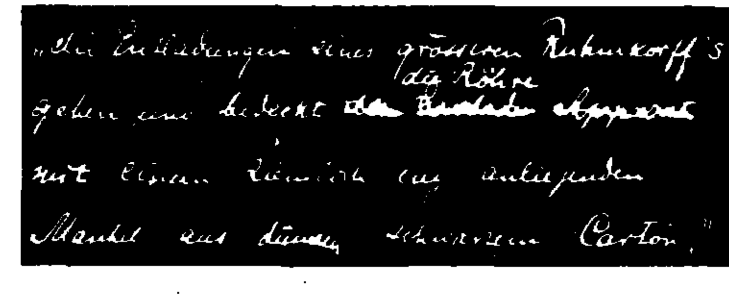
Damen-Turnier in Chicago (150 000 Dollar), Finale: Shriver – Potter (beide USA) 7:6, 2:6, 6:3.

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette „6 aus 45": 4, 10, 19, 22, 23, 36, Zusatzspiel: 30. – **Rennquintett:** Rennen A: 14, 2, 3. – Rennen B: 29, 31, 22. (Ohne Gewähr)

Seit dieser Notiz war der Mensch durchschaut.

Sie stammt aus dem Jahre 1895, aufgeschrieben von Wilhelm Conrad Röntgen*) und verkündet eine wissenschaftliche Sensation: die Entdeckung von Strahlen – von Röntgen selbst X-Strahlen genannt – welche die Eigenschaft haben, Körper mit unterschiedlicher Dichte ohne Brechung zu durchleuchten. Im Labor hatte der Physikprofessor dies zunächst an Papier, Hartgummi, Bleiblechen und an der Hand seiner Ehefrau Bertha getestet.



Dann wagte Röntgen die „Premiere": vor einem staunenden Auditorium der Würzburger Universität durchstrahlte er am 23. Januar 1896 die Hand des Anatomen Albert von Köllicker. Ein Jahrhundertereignis der Physik wurde zur Sternstunde der Medizin. Die wissenschaftliche Welt bedankte sich im Jahre 1901 bei Wilhelm Conrad Röntgen mit der Verleihung des ersten Nobelpreises für Physik.

Auch heute – fast ein Jahrhundert nach der Entdeckung der Röntgenstrahlen – bleibt Forschung Wagnis, kaum vorausberechenbar. Heute mehr denn je bedarf es privater Forschungsinitiativen, damit der Mut zum Risiko auch in der Wissenschaft erhalten bleibt.

*) * 27. 3. 1845 in Lennep; † 10. 2. 1923 in München.

Als Gemeinschaftsaktion der deutschen Wirtschaft für die Wissenschaft fördert der Stifterverband aus Spenden seiner Mitglieder und Förderer und aus den Etats der von ihm betreuten Stiftungen – unabhängig vom Staat – Wissenschaft und Forschung in unserem Land. Auch die medizinische Forschung. Hier sind unsere Schwerpunkte die Krebsforschung – vor allem die Früherkennungsforschung – und die Erforschung der Multiplen Sklerose. Aber auch die Erforschung der körpereigenen Immunabwehr. Bereiche, von denen wir uns immer bessere Heilungschancen versprechen.

Alles, was wir tun, wo immer wir fördern, ob in den Natur- und Geisteswissenschaften oder bei der internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit, aber auch bei der Förderung des Dialogs zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit, dient nur einem Ziel: mitzuhelfen, daß unser Land auch künftig zu den führenden Wissenschaftsnationen zählt.

Schreiben Sie uns, wenn Sie gemeinsam mit uns etwas für die geistige Zukunft unseres Landes tun möchten. Wir informieren Sie gern über alle Möglichkeiten, sich an einer der wichtigsten Gemeinschaftsaktionen unserer Zeit zu beteiligen. Damit wissenschaftlicher Fortschritt unsere Wettbewerbschancen auf den Weltmärkten von morgen sichert.



Das Thema der WELT am 29. Februar '84



Gesundheit – nur noch ein Luxus?

Das Kostendämpfungsgesetz hat tiefe Spuren hinterlassen.

Heilbäder klagen über zurückgehende Besucherzahlen, anderen ist es schon gelungen, sich auf die geänderte Situation einzustellen. Die Verantwortlichen, vor allem in den Verbänden, bemühen sich um Besserung. Aber nach wie vor fragen viele Patienten, welche Chancen sie noch haben, zu einer Kur zu kommen. Viele greifen zur Selbsthilfe, zu bewährten Heilmitteln oder halten sich sonstwie fit.

Die WELT schildert die Situation in einem Report **„Gesundheit – Fitness – Kuren"**.

Kaufen Sie sich diese Ausgabe der WELT. Oder beziehen Sie die WELT im Abonnement. Dann sind Sie täglich weltweit orientiert und versäumen keine der vielen interessanten Sonderveröffentlichungen dieser Zeitung.

Probelieferung kostenlos.
Anruf genügt: (040) 347 47 17

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

An: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Gastleser-Coupon

Bitte schicken Sie mir die WELT zwei Wochen kostenlos und unverbindlich zur Probe.

Vorname/Name: ____

Straße/Nr.: ____

PLZ/Ort: ____

Vorwahl/Tel.: ____

01–880

Mal so und mal anders

-egw – Die österreichischen Schriftsteller – angeblich sind es einschließlich der verbandsmäßig nicht erfaßten an die 2000, oder 0,25 Promille der Gesamtbevölkerung – haben sich in der „Interessengemeinschaft Autoren", kurz IG Autoren, zusammengeschlossen und betreiben unter jungschäumender Leitung eifrig die Einführung des in Deutschland längst bestehenden Bibliotheksgroschens für die Altersversorgung und anderer schöner Dinge, wofür ihnen der Dank des Hauses gewiß nicht gewiß ist. Neuerdings aber haben die in ihren Belangen verdienstvollen Autoren, oder vielmehr die IG Autorengemeinschaft, ein Beispiel von Demokratie gegeben, das festgehalten zu werden verdient.

Nach einem gewaltigen Protest gegen das gesetzlich verankerte Verbot des Films „Gespenster" nahmen sie noch einmal das Wort – um das sofortige Verbot des neu angelaufenen Satelliten-Fernsehprogramms „Sky Channel" (großbritannischer Herkunft) zu fordern, und zwar u. a. mit der Begründung, daß es zu einer „allgemeinen Verflachung des Programms" führen würde. Das heißt also, man ist wegen einer künstlerisch unzulänglichen Leistung eines TV-Programms für ein Verbot, obwohl man sich vorgestern gerade im Namen der Freiheit der Kunst für die Aufhebung eines Filmverbots stark gemacht hatte.

Irgendetwas scheint da nicht zu stimmen. Heißt Demokratie, daß man heute so und morgen so vorgeht? Daß gerade Kämpfer für die Freiheit der Kunst plötzlich für das Verbot von Kunst eintreten, ist doch kurios. Wobei sich noch dazu die IG-Autoren um etwas kümmern, was ihre materiellen Interessen schwerlich berühren kann; denn wie sollte ein ausländisches Fernsehprogramm inländische Autoren schädigen? Da könnten eher die Englischlehrer aufbegehren, die aber dafür offenbar zu klug sind.

Edmund Silberners Folgeband über „Antisemitismus und Marxismus"

Stunde der Opportunisten

Karl Marxens Abhandlung „Zur Judenfrage" hat die Marxisten stets in hohem Maße beunruhigt, weil diese vehemente Polemik gegen Bruno Bauer in ihrer Gleichsetzung von Judentum und Kapitalismus gängige Vorurteile kolportiert und damit dem Antisemitismus schon oft Vorschub leistete. Ungeachtet dessen verkünden Marxisten gern: „Marx Antisemitismus zu unterstellen, wäre völlig verfehlt" (so Ilse Yago-Jung in „Marxisten gegen Antisemitismus", Hamburg 1972). Er habe sich vielmehr von „Antisemiten geprägter Formulierungen (bedient), um damit treffender Bauers Ansichten zu widerlegen" (so Walter Mohrmann in „Antisemitismus", Ost-Berlin, 1972).

Um solche Thesen zu vertreten, bedarf es einer gehörigen Portion Voreingenommenheit. Schließlich hat sichMarx auch in seinem Briefwechsel nicht nur „von Antisemiten geprägter Formulierungen" bedient, sondern war selbst ein einfallsreicher Schöpfer abfälliger und pejorativer Vokabeln, mit denen er Juden gern belegte. Man denke nur an die unzähligen Titulaturen, die er für den „Itzig" Lassalle bereithielt.

Es ist wohl noch recht zurückhaltend formuliert, wenn Otto Rühle *feststellt, man habe bei der Lektüre* von Marx immer das Gefühl, dieser wolle sich demonstrativ „vor aller Welt als Nichtjude deklarieren". Edmund Silberner, der sich seit langem mit diesem Thema beschäftigt, konstatiert demgegenüber: „Marx verfügt hinsichtlich jüdischer Dinge über keinerlei gründliche Kenntnisse", seine Äußerungen entsprängen also nicht dem Wissen, sondern Vorurteilen. „Er nimmt daher unbestreitbar eine Schlüsselstellung in dem ein, was man mit einem neuen, aber treffenden Terminus nicht umhin kann, als die antisemitische Tradition des modernen Sozialismus zu bezeichnen."

Dieser Satz beschloß das Kapitel über Karl Marx in dem Band „Sozialisten zur Judenfrage", der 1962 erschien und sofort erbitterte Anfeindungen auslöste. Silberner wies damals nach, daß die beliebte Behauptung, der Sozialismus und die Sozialisten seien grundsätzlich nicht antisemitisch, eine fromme Lüge war. „Silberner will nicht in erster Linie Marx als Person treffen, sondern zielt auf dessen theoretisches Werk", schrieb daraufhin Walter Mohrmann. „Dem Marxismus steht er als Apologet des Imperialismus feindlich gegenüber. Charakteristisch für seine politische Absicht und für seine unwissenschaftliche Arbeitsweise ist übrigens, daß er – obwohl seine Untersuchungen bis in das Jahr 1914 gehen sollen – sowohl Lenin wie auch die revolutionäre Bewegung im zaristischen Rußland vollkommen aus seinen Erörterungen ausschließt."

Dieser Satz gilt nun nicht mehr, denn soeben hat Silberner den Folgeband zu seiner damaligen Arbeit, „Kommunisten zur Judenfrage" (Westdeutscher Verlag, Opladen, 404 S., 46 Mark), vorgelegt, in dem er seine Forschungen just bis zu Stalins Tod fortsetzt.

Das Ergebnis wird aber bei Marxisten kaum Hochgefühle auslösen, und auch für Sozialisten fällt es recht zwiespältig aus. Auch die Sozialdemokraten, so zeigt sich,waren nicht von Antisemitismus frei, wenn er bei ihnen auch nie Parteidoktrin gewesen ist. Die Kommunisten neigten dagegen stets dazu, dem Antisemitismus aus Opportunismus gegenüber potentiellen – vermutet antisemitischen – Wählern ungeniert zu huldigen.

Silberner beginnt das neue Buch mit den beiden Kapiteln über Marx und Engels, die sich bereits in dem ersten Band fanden. Im zweiten Teil charakterisiert er dann das Verhältnis zu den Juden bei Rosa Luxemburg („Es scheint mir, daß sie nicht jeden Gefühls für das leidende Judentum bar war. Doch hat man den Eindruck, ... daß sie, obwohl selbst jüdischer Abstammung, gefühlsmäßig den Juden ganz fremd gegenüberstehe."), bei Lenin (der zwar gegen den Antisemitismus, aber auch voll Ingrimm gegen die jüdische Arbeiterpartei „Bund" schrieb), bei Trotzki und bei Stalin („Er war ein prinzipienloser, pragmatischer Antisemit").

Von Stalin ist auch immer wieder im dritten Teil des Buches die Rede, der das Verhältnis der kommunistischen Parteien zum Judentum in der Sowjetunion, im Vorkriegspolen und in der Volksrepublik, im Weimarer Deutschland und (allerdings zu kursorisch) in den ersten Jahren der „DDR" analysiert. Dabei wird deutlich, daß Marxens Schlußfolgerung „Die gesellschaftliche Emanzipation des Juden ist die Emanzipation der Gesellschaft vom Judentum" sich weder nach der Oktoberrevolution, noch nach der Osteuropa aufgezwungenen „Revolution von Außen" erfüllte. Vielmehr erwies sich sehr schnell, daß der Kommunismus unfähig war, die Judenfrage anders als mit Gewalt zu lösen.

Dabei wirkten immer noch die ehemaligen Spannungen zwischen den Bolschewisten und dem „Bund" (Allgemeiner Jüdischer Arbeiterbund in Litauen, Polen und Rußland, eine sozialistische, antizionistische jüdische Arbeiterpartei, die für eine gewisse politische und eine weitgehende kulturelle Autonomie der Juden eintrat) nach. Der „Bund" wurde von Lenin mit der Floskel bekämpft: „Jüdische nationale Kultur – das ist die Losung der Rabbiner und Bourgeois, die Losung unserer Feinde." Trotzdem kam es nach Lenins Tod zur Gründung eines „atheistischen Judenstaates" in Birobidschan, an der fernöstlichen Grenze zu China. Das Projekt ist jedoch gründlich gescheitert, obwohl es noch heute pro forma ein „Autonomes Jüdisches Gebiet" in der Sowjetunion gibt, in dem allenfalls zehn Prozent der Einwohner Juden sind. Silberner schildert diese widerspruchsvolle Politik ausführlich und mit vielen Details.

In den innerparteilichen Auseinandersetzungen gegen Trotzki, Sinowjew und Kamenew und, nach dem Krieg, gegen jüdische Intellektuelle wußte Stalin geschickt mit der gezinkten „antizionistischen Karte" aufzutrumpfen. Nicht anders war es in den sowjetischen Satellitenstaaten, als der konstruierte „Fall Noel Field" zu einer „zionistischen Verschwörung" mit tödlichen Konsequenzen für Laszlo Rajk, Rudolf Slansky und viele andere aufgeblasen wurde. Auf diese bekannten Fälle geht Silberner nicht weiter ein. Er dokumentiert mit einer erstaunlichen *Materialfülle* den alltäglichen Antisemitismus der Kommunisten, der nicht zuletzt von den Juden in den kommunistischen Parteien selbst, z. B. in der Jewsekzija, der jüdischen Sektion der RKP(B), forciert wurde. Denn diese Männer, geplagt von ihren „Judenschmerzen", sahen mit Lenin nur zwei Wege zur Lösung der Judenfrage: „Assimilation oder Absonderung!"

Daß in den letzten Jahren gerade in den kommunistischen Ländern das jüdische Selbstbewußtsein gewachsen ist und zu einer starken Bürgerrechtsbewegung führte, widerlegt die simplen Theorien von Marx und Lenin. Das Verhältnis der „Kommunisten zur Judenfrage" ist, wie Silberners Untersuchung lehrt, von der Unfähigkeit geprägt, die Realitäten zu erkennen. Deshalb ist der Sozialismus/Kommunismus auch nicht in der Lage, diese Jahrhundertfrage zu lösen.

PETER DITTMAR

Der Film „Brainstorm"

Jubilierende Engel im Wolkenreich

Die viel zitierten und viel gefürchteten neuen Medien, sie wären wohl nur eines müden Lächelns wert, würde die Zukunftsvision in diesem Film Wirklichkeit: in einem Forschungslabor wird ein Gerät entwickelt, das den direkten Kontakt von einem menschlichen Gehirn zum anderen ermöglicht – ohne das Medium Sprache dazwischen, das die Feinheiten des Denkens und Fühlens vergröbert, wenn nicht gar unterschlägt.

Ein Film also, der gegenwärtige Medien-Hoffnungen oder -Ängste übertreibt (und so transparent machen könnte), ein Thema, das einiges verspricht. Ein Film leider aber auch, der die geweckten Hoffnungen ziemlich enttäuscht. Das dürfte wohl in der Person des Regisseurs Douglas Trumbull begründet liegen. Denn Trumbull ist der Mann, der für die großen Science-fiction-Filme Hollywoods die Spezialeffekte macht. So hat er für Steven Spielbergs „Unheimliche Begegnung der dritten Art" das lichtstrahlende Ufo und für Ridley Scotts „Blade Ronner" die futuristische Stadt entworfen.

Und wenn Filme wie diese so sehr von der Technik leben, daß die Regie nicht mehr so wichtig ist, dann fordert es offenbar auch dann seinen Tribut, wenn beides in einer Hand liegt. Denn bei „Projekt Brainstorm" überwältigt sehr schnell die Elektronik die Story. Erstere freilich ist makellos, denn schließlich ist Trumbull ein Meister seines Fachs.

Aber eben die Geschichte. Trumbulls Film ist im Grunde auf eine Medien-Vision angelegt. Was wird aus einer Welt der totalen Kommunikation, in der zum ersten Mal in der Geschichte ein Mensch einen anderen wirklich „versteht", in der es keine geheimen Gedanken gibt und auch keine Lügen mehr? Wer profitiert davon? Wo liegen die Chancen und die Gefahren? Aus diesen Fragen ließen sich ja auch durchaus Schlüsse für unsere heraufziehende Medienzukunft ziehen.

Trumbull aber verweigert sich ihnen, macht höchstens Andeutungen – beispielsweise, wenn das Projekt von der Regierung für Machtzwecke übernommen wird. Statt dessen verliert er sich in mythisch-mystischen Weiten, und deutlich wird, daß er sich von Stanley Kubricks Menschheitsvision „2001" hat inspirieren lassen.

Eine Wissenschaftlerin (Louise Fletcher) wird am Steuerpult von einem Herzanfall erwischt und zeichnet ihren Tod auf Band auf. Der Kollege (Christopher Walken) kann es sich nach vielerlei Fährnissen in sein Gehirn einspielen lassen und erlebt, daß die Seelen tatsächlich in den Himmel kommen. Am Ende sieht man Heerscharen der Engel in ein jubilierendes Wolkenreich einziehen, und da ist dann die Grenze zur unfreiwilligen Lächerlichkeit entschieden überschritten.

SVEN HANSEN

Das American Craft Museum in New York zeigt eine Roboter-Ausstellung

Der blecherne Kollege frißt Bohnen

Wer meint, hinter dem New Yorker Museum mit dem etwas unglücklichen Namen „American Craft Museum" verberge sich eine Hochburg von Macramé, Töpferei und Batik-Gehängen, der hat sich weidlich getäuscht. Denn gerade dieses Museum zeichnet sich durch seine unternehmenslustigen Ausstellungen („Wearable Art", „The Iron Age") aus, ebenso wie durch seine Offenheit gegenüber allen möglichen Strömungen des Kunsthandwerks. Wobei der Begriff „Kunsthandwerk" kaum großzügiger interpretiert werden könnte: Momentan gibt es im American Craft Museum nämlich „The Robot Exhibit – History, Fantasy, Reality", eine Roboter-Ausstellung zu sehen.

„Computer sind langweilig", sagt deren Organisator Robert Malone, „wir brauchen den Roboter, um den Computer zu vermenschlichen." Roboter, das wird in dieser Ausstellung deutlich, sind höchst unterhaltend: Jahrtausendelang haben sie Dichter, Wissenschaftler, Künstler und Erfinder zu Phantasien einer automatisierten Zukunft inspiriert, die abwechselnd rosig oder abschreckend ausfielen. Schon die Griechen träumten von „Mägdlein aus Gold, wie lebendige Mädchen" (Ilias), die dem schmiedenden Gott Hephaistos als Assistenten dienen sollten. Indische Legenden erwähnen automatisierte Elefanten, und in der Prager Legende vom „Golem" wird ein Lehmkloß zum Leben erweckt, um dem hochgelehrten Rabbi Löw als Diener zur Hand zu gehen und dann, als die Christen einen Pogrom vorbereiten, als Retter der Juden zu wirken.

Das Zeitalter der Vernunft brachte eine wahre Schwemme von sprechenden, tanzenden und sonstwie animierten Automaten. Berühmt wurden die schreibenden und orgelspielenden Figuren von Vater und Sohn Jaquet-Droz. Und der Franzose Jacques Vaucanson verstieg sich gar zur Konstruktion einer Ente, die so etwas wie Stuhlgang produzierte. Der tschechische Schriftsteller Karel Čapek endlich gab dem Roboter Anfang dieses Jahrhunderts seinen Namen: Sein Drama „R. U. R." sorgte dafür, daß der blecherne Kollege des Menschen zur allgegenwärtigen Präsenz in Science-Fiction-Romanen, -Filmen und in der Kunst wurde. Längst haben sich solche menschenähnlichen Plastikgestalten, oft sehr primitiv, manchmal auch kompliziert einfallsreich, piepsend und schnurrend die Kinderzimmer erobert. Und wer die Pop-Wellen im Rundfunk einschaltet, wird häufig genug von den monotonen Roboterstimmen, die als besonderer Effekt per Computer produziert werden, begrüßt.

In unserer Zeit mochten da die Künstler nicht länger den Technikern und Bastlern dieses Feld überlassen. Jean Tinguely produzierte zahlreiche mechanisierte Kunstwerke, darunter die Ball-werfende Skulptur „La Rotazazza". Nam June Paik experimentierte in den 60er Jahren mit kinetischen Skulpturen in Roboter-Form und greift die Idee der verdauenden Ente wieder auf: Sein Robot K 456 (1964) hat ein Radio mit zwanzig Stationen, läuft, spricht und sondert verdaute Bohnen ab.

Die Schaukästen der Ausstellung zeigen, welche Fortschritte gerade die Wissenschaft der „Robotics" in den letzten Jahren gemacht hat. Während der Roboter der 60er und 70er Jahre noch ein ungeschlachter, fast rührender Blechkamerad war – ein sogenannter „robot pet" wirkt wie eine Mischung aus einer Ziege, einer Zahnbürste und einem Staubsauger –, sind gerade die „personal robots" von heute Wesen von fast italienisch-windschlüpfrigem Zuschnitt.

Auch wenn sie noch längst nicht so hochentwickelt sind wie ihre Kollegen, die Industrieroboter (die seit Jahren emsig in der Industrie und im Weltraum tätig sind), so können sie doch schon einiges: „Topo", z. B., ein kindgroßer, programmierbarer und vielsprachiger Robot, läßt sich als Lehrer und Unterhalter einsetzen. „Der intelligente Robot" wird der kleine RB5X genannt: Er kann Radio-Funkdienst erledigen, folgt dem Befehl einer menschlichen Stimme, spricht LOGO, eine Computer-Sprache, reproduziert Geräusche, kann navigieren und Feuer nicht nur melden, sondern auch löschen. Sagt sein Konstrukteur von diesem Wunderwesen: „Er ist fabelhaft – und er wird jeden Tag schlauer."

VERA GRAAF



Lehrer und Unterhalter: Der Roboter „Topo". FOTO: KATALOG

KULTURNOTIZEN

Youssef Chahine, namhafter Regisseur aus Ägypten, ist in Frankreich zum „Commandeur des Arts et des Lettres" ernannt worden.

Ein Mini-Elefant aus der Vorzeit, 200 000 Jahre alt, ist in einem Steinbruch bei Palermo gefunden worden.

Ralph Erskine, schwedischer Architekt, ist mit dem Wolf-Preis für Architektur ausgezeichnet worden.

Der „Paul-Beiersdorf-Preis" ist an die Mediziner Raimund Erbel und Wolfgang Kasper für Arbeiten auf dem Gebiet der Herzdiagnostik verliehen worden.

Eine Fred-Astaire-Retrospektive wird die 1. Tanzbiennale von Lyon vom 4. Juni bis 7. Juli bieten.

Ein vollständiges chinesisches Stabpuppentheater ist im Foyer des Lübecker Hotels „Lysia" zu sehen. Es wird von einem Kölner Kunsthändler zum Verkauf angeboten.

Colette, der französischen Schriftstellerin, wird in ihrem Geburtsort Saint-Sauveur-en-Puisaye noch in diesem Sommer ein Museum eingerichtet werden.

Der Film „Under Fire" von Roger Spottiswood, ist auf dem Filmfestival von Limoges mit dem Großen Preis ausgezeichnet worden.

Ein jiddisches Liederfestival mit Beiträgen aus der Bundesrepublik und Schweden wird am 29. März im Wuppertaler Opernhaus stattfinden.

Alois Köchl, 1951 in Klagenfurt geboren, ist jetzt zum neuen „Stadtzeichner von Nürnberg" ernannt worden.



Tragikomödie des Leerlaufs: Krista Posch als Lena und Jan Eberwein als Leonce in der Düsseldorfer Aufführung FOTO: AP

„Leonce und Lena" unter H. König in Düsseldorf

Laßt ihn in Anklam!

Wie eine typische „DDR"-Karriere aussieht, ist derzeit aus der Theaterzeitung des Düsseldorfer Schauspielhauses zu erfahren. Nach Abitur und Chemiestudium ist man nacheinander Gießerei- und Transportarbeiter, man volontiert bei einer Zeitung und wird Filme kritisierender Redakteur. Nach fünf Jahren Studium der Theaterwissenschaft avanciert man über die Dramaturgie zum Regisseur.

So erging es Herbert König, Jahrgang 1944, der jetzt mit seiner Frau, der Schauspielerin Dagmar Cron, in Düsseldorf wohnt und arbeitet. Als er im Oktober 1983 die „DDR" verließ, hatte man ihn – nach Anfängen in *Magdeburg und Arbeiten in* Brandenburg, Dessau und Berlin – an immer kleinere Bühnen vermittelt: nach Zittau, Greifswald und Anklam.

Prompt glaubt man hierzulande, man habe es mit einem Aufmüpfigen zu tun, einem Unbequemen, den man dortzulande zu züchtigen unternahm. Wählt er für seine erste Inszenierung in der Bundesrepublik „Leonce und Lena", so ist man vollends davon überzeugt, er werde über die Bühne Systemkritik vorbringen. Schließlich gilt Georg Büchners melancholisches Meisterwerk unter anderem als Tragikomödie des Leerlaufs und der Frustration – so meinte es jedenfalls, als er 1966 den Büchnerpreis empfing, Wolfgang Hildesheimer.

Herbert König, das wird schnell klar, meint es so nicht. Unklar bleibt, wie er es überhaupt meint. Denn er hat allenfalls heraus, daß der Text die ohnehin schmale Handlung immerfort aufhält. Ohne viel zu fragen, warum Büchner so verfuhr, bezieht der Regisseur daraus die Anweisung: Handlung – also Bühnengeschehen – selber erfinden!

Prinz Leonce und Valerio prügeln sich, man holt einen Mund voll Wasser aus dem Zimmerspringbrunnen im Hintergrund und spuckt ihn dem anderen in den Schuh. Spricht man von Wein, trinkt man prompt Bier und divertiert sich anschließend mit dem Werfen von Kronkorken. Valerio führt Zirkus-Zauberkunststückchen vor. Gipfel aller „revolutionären" Regieeinfälle: Lena wird von der Gouverante splitternackt ausgezogen, als Braut eingekleidet – und auf geht's auf hochhackigen Pumps quer durch die deutsche Kleinstaaterei.

Auf die politischen Umstände in Metternichs Deutschland fehlt indes jeder Hinweis. Von den vielen Grenzen ist keine Rede. Die Polizisten, die Hofschranzen, die jedewedem Herrscher verläßlich zujubelnden Bauern: alles das ist gestrichen. Ganz ohne König geht es freilich nicht, aber der kleidet den Präsidenten an, nicht sich selbst. Erscheint dann noch Rosetta als alterndes Playmate mit rauchigem Whiskylachen und wird endlich die Begegnung der Liebenden auf stockfinsterer Bühne nur gesprochen, so offenbart sich die ganze Hilfslosigkeit dieser Inszenierung.

Sie hat sichtlich nur im Sinn, den „entsetzlichen Müßiggang" aller Figuren darzustellen, um Büchners Satz an Gutzkow zu illustrieren, man möge „die abgelebte moderne Gesellschaft zum Teufel gehen lassen." Deswegen hält der Regisseur alle Schauspieler zu ganz entspanntem, tröpfelndem Sprechen ohne allen Ausdruck an. Er stellt also nicht Langeweile dar – das kann hochinteressant sein! –, er stellt sie her. Die „DDR"-Oberen waren wohl diesmal recht beraten, als sie Herbert König in die tiefste Provinz schickten. Da gehört er, nach dieser Talentprobe jedenfalls, wirklich hin.

KATRIN BERGMANN

M. Trojahn in der Hamburger „opera stabile"

Seebilder der Seele

Seit das Todesurteil über die noch aus Everdings Zeiten stammende Studiobühne der Hamburgischen Staatsoper gesprochen ist, sind an der sogenannten „opera stabile" geradezu hektische Aktivitäten ausgebrochen. Es sind Aktivitäten speziell für neue Musik, die denn auch weit mehr als verbale Appelle der Musikfunktionäre dazu angetan sind, die Notwendigkeit dieses kleinen, aber kregelen Opern-Anhängsels als Experimentierfeld besonders für junge Komponisten und ihre Entwicklung in engem Konnex mit dem Publikum einsichtig zu machen.

Als Höhepunkt demonstrativer Rettungsmanöver haben die „Opera-Stabilisatoren" jetzt dem Ehemals-Hamburger Manfred Trojahn ein regelrechtes Wochenend-Festival ausgerichtet. Der heute 35jährige Komponist, bei Diether de la Motte geschult, hat sich über einen Mangel an Preisen und Stipendien nie beklagen können. Klug hat er das alles für Szenenwechsel von Hamburg nach Rom (Villa Massimo), Paris und jetzt Berlin genutzt, die seine kompositorische Sprache gestählt und zugleich aus der schweren Düsternis der früheren Jahre heraus zu größerer Lockerheit geführt haben.

Solch sanfter Ausbruch aus der expressionistisch extrem aufgeladenen Darstellung innerer Krisen gilt allerdings nicht für seine fünfsätzigen „See-Bilder". Sie wurden jetzt erstmals – mit der Uraufführung der beiden letzten Stücke – als Zyklus von den Hamburger Philharmonikern aufgeführt und ließen eine Reihe älterer Abonnenten doch von ihren Sitzen hochfahren und die Flucht ergreifen. Sie sind in der Tat alles andere als leichte Kost, diese Tagebücher innerer Verstörungen eines Unbehausten, in denen sich Trojahn der todessüchtigen Gedichte des Expressionisten Georg Heym bedient, um seinen eigenen Zerrissenheiten und Ängsten beklemmend Ausdruck zu geben.

„Ich bin einfach der leidenschaftlichste Mensch, der existiert; doch hat noch keiner gemerkt, daß ich auch der zarteste bin", so hat sich der verzweifelte Heym einmal selbst porträtiert. Dieser Kontrast scharf divergierender Empfindungen prägt auch das imponierende See- und Seelen-Gemälde Trojahns, das seine Affinität zur Spätromantik, zu Sibelius oder auch Mahler nicht leugnet, aber doch sehr viel Eigenprägung besitzt und mit seinen grellen Blech- und Schlagzeug-Attacken, seinem elegischen Espressivo und seinen gespenstisch aufleuchtenden Klangfarben-Brechungen starke Wirkung macht. Hört man die „See-Bilder" in toto, sind allerdings noch gewisse Gleichförmigkeiten, eine Neigung zum stimmungsmäßig Zerfließenden als Gefahren zu erkennen, die auch die vorzügliche Wiedergabe unter Sylvain Cambreling mit Irène Jarsky nicht ganz verdecken konnte.

Ein Defizit, das auch im 1979/80 komponierten zweiten Streichquartett (mit Trakl-Gedichten) spürbar wurde. Bei aller offenkundigen handwerklichen Souveränität, allem instrumentalen Klangraffinement wollte dieses zur monströsen Siebensätzigkeit aufgetürmte Streichquartett mit Klarinetten- und Sängerinnen-Einsatz formal nicht voll befriedigen. Auch blieb das Gegenspiel der einzelnen Sätze zu vage und unartikuliert.

Das ist ganz anders in der an diesem Wochenende uraufgeführten Cello-Sonate Trojahns. Stärker noch als in der ebenfalls im vergangenen Sommer in Südfrankreich entstandenen Geigen-Sonate sind Form und Ausdruck hier gebändigt und in spannungsvolle, extremer Virtuosität verpflichtende Übereinkunft gebracht.

KLÄRE WARNECKE

JOURNAL

Die Erfolge des Nationalmuseums

dpa, **Nürnberg**

Mit der Ausstellung „Schätze der Astronomie", die in der Galerie d'Information an der Hauptstraße von Tunis zu sehen war, geht eine nahezu einjährige Präsentation des Germanischen Nationalmuseums Nürnberg in Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas zu Ende. Etwa 130 000 Menschen haben die astronomische Instrumente vom 11. bis 18. Jahrhundert gesehen, die den wesentlichen Beitrag, den die islamisch-arabische Welt zur Entwicklung der abendländischen Astronomie leistete, verdeutlichen.

Die Ballettwoche in Frankfurt

Reg. **Frankfurt**

Mit einer Neueinstudierung von Crankos „Schwanensee" eröffnet Egon Madsen am 4. März die Ballettwoche der Städtischen Bühnen Frankfurt. Ebenfalls auf dem Programm stehen Crankos „Romeo und Julia", Tetleys „Pierot lunaire" sowie „Kreisleriana" von Patrice Montagnon und „Konzert für Klavier und Bläser" des designierten Zürcher Ballettchefs Uwe Scholz. Mit der Wiederaufnahme der abendfüllenden *„Gänge" von William* Forsythe endet am 10. März die Ballettwoche.

Gouachen, Zeichnungen von Fernand Léger

DW. **Münster**

Nach Hamburg zeigt jetzt das Westfälische Landesmuseum in Münster die Übersicht über das zeichnerische Werk von Fernand Léger (1881-1955). Sie umfasst mehr als hundert Blätter aus allen Arbeitsphasen des Künstlers. Die Ausstellung ist bis zum 18. März zu sehen. Der Katalog mit Abbildungen aller ausgestellten Werke kostet 25 Mark.

Bruno Schmialek in Schloß Wolbeck

DW. **Münster**

An den oberschlesischen Künstler Bruno Schmialeck erinnert das Westpreußische Landesmuseum in Schloß Wolbeck (Münster) mit einer umfangreichen Ausstellung. Gezeigt werden Gemälde, Aquarelle, Zeichnungen und Holzschnitte. Dabei wurde das Schwergewicht auf einen Vergleich gleichartiger Themen im Früh- und Spätwerk gelegt. Die Ausstellung ist bis zum 7. April zu sehen.

Lovro von Matačić 85

In ihm rumort musikalisch noch das Kaiserreich, die k. u. k. Donaumonarchie, in deren Vielvölkerverbund Matačić hineingeboren wurde. Er begann seine musikalische Laufbahn als Sängerknabe in Wien. Er wurde Chorleiter der Kölner Oper, an der er als Zwanzigjähriger auch zu dirigieren begann. Das Philharmonische Orchester Belgrad und die dortige Oper hießen ihn noch vor dem Krieg als Chef willkommen. Der Nachkrieg sah ihn in Dresden und Ost-Berlin in leitender Stellung am Pult. Er wurde aber auch der künstlerische Anreger und Mitbegründer, die stärkste musikalische Kraft der Festspiele von Dubrovnik. Frankfurt rief ihn als Nachfolger von Solti ans Opernhaus. Chicago, Wien, Mailand wurden Fixpunkte seiner Arbeit. Matačić wurde ein Interpret der musikalischen Hoch- und Spätromantik in ihren gewaltigsten Ausformungen. Aber sein Herz schlug auch für Monteverdi und Lehars Hanna Glawari, die „lustige Witwe". Ein Stückchen Danilo hielt Lovro von Matačić immer in sich lebendig: ein Grandseigneur, ein Causeur der Musik, ein sinfonischer Großgrundbesitzer.

gtl

Julio Cortazar †

dpa/UPI, **Paris**

Der argentinische Schriftsteller Julio Cortazar, der seit 1951 in Frankreich lebte, ist im Alter von 69 Jahren in Paris gestorben. Die Prosa des in Brüssel geborenen Sohnes von Argentiniern hatte der spanischsprachigen Erzählkunst neue Wege geöffnet. In ihr durchdringen sich Phantasie und Realität auf meisterhafte Weise. 1974 erhielt der Argentinier für „Le livre de Manuel" den französischen Medicis-Literaturpreis für Ausländer. Das Buch „Les fils de la vièrge" gab den Rahmen für den erfolgreichen Film „Beruf: Reporter" von Michelangelo Antonioni. Cortazar schrieb alle seine Bücher in spanischer Sprache.

G. Wakhewitsch †

dpa, **Paris**

Der Maler und Bühnenbildner Igor Wakhewitsch ist im Alter von 76 Jahren in Paris gestorben. Er arbeite u. a. mit den Filmregisseuren Jean Renoir, Marcel Carné und Jean Cocteau zuzsammen. Außerdem stattete er mehr als 150 Theaterinszenierungen, u. a. bei den Salzburger Osterfestspielen, Covent Garden in London, der Mailänder Scala und der Met in New York, aus.

Vom jährlichen, zeitlich begrenzten Ausbruch britischer Heißblütigkeit

Von FRITZ WIRTH

Einmal im Jahr entdecken die Briten, denen man ja nachsagt, daß sie in Liebesdingen das Temperament der Eskimos entwickeln, den unwiderstehlichen, nach Liebe dürstenden Romeo in sich. Und weil sie selbst wohl fürchten, daß dieser Anflug plötzlicher Heißblütigkeit außer Kontrolle geraten könnte, haben sie diese Liebesexplosion in die kühlste Zeit des Jahres gelegt. Es ist der heutige Tag, der 14. Februar, der Tag des *Schutzpatrons der zarten Liebe*, der Valentins-Tag.

Nirgendwo in Europa wird er mit solcher Inbrunst gefeiert wie in Großbritannien. Mindestens 15 Millionen mit schmachtenden Liebesgrüßen versehene Briefe werden heute den sonst etwas vernachlässigten britischen Damen per Post zugestellt und die so sittsame und seriöse „Times" öffnet seitenlang *ihre* Zeitungsspalten, um Sinnsprüche wie diesen aus übervollem Herzen ins Freie zu lassen: „Ich möchte Dich vernaschen wie meine Marmelade auf dem Toast, Dein Poopsie."

Nun ist jemand, der nach langem *Aufenthalt eigentlich seine Briten zu* kennen glaubt, bei der Erforschung so intimer und exquisiter Lebensformen wie der Liebe, die die Briten ja sehr eigen für sich behalten, auf authentische landeseigene Erfahrungsberichte angewiesen. Und da läßt beispielsweise ein solcher Kenner wie Douglas Sutherland, der den britischen Gentleman bis aufs arthritische Knochengerüst erforscht und ihm ein Buch („The English Gentleman") gewidmet hat, wenig Spielraum für ausschweifende Phantasie.

Dieser Gentleman, so wissen wir von Sutherland, wird nicht unbedingt von Anfällen wilder Romantik heimgesucht. Er entführe seine Frau zu den Flitterwochen nicht nach Venedig, sondern schleppe sie zum Polarbären-Schießen nach Grönland mit. Auch kämen ihm Anbetungsformeln ans andere Geschlecht wie „Darling", „Sweetheart" oder „my gorgeous girl" kaum leicht und stotterfrei über die Lippen. Er rede sie vielmehr schon *in jungen Ehejahren* mit „meine gute alte Schachtel" an, eine Beschreibung, die von vielen Ehefrauen auch klaglos akzeptiert werde.

Gentleman's kühle Distanz

Diese kühle Distanz werde, so Sutherland, konsequent auch im Schlafzimmer eingehalten. So müsse die Frau eines englischen Gentleman damit rechnen, daß er im Bett zwischen sich und ihr seinen Lieblingshund plaziere, was seine nächtlichen Äußerungen zur anderen Bettseite hin zumeist nur auf ein barsches „Kusch, Brandy, kusch" reduziere.

Wenn es also zutreffen sollte, daß die erogenen Zonen britischer Zweiseitigkeit ein solches Ödland sind, dann kommt dieser plötzlichen 24stündigen Valentins-Aufwallung des 14. Februar fraglos der Rang einer nationalen männlichen Wiedergutmachungsaktion zu.

Und so genügt es den Briten dann *nicht mehr, die 364 Tage lang ihren* Geliebten und Angetrauten vorenthaltenen Liebesbeteuerungen privat und direkt nahezubringen, sie posaunen sie in Zeitungen wie der „Times" und dem „Guardian" zum Zeilenpreis von 25 Mark in alle Welt hinaus. Und dabei wird deutlich, daß zumindest am 14. Februar die angeblich „alten Schachteln" von neuen Gefühlsaufwallungen erfaßt werden können, denn sie werden plötzlich mit „Pigsy", „Perle", „Röschen" und „Sonnenschein" angeredet.

Leute, denen sich dieser plötzliche Klimawechsel auf die Stimmbänder legt und Sprachschwierigkeiten verursacht, bedienen sich der Krücken, die ihnen professionelle Valentinsdichter liefern. Der Champion unter ihnen ist ein Mann namens Don Furgeson aus Dundee, der unbestrittene Oberhirte britischer zeitgenössischer Anakreontik. Er fertigt jährlich etwa 6000 Valentins-Verse an, die von einer schottischen Postkartenfirma *vermarktet werden. Der Mann repa*rierte früher für die „Royal Air Force" Flugzeugmotoren, heute bringt er im Kaltstart für 24 Stunden das britische Liebesleben auf höchste Drehzahlen.

Cupido und der hl. Valentin

In dieser Woche schmachtender Liebesbeteuerungen geben nur vereinzelte befremdliche prosaische Fehlzündungen wie „komm endlich nach Hause, du betrunkener Bastard" *Auskunft darüber, daß* es Fälle gibt, in denen ein britischer Cupido auch am 14. Februar sein Waterloo erlebt. Noch erstaunlicher freilich ist, daß sich diese unversehene Liebesexplosion im Namen und *unter dem* Patronat des heiligen Valentin vollzieht, einem römischen Priester, der nicht nur dem *Zölibat oblag*, sondern auf sehr lieblose Weise zu Tode kam. Er wurde ermordet.

Es kann sehr wohl sein, daß das heutige Liebesfest nur eine Erfindung der Postkarten-Industrie, der Gärtner-Innung oder überhaupt ein historischer Irrtum ist. Und das mag dann auch der Grund dafür sein, daß die Briten – wie *stets*, wenn sie öffentlich Gefühle zeigen – diesen Egotrip ins Intimleben mit den Stoßdämpfern ihres Humors mildern und absichern. So werden dann viele Valentins-Sprüche seit Jahren immer dreister und alerner und münden schließlich in Ausbrüche wie diesen: „Heirate mich noch dieses Jahr, J. R., *sonst* ..."

Was sonst geschieht – ein Mord, ein Selbstmord oder eine neue grausame Dollar-Intrige – es bleibt im dunkeln. Das Vertrauen des Briten in seinen Liebesheiligen *ist jedenfalls* immer noch grenzenlos: Valentin wird's schon richten.

Geht die Nasa auf Satellitenfang?

AP, Houston

Die zwei Fernmeldesatelliten, die beim jüngsten Flug der amerikanischen Raumfähre im Weltall verloren gingen, *könnten nach* Ansicht von Fachleuten mit Hilfe der Fähre auch wieder geborgen werden. Eine solche Bergungsoperation würde unter Um*ständen* aber so teuer sein, daß sich der ganze Aufwand nicht lohnt.

Die zwei Satelliten, die im Auftrag des US-Unternehmens Western Union und des indonesischen Staates von der Fähre „Challenger" auf vorläufige Umlaufbahnen gesetzt wurden, erreichten die vorgesehenen geostationären Umlaufbahnen in rund 36 000 *Kilometern* Höhe nicht, weil ihr eigenes Höhentriebwerk offenbar versagte. Die von beiden Satelliten empfangenen Daten deuten darauf hin, daß ihre Übermittlungseinrichtungen einwandfrei funktionieren. Nach der Rückkehr der Fähre „Challenger" bezeichnete Flugdirektor Generalleutnant James Abrahamson den Gedanken einer Bergung der Satelliten mit Hilfe der Fähre als „eine aufregende Möglichkeit, über die nachgedacht werden sollte".

Die zwei verlorengegangenen Fernmeldesatelliten müßten mit Hilfe ihres noch vorhandenen Treibmittels zunächst in eine etwas niedrigere Umlaufbahn gebracht werden, so daß sie für die Fähre erreichbar würden. Nach *Schätzung von* Experten wäre dies in rund 400 Kilometern Höhe möglich.

Tom Keating tot

AP, London

Der als genialer Kunstfälscher bekannt gewordene englische Maler Tom Keating ist am Sonntag im Alter von 66 Jahren in Colchester in der englischen Grafschaft Essex an einem Herzleiden gestorben. Vor zehn Jahren wurde Keating als Kunstfälscher entlarvt. Durch das Verfahren, das allerdings auf Grund seiner Verhand*lungsunfähigkeit eingestellt* wurde, wurde Keating eine Art Volksheld. Seitdem konnte er von seinen eigenen Werken leben, nachdem er zuvor Bilder im Stile von Rembrandt, Renoir, Monet, Degas und anderen gefälscht hatte.

Fenstersturz überlebt

AFP, Belgrad

Eine junge Jugoslawin hat in einem Anfall geistiger Umnachtung ihre beiden Kinder aus einem Fenster ihrer Wohnung im neunten Stock geworfen *und ist ihnen dann nachgesprungen.* Alle drei überlebten den Sturz aus zwanzig Meter Höhe in den tiefen Schnee.

Wiederaufbau beschlossen

AP, Bad Orb

Die Weihnachten '83 im Spessart-Kurort Bad Orb (Main-Kinzig-Kreis) bis auf die Grundmauern niedergebrannte 500 Jahre alte katholische Sankt-Martins-Kirche wird wahrscheinlich im gotischen Stil neu aufgebaut. Die Kirche sei durch das Feuer dermaßen vernichtet worden, daß eine Renovierung nicht möglich sei, erklärte gestern ein Kirchensprecher.

Delphine für Duisburg

dpa, Santiago

Sechs Delphine der Sorte „Jacobiter" wurden von einer Expedition des Duisburger Zoos nördlich von Kap Hoorn gefangen. Die Tiere sollen auf dem Luftweg nach Deutschland gebracht werden.

Deutsche entführt

dpa, Paris

Eine schwangere Deutsche und ihr 18 Monate alter Sohn gehören zu insgesamt sechs entführten Ausländern, die am *Wochenende* im Süden Sudans von Guerrilla-Kämpfern entführt wurden. Zu der Geiselnahme kam es nach heftigen Kämpfen zwischen Regierungssoldaten und oppositionellen Truppen an der Baustelle für den neuen Jonglei-Kanal.

Hamburger Ärzte fordern neue Maßstäbe bei Tierversuchen

Ethikkommission will mit Grundsatzerklärung Bewegung in verhärtete Fronten bringen

GISELA SCHÜTTE, Hamburg

Im Hamburger Rathaus werden heute nachmittag stürmische Diskussionen erwartet: Der Gesundheitsausschuß der Bürgerschaft hat zu einem Anhörverfahren über Tierversu*che geladen. Seit Tagen klingeln* deshalb bei der Ärztekammer die Telefone. Tierfreunde pöbeln, drohen mit Anschlägen und Mord. Eine Einigung zwischen Forschung und Gegnern von Tierexperimenten ist nicht in Sicht.

Rücklings liegt das Kaninchen auf dem Seziertisch, die Läufe auseinandergestreckt, ein Studien- und Übungsobjekt für den Chirurgen. Solche Bilder rühren und bringen Tierfreunde zu Millionen auf die Barrikaden. Doch der Tod des Kaninchens im Keller einer Universitätsklinik hilft einen Tag später das Leben eines neugeborenen Kindes zu retten. Ein Chirurg „repariert" einen angeborenen Defekt am Herzen des Babys. Am Kaninchen übte er seine Fingerfertigkeit für das winzige Organ und die kleinen Blutgefäße des Kindes.

Mit einer Grundsatzerklärung will die Hamburger Ärztekammer jetzt landesweit Bewegung in die verhärtete Streitfront bringen. Ziel der Stellungnahme ist es auch, die Verabschiedung des seit Jahren immer wie*der neu diskutierten und variierten* Entwurfs für ein neues Tierschutzgesetz zu beschleunigen, in dem verschärfte Bedingungen für Tierversuche vorgesehen sind.

Grundsätzlich, sagte der Hamburger *Kammerpräsident* Gerhard Krauel, könnte die Zahl der Tierversuche verringert werden. Doch um Menschenleben zu retten und zu erhalten, müßten die Tiere auch in Zukunft der *Medizin helfen. Als Forschungs*beispiele nennen die Hamburger Ärzte Erkenntnisse über Herz- und Gefäßkrankheiten und die Erfolge von Organtransplantationen, die ohne Tierexperimente nicht möglich gewesen wären.

Auch in Zukunft, erklärt Krauel, müßten Wirkung und Verträglichkeit von Medikamenten im Tierversuch überprüft werden, um zu beweisen, „daß man nicht nur ein effektives, sondern ein an der richtigen Stelle wirksames Medikament" herstelle.

Die Ärztekammer fordert aber grundsätzlich strenge Bedingungen und Maßstäbe für notwendige Tierversuche:

- Die Experimente sollen nur dann erlaubt sein, wenn es keine Alternativmethoden gibt (zum Beispiel Tests mit Zellkulturen);
- Die Versuche müssen Schmerzen, Leiden und Schäden für die Tiere vermeiden und den Vorschriften des Tierschutzgesetzes entsprechen;
- Die Experimente müssen ausreichend begründet und wirksam kontrolliert werden.

Für die pharmazeutische Industrie, so ein Sprecher der Kammer, würden ähnliche Voraussetzungen wie in der Medizin gelten. Kritik äußerten die *Ärzte hingegen an den* schwer überschaubaren Versuchen in der Kosmetikindustrie, *die ebenfalls* in einem neuen Tierschutzgesetz geregelt, beziehungsweise verboten werden sollen.

Die Mitglieder in der Ethikkommission der Hamburger Ärztekammer, die über die Tierversuche wacht, *widersprechen auch der Auffassung,* daß Experimente immer tödlich für die Tiere ausgehen. Der Chef der klinischen Abteilung im Hamburger Tropeninstitut, Professor Manfred *Dietrich*, versichert, in seinem *Hause* gehe es oft um die Erkrankung an Parasiten, die Tiere überhaupt nicht belästigen, oder auch um die Reaktion auf Impfseren. „Die großangelegten Impfaktionen bei Kindern in Afrika wären ohne Tierversuche nicht denkbar." Im übrigen dienen die Wissenschaftler der Forschung auch mit ihrer eigenen Haut: Im Tropeninstitut wurde ein neuer Impfstoff unlängst nicht nur an Tieren getestet, sondern am Chef des Hauses selbst.

Dennoch sind Verbesserungen möglich, die den Einsatz der Tiere zu Forschungszwecken weiter verringern können. Dazu gehört ein zentrales Register beim Bundesgesundheitsamt, aus dem per Knopfdruck die bereits untersuchten Substanzen und die abgeschlossenen Experimente abzurufen sind.

LEUTE HEUTE

Neue „Nummer drei"

Die traditionell nüchtern gehaltene Mitteilung aus dem Buckingham Palast ließ für königstreue Briten die Glocken klingen. Nachdem sich die *Hofberichterstatter* moatelang im Spekulieren übertroffen hatten, wurde gestern offiziell bekanntgegeben,



daß Prinzessin **Diana**, Frau des englischen Thronfolgers Prinz **Charles**, schwanger ist. Das zweite Kind soll Ende September zur Welt kommen. Es steht, ob Junge oder Mädchen, an dritter Stelle in der Thronfolge – nach seinem Vater und seinem knapp zweijährigen Bruder **William**.

Einschreiben für Mobutu

Der Schweizer Umweltschützer **Franz Weber** hat mehrere afrikanische Staatspräsidenten – darunter **Mobutu Sese Seko** aus Zaire – per Einschreiben vor den von ihm gegründeten internationalen Gerichtshof für Tierrechte in Genf eingeladen. Französische Naturschutzorganisationen werfen den afrikanischen Staatsoberhäuptern vor, sich aktiv an Elefantenmassakern zu beteiligen und sich zum Teil persönlich am Elfenbeinhandel zu bereichern.

US-Agent ließ Schmuggel mit Computern auffliegen

Militärisches Gerät war für China bestimmt / 5 Festnahmen

AP, New York

Die Zollbehörden in den Vereinigten Staaten haben einen Schmugglerring gesprengt, der darauf spezialisiert war, hochwertige und Ausfuhrbeschränkungen unterliegende Computerteile nach China einzuschleusen. Nach einer dreimonatigen Geheimoperation wurden am Wochenende fünf Personen, darunter zwei Einwohner Hongkongs, verhaftet, erklärte ein Sprecher der Zollbehörden in New York. Ein Beamter des Zolls habe sich als Technologie-Makler ausgegeben und es so ermöglicht, den Ring auszuheben.

Vor diesem Schlag haben die Verdächtigen jedoch schon Computerchips, die auch für militärische Zwecke verwendet werden können, nach China geschmuggelt, vermuten die amerikanischen Behörden. Jeder gelungene Coup in dieser Hinsicht ermögliche es dem Ostblock und der Volksrepublik *China, ihr Defizit an* hochwertiger Technologie zu verringern „und sie sehr nahe an unsere eigene Technologie heranzuführen", sagte Arthur Stiffel vom US-Zoll. Er weigerte sich unter dem Hinweis auf Sicherheitsbestimmungen, Einzelheiten einer möglichen Verwendung der Einzelteile zu nennen. Es wurde jedoch bekannt, daß der Agent des Zolls seinen „Kunden" 100 Querwellen-Verstärkerröhren anbot. Diese Röhren finden ausschließlich im militärischen Bereich Verwendung.

Die Verhaftungen waren Teil einer *„Operation Exodus", eines seit zwei* Jahren andauernden Versuchs der Zollbehörden, den Transport hochwertigen technischen Geräts in Länder zu verhindern, in denen es gegen die Vereinigten Staaten eingesetzt werden könnte. Stiffel berichtete, der als Technologie-Makler getarnte Zollbeamte habe den Verdächtigen bestimmte Computerteile angeboten, die an eine Firma in Hongkong hätten geschickt werden sollen. Von dort sollten sie dann in die Volksrepublik China weitergeleitet werden.

Der Agent, so hieß es weiter, habe die zwei Bürger Hongkongs, mit denen er verhandelte, dazu bewegen können, in die USA zu kommen. Dort wurden die Treffen mit den Verdächtigen mit Videokameras aufgenommen und schließlich die fünf Personen verhaftet. Ihnen werden Verstöße gegen das Waffenexportkontroll*gesetz und Verabredung zu solchen* Delikten vorgeworfen. Im Falle eines Schuldspruchs drohen ihnen sieben Jahre Gefängnis.

Bei den Verhafteten handelt es sich laut Stiffel um einen 40jährigen Mann und seine 33jährige Schwester aus Hongkong sowie drei naturalisierte amerikanische Bürger chinesischer Abstammung im Alter von 29 bis 37 Jahren. Sie alle unterhielten mehrere Firmen, in deren Schutz sie ihre Geschäfte betrieben haben sollen.

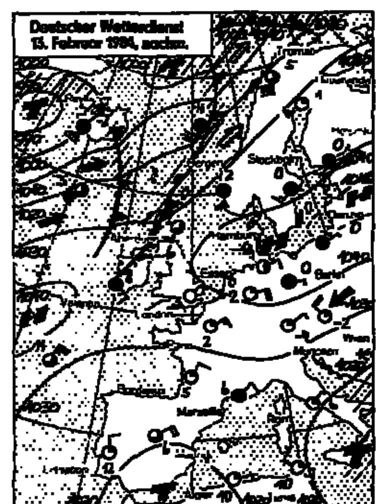
WETTER: Sonnig und kalt

Wetterlage: Eine von der Nordsee bis nach Rußland reichende Hochdruckzone bestimmt mit kalter Festlandsluft das Wetter in Deutschland.

Vorhersage für Dienstag:

Norddeutschland: Frühmorgens streckenweise Straßenglätte. In Schleswig-Holstein und im Küstengebiet gebietsweise Nebel, sonst meist heiter bis wolkig und trocken. Tageshöchsttemperaturen zwischen 4 Grad im Westen und null Grad im Norden, nachts Frost bis minus 6 Grad.

Süddeutschland: Teils aufgeheitert, teils stärker wolkig und in Südostbayern gelegentlich etwas Schneefall. Tagestemperaturen in der Westhälfte nahe null Grad, sonst minus 2 bis minus 7 Grad. Nachts Frost um minus 7 Grad, in Bayern zum Teil unter minus 12 Grad.



Weitere Aussichten:
Weiterhin kalt.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Stadt	Temp.	Stadt	Temp.
Berlin	0°	Kairo	18°
Bonn	3°	Kopenh.	0°
Dresden	–1°	Las Palmas	22°
Essen	2°	London	3°
Frankfurt	2°	Madrid	8°
Hamburg	–1°	Mailand	4°
List/Sylt	1°	Mallorca	12°
München	–4°	Moskau	–9°
Stuttgart	–3°	Nizza	11°
Algier	10°	Oslo	–4°
Amsterdam	3°	Paris	2°
Athen	7°	Prag	–2°
Barcelona	8°	Rom	6°
Brüssel	1°	Stockholm	0°
Budapest	0°	Tel Aviv	17°
Bukarest	–2°	Tunis	10°
Helsinki	0°	Wien	–2°
Istanbul	3°	Zürich	–3°

*Sonnenaufgang am Mittwoch: 7.38 Uhr, Untergang: 17.36 Uhr, Mondaufgang: 15.15 Uhr, Untergang: 7.10 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

John Lennon hat auch in Riga viele treue Fans

Beatles werden in der UdSSR langsam gesellschaftsfähig

H. SCHMIDTENDORF, Bonn

Neun Einwohner der lettischen Hauptstadt Riga haben einen Antrag auf Registrierung einer „John Lennon Gedächtnisgesellschaft" gestellt. *Das berichtet das Exilorgan* der Lettischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei LSDSP „Briviba" in seiner neuesten Ausgabe. Ziel der Antragsteller sei es, für Frieden und Völkerverständigung im Namen des großen Popmusikers zu wirken.

Der Brief an den Ministerrat der Lettischen Sowjetrepublik ist zwar vom 7. Mai 1983 *datiert*, gelangte jedoch erst jetzt in den Westen. Eine ähnliche Petition war auch an das John Lennon Friedenskomitee in Los Angeles sowie an die Regierung in Moskau und die Vereinten Nationen mit der Bitte abgesandt worden, Lennons Geburtstag am 9. Oktober zum internationalen Friedenstag zu erklären.

Deutliche Anzeichen für ein „Beatles"-Fieber hatte es bereits vor zwei Jahren gegeben. Damals gastierte eine im Westen relativ unbekannte „Bootleg Beatles-Group" mit perfekten Kopien der Liverpooler Musik in mehreren *sowjetischen* Städten und kassierte rauschenden Beifall. Fans stürmten die Bühne, obwohl Ord*nungskräfte eine Barriere zwischen* Publikum und Stars zu bilden versuchten. Mehrere hundert Jugendliche hatten sich nach dem Tode Lennons im Dezember 1980 auf den Moskauer Leninhügeln versammelt. Sie wurden damals von der Polizei auseinandergetrieben.

Seither ist in den sowjetischen Medien ein leichter Wandel zu beobachten. Galten Popmusik und die Beatles-Bewegung lange Zeit als „Krankheit des bourgeoisen Systems", so bemühen sich die Medien heute um neue Interpretationen. Die sowjetische Gewerkschaftszeitung „Trud" ordnete die Beatles kürzlich als Symbol der studentenbewegten Anti-Vietnamkrieg-Generation ein. Daß Rockmusik von Staats wegen aber nach wie vor als Politikum betrachtet wird, belegt ein jüngst ausgesprochenes Spielverbot für die Rigaer Rockgruppe „Palderi".

Polens Regierung tritt offen gegen den Drogentod an

Offizielle Stellen sprechen von mehr als 200 000 Süchtigen

rtr, Warschau

Die polnischen Behörden sagten jetzt offen dem Drogenmißbrauch den Kampf an. 1982 sind 102 Jugendliche an Rauschgift gestorben, weite*re 10 000 gelten als unheilbar krank,* und nach vorsichtigen Schätzungen aus Kreisen der Gesundheitsbehörden sollen 200 000 Menschen regelmäßig Drogen nehmen – rund 0,6 Prozent der polnischen Bevölkerung. Nachdem das Problem des Drogenmißbrauchs offiziell lange totgeschwiegen worden war, ging die Regierung angesichts dieser Entwicklung in die Offensive.

Im ganzen Land sind Rehabilitationszentren entstanden. Personal wurde zur Behandlung der Süchtigen ausgebildet, die Polizei jagt Verkäuferringe. Die Regierung bereitete ein Drogengesetz vor.

Der Geschäftsführer der größten polnischen Rehabilitationsorganisation, Marek Styczynski, hält die Zahl von 200 000 Drogenabhängigen sogar noch für untertrieben. Dabei seien nur die 14- bis 30jährigen mitgezählt. Viele Süchtige aber seien älter beziehungsweise begännen *den Drogen*trip bereits mit zwölf Jahren. Einige Gewohnheiten im Umgang mit Drogen – wie etwa das Schnüffeln von Klebstoffen – gleichen denen im Westen. *Andere* sind weitaus bizarrer. So trinken Jugendliche Scheibenputzmittel oder atmen die Dämpfe von erhitztem Seifenpulver ein.

Während Jugendliche im Westen in der *Regel* mit Marihuana oder Amphetaminen anfangen, kommen die Polen meist gleich mit chemisch unreinem Heroin in Berührung. Die Erklärung ist einfach. Polen ist ein großer Produzent für das Schmerzmittel Morphium, das wie Heroin aus Mohn gewonnen wird. Die „Mohn"-Bauern sind zwar verpflichtet, ihre Ernte nur an staatliche Stellen zu *verkaufen*, doch überbieten Süchtige allzuoft den Regierungspreis.

Begründungen für das Suchtverhalten der Polen haben Experten genug: Dazu gehören die *Auflösung der* traditionellen Familienwerte, die Entfremdung vom politischen System und der Einfluß der westlichen Hippie-Bewegung.

ZU GUTER LETZT

„Wie der Schweizer lebt, stirbt er – sparsam." Die „Neue Zürcher Zeitung" über die einheimische Sargfabrikation.



YMOS: Eine junge Aktiengesellschaft mit Familientradition

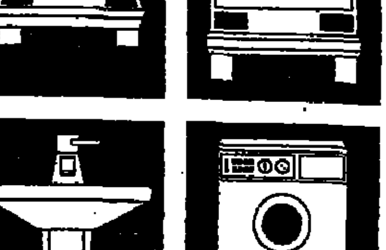
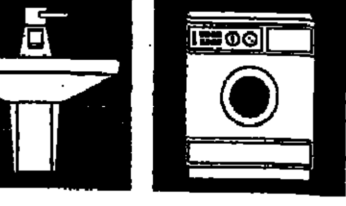
Im Dezember 1983 haben die Inhaberfamilien Wolf und Becker ihrem 1926 gegründeten Unternehmen die Rechtsform *einer Aktiengesellschaft gegeben.*

Die expansive Entwicklung kann weitergehen. Unser finanzielles Fundament steht auf breiter Basis.

Der europäischen Industrie bieten wir Produktinnovation und Spitzentechnologie in der Fertigung. Unser Angebot: Qualitätsteile aus Metall und Kunststoff.

Unsere Kunden tragen klangvolle Namen: Ob Hersteller von Automobilen und Nutzfahrzeugen oder die Hausgeräte- und Sanitärarmaturenindustrie, der Schienenfahrzeugbau...
Ihnen sind wir erfahrene, aktive Partner.

5.000 Mitarbeiter in vier Werken erzielten 1983 über 440 Millionen DM Umsatz. Die YMOS AG wird diesen erfolgreichen Kurs konsequent fortsetzen. Der Gang an die Börse ist bereits im Visier.

**YMOS AG Industrieprodukte
6053 Obertshausen**

B&L